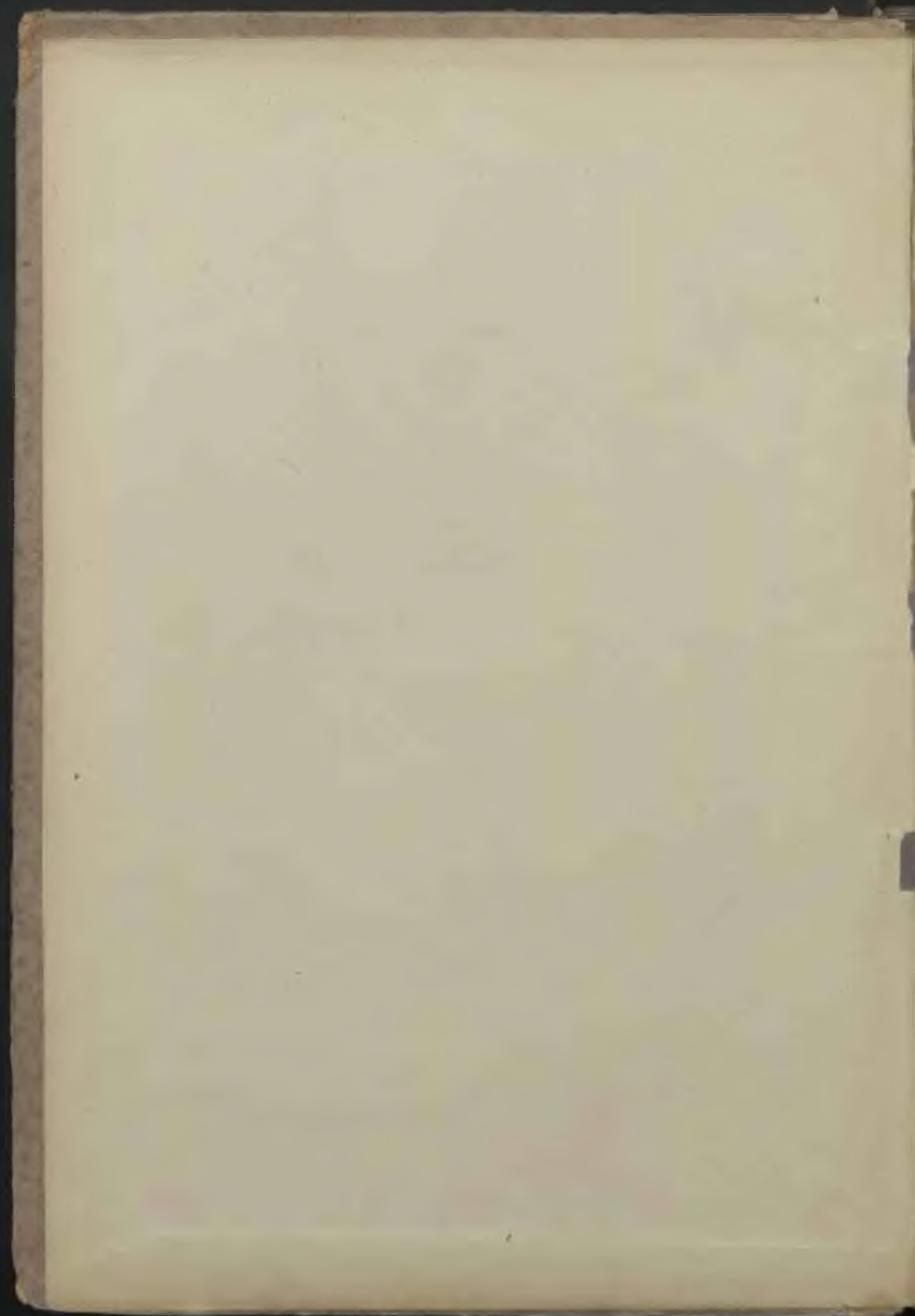
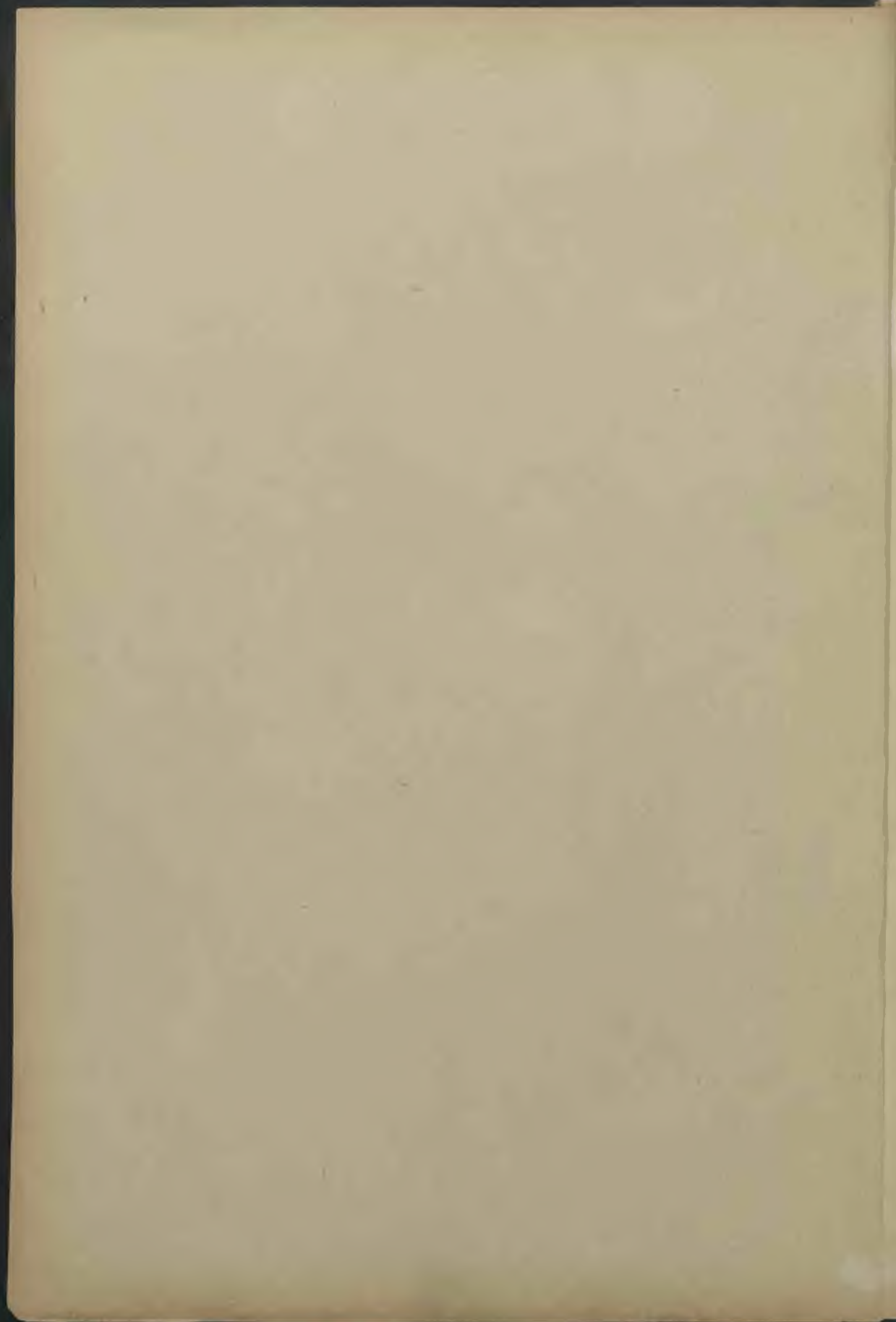


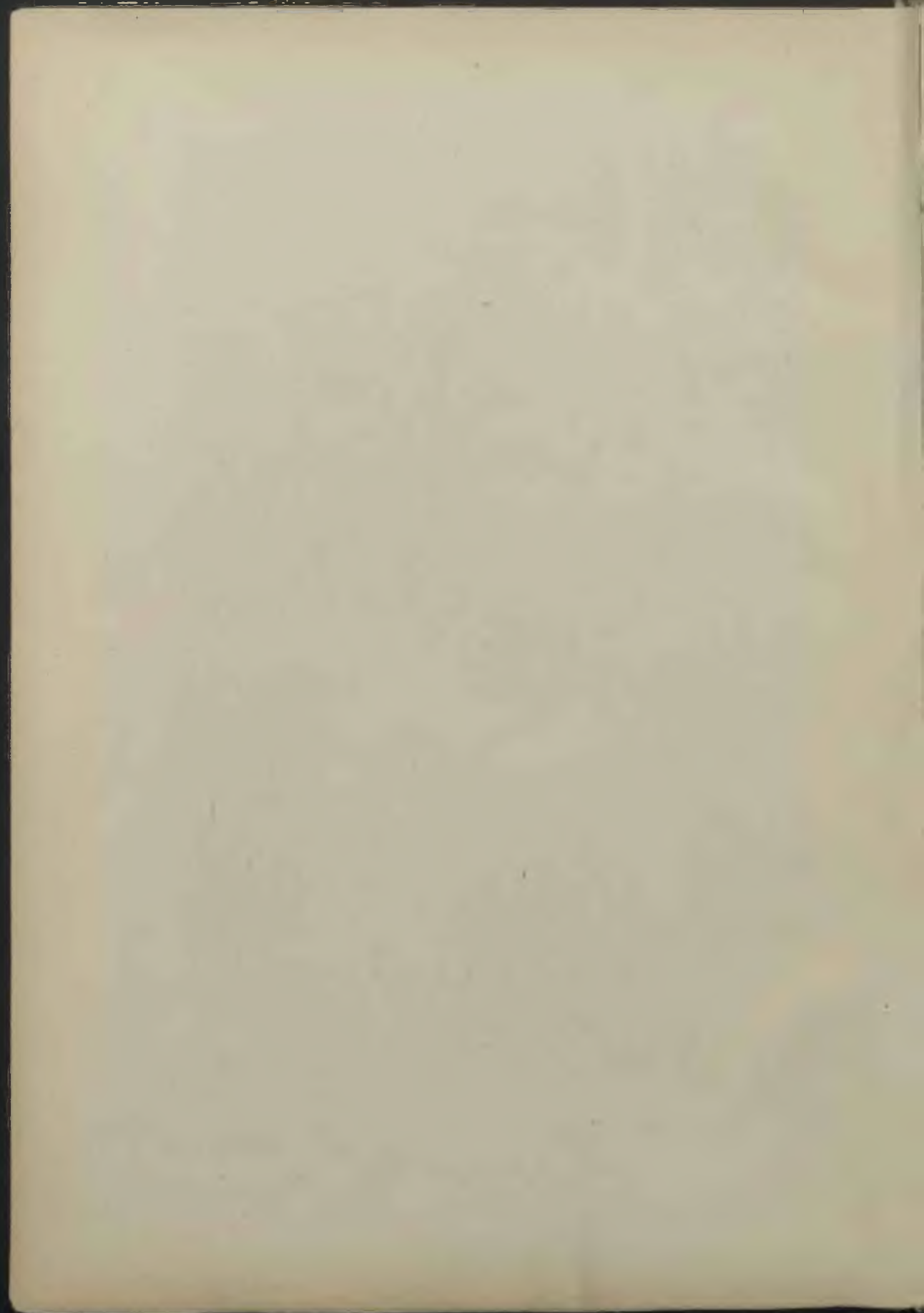








WARSCHAU UNTER DEUTSCHER HERRSCHAFT





Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank

96016246

Warschau unter deutscher Herrschaft

Deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau

Im Auftrage
des Gouverneurs des Distrikts Warschau

SA-Gruppenführer
Dr. Ludwig Fischer

unter Benutzung amtlicher Unterlagen
bearbeitet von

Dr. Friedrich Gollert
Persönlicher Referent des Chefs des Amtes
und Leiter des Amtes für Raumordnung



Burgverlag Krakau GmbH.

1 9 4 2

943.811 "1939/45"

943.811.1 "1939/45"

D 276/13
1936

Umschlagentwurf von L. Juriga, Krakau



Vars 5094

Alle Rechte vorbehalten
Druck: ZKW., Warschau





Der Gouverneur des Distrikts Warschau
SA.-Gruppenführer Dr. Ludwig Fischer, MdR.
Hauptdienstleiter der NSDAP.

VORWORT

Anläßlich des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements habe ich den Auftrag erteilt, über die im Distrikt Warschau geleistete Arbeit einen Rechenschaftsbericht zu fertigen. Diese Arbeit ist in Buchform unter dem Titel

„Zwei Jahre Aufbauarbeit im Distrikt Warschau“ veröffentlicht worden.

Bereits nach wenigen Wochen waren die 3 000 Exemplare des Buches vergriffen. Zahlreiche Bestellungen aus dem Reich konnten nicht mehr erledigt werden.

Mit Rücksicht auf das starke Interesse, das überall dem Generalgouvernement entgegengebracht wird, habe ich mich daher entschlossen, eine zweite, stark erweiterte und völlig neubearbeitete Auflage des Buches herauszugeben.

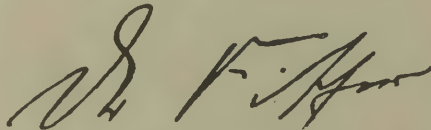
Dieses neue Buch ist das Standardwerk über die deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau. Es ist ein historisches Dokument für die stille Arbeit der deutschen Männer und Frauen, die hier seit Bestehen des Generalgouvernements im Einsatz gestanden haben. Es soll ihnen die Gewißheit geben, daß ihre Arbeit, die oft unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet werden mußte und die naturgemäß wenig äußere Anerkennung finden konnte, nicht vergessen ist.

Darüber hinaus soll es allen, die sich mit dem Osten vertraut machen wollen, eine kleine Einführung in einen Teil der mannigfachen Probleme geben, die der neugewonnene Boden uns stellt.

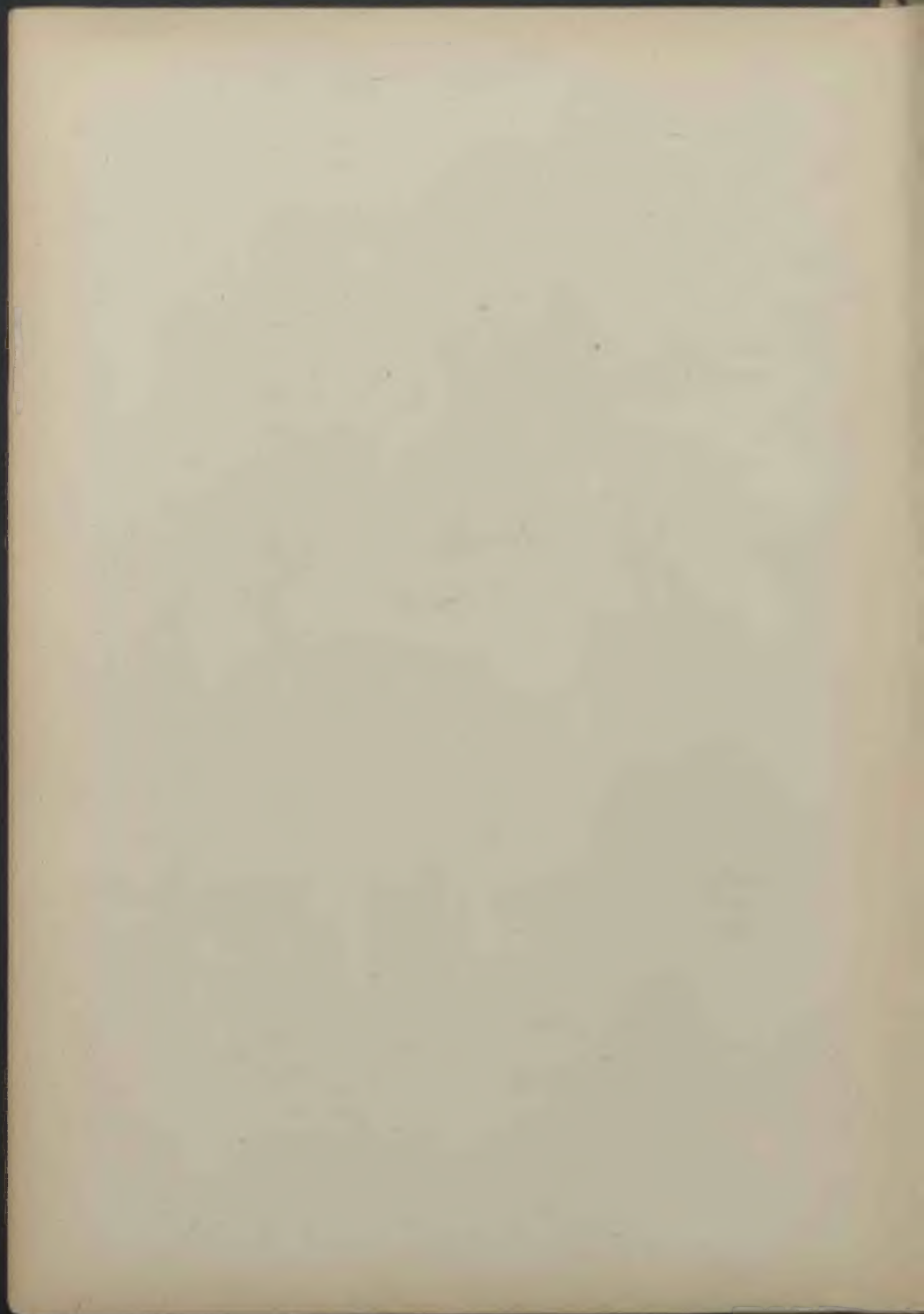
Mit diesen Fragen sich zu beschäftigen, gehört heute zu den staatspolitischen Pflichten jedes Deutschen. Das Generalgouvernement bietet hierfür das beste Anschauungsmaterial: In ihm ist die Neugestaltung des Ostraumes bereits mitten im größten Kriege der Weltgeschichte mit vollem Erfolg in Angriff genommen.

Warschau, am 1. September 1942,

dem dritten Jahrestag des Kriegsbeginns.

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. F. Müller', written in a cursive style.

Gouverneur



E I N L E I T U N G

Der Name Warschau ist kurz vor Beginn des Krieges und noch lange nach Beendigung des Polenfeldzuges in aller Munde gewesen.

Warschau — das war die Hauptstadt des früheren polnischen Staates, der durch das Diktat von Versailles zum Beherrscher des Weichselstromes geworden war. Über 20 Jahre haben die polnischen Machthaber alles getan, um diese Stadt zu einem „Paris des Ostens“ zu machen, um so eine politische Metropole für jenes polnische Großreich zu schaffen, das nach den Wunschträumen polnischer Nationalisten der alten Forderung „Polska od morza do morza“ — Polen von Meer zu Meer — entsprechen sollte.

Warschau — das war für uns Deutsche gleichzeitig der Inbegriff für alle deutschfeindlichen Bestrebungen. Im Gebäude des polnischen Ministerrates haben mehr als einmal die Abgesandten des Deutschen Reiches die Vorschläge des Führers überbracht, die eine friedliche Zusammenarbeit der beiden benachbarten Staaten herbeiführen sollten, ohne dass Polens Regierung in ihrer Verblendung darauf einging; denn während nach aussen die Bereitschaft zur Verständigung erklärt wurde, fanden im Aussenministerium der polnischen Republik jene Verhandlungen statt, durch die, wie die Aktenfunde im Palais Brühl später eindeutig gezeigt haben, lange vor Kriegsausbruch die Fäden nach London, Paris und Washington gesponnen wurden, die die Einkreisung des Großdeutschen Reiches wie einst beim ersten Weltkrieg bezweckten und die auch diesmal zum Krieg geführt haben.

Warschau — dieser Name wurde dann im September 1939 zum Symbol für einen sinnlosen polnischen Widerstand, gleichzeitig aber auch zum Symbol für die unwiderstehliche Gewalt der deutschen Waffen, die jeden niederwirft, der so vermessen ist, sie herauszufordern. Es sind später im Verlauf des Krieges auch noch andere Städte Europas vom Kriege hart getroffen und gezeichnet worden, in denen teilweise, wie z. B. in Rotterdam oder Dünkirchen, die Zerstörungen noch grösser als in Warschau gewesen sind, und doch hat Warschau insofern immer einen Sonderplatz eingenommen, weil es die erste große Stadt Europas gewesen ist, die die Wucht der deut-

schen Waffen kennenlernte und die als erste aus der Reihe der europäischen Hauptstädte ausgelöscht wurde.

Es war daher nur folgerichtig, dass, als im Oktober 1939 das Generalgouvernement geschaffen wurde, nicht Warschau den Rang der Hauptstadt dieses neuen Landes erhielt, sondern dass die alte deutsche Stadt Krakau zum Sitz der Regierung des Generalgouvernements erhoben wurde. Seitdem ist nicht mehr das frühere Schloss der polnischen Könige in Warschau, in dem auch der Präsident der Republik Polen residiert hatte, sondern die Burg in Krakau zum politischen Energiezentrum des Generalgouvernements geworden. Warschau hat damit seinen Charakter als Hauptstadt eines europäischen Landes verloren.

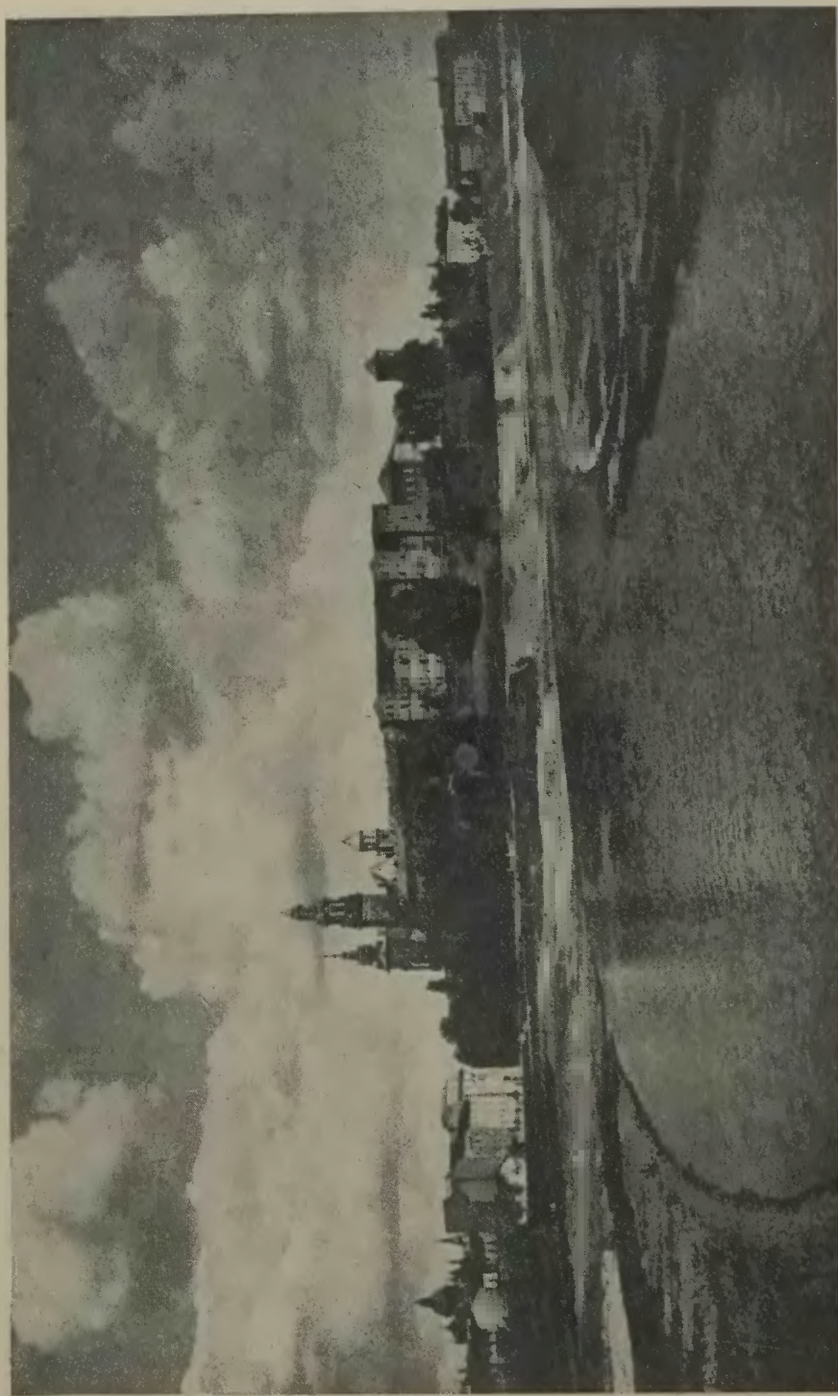
Dieser politische Niedergang bedeutet aber nicht das Ende von Warschau. Im Gegenteil: Aus den Ruinen des Polenfeldzuges hat sich Warschau inzwischen zu einem neuen Leben unter deutscher Herrschaft erhoben. In drei Jahren deutscher Aufbauarbeit ist Warschau aus der Stadt der Trümmer, als die sie den einrückenden deutschen Truppen erschien, zu einer Stadt der Arbeit geworden, der Arbeit für Deutschland.

Diese Wandlung war nur möglich, weil in Warschau und im ganzen Distrikt in den Jahren 1939 bis 1942 eine gewaltige Aufbauarbeit geleistet worden ist.

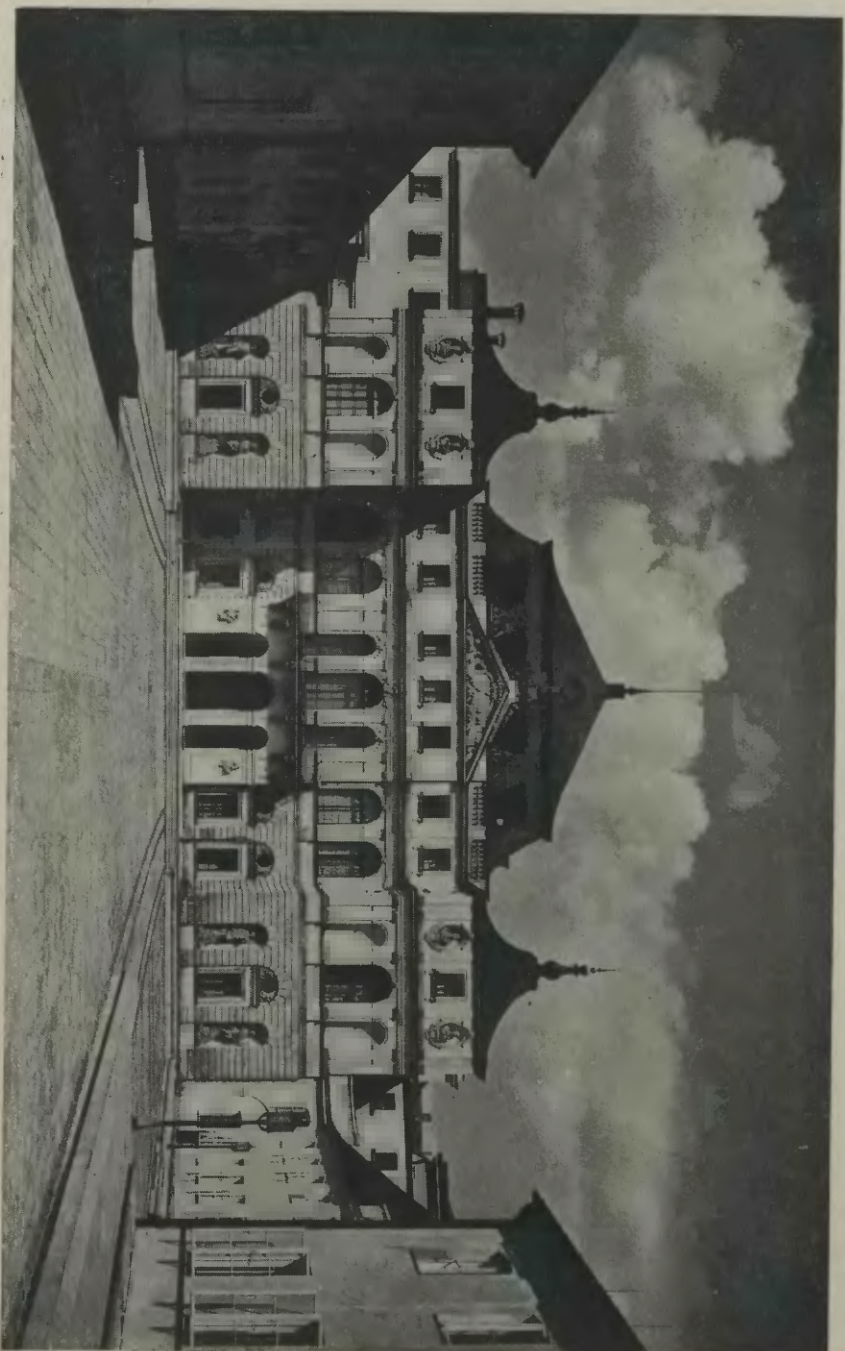
Von dieser Arbeit, die von einer kleinen Schar deutscher Männer getan worden ist, soll dieses Buch sprechen.

Wer während des Krieges im Osten eingesetzt gewesen ist, weiss, dass alle bisher geleisteten Arbeiten nur Vorarbeiten gewesen sind und dass die eigentlichen politischen Probleme des Weichselraumes erst nach Beendigung des Krieges einer dauernden Lösung entgegen geführt werden können, wenn die letzte Entscheidung über die Gestaltung dieses neuen Raumes des Großdeutschen Reiches gefallen ist.

Dann wird auch das Schicksal Warschaus, der einzigen Millionenstadt dieses Raumes, endgültig entschieden werden.



Die Burg in Krakau, Sitz des Generalgouverneurs



Das Palais Brühl, früher polnisches Aussemministerium, jetzt Sitz des Gouverneurs und des Amtes des Distrikts Warschau

ALLGEMEINER TEIL

Der Kampf um Warschau während des Polenfeldzuges.

In der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 1. 9. 1939 gipfelte die historische Rede des Führers in dem Satz:

„Ich habe mich daher entschlossen, mit Polen nunmehr in der gleichen Sprache zu reden, die Polen seit Monaten uns gegenüber anwendet. Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“

Wenige Wochen später verkündete der Heeresbericht vom 26. 9. 1939, daß mit den Kampfhandlungen gegen Warschau begonnen worden sei. Am 27. 9. hiess es im Heeresbericht:

„Unter dem Eindruck der deutschen Angriffe hat der polnische Kommandant heute vormittag die Übergabe der Stadt und der Besatzung angeboten.“

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht aber, der damalige Generaloberst Keitel, fasste das Geschehen des Polenfeldzuges bei einem militärischen Rückblick in folgenden Sätzen zusammen:

„Hauptziel der deutschen Operationen zu Lande war es, noch westlich der Weichsel das in mehreren Gruppen aufmarschierte polnische Heer umfassend anzugreifen, zum Kampf zu stellen und zu vernichten. Die Operationen führten westlich der Weichsel, vor allem in der Tucheler Heide, bei Radom und dem Weichselbogen nordostwärts Kutno zu einer Reihe von Vernichtungsschlachten, in denen das polnische Heer zerschlagen und aufgerieben wurde. Mit dem Fall der Festungen Warschau und Modlin fand der Feldzug letzten Höhepunkt und militärischen Abschluss.“

In diesen wenigen Aussprüchen von lapidarer Kürze ist das gewaltige Geschehen des Polenfeldzuges niedergelegt.

Groß ist die Zahl der Namen von Städten, Orten und Flüssen, um die damals gekämpft wurde und bei denen die junge nationalsozialistische Wehrmacht ihren ersten Siegeslorbeer errungen hat. Und doch leuchtet über allem Geschehen der damaligen Septembertage der Name Warschaus auf als der damaligen Hauptstadt des pol-

nischen Staates, die niedergekämpft werden musste, um den Siegeszug zu vollenden.

Es ist daher nur zu erklärlich, daß gerade im Gebiet des Distrikts Warschau die Kämpfe besonders erbittert gewesen sind. Die große Schlacht an der Bzura, die Schlacht im Weichselbogen, das Bombardement und die Einnahme Warschaus selbst sind die entscheidenden Ereignisse in der Endphase des Polenfeldzuges gewesen.

Im Osten des Distrikts Warschau hatten bereits am 7. 9. 1939 die von Ostpreußen nach Süden vorgehenden Truppen den Narew überschritten und nordwärts Warschau den Feind hinter den Bug bei Wyszkiw zurückgeworfen. Kurz darauf fassten sie am Südufer des Bug Fuß und riegelten im weiteren Vorgehen nach Süden Warschau von Osten her ab. Damit wurde die Straße und die Bahnlinie Warschau — Siedlce erreicht und mit starken Kräften überschritten. Alle polnischen Ausbruchsversuche aus Praga wurden abgewiesen.

Ebenso kam es westlich von Warschau zu erbitterten Kämpfen. Vorgeworfene deutsche Kräfte verlegten hier vor den Toren Warschaus den polnischen Armeen, die im Raum von Posen und im Korridor aufmarschiert gewesen waren, den Rückzug hinter die Weichsel. Im Raum zwischen Kutno, Skierniewice und Sochaczew wurde etwa ein Viertel der gesamten polnischen Wehrmacht von den von Westen, Norden und Süden her kämpfend vordringenden deutschen Truppen eingeschlossen. Die sich verzweifelt wehrenden polnischen Kräfte versuchten mehrfach, nach Süden und Südosten in der Gegend von Lowitsch durchzubrechen. Alle Angriffe scheiterten jedoch an der Widerstandskraft der den Ring immer enger schliessenden deutschen Truppen.

Am 19. 9. 1939 konnte das Oberkommando der Wehrmacht die Beendigung der „Schlacht an der Bzura“ melden und am 20. 9. bekanntgeben, daß sich die etwa eine Woche währende Schlacht als eine der größten Vernichtungsschlachten aller Zeiten erwiesen habe. Die dort eingeschlossene polnische Armee in der Stärke von noch 170 000 Mann kapitulierte.

Warschau war damit restlos umzingelt. Die deutsche Heeresleitung forderte deshalb zur Übergabe der Stadt auf. Obwohl die Lage militärisch eindeutig klar war, erfolgte seitens des polnischen Kommandanten eine schroffe Ablehnung, und auch der humane Vorschlag der deutschen Heeresleitung, daß wenigstens die Zivilbevölkerung von Warschau auf zwei dafür vorgesehenen Straßen die Stadt verlassen solle, wurde nicht angenommen. Statt dessen



Der Führer während der Reichstagrede am 1. 9. 1939
*„Ich habe mich daher entschlossen, mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, die Polen
seit Monaten uns gegenüber anwendet!“*



Die Feuerwalze der deutschen Artillerie rollt über Warschau,



in ihrem Schutz stösst die deutsche Infanterie nach Warschau vor



Zerstörte Lokomotivschuppen im Bahnhof Warschau



Zerstörte Bahnhofsanlagen in Warschau



Eintreffen der polnischen Parlamentäre



Übergabeverhandlungen im Wagen des Armee-Oberkommandos

befahl der polnische Befehlshaber, daß die Zivilbevölkerung zusammen mit den 120 000 Mann polnischer Truppen die Stadt bis zum letzten Stein verteidigen solle. Nur das Diplomatische Korps durfte zusammen mit 1200 anderen Ausländern Warschau verlassen, was am 21. September auf der Straße nach Bialystok geschah. Dann begann die Niederringung Warschaus mit jenem historischen Bombardement, das die Niederlage Polens besiegelte.

Wenn eine eingeschlossene Kampftruppe monatelang sich gegen eine erdrückende Übermacht heldenhaft bis zum letzten Mann verteidigt oder wenn eine vom Feind umzingelte Festung bis zur letzten Granate Widerstand leistet, so hat dies einen Sinn. Gerade wir Deutschen haben Achtung vor einem tapferen Gegner. Aber die Verteidigung Warschaus war keine heroische Tat, sondern eine Tat des Wahnsinns. Der Stadtkommandant von Warschau, der polnische General Rommel, hätte sich sagen müssen, daß er mit einer von allen Zufuhren abgeschnittenen und deshalb bald dem Hunger preisgegebenen Bevölkerung von über einer Million Menschen Warschau allenfalls einige Tage halten könne, daß dies aber nach der bereits erfolgten völligen Vernichtung der polnischen Armee an allen anderen Fronten dem Kampfgeschehen keinerlei entscheidende Wendung geben könnte.

So mußten denn die Waffen sprechen, und sie sprachen eine eindeutige Sprache. Wer damals das Bombardement von Warschau durch die um die ganze Stadt aufgestellten Batterien und durch die ständigen Luftangriffe der deutschen Flieger miterlebt hat, wird diese Tage in unauslöschlicher Erinnerung behalten. Hunderte von Geschützen schleuderten die Granaten in die Stadt hinein, die bald an allen Ecken und Kanten brannte. Zwischendurch aber warfen deutsche Kampfflugzeuge in rollendem Einsatz ihre Bomben auf die Stadt hernieder, so daß bald eine ungeheure Brand- und Feuerwolke über der Stadt stand.

Am 25. und 26. 9. 1939 erreichte die Kanonade ihren Höhepunkt. Die schwarzen Wolken, die damals Warschau einhüllten, stiegen Tausende von Metern zum Himmel empor. Zwischendurch flogen Munitionsdepots in die Luft, Gaswerke wurden getroffen und überall loderten Brände auf, so daß nachts ein gewaltiger roter Feuerschein über Warschau stand, der weit über 100 km zu sehen war.

In dieser Zeit war Warschau die Hölle. Von den Volksdeutschen, die diese Tage in Warschau verbracht haben, ist später berichtet

worden, was die Bevölkerung Warschaus in diesen Tagen zu erdulden hatte. Die Lebensmittelvorräte waren aufgezehrt, so daß überall der größte Hunger herrschte. Hunderte von Häusern stürzten ein, wobei viele, die in den Kellern eng zusammengepfercht Schutz gesucht hatten, ums Leben kamen. Ganze Stadtteile standen in Flammen, ohne daß wegen der Zerstörung der Wasserleitungen an irgendwelche Löscharbeiten zu denken war. Zu allem kam aber immer wieder das Heulen der deutschen Granaten und das Krachen der deutschen Bomben, die unaufhörlich in die Stadt einschlugen.

Am 26. 9. morgens 4 Uhr erfolgte der Sturm auf das Fort Mokotow, wobei das 51. Infanterie-Regiment sich besonders auszeichnete. Die beiden Kompanieführer, Oberleutnant Steinhardt und Leutnant Stolz, erhielten damals als die ersten Offiziere der deutschen Wehrmacht das Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz. Beide sind später im Russlandfeldzug gefallen. Da auch die meisten anderen Forts an diesem Tage niedergezungen wurden, zog sich der Ring um die Stadt Warschau immer enger zusammen.

Am 27. 9. begann morgens 4,30 Uhr das verstärkte Bombardement, das endlich die Polen zur Vernunft brachte. Um 9,29 Uhr traf ein polnischer Parlamentär im Auftrage des Stadtkommandanten von Warschau ein und bat um Waffenstillstand.

In militärischer Kürze wurden die Übergabeverhandlungen durch den vom Oberbefehlshaber des Heeres bestimmten damaligen General von Blaskowitz erfolgreich zu einem schnellen Abschluß gebracht.

Mit dieser Kapitulation Warschaus war der Polenfeldzug siegreich beendet.

Die einzige Aufgabe, die jetzt noch übrigblieb, bestand darin, die 110 000 Mann polnischer Truppen in der Stadt Warschau zu entwaffnen und die Stadt zu besetzen.

Einmarsch und Führerparade in Warschau.

Am 1. 10. 1939 traten die deutschen Truppen morgens in aller Frühe feldmarschmässig an, um in Warschau einzurücken¹⁾. Dieser historische Tag, an dem das Schicksal Polens sich vollendete, ist unendlich eindrucksvoll gewesen.

Das erste große Erlebnis des Tages war die Begegnung mit den letzten Resten der aus der Stadt ausrückenden polnischen Armee, die bereits seit zwei Tagen begonnen hatte, den Marsch in die Gefangenschaft anzutreten. In den deutschen Wochenschauen und in den illustrierten Zeitungen ist dieser Vorgang häufig dargestellt worden, der sich im Laufe des Krieges auch auf anderen Kriegsschauplätzen wiederholt hat, der aber damals in der Hauptstadt der früheren Republik Polen zum erstenmal sich ereignete.

Es war ein unvergeßliches Bild: Auf der einen Seite die feldmarschmässig ausgerüsteten Regimenter der deutschen Wehrmacht und der SS- und Polizeieinheiten, denen die Strapazen des vorangegangenen Feldzuges nicht mehr anzumerken waren, und auf der anderen Seite die entwaffneten Reste des geschlagenen polnischen Heeres, die müde und matt der Gefangenschaft entgegen sahen. Dieser ungeheure Kontrast spiegelte sich am besten wieder in den Gesichtern der aneinander vorbeimarschierenden Heeres s ä u l e n: Bei den deutschen Soldaten strahlende Freude über den errungenen Sieg, bei den Polen tiefe Niedergeschlagenheit über die erlittene Niederlage.

Es hätte nahegelegen, daß die deutschen Truppen mit Marschmusik und frohen Gesängen den Einmarsch vollzogen hätten. Aber das Gegenteil war der Fall. Solange die geschlagene polnische Armee an uns vorüberzog, ertönte keine Marschmusik, kein lautes Singen; schweigend vollzog sich der Vorbeimarsch und gerade deshalb so besonders eindrucksvoll. Erst als die letzten polnischen Truppen die Demarkationslinie überschritten hatten, erklangen zum

¹⁾ Der Verfasser des Buches gehörte zu einer Einheit, die auf der Chaussee zwischen Okecie und Warschau angetreten war und von dort aus am Einmarsch teilnahm.

ersten Male die deutschen Armeemärsche, und da hallten Warschaus Straßen nicht nur wieder von den dröhnenden Schritten der deutschen Kolonnen, sondern auch von dem Gesang der deutschen Soldatenlieder, wie es Warschau seit dem ersten Weltkrieg nicht mehr erlebt hatte.

Das zweite große Erlebnis des Tages war das grauenvolle Bild der Verwüstung, das die Stadt Warschau damals bot.

Wir hatten die Tage vor der Kapitulation in der Nähe Warschaus erlebt und die gewaltigen Feuersäulen und Brandwolken gesehen, die über der Stadt gestanden hatten, aber wir hatten nicht geglaubt, daß in diesen wenigen Tagen eine Millionenstadt derartig zerstört werden könnte.

Auf einer der großen Kunstaussstellungen in München ist später ein Bild ausgestellt worden, das den Titel trug: „Einmarsch in Warschau“. Es zeigte eine deutsche Kompanie, die an Ruinen und zerstörten Häuserzeilen entlang in die brennende Stadt einrückte. Was hier ein Künstler im Bild dargestellt hat, entsprach der rauen Wirklichkeit: Der Einmarsch der deutschen Truppen vollzog sich tatsächlich an Ruinen entlang.

Ganze Stadtteile waren damals ein einziges Trümmerfeld. Überall glommen noch die Brände in den Häusern. Der Schutt der eingestürzten Häuser lag oft bis auf die Mitte der Fahrdämme, auf denen teilweise noch die Straßenbahnwagen standen, die von den Polen in ihrer sinnlosen Verteidigungswut zu Barrikaden ausgebaut waren. Überall lagen auch noch Pferdeleichen herum, aus denen — ein grauenhafter Anblick — Frauen und Kinder vom Hunger getrieben die letzten Fleischstücke herausschnitten. Der „Sachsenpark“ — heute ein Schmuckstück der Stadt — bot ebenfalls einen chaotischen Anblick. Überall waren Laufgräben gezogen, die als Luftschutzgräben hatten dienen sollen. In den großen Grünflächen waren Trichter an Trichter, die von den Einschlägen der deutschen Bomben und Granaten herrührten, an den Wegen des Parks lagen zertrümmerte Panzer und Tausende von fortgeworfenen Waffen. Auch die „Neue Welt“, auf der früher die oberen Zehntausend von Warschau sich ein Stelldichein zu geben pflegten, bestand fast nur aus Ruinen und Trümmerfeldern, so daß erst mühsam ein Weg gebahnt werden mußte, um durch den Schutt und die Trümmer



So sah Warschau beim Einmarsch der deutschen Truppen aus



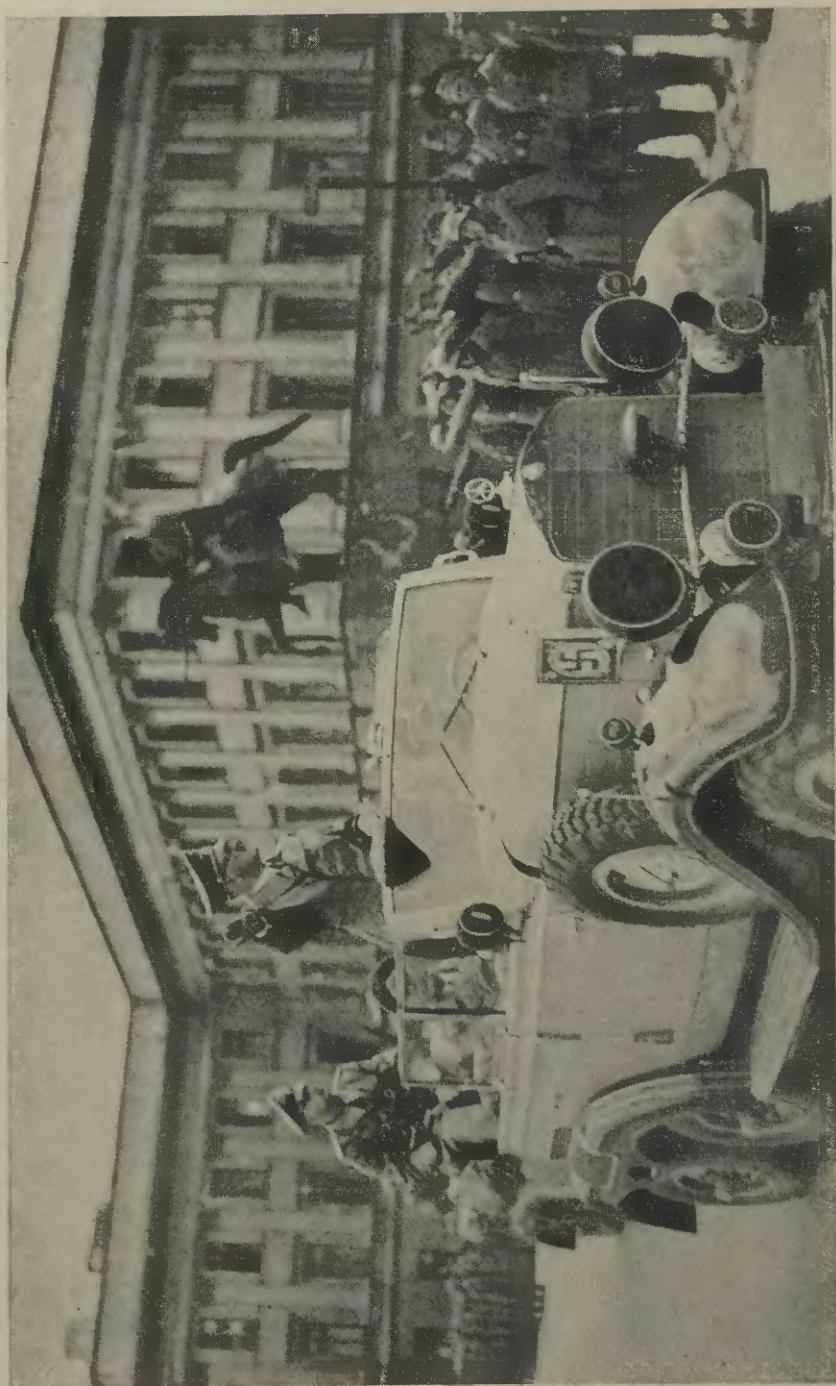
Weggeworfene Waffen nach dem Abzug der polnischen Truppen aus Warschau



Provisorische Gräber an der Drei-Kreuz-Kirche in Warschau



Soldatengrab in den Strassen Warschaus, wie es Anfang Oktober 1939 üblich war



Der Führer hält seinen Einzug in Warschau



Führerparade in Warschau

überhaupt hindurchzukommen. Wo aber wirklich ein Stück Erde zu sehen war, da reihte sich Holzkreuz an Holzkreuz, weil die während des Bombardements getöteten Menschen dort provisorisch beigesetzt worden waren.

Alles in allem: Warschau bot damals den Anblick einer vollkommen zerstörten Stadt, die dem Tode geweiht erschien.

Zwischen diesen Ruinen aber — und das war das dritte große Erlebnis des Tages — standen entlang den Einmarschstraßen Tausende von Juden, die neugierig und teilweise sogar mit lächelnden Gesichtern dem Einmarsch zusahen.

Wir hatten schon vorher im Polenfeldzug in kleinen Städten die Beobachtung gemacht, wie stark gerade in Polen der jüdische Bevölkerungsteil gewesen ist, aber wir hatten niemals derartig viel Juden auf einmal gesehen wie damals in Warschau. Dabei gehörte der größte Teil zu den Juden jener Art, die die meisten von uns nur in Bildern und Karrikaturen kennengelernt hatten: Typische Ostjuden mit langen wallenden Bärten und mit Kaftan und Käppi. Damals ging uns zum erstenmal eine Ahnung auf, welch schweres Problem hier einer Lösung harrete; denn es war uns von vornherein klar, daß diese Tausende von Juden — Warschau hatte damals über $\frac{1}{2}$ Millionen Juden in seinen Mauern und war die judenreichste Stadt Europas — von der übrigen Bevölkerung, insbesondere von uns Deutschen, getrennt werden mußten.

Als wir abends am Krasinskiplatz im Gebäude des früheren Obersten Gerichtshofes Quartier bezogen, schauten wir aus den zertrümmerten Fenstern dieses Gebäudes, dessen Giebelfries kein Geringerer als Andreas Schlüter geschaffen hat, auf die gegenüberliegenden Häuser, die restlos zerstört waren und aus deren Ruinen noch hin und wieder der Feuerschein aufleuchtete. An einer Ecke des Platzes hob sich deutlich von den brennenden Häusern die Silhouette eines Denkmals ab, das einen Mann darstellte, der mit erhobenem Arm gegen den Feind anstürmt, wobei seine Faust einen geschwungenen Säbel umklammert. Dieses Denkmal sollte die Erinnerung an den polnischen Schuhmacher Kilinski wachhalten, der im vergangenen Jahrhundert gegen die Russen als polnischer Freiheitskämpfer

aufgetreten war. Nachdenklich haben wir uns dieses Revolutionsdenkmal angesehen und es als eine Mahnung betrachtet, dass mit dem errungenen militärischen Sieg der Kampf noch nicht beendet sei.

Wer heute auf diesem Krasinskiplatz steht, sieht von den Spuren der Verwüstung nichts mehr. Die vernichteten Häuser sind bis zum letzten Stein beseitigt, so dass nunmehr ein viel größerer Platz als früher entstanden ist, auf dem das schöne Gebäude des Krasinskipalais besonders zur Geltung kommt. Das Kilinski-Denkmal ist ebenfalls verschwunden. Es wurde abgetragen als Vergeltungsmaßnahme dafür, dass sich polnische Bubenhände an dem Thorwaldsen-Denkmal vergriffen haben, das zu Ehren des großen deutschen Astronomen Nikolaus Kopernikus errichtet worden ist.

Wenige Tage nach diesem Einzug in Warschau erlebten die deutschen Soldaten den Höhepunkt des Polenfeldzuges mit der großen Führerparade in Warschau.

Umringt von seinen Generalen und den führenden Männern der Partei hielt Adolf Hitler am 6. Oktober 1939 seinen Einzug in Polens einstige Hauptstadt. Er fuhr vorbei am Poniatowski-Denkmal auf dem damaligen Pilsudskiplatz, wo das einstige Generalstabsgebäude stand, in dem der Marschall Polens, Rydz-Smigli, bis zu seiner unwürdigen Flucht residiert hatte. Dann nahm der Führer auf der al. Ujazdowski die Parade ab.

Etwa in der Mitte der Allee, an der Ecke der Piusastrasse, war eine kleine, tannengrüngeschmückte Tribüne errichtet. Hier formierten sich die deutschen Truppen zum Vorbeimarsch vor dem Führer. Hakenkreuzfahnen wehten im hellen Sonnenschein. Leuchtend spannten sich hinter der Tribüne die Reichskriegsflaggen.

Und dann zieht über zwei Stunden das feldgraue Heer an seinem Führer und Obersten Befehlshaber vorbei. Jubelnd klingen die deutschen Militärmärsche, fest ist der Schritt der Soldaten, deren junge Gesichter im Kampf hart geworden sind. Freude und Stolz leuchten aus ihren Augen.

Immer wieder grüsst der Führer die vorbeiziehenden Truppen, unter denen mancher zu sehen ist, der das Eiserne Kreuz als Zeichen der Tapferkeit trägt. Einige tragen auch erstmalig die Spange zum Eisernen Kreuz als Zeichen dafür, dass sie in diesem Weltkrieg ihre Pflicht als Soldaten ebenso tapfer erfüllt haben, wie in dem ersten grossen Weltkrieg von 1914 — 1918.

Nach dem Vorbeimarsch besuchte der Führer noch das Schloss Belvedere, in dem Pilsudski gelebt hatte. Dann begab er sich zum Flugplatz, um am anderen Tage im Reichstag den grossen Rechenschaftsbericht über den Polenfeldzug zu geben.

Wer Zeuge dieser Parade sein durfte, hat damals die unerschütterliche Überzeugung gewonnen, dass eine Wehrmacht, die wenige Tage nach den härtesten blutigen Kämpfen eine Parade vorführt, wie sie im tiefsten Frieden nicht exakter hätte ausgeführt werden können, unüberwindlich ist. Die Taten der deutschen Wehrmacht im weiteren Verlauf des Krieges haben dieses Gefühl voll gerechtfertigt.

In Warschau aber ist die Erinnerung an den historischen Besuch des Führers und die gewaltige Wehrmachtparade festgehalten worden: Am Jahrestag der Parade wurde die al. Ujazdowski während einer Traditionsparade vor dem Generalfeldmarschall List durch den Generalgouverneur Dr. Frank in „Siegesstrasse“ umgetauft. Der größte und schönste Platz der Stadt aber erhielt den Namen „Adolf-Hitler-Platz“.

Geschichtlicher Rückblick auf Warschaus deutsche Vergangenheit.

Wer als Deutscher zum erstenmal nach **K r a k a u** kommt, hat bei einem Rundgang durch die Straßen der Hauptstadt des Generalgouvernements sofort den Eindruck, in einer rein deutschen Stadt zu weilen; denn nicht nur die großen städtebaulichen Sehenswürdigkeiten Krakaus, wie z. B. die Marienkirche, atmen deutschen Geist, sondern auch die ganze Anlage der Stadt verrät auf Schritt und Tritt die deutsche Vergangenheit und die durch Deutsche geschaffene städtebauliche Ausgestaltung.

Wer dagegen zum erstenmal **W a r s c h a u** besichtigt, wird diesen Eindruck sicherlich nicht haben. Warschau erscheint ihm weder als eine deutsche noch als eine typisch polnische Stadt, sondern vielmehr als eine internationale Großstadt, in der ein ausgesprochen volkstumsmässig bedingter städtebaulicher Stil nicht vorherrscht. Und doch wird der aufmerksame Besucher der Stadt bei einem Rundgang durch die Strassen und Gassen immer wieder Bauten begegnen, die ihm dem Stil nach bekannt vorkommen. Diese Empfindung ist nicht unbegründet; denn ein sehr grosser Teil der eindrucksvollsten Gebäude der Stadt geht auf deutschen Einfluss zurück, wie überhaupt Warschau eine auffallend starke deutsche Vergangenheit hat, auch wenn vieles davon später überlüncht worden ist.

Dieser Einfluss ist von der Stadtgründung an nachweisbar.

Die Gründung der Stadt, die ins 13. Jahrhundert fällt, ist nach Kulmer Recht erfolgt, einer Abart des Magdeburger Rechts, das bekanntlich im ganzen Osten jahrhundertlang für fast alle Städte massgebend gewesen ist.

Warschau war damals noch ziemlich unbedeutend; denn die Hauptstadt der Landschaft war zunächst Plock, das weiter nördlich lag, und dann später Czersk, das etwa 30 km südlich von Warschau gelegen ist. Im Lauf der Zeit verlagerte sich der Sitz des Herzogtums Masowien nach der Mitte zu, d. h. nach Warschau.

Der deutsche Einfluss an dieser Entwicklung ist unverkennbar, da die starke Einwanderung der Kolonisatoren aus dem Norden



Alter Markt in Warschau



Häuser am Alten Markt in Warschau



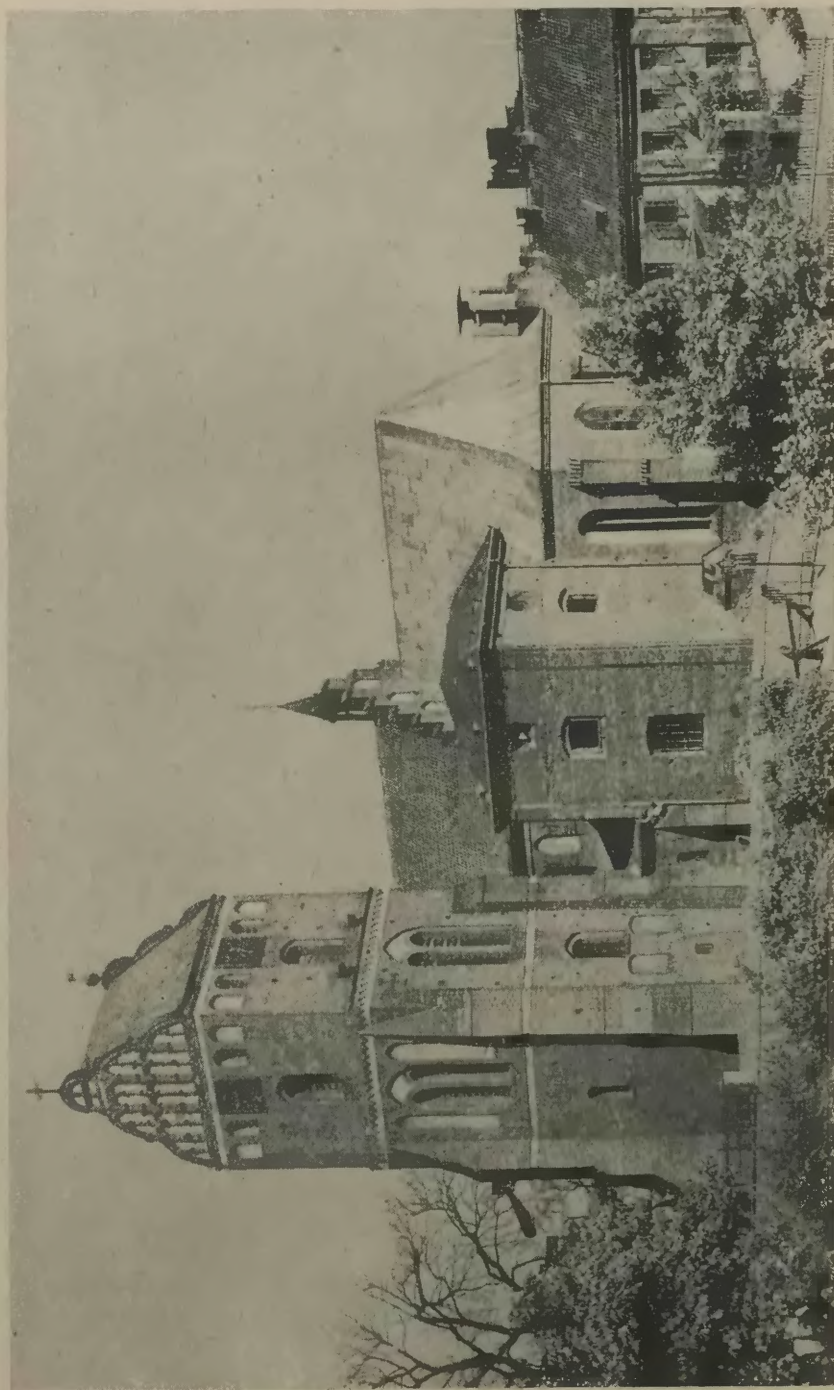
Alter Markt in Warschau



Das Fuggerhaus am Alten Markt



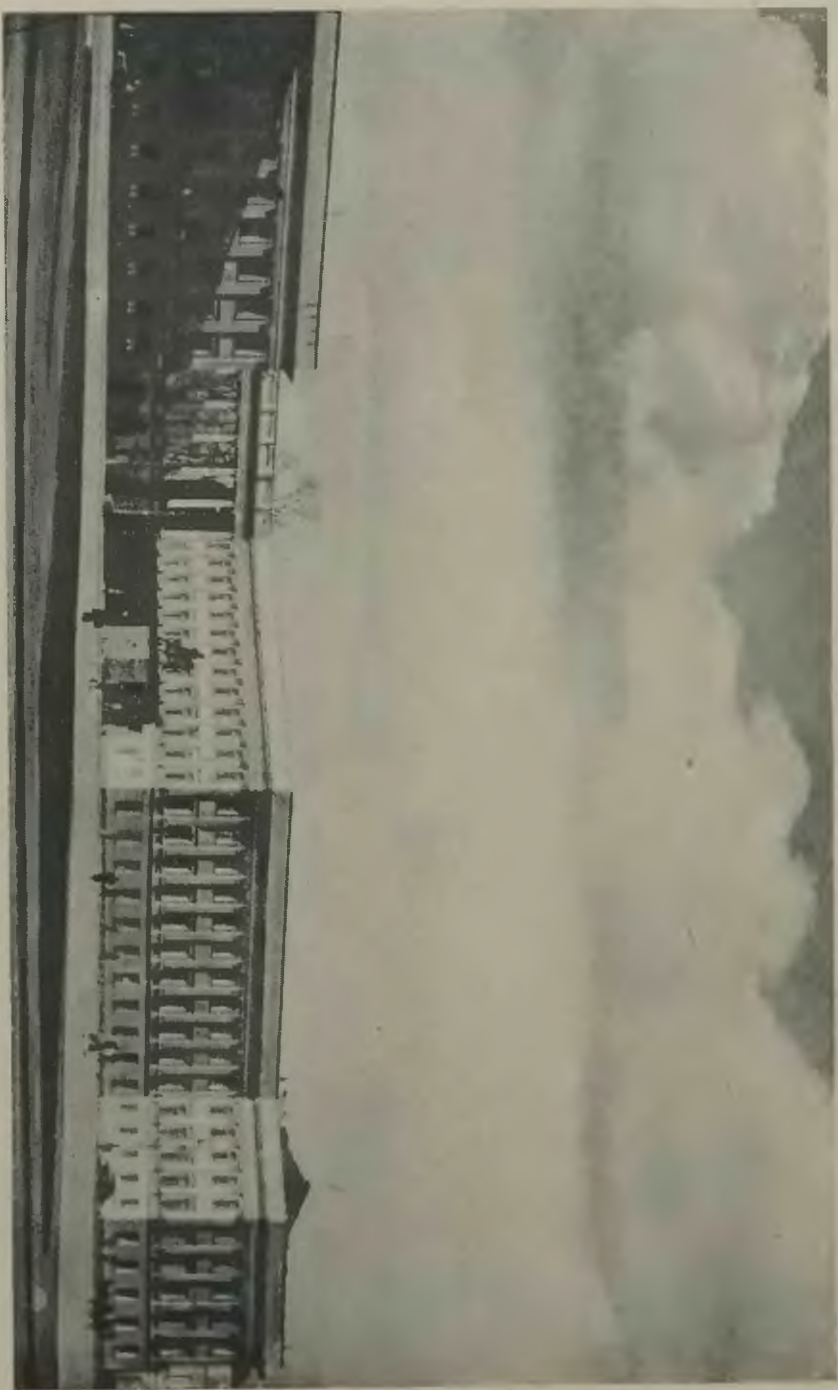
Motiv aus der Altstadt



Die Marienkirche



Das „Deutsche Haus“ in Warschau (früher Palais Radziwill)



Adolf-Hitler-Platz mit dem Sächsischen Palais

kam. Die masowische Landschaft ist damals das politische Interessengebiet des Kreuzritterordens gewesen¹⁾).

Der Deutsche Ritterorden wurde dann auch von Herzog Konrad I. von Masowien gegen die heidnischen Preussen ins Kulmer Land gerufen, als die staatliche Schwäche Polens, das im 13. Jahrhundert in Teilfürstentümer zerfallen war, ihn hierzu zwang.

Unter den Deutschrittern, die damals in Konrads Diensten standen, befand sich auch der Ritter Gothard, der östlich von Warschau in Podlachien den Einfall der Jadwinger abwehrte. Als Belohnung für diese Tat, durch die Masowien seine erforderliche Sicherung erhielt, wurde er von Konrad mit dem Dorf Sluzewo belehnt, dessen Lage in der Urkunde mit den Worten „in districtu Varsaviense“ näher angegeben ist. In dieser Urkunde des Jahres 1241 ist übrigens Warschau zum erstenmal erwähnt. Es ist bezeichnend, dass dies im Zusammenhang mit einer Tat geschehen ist, durch die ein deutscher Ritter Grosses für das Weichselland geleistet hat.

Noch sichtbarer ist der Einfluss des Deutschtums im 14., 15. und 16. Jahrhundert. Es ist die grosse Zeit des Bürgertums, in der auch Warschau seine weitere Entwicklung erlebt, die es am Ende dieser Epoche zur polnischen Hauptstadt werden liess.

Bereits im 14. Jahrhundert hat Warschau eine Verfassung, die einen Bürgermeister und Vogt, Ratsherren und Schöffen aufweist, also jene deutschrechtlichen Institutionen, die auch bei anderen deutschen Oststädten, wie Posen, Thorn, Gnesen und Krakau, die wichtigsten Träger der Gemeindeverwaltung gewesen sind. Nicht weniger als 78% der Bürgernamen aus den noch erhaltenen alten Schöffenbüchern jener Zeit sind rein deutschen Klanges, ein Beweis dafür, wie stark auch bevölkerungsmässig der deutsche Einfluss in Warschau damals gewesen ist.

Im Anfang des 15. Jahrhunderts ist die deutsche Einwanderung besonders stark: Bis 1420 sind nicht weniger als 84% aller Bürgernamen deutschen Klanges. Dann aber geht die Zuwanderung aus dem Reich stark zurück. Die Schöffenbücher Alt-Warschaws in der Zeit von 1427 — 1452 enthalten nur noch 28% deutsche Namen.

Bei ihnen aber handelt es sich um eine Auslese Einwanderung von Deutschen, die weit über dem geistigen und kulturellen Niveau der polnischen Einwohner standen und die deshalb auch trotz ihrer zahlenmässigen Unterlegenheit in kürzester Zeit die Geschicke der Stadt in die Hand nahmen.

¹⁾ Vgl. Dr. Grundmann: „Führer durch Warschau“ S. 8.

Wie stark dieser deutsche Einfluss in jener wichtigsten Epoche der Geschichte Warschaus gewesen ist, zeigt noch heute eine der Sehenswürdigkeiten der Stadt: Der Altmarkt.

Wer zum erstenmal nach einer Wanderung durch die engen und winkeligen Gassen der Warschauer Altstadt dorthin gelangt, glaubt unwillkürlich, das Bild einer mittelalterlichen deutschen Stadt vor sich zu sehen. Ein großer rechteckiger Platz tut sich vor ihm auf, zu dessen vier Seiten sich hohe Häuser erheben, die nur wenige Fenster breit mit bunt bemalten Fassaden verziert sind, während die Türen kunstvolle Ornamente aufweisen.

Dieser Altmarkt ist das Werk deutscher Hände gewesen. Die bedeutenden Bürgerfamilien, die damals aus dem Reich eingewandert sind, haben die Architektur ihrer Heimat in ihre neue Wirkungsstätte mitgenommen und sie nach hier übertragen. Diese Häuser waren ursprünglich rein gotische Bauten. Sie sind aber später im 16. und 17. Jahrhundert umgebaut worden, wobei die ursprüngliche Gotik teilweise vom Gewand des Barock oder der Neugotik verdeckt wurde¹⁾.

Die bekannteste der alt eingesessenen Bürgerfamilien ist die Familie Fugger aus dem alten Augsburger Kaufmannsgeschlecht, das damals auch in Krakau und Warschau Faktoreien unterhielt. Georg Fugger war als erster nach Polen umgesiedelt und wurde so zum Begründer des polnischen Zweiges der Familie Fugger, die über 400 Jahre in Warschau tätig war und deren letzter Spross auch jetzt noch in Warschau lebt. Einige Angehörige der Familie Fugger waren damals sogar Berater der polnischen Könige und gelangten auf diese Weise in die höchsten polnischen Ämter. Das berühmte Fuggerhaus am Altmarkt (Fukierhaus) ist zwar nicht von der Familie erbaut worden, sondern von Georg Korb, einem Breslauer Großkaufmann, der es ebenfalls in Warschau zu Ruhm und Ansehen gebracht hat. Die Familie Fugger hat aber später dieses Haus erworben, so dass es seitdem als Fuggerhaus bekannt ist.

Durch diese deutschen Patrizier nahm Warschau schnell seinen Aufschwung aus dem mittelalterlichen Kleinstadtdasein zur grossen Handelsstadt, die schliesslich 1569 sogar zum Tagungsort der polnischen Reichstage und damit zur eigentlichen Hauptstadt aufstieg, auch wenn die endgültige Erhöhung zur Residenz erst 1596 erfolgte, als die Königliche Burg in Krakau abbrannte.

Auch im 17. Jahrhundert hielt dieser deutsche Einfluss in der Architektur noch an.

¹⁾ Vgl. Grundmann aaO. S. 13.

Die Stadt Warschau hat sich in diesem Jahrhundert sowohl nach Süden hin (heute längs der Krakauer Vorstadt) als auch nach Westen hin (zum heutigen Krasinskiplatz) weiter entwickelt.

Längs der heutigen Krakauer Vorstadt entstanden die grossen Schlösser des polnischen Adels, wie z. B. das Potocki- und das Radziwill-Palais, die in ihrer Anlage auf die Form eines Herrenland-sitzes zurückgehen.

Ebenso wurde in jener Zeit das prachtvolle Krasinskipalais geschaffen, das für uns Deutsche insofern von besonderer Bedeutung ist, als Andreas Schlüter daran mitgewirkt hat. Auf ihn geht das kunsthistorisch wertvolle Giebelrelief zurück. Schlüter ist sehr wahrscheinlich auch an dem Bau des Schlosses Wilanow beteiligt gewesen; denn noch heute sind Rechnungen vorhanden, die von ihm über Bauarbeiten an diesem Schlosse ausgestellt sind.

Am Ende des 17. Jahrhunderts ist auch von einem Deutschen namens Christian Eltester das reizvolle Badeschlösschen im Belvederepark entstanden, das später allerdings stark umgewandelt worden ist.

Der Höhepunkt des kulturellen Schaffens in Warschau aber ist die Zeit der sächsischen Kurfürsten August II. und III., die vom Ausgang des 17. Jahrhunderts (1697) und im 18. Jahrhundert gleichzeitig Könige von Polen gewesen sind.

Vom Standpunkt der gesamtdeutschen Geschichte betrachtet ist dieses Zwischenspiel der Wettiner auf dem polnischen Königsthron keine politische Großtat gewesen, aber kulturhistorisch hat sich der Einfluss dieser Fürsten für die städtebauliche Ausgestaltung Warschaus und für die Schaffung grosser Prachtbauten ausserordentlich segensreich ausgewirkt.

In der Zeit der beiden Sachsenkönige wurde zunächst einmal städtebaulich eine neue Aufteilung der Stadt vorgenommen, da durch das wahllose Durcheinander der Häuserbauten im voraufgegangenen Jahrhundert ein städtebauliches Chaos zu entstehen drohte. In der großzügigsten Weise wurde damals im Anschluss an die Krakauer Vorstadt die „Neue Welt“ geschaffen und als Fortsetzung davon ein breiter Passionsweg angelegt, die heutige Siegesstrasse, Warschaus schönste Strasse.

Diese großzügige Strassenplanung, die nach dem Maßstab der damaligen Zeit gemessen von einem beachtenswerten Weitblick zeugte, hat viel dazu beigetragen, dass Warschau in der Folgezeit sich städtebaulich vernünftig entwickelte.

Dazu kommen dann vor allem aber die grossen Bauten und Umbauten, die in jener Zeit entstanden sind und die den künstlerischen Einfluss Dresdens heute noch zeigen. Pöppelmann, Knoebel, v. Deybel, Knöffel, Kammsetzer, Schuch, Zug, Aigner, Plersch sind die bedeutendsten Architekten jener Epoche, deren rein deutsche Namen bereits zur Genüge zeigen, dass die Architektur jener Zeit ausgesprochen deutsch gewesen ist.

Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass fast das ganze Barock und Rokoko in Warschau sächsischen Ursprungs gewesen ist.

August II. kaufte das „Sächsische Palais“ und liess es grundlegend umbauen. Die Umbaupläne des grossen Architekten M. D. Pöppelman sind allerdings nicht zur Ausführung gekommen. Aus dem Vorhof dieses Sächsischen Palais ist später der Pilsudskiplatz, der heutige Adolf-Hitler-Platz, entstanden.

Der allmächtige Minister August III., Graf Heinrich Brühl, kaufte 1750 das neben dem Sächsischen Palais gelegene Palais und liess es ebenfalls im Stil des sächsischen Barock umbauen. Dies Gebäude, das in Erinnerung an seinen einstigen Umgestalter noch heute den Namen „Palais Brühl“ trägt, ist auch jetzt noch eines der wichtigsten kulturhistorischen Denkmäler jener Zeit. Als Baumeister gelten die deutschen Architekten Knöffel und Knoebel.

Hinter dem Sächsischen Palais und neben dem Palais Brühl aber entstand der „Sächsische Garten“, der das Werk sächsischer Gartenbaukünstler ist. In diesem Schmuckstück Warschaus wurde noch das „Blaue Palais“ geschaffen, das zu den schönsten Bauten der Wettiner Zeit gehört. Es ist sehr zu bedauern, dass gerade dieses Palais, das allerdings in der klassizistischen Zeit einen wesentlichen Umbau erfahren hat, mit seinen grossen kulturhistorischen Schätzen dem Bombardement Ende September 1939 zum Opfer gefallen ist, das die Wahnsinnstat der damaligen Warschauer Machthaber heraufbeschworen hatte.

Auch auf die Kirchenbauten erstreckte sich der Einfluss der sächsischen Architekten und ebenfalls auf die Gestaltung der polnischen Adelspaläste, die damals in der Zeit August II. und August III. ihre prachtvolle Gestalt erhalten haben, so insbesondere das Palais Potocki und das Palais Radziwill. Auch das Schloss wurde umgestaltet, wobei wiederum ein Pöppelmann, der Sohn des Erbauers des Dresdner Zwingers, entscheidend mitgewirkt hat.

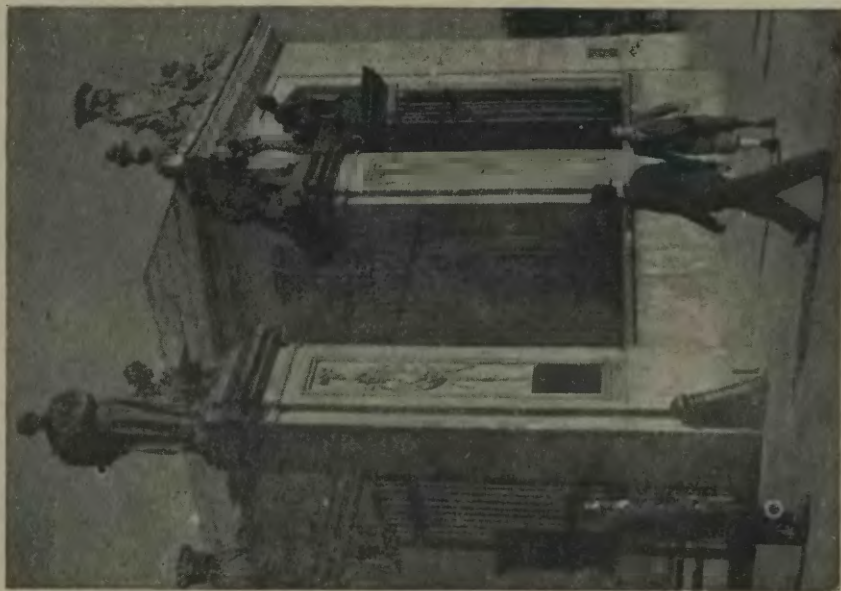
Ebenso war der Einfluss deutschen Geisteslebens damals ausserordentlich stark. Deutsche Zeitschriften, eine deutsche Bibliothek,



Brunnen im Sächsischen Garten



Partie im Sächsischen Garten



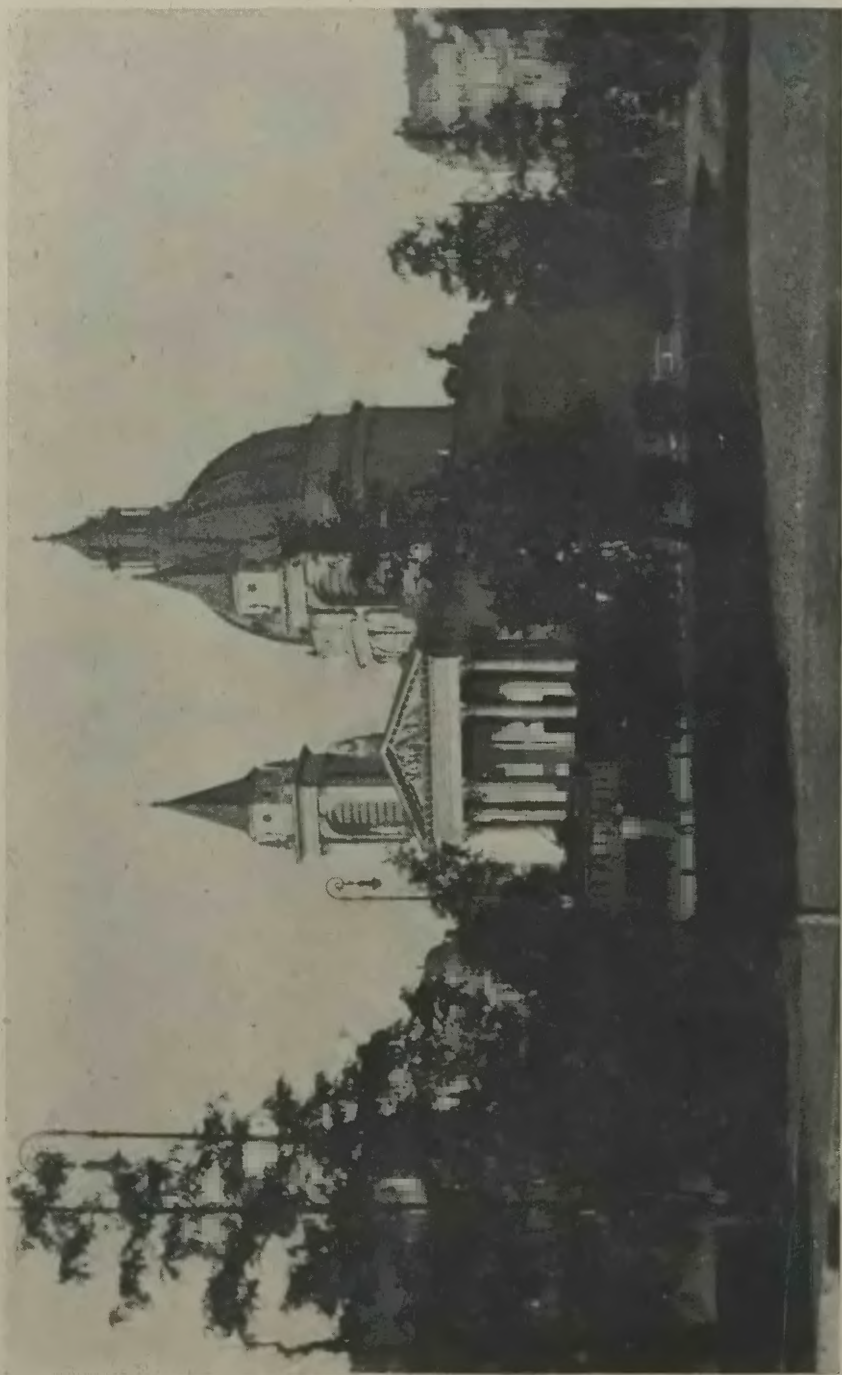
Eingang zum Palais Brühl



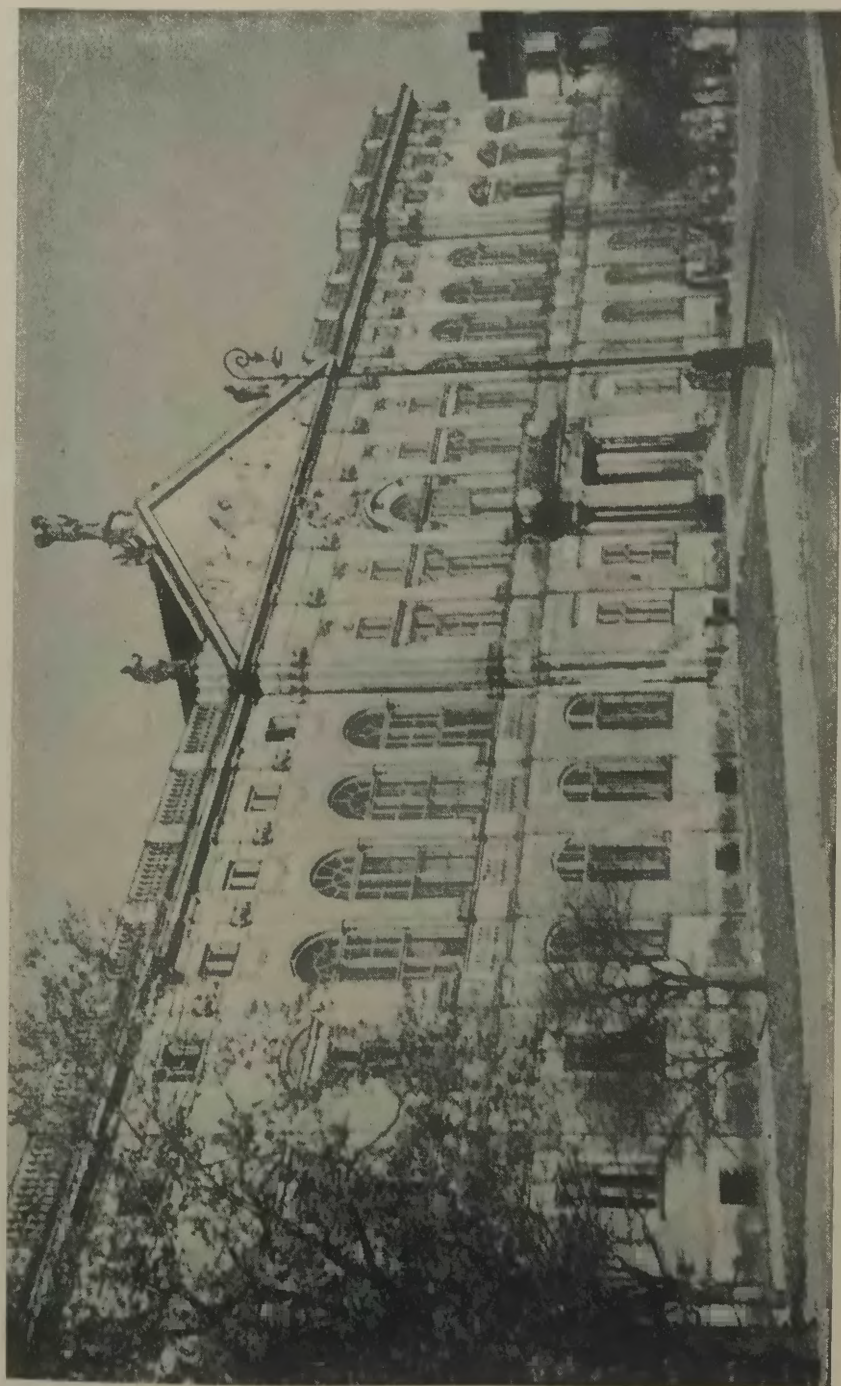
Blick vom Palais Brühl auf den Adolf-Hitler-Platz



Schloss Lazienki im Belvedere-Park



Dreikreuzkirche in Warschau (erbaut von Peter Aigner)



Krasinski-Palais mit dem Giebelrelief von Andreas Schlüter



Karmeliter-Kirche

ein deutscher wissenschaftlicher Verein und eine deutsche literarische Gesellschaft entstanden in Warschau und drückten dem Geistesleben der damaligen Zeit einen deutschen Charakter auf. Im damaligen Theaterleben wurden Lessings grosse Meisterwerke „Emilia Galotti“ und „Minna von Barnhelm“ in Warschau aufgeführt.

Wie stark der Einfluss der Wettiner Zeit in kultureller Hinsicht gewesen ist, zeigte sich sogar noch, als das Zwischenspiel der sächsischen Könige beendet war und die Zeit des letzten Polenkönigs Stanislaus August Poniatowski begann. Politisch ist ein grosser Wandel eingetreten, aber der deutsche kulturelle Einfluss ist geblieben.

Damals ist das Lazienkischloss umgebaut worden, wobei ein Italiener namens Merlini und der in Dresden geborene Hofbaumeister Kamsetzer die entscheidenden Arbeiten geleistet haben, während der ebenfalls deutschstämmige Ignaz Plersch an der Innenausstattung massgebend beteiligt war.

Auch der dieses Sommerpalais umgebende Park wurde von einem Deutschen angelegt, dem Gartenarchitekten Johann Christian Schuch, der sich auch durch Schaffung von Landschaftsgärten in Warschau einen Namen gemacht hat. Dieses Palais und die Anlage des Parkes sind architektonisch gesehen der Ausklang des Stils der sächsischen Zeit und gleichzeitig die Überleitung zum Klassizismus, der nunmehr in Warschau die Architektur beherrscht.

Auch hier haben zwei deutsche Architekten, S. Gottlieb Zug aus Merseburg, der Erbauer der evangelischen Kirche, und Efraim von Schröger aus Thorn, der u. a. den Umbau der Karmeliterkirche durchführte, bedeutenden Einfluss gehabt. In jener Zeit lebte in Warschau auch Peter Aigner, der Erbauer der Alexanderkirche auf dem Dreikreuzplatz, der auch sonst noch an der Umgestaltung bedeutender Bauten starken Anteil gehabt hat, insbesondere an der Gestaltung des Palais Radziwill, des heutigen „Deutschen Hauses“. Auch das Krasinskipalais wurde durch ihn erneuert und insbesondere in seiner Innenarchitektur ausgestattet.

Diese Namen zeigen, wie sehr noch in der Polenzeit der Einfluss der sächsischen Epoche angehalten hat.

Nur kurze Zeit hat nach dem Abtreten der sächsischen Könige politisch das Polentum geherrscht, dann kommt bereits 1795 nach der dritten Teilung Polens die preussische Zeit (1795 — 1806), in der Warschau Südpreußens Hauptstadt gewesen ist.

Die Hauptleistung dieser Zeit in städtebaulicher Hinsicht ist die „Normalisierung der städtebaulichen Verhältnisse“. Adelspa-

läste standen bisher neben den ärmsten Holzhütten. Mit diesem Stilwirrwarr und Durcheinander wurde damals aufgeräumt. In einer ganzen Anzahl von Verordnungen und Edikten wurde eine echt preussische Planung durchgeführt, die wie eine Vorwegnahme der heutigen Baupolizeivorschriften anmutet. Auch die Weichselregulierung wurde damals zum erstenmal in Angriff genommen.

Von den vielen bedeutenden Menschen, die in jener Zeit in Warschau lebten, seien nur E. T. A. Hoffmann, Fichte und Seume genannt.

Als nach dem Wiener Frieden 1815 Warschau zu Russland kam, hörte der deutsche Einfluss auf die kulturhistorische Entwicklung der Stadt langsam auf, was sich für die Stadt sehr ungünstig auswirkte. Warschau erlebte in dieser Zeit zwar den Aufstieg zur Großstadt, aber städtebaulich ist in diesem 19. Jahrhundert im Verhältnis zur früheren Zeit wenig geschaffen worden, das irgendwie von bleibendem Wert ist. Nur das Schloss Belvedere, das 1823 gebaut wurde, kann hier erwähnt werden. Es ist in jenem klassizistischen Stil gehalten, wie er von den deutschen Architekten Zug und Aigner in Warschau vermittelt worden war.

Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergibt sich für die architektonische Gestaltung von Warschau nichts Besonderes.

Ebenso hat die polnische Republik von 1919 — 1939 keine kulturhistorischen Leistungen auf dem Gebiet der Architektur aufzuweisen. Gewiss entwickelt sich die Stadt teilweise in einem amerikanischen Tempo, aber die neuangelegten Strassen bestehen im allgemeinen nur aus häßlichen Zweckbauten, die keine besondere kulturelle Eigenart oder Schönheit aufweisen.

Nunmehr hat das Deutschtum erneut von der Stadt Besitz ergriffen, und diesmal wird es keine vorübergehende Episode wie in der Zeit der sächsischen Könige sein, sondern diesmal wird eine dauernde deutsche Epoche eingeleitet.

Wir Deutsche werden uns dabei der Verpflichtung bewusst sein, die die grossen Leistungen deutscher Vergangenheit in diesem Raum uns auferlegen, und zwar gerade auch auf städtebaulichem und architektonischem Gebiet. Gewiss ist jetzt während des Krieges nicht die Zeit, gewaltige Monumente zu errichten. Die Nachkriegszeit aber wird diese Aufgabe im grossen Stil durchführen, sobald über die Stellung Warschaus im deutschen Machtbereich die endgültige Entscheidung des Führers gefallen ist.

Dann werden deutsche Baumeister auf den Spuren ihrer grossen Vorläufer der Stadt Warschau wieder ein deutsches Gepräge geben.

BESONDERER TEIL



I. DAS RAUMBILD DES DISTRIKTS WARSCHAU

Größe, Bevölkerungsdichte, Lage, wirtschaftliche Struktur, Landschaftsbild.

Als das Generalgouvernement geschaffen wurde, erfolgte eine gebietsmässige Aufteilung in vier Distrikte, die nach den grössten Städten des Generalgouvernements, Krakau, Lublin, Radom und Warschau benannt wurden. Im Jahre 1941 kam dann zu Beginn des Russlandfeldzuges noch der Distrikt Galizien mit der Distrikthauptstadt Lemberg hinzu. Insgesamt dehnt sich der Raum des Generalgouvernements über etwa 144 000 qkm aus und ist damit grösser als Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen und Sachsen zusammen genommen. Die Gesamtbevölkerung beträgt etwa 18 Millionen Einwohner.

Der Distrikt Warschau nimmt in mehrfacher Hinsicht gegenüber den anderen Distrikten eine Sonderstellung ein.

In räumlicher Hinsicht ist er der kleinste Distrikt. Die Grössenverhältnisse der einzelnen Distrikte stehen zwar noch nicht genau fest, da eine Vermessung noch nicht erfolgt ist. Im allgemeinen können aber hinsichtlich des Gebietsumfanges folgende Grössenverhältnisse zugrunde gelegt werden:

Distrikt Krakau	etwa 29 700 qkm
Distrikt Lublin	„ 26 600 „
Distrikt Radom	„ 24 500 „
Distrikt Warschau	„ 17 000 „
Distrikt Galizien	„ 50 000 „

Der Distrikt Warschau weist aber die dichteste Besiedlung auf. Es liegen auch hier noch keine endgültigen Zahlen vor, da eine Volkszählung im Generalgouvernement noch nicht stattgefunden hat, aber nach den vorliegenden Schätzungen, die sich weitgehend auf sta-

tistisches Material stützen, können folgende Bevölkerungszahlen angenommen werden:

Distrikt Krakau	etwa 3,6 Millionen Einwohner
Distrikt Lublin	„ 2,4 „ „
Distrikt Radom	„ 3,0 „ „
Distrikt Warschau	„ 3,4 „ „
Distrikt Galizien	„ 5,5 „ „

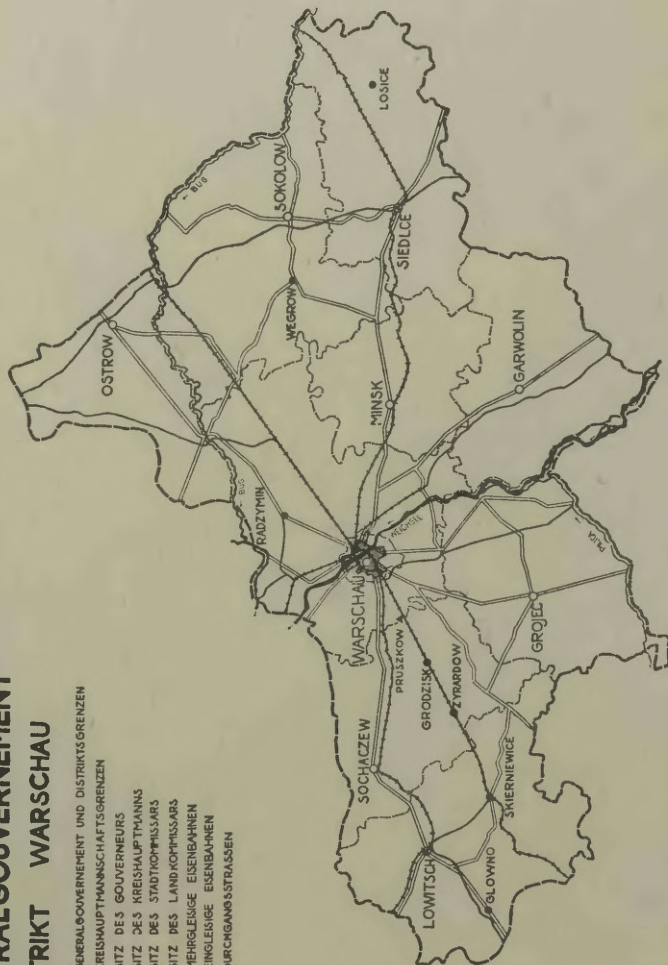
Wenn man diese Bevölkerungszahlen auf den qkm umrechnet, ergibt sich, dass der Distrikt Warschau hinsichtlich der Bevölkerungsdichte bei weitem an der Spitze steht: Mit 185 Einwohnern je qkm übersteigt er erheblich die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Generalgouvernements (128 je qkm), ganz abgesehen von dem Distrikt Lublin, der nur eine Bevölkerungsdichte von 80 Einwohnern je qkm aufweist. Diese ungewöhnlich hohe Bevölkerungsdichte des Distrikts Warschau ist darauf zurückzuführen, dass in seinem Gebiet die Millionenstadt Warschau liegt.

Der Lage nach ist der Distrikt Warschau der nördlichste Distrikt des Generalgouvernements; er erstreckt sich in langgezogener Form von Westen nach Osten. Im Westen grenzt er an den Warthegau, im Norden an die um den Regierungsbezirk Zichenau erweiterte Provinz Ostpreussen, im Osten an den Bezirk Bialystok, wobei in der Hauptsache der Bug die Grenze bildet, und im Süden an die Distrikte Lublin und Radom des Generalgouvernements. Die Weichsel, an der die Distriktshauptstadt Warschau liegt, teilt in einem leichten Bogen von Süden nach Nordwesten verlaufend den Distrikt in eine westliche und östliche Hälfte.

Das verkehrsmässige und wirtschaftliche Zentrum des Distrikts bildet das Warschauer Becken mit der Stadt Warschau. Hier treffen sich alle wichtigen, den Distrikt durchlaufenden Verkehrsadern. Die Hauptverkehrslinien ziehen, der Form des Distrikts entsprechend, von Westen nach Osten. So ist Warschau durch die Eisenbahnen und Strassen über Posen, Kutno, Lowitsch, Sochaczew mit Berlin, über Litzmannstadt mit Breslau und über Tschenstochau, Petrikau mit dem oberschlesischen Kohlenrevier verbunden. Die Eisenbahnen und Strassenverbindungen setzen sich nach Osten fort: Über Ostrow bzw. Malkinia nach Bialystok und Minsk nach Moskau, über Siedlce nach Brest-Litowsk und Pinsk sowie über Garwolin — Lublin nach Wolhynien und Galizien. Eine Nord-Süd-

GENERAL GOUVERNEMENT DISTRIKT WARSCHAU

- GENERALGOUVERNEMENT UND DISTRIKTS GRENZEN
- KREISHAUPTMANNSCHAFTS GRENZEN
- SITZ DES GOUVERNEURS
- SITZ DES STADTKOMMISSARS
- ▲ SITZ DES LANDKOMMISSARS
- MEHRGLEISEIGE EISENBAHNEN
- EINGLEISEIGE EISENBAHNEN
- DURCHGANGSSTRASSEN

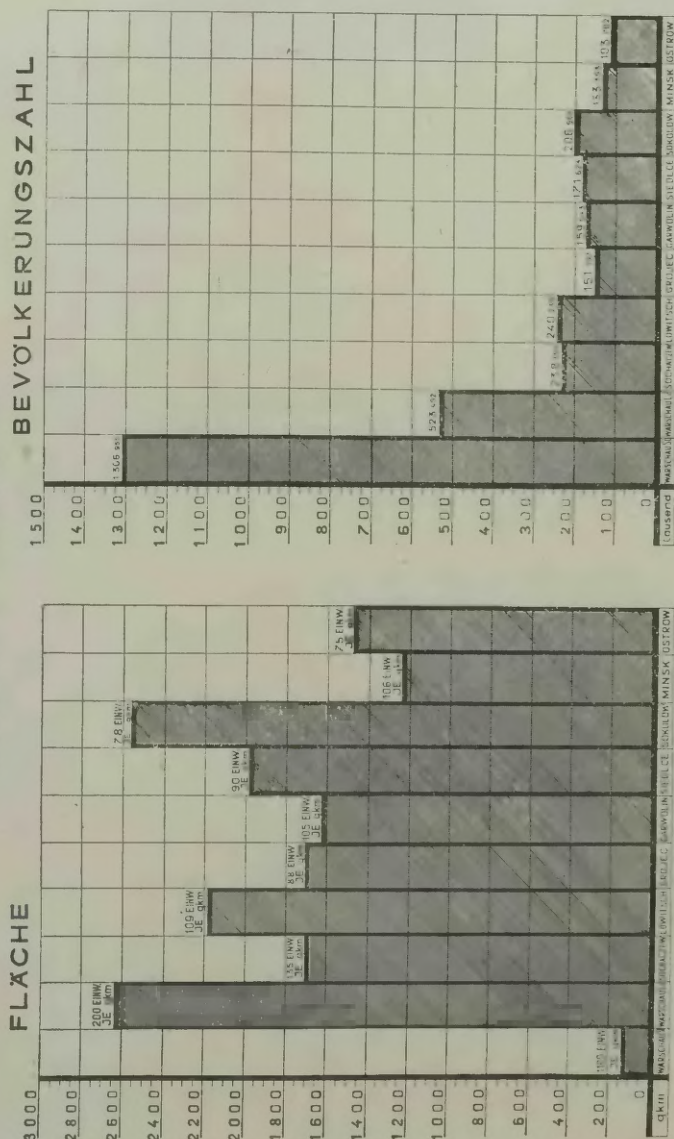


DER GOUVERNEUR DES DISTRIKTS WARSCHAU AMT FÜR RAUFÜHRUNG JUNI 42

Verwaltungskarte des Distrikts Warschau

GENERALGOUVERNEMENT

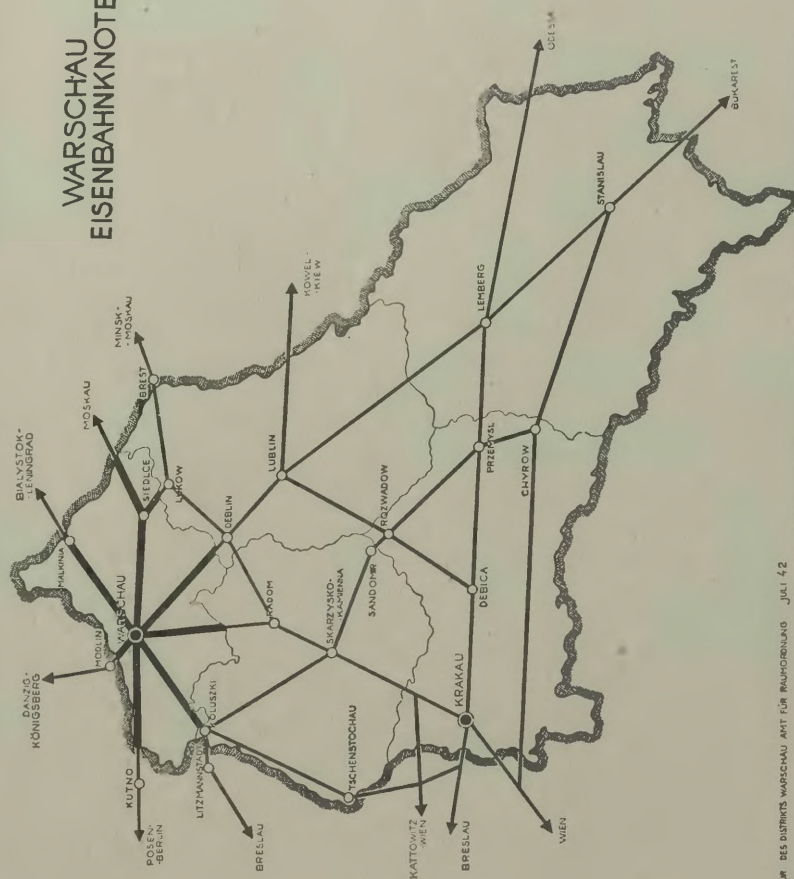
DISTRIKT WARSCHAU



DER GOUVERNEMENT DES DISTRIKTS WARSCHAU AMT FÜR EINGETRUGEN JUNI 42

Größe und Bevölkerungszahl der Stadt- und Kreishauptmannschaften des Distrikts Warschau

WARSCHAU ALS EISENBAHNKNOTENPUNKT



DER GENERALSTAB DES DEUTSCHEN KÖNIGREICHES, JULI 1914

Warschau als Eisenbahnknotenpunkt im Generalgouvernement

WARSCHAU ALS EISENBAHNKNOTENPUNKT DES OSTENS

The map illustrates Warsaw's role as a central railway hub in Eastern Europe. The city of Warsaw is marked with a large circle and labeled 'WARSCHAU'. From this central point, numerous railway lines radiate outwards to various cities and regions. To the north, lines connect Warsaw to Berlin, Posen, Danzig, and Białystok. To the east, lines lead to Minsk, Smolensk, Moscow, Kazan, and Vladivostok. To the south and west, lines connect Warsaw to Krakau, Lublin, Brest, and Kiev. The map also shows the Baltic Sea, Black Sea, and parts of the Russian Empire. The title 'WARSCHAU ALS EISENBAHNKNOTENPUNKT DES OSTENS' is prominently displayed at the top.

DER GOUVERNEMENT DES DISTRICTS WARSCHAU ANTI FÜR RUMORONUNG JULI 42

DER GOUVERNEUR DES DISTRICTS WARSCHAU AMT FÜR RAUMORDNUNG JULI 42

Warschau als Ausfalltor zum Osten

Linie stellt neben dem Wasserwege der Weichsel die Verbindung mit Danzig nach Norden und Krakau im Süden her.

Angesichts dieser günstigen Verkehrslage, die durch Autobahnen und durch die Kanalisierung des Bug und dessen Anschluss an das russische Kanalsystem ergänzt werden kann, ist Warschau für die Erschliessung des weiteren Ostens ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und ein bedeutungsvolles Wirtschaftszentrum ¹⁾.

Der Lage entsprechend sind im Warschauer Becken nennenswerte Industrien vorhanden, die sich auch in die verkehrsgünstigen Gebiete des westlichen Distriktsteiles erstrecken. So sind z. B. westlich der Stadt Warschau das Elektrizitätswerk und das Eisenbahnausbesserungswerk in Pruszkow, die grösste Papierfabrik des Generalgouvernements in Jeziorna, mehrere grosse metallverarbeitende Betriebe, die Zyrardower Manufakturen AG. in Zyrardow, eine Zellwollefabrik in Chodakow bei Sochaczew und das Messingwalzwerk in Glowno zu nennen.

Im übrigen trägt der Distrikt Warschau landwirtschaftlichen Charakter. Das Gelände ist zumeist flach und eben und nur an einigen Stellen etwas wellig. Die Ertragsfähigkeit des Bodens, der sandig, lehmig, teilweise auch etwas moorig ist, ist je nach Lage mässig, mittel bis gut. Angebaut werden überwiegend Roggen, Kartoffeln und Hafer; Zuckerrüben gedeihen namentlich im Westen; für Weizen ist der Boden dagegen weniger geeignet. Die Teichwirtschaft ist überall gut entwickelt und wird vor allem auf grösseren Gütern gepflegt. Der Garten- und Gemüsebau hat in der Umgebung der Stadt Warschau eine nennenswerte Aufwärtsentwicklung erfahren, allerdings hat er durch die strengen Winter in den letzten Jahren erheblich gelitten. Auf verschiedenen grösseren Gütern befinden sich beachtliche Pferdezüchten, in denen ein veredeltes polnisches Halbblutpferd gezogen wird.

Der Distrikt Warschau ist im allgemeinen waldarm, nur im Osten des Distrikts nimmt die Forstwirtschaft einen weiten Raum ein²⁾. In einigen grösseren Gebieten ist ein Drittel des gesamten Landes mit Wald bestanden. In früheren Jahren muss hier auch die Jagd bedeutungsvoll gewesen sein, die vom russischen oder polnischen Hochadel ausgeübt worden ist. Der russische Zar Ni-

¹⁾ Vgl. hierzu den Sonderartikel „Der Distrikt Warschau als Zentrum der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements“.

²⁾ Vgl. hierzu den Sonderartikel „Holz- und Forstwirtschaft“.

kolaus II. hatte in Skierniewice ein Jagdschloss, in dem 1884 die Drei-Kaiser-Zusammenkunft zwischen den Kaisern Deutschlands, Österreichs und Russlands stattgefunden hat.

Landwirtschaft und Forstwirtschaft waren die Voraussetzungen dafür, dass über den ganzen Distrikt verteilt verschiedene gewerbliche oder industrielle Verarbeitungsbetriebe entstanden sind, u. a. mehrere Zuckerfabriken, Lederfabriken, Sägewerke, Holzverarbeitungsstätten, eine Zündholzfabrik in Blonie und ein Holzschwellenimprägnierungswerk in Ostrow.

Während die deutsche Landschaft durch eine harmonische Verbindung von Stadt und Land gekennzeichnet ist, ist im Gebiet des ehemaligen polnischen Staates eine derartige Wechselwirkung nur unvollkommen vorhanden. Es gibt zwar eine Anzahl mittlerer Landstädte in einer Grösse von 10 — 25 000 Einwohnern, sie liegen jedoch weiter auseinander als im Reichsgebiet. Die Mittelstädte sind daher im Generalgouvernement mehr zentrale Versorgungs- und Handelsorte, als es die Mittelstädte im Reich sind. Für diese Aufgabe sind sie aber nur in ganz ungenügender Weise ausgestattet. Schon die Anlage und bauliche Entwicklung der Städte ist meist so, dass sie nur mit der von Kleinstädten des Reiches von etwa 5 000 Einwohnern verglichen werden können.

Während in den Mittelstädten im Westen des Distrikts der Steinbau vorherrscht, überwiegt im Osten die einfache Holzbauweise. Die städtischen Geschäfte und Werkstätten sind durchweg primitiv. Helle, geräumige und saubere Läden, wie wir sie im Reich in Städten ähnlicher Grössenordnung antreffen, sind in den Mittelstädten des Distrikts nicht vorhanden.

Die Bebauung dieser Städte ist planlos und unharmonisch erfolgt. Neben niedrigen primitiven Holzhäusern kann man dreigeschossige Backsteinrohbauten sehen, die betont „modern“ sind; neben pompös wirkenden Schulen liegen kleine schmutzige Katen; neben Einzelhäusern mit Garten finden sich Gebäudekomplexe mit umfangreichen Hinter- und Seitenhäusern, in denen auf engstem Raum zahllose Familien wohnen. In den Holzbuden dieser Hinterhöfe, die nach deutscher Auffassung allenfalls als Stallungen angesehen würden, wohnen Menschen, denen auch Kellerräume und schlecht ausgebaute Dachgeschosse als Unterkunft dienen.

Die städtischen Strassen sind, abgesehen von wenigen Durchgangsstrassen, mit ihrem holprigen Kopfsteinpflaster durchweg in einem ungepflegten Zustand. Wasserleitung gibt es nur in wenigen



Blick auf ein polnisches Dorf (vgl. S. 68)



Typischer polnischer Hof



„Moderner“ polnischer Schulbau (vgl. S. 68)



Polnischer Bauernhof (vgl. S. 62)



Primitive Wohnräume der polnischen Landbevölkerung (vgl. S. 69)



Bauernhaus in einer volksdeutschen Siedlung in Polen (vgl. S. 69)



Strassenbau im Distrikt Warschau



Neubau einer Strasse bei Warschau

Städten, Kanalisation ist fast nirgends vorhanden. Unrat und Abwässer wurden, bevor hier durch die deutsche Verwaltung Ordnung geschaffen wurde, gedankenlos auf die Strasse geleitet.

Einige der Landstädte können bereits auf ein beachtliches Alter zurückblicken. So erlangten die Städte Sochaczew und Lowitsch schon im gleichen Jahrhundert Stadtrecht wie Warschau. Sochaczew war die Residenz der Herzöge von Masovien; als Rest aus der damaligen Zeit ist am hohen Ufer der Bzura noch heute die Ruine der Herzogburg zu sehen. Lowitsch war in früherer Zeit Sitz der Erzbischöfe von Gnesen. Einige grössere Gebäude und die Ruine des durch die Russen zerstörten Bischofsschlusses weisen auf die einstige Bedeutung hin. Auch der Stadt Siedlce, die noch heute Bischofssitz ist, sieht man die durch die kirchliche Zentrale hervorgerufene Bedeutung an verschiedenen Baulichkeiten an. Von Kulturstätten, die durch jahrhundertelange Tradition geformt sind, wie dies bei zahlreichen alten deutschen Mittelstädten der Fall ist, kann aber bei den polnischen Landstädten im Distrikt Warschau nicht im entferntesten gesprochen werden, wie überhaupt gerade diese Mittelstädte den riesigen Unterschied des kulturellen Niveaus gegenüber dem Reich besonders deutlich zeigen.

Den Mittelpunkt einer polnischen Mittelstadt stellt zumeist der mit Kopfsteinpflaster belegte Markt dar. Auf ihm entwickelt sich an den einmal oder zweimal in der Woche stattfindenden Markttagen ein reges Handelsleben. Dort, wo die Juden aus dem Stadtbild verschwunden sind und die Bauern zu dem Markt in bunter Landestracht erscheinen, bietet sich dem Besucher ein farbenfreudiges, lebensvolles Bild.

Die kleineren Städte in einer Grössenordnung von etwa 5 000 Einwohnern machen zumeist einen trostlosen Eindruck und stehen weit unter dem Niveau eines einfachen deutschen Marktfleckens.

Das flache Land ist abseits der grossen Verkehrsstrassen nur über unausgebaute, im Frühjahr und Herbst oft tief verschlammte Wege zu erreichen. Vorherrschend ist das System der Längssiedlungen, d. h. die Dörfer sind nahezu alle an einer einzigen langen Strasse gelegen, so dass ein Dorf oft eine Länge von 4 bis 5 km hat. Wohnhäuser, Stallungen und Scheunen, die um einen rechteckigen Hof angeordnet eingeschossig und überwiegend aus Holz erbaut sind, tragen meist Papp-, Rohr- oder Strohdächer. In der Dorfstrasse und zur Umzäunung der Höfe sind Bäume gepflanzt, viel-

fach Pappeln, die das Dorf gegen Wind schützen und es, auf grössere Entfernung gesehen, fast ganz verdecken. Die polnischen Dörfer machen immer wieder den Eindruck, als hätten sie sich in der unendlich grossen flachen Ebene ängstlich an den Boden geschmiegt, um sich vor den Unbilden und der Weite des Raumes schuttsuchend zu verkriechen.

Der polnische Bauer hat als Mensch ostischer Rasse keinen in die Weite hinausgreifenden Tatendrang, sondern den Wunsch, in auskömmlicher Weise ein bescheidenes Dasein zu verbringen. Er ist nicht der Urheber raumüberspannender Gedankengänge, sondern begnügt sich mit einem Raum und Zeit wenig beachtenden Dahindämmern. Dementsprechend hat er auch seine Siedlungen und seine Landschaft gestaltet. Es haftet allem etwas Zufälliges an, man vermisst jede planvolle Ordnung, jedes grosszügige Gestalten, wie es bei uns im Reich überall spürbar ist, jede verantwortungsvolle Sorge für die Zukunft, überhaupt jede über die Enge des Dorfes hinausgehende Aktivität. Wenn das polnische Zwischenreich auf einigen Gebieten zu beachtenswerten Ansätzen für eine europäische Kulturzustände anstrebende Entwicklung gekommen ist, so war dies nur möglich, weil die polnische Intelligenz mittel- und westeuropäische Vorbilder nachgeahmt hat. Eigene schöpferische Leistungen sind hier fast nirgends vorhanden. Für das wache Auge klafft daher in der polnischen Landschaft der Gegensatz zwischen dem alten einfachen polnischen Beharrungszustand und einer künstlich in das Land gebrachten modernen Entwicklung. So steht z. B. mitten in einem primitiven polnischen Dorf ein modernes Schulgebäude in Flachbauweise oder eine der grundlosen polnischen Dorfstrassen wird plötzlich durch eine moderne Asphaltchaussee überschritten. Das Ganze wirkt gekünstelt. Es fehlt jede grosszügige Planung, von der auch jeder Landschaftsaufbau getragen sein muss.

Auch die auf dem Lande zerstreut liegenden Gutsbetriebe mittleren und grösseren Umfangs machen in der Regel nicht den Eindruck von Stätten besonderer Kultur. Ihre Eigentümer — verschiedentlich sind es Adlige mit umfangreichem Besitz — haben den bei den Gutsbetrieben errichteten Herrenhäusern nur selten das Gepräge eines wohnlichen Sitzes zu geben vermocht. Die meisten dieser Landschlösser sind verbaut, verwahrlost und ohne gründliche Säuberungs- und Instandsetzungsarbeiten für einen Deutschen nicht bewohnbar. Wenige Ausnahmen, namentlich Landsitze der alten polnischen Hocharistokratie, die vielfach früher deutsche Erziehung

oder militärische Ausbildung genossen hatte, bestätigen nur die Regel.

Einen besonders starken Einfluss auf die Bevölkerung, namentlich auf die Bauern, übt die katholische Kirche aus. Auffallend sind überall im Lande die grossen geräumigen Kirchen, deren Standort vielfach so gewählt ist, dass die das Land durchziehenden überörtlichen Verkehrsstrassen kilometerweit auf sie zulaufen. Zu jeder Kirche gehört eine grössere Zahl von Dörfern. Das für den gleichen Bezirk errichtete Gebäude der Gemeindeverwaltung wirkt neben der stattlichen Kirche vielfach in seiner in die Augen springenden Unzulänglichkeit geradezu dürftig.

An Sonn- und Feiertagen zieht die gesamte Landbevölkerung im besten Feiertagsstaat zu Fuss oder mit dem Panjefuhrwerk zur Kirche. Dort, wo Trachten getragen werden, haben die Frauen und Mädchen die sorgfältig gehüteten bunten Gewänder angelegt, sie laufen barfuß und tragen die Schuhe in der Hand, die sie erst kurz vor der Kirche anziehen. Die Eingänge der Dörfer sind durch hohe Holzkreuze gekennzeichnet, an denen kein Bauer vorüber fährt, ohne sich zu bekreuzigen und den Hut abzunehmen. Wenn der Pfarrer zu einem Kranken gerufen oder aus einem sonstigem Grund zu einer sakralen Handlung über Land fährt, knien die Fußgänger zum Gruss nieder und machen das Zeichen des Kreuzes.

In die polnische Landschaft eingestreut finden sich verschiedentlich Dörfer, die von Deutschen gegründet worden sind und auch zu einem Teil heute noch von Deutschen bewohnt werden. Wenn auch die deutschen Siedlungen im Distrikt Warschau nicht mit deutschen Bauerndörfern aus dem schwäbischen oder niederdeutschen Heimatlande der Siedler verglichen werden können, so unterscheiden sie sich doch durch die Art ihrer Anlage und das allgemeine äussere Bild von den meisten polnischen Dörfern. Die Wohnhäuser, die vielfach aus Stein oder ungebrannten Lehmziegeln errichtet worden sind, enthalten mehr Wohnraum als die Häuser der Polen. Sie sind erheblich sauberer gehalten und wohnlicher ausgestattet. Die Höfe der deutschen Bauern sind auch nicht so eng aufeinander gedrängt, wie die der Polen. Mitunter sieht man an deutschen Gehöften noch den Weinstock, den die ersten Ansiedler aus ihrer Heimat mitgebracht haben.

Die deutschen Bauern haben in der Regel ihr Volkstum und ihre deutsche Eigenart gut bewahrt. Sie sind sich ihrer zumeist schwäbischen Abstammung klar bewusst und beherrschen teilweise noch

heute die schwäbische Mundart. Vielfach gibt es unter ihnen Kinder und Greise, die sich kaum in der polnischen Sprache zurecht finden können.

Die deutschen Dörfer hatten zumeist bei ihren Gründungen deutsche Namen erhalten, die die Polen dann später polonisiert oder völlig umgeändert haben. Heute verwenden die Bauern nun wieder die alten schönen deutschen Namen zur Bezeichnung ihrer Heimatorte, wie z. B. Alt-Ilvesheim, Ludwigsburg, Schwiningen, Mathildendorf, Karlshof, Frankenfeld, Königsdorf, Erdmannsweiler.

Alles in allem bietet der Distrikt Warschau in seiner Vielgestaltigkeit sehr viel Interessantes. Ein einheitlich geordnetes Raumgebilde im deutschen Sinne ist er naturgemäss noch nicht. Für diese Neuordnung werden Jahrzehnte erforderlich sein.

II. VERWALTUNGSaufbau IM DISTRIKT Warschau

1. Die allgemeine Lage bei Übernahme durch die deutsche Verwaltung.

Als die Tätigkeit der Verwaltung in dem Gebiet des jetzigen Distrikts Warschau begann, waren dort noch die Kämpfe im vollen Gang.

Die Leitung eines polnischen Kreises wurde in nahezu allen Fällen unmittelbar nach Einnahme der jeweiligen Kreisstadt einem Verwaltungsbeamten als „Landrat“ übergeben. Die Nachbargebiete waren dabei vielfach noch nicht von den deutschen Truppen besetzt. So wurde der Landrat in Skierniewice bereits Mitte September 1939 eingesetzt, also zu einer Zeit, als sich 15 bis 20 km nördlich noch die grossen Vernichtungskämpfe der Schlacht an der Bzura vollzogen. Die Kreise im Westen sowie einige Kreise im Osten des Distrikts waren bereits vor der Einnahme der Städte Warschau und Modlin mit Landräten besetzt worden. Nach Einnahme der Stadt Warschau und nachdem die Russen das von ihnen vorübergehend im östlichen Teil des Distrikts besetzte Gebiet bis zur damaligen Interessengrenze wieder geräumt hatten, waren alle Kreise ordnungsgemäss durch die Zivilverwaltung übernommen. Die Dienstbezeichnung des Landrats wurde mit Gründung des Generalgouvernements in „Kreishauptmann“ geändert.

Die Verhältnisse, die bei Beginn der Verwaltungstätigkeit in Warschau und in den Kreisen gegeben waren, waren wesentlich durch die soeben zu Ende gelangten Kampfhandlungen beeinflusst. In einigen Städten, namentlich in Warschau, Garwolin, Sochaczew, Siedlce, Lowitsch, Kaluszyn und Wyszkw sowie in den Orten in der Umgebung der Stadt Warschau waren von vielen Gebäuden nur Ruinen geblieben. Zahlreiche Industrieanlagen und Werkstätten waren vernichtet. In einigen der genannten Städte war nahezu jedes Haus zerstört oder beschädigt. Auf dem Lande waren ganze Dörfer und zahlreiche Gehöfte niedergebrannt.

Die Wehrmacht führte die Säuberung der Schlachtfelder und sonstige Aufräumarbeiten durch. Überall wurden grosse Mengen militärischer Beute zusammengetragen, in einigen Orten Zehntausende von Gefangenen in provisorischen Lagern untergebracht. Strassen und Brücken waren gesprengt und zu einem Teil durch die Wehrmacht wieder behelfsmässig instand gesetzt worden. Die Eisenbahnverbindungen waren zumeist abgeschnitten, Post- und Telegraphenanlagen unterbrochen und die Wasserleitungen zerstört.

In manchen Gegenden, namentlich in den Waldgebieten im östlichen Teil des Distrikts, trieben sich versprengte polnische Truppenteile als Banden umher. In anderen Gegenden, vor allem im Kreise Garwolin, machten aus den Gefängnissen entkommene Verbrecher das Land unsicher. Mord und Raubüberfälle waren dort und in der Umgebung von Warschau an der Tagesordnung.

Auf dem Lande irrten Tausende von Flüchtlingen aus der Stadt Warschau und dem gesamten ehemaligen polnischen Staatsgebiet umher. Verstärkt wurde die Zahl der Flüchtlinge durch die infolge der Kriegshandlungen obdachlos gewordene Bevölkerung.

Ein ungeheures Durcheinander war die Folge der völligen Kopflosigkeit, die sich der Bevölkerung bemächtigt hatte. Der Handel lag danieder, die meisten Geschäfte waren geschlossen, Märkte fanden nicht mehr statt. In ihrer Angst vor Plünderungen und Requisitionen verbarg die eingeschüchterte Landbevölkerung zunächst alle Vorräte, vergrub sie sogar zum Teil und zeigte anfangs keinerlei Neigung, Lebensmittel nach den Städten zu verkaufen. Die Bergung der Ernte und die erneute Bestellung unterblieben vielfach. Guts- und Bauernbetriebe standen ohne Leitung da. Zurückgebliebene Landarbeiter verweigerten die Arbeit. Die Gefahr einer Hungersnot war nahe. Einige Städte hatten schon kaum noch Brot. Die Viehbestände waren durch den Krieg zusammengeschmolzen. Besonders stark war infolge der rigorosen Ausmusterung durch das polnische Militär der Pferdebestand in Mitleidenenschaft gezogen. Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe hatten daher nicht die zur Einbringung der Ernte und zur Bestellung notwendigen Pferde zur Verfügung. Die Vorräte an Heu und Futtergetreide waren durch die Kriegsverhältnisse nahezu erschöpft.

Für die Juden, die an allen bedeutenderen Orten in übermässig grosser Zahl vorhanden waren, boten diese ungeordneten Verhältnisse ungeahnte Verdienst- und Schachermöglichkeiten. Es gab wohl

kaum einen Gegenstand des täglichen Bedarfs, mit dem sie nicht zu handeln versucht hätten. Bei den in vielen Orten vorgenommenen Plünderungen hatten gerade die Juden sich besonders ergiebig beteiligt. In ihrer Habgier verstiegen sie sich sogar dazu, Brunnenwasser glasweise und Brot stückweise an die in Lagern eingeschlossenen polnischen Gefangenen zu verkaufen.

Eine planmässige und intensive Landbewirtschaftung gab es nicht. Landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger und hochwertiges Saatgut waren kaum verwendet worden. Die Ernte betrug im allgemeinen nur etwa die Hälfte des Ertrages, der bei guter Bewirtschaftung erzielt werden kann. Auch hier war der Einfluss der Juden ausserordentlich gross. Der Handel und die landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetriebe waren überwiegend in jüdischen Händen. In einer Stadt mit 17 000 Einwohnern waren von den 375 vorhandenen Geschäften 271 jüdisch.

Der kulturelle und hygienische Zustand in nahezu allen Landstädten des Distrikts war derartig, dass er deutschen Ansprüchen in keiner Weise gerecht werden konnte. Es gab weder Gaststätten noch Hotels, in denen man einem Deutschen die Beköstigung oder Unterkunft hätte zumuten können. Wohngebäude mit sanitären Einrichtungen waren selten, gesundheitlich einwandfreie Wasserversorgungsanlagen in vielen Fällen nicht vorhanden.

Abgesehen von den vorstehend geschilderten, durch den Krieg verursachten Zuständen übernahm die deutsche Verwaltung aber auch rein verwaltungsmässig einen kümmerlichen Bestand und eine Organisation, die zur Erschliessung des Landes völlig ungenügend war. Auf vielen Gebieten herrschte der Grundsatz, dass jeder das tun und lassen könne, was ihm behagte. Grosse vorausschauende Planungen gab es nicht. Die polnischen Starosten, die etwa den deutschen Landräten entsprechen, hatten laufende Verwaltungsgeschäfte erledigt, aber keine tatkräftige Initiative gezeigt. Das unsystematische Arbeiten ist beispielsweise daran zu erkennen, dass der Bau eines Krankenhauses — ein Millionenprojekt — aus laufenden Haushaltsmitteln begonnen worden war, ohne dass irgendwelche Rücklagen geschaffen worden waren. Infolgedessen konnte der Bau nur jeweils in dem Umfange weitergeführt werden, wie es die eingehenden Steuermittel erlaubten. Dazu kam, dass die polnischen Verwaltungsbehörden, auch die Gemeindevögte und Dorfschulzen, überall ihre Tätigkeit eingestellt hatten. Die führenden Beamten waren seit Wochen geflohen und hatten wichtige Akten sowie die

gesamten Geldbeträge mitgenommen. Einige Dienstgebäude waren durch die Kampfhandlungen beschädigt, andere geplündert, die Geldschränke erbrochen und ausgeraubt. Die Einrichtungsgegenstände waren vielfach vernichtet oder weggeschleppt. Polizeiorgane waren nicht mehr vorhanden. An manchen Orten versah ein polnischer Selbstschutz unter Leitung eines Kommandanten, der sich selbst eingesetzt hatte, einen Ordnungsdienst, der im wesentlichen aus einer Arbeit in die eigene Tasche bestand.

Bei diesen Verhältnissen kam es darauf an, so schnell wie möglich eine neue schlagkräftige Verwaltung aufzuziehen, um das Land aus diesem Chaos zu befreien.

Die wenigen Deutschen, die damals unter den schwierigsten Verhältnissen mit dieser Aufgabe betraut wurden, haben das Äusserste an Tatkraft, Verantwortungsfreude und Opferwillen hergeben müssen, um diese ihnen gestellte Aufgabe zu meistern.

2. Aufbau der staatlichen Verwaltung im Distrikt Warschau.

Der Oberbefehlshaber des Heeres als Inhaber der vollziehenden Gewalt in den besetzten polnischen Gebieten hatte noch während des Polenfeldzuges durch die Chefs der Zivilverwaltung bei den Armeeoberkommandos Landräte als Leiter der früheren polnischen Kreise eingesetzt. Den Landräten standen „Verwaltungstrupps“ zur Seite, die aus 4 — 5 Soldaten und 2 Kraftwagen bestanden. Weiter waren dem Landrat ein mittlerer Beamter sowie ein Landwirt als Kreislandwirt beigegeben. Diese Verwaltungstrupps rückten unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe in die zum Teil noch brennenden Kreisstädte ein. Ihre Aufgabe war es, den völlig zerschlagenen Verwaltungsapparat wieder in Gang zu bringen.

Als dann durch Erlass des Führers vom 12.10.1939 das Generalgouvernement geschaffen wurde und der Amtsantritt des Generalgouverneurs am 26.10.1939 erfolgte, galt es, die Verwaltung nunmehr grundlegend neu aufzuziehen.

Der Aufbau vollzog sich auf der Grundlage des Führerprinzips.

An der Spitze des Generalgouvernements steht der Generalgouverneur, der unmittelbar dem Führer unterstellt ist. Zur einheitlichen Führung sämtlicher Verwaltungszweige bedient er sich

der Regierung des Generalgouvernements, die vom Staatssekretär geleitet wird und die den Distrikten Richtlinien für die Verwaltung gibt.

An der Spitze der einzelnen Distrikte steht der Gouverneur, der im Namen des Generalgouverneurs die gesamte Verwaltung des Distrikts führt.

Im Distrikt Warschau hat SA-Gruppenführer Dr. Fischer am 30.10.1939 als Distriktschef die Leitung des Distrikts übernommen. Seit diesem Tage steht er als Gouverneur an der Spitze des Distrikts.

Dem Gouverneur sind der Chef des Amtes ¹⁾ sowie der SS- und Polizeiführer ²⁾ unmittelbar unterstellt.

Die dem Distrikt Warschau übertragenen Aufgaben wurden anfangs nur mit einem kleinen Stab von Mitarbeitern erledigt, die in Gemeinschaftsarbeit alle anfallenden Aufgaben in Angriff nahmen. Im Lauf der Zeit erfolgte dann eine Aufteilung in Ämter und Abteilungen. Nachdem der Verwaltungsaufbau nunmehr abgeschlossen ist, gliedert sich das Amt des Distrikts in 5 Ämter, die dem Chef des Amtes beigegeben sind, nämlich:

Präsidialbüro,
Personalamt,
Amt für Raumordnung,
Amt für Preisüberwachung,
Archivamt,

und in 10 Abteilungen, nämlich:

Innere Verwaltung,
Finanzen,
Justiz,
Wirtschaft,

¹⁾ Chef des Amtes war in der Zeit vom 26.10.39 bis zum 31.12.1940 Reichsamtsleiter Barth, der in das Reichsrechtsamt der NSDAP nach München zurückberufen wurde. Seit dem 1.1.1941 ist Reichshauptstellenleiter Dr. Hummel Chef des Amtes.

²⁾ Als SS- und Polizeiführer war in der Zeit vom 9.11.1939 bis 22.7.1941 SS-Gruppenführer Moder eingesetzt, der als Angehöriger der Waffen-SS im Russlandfeldzug den Heldentod fand. An seine Stelle trat SS-Oberführer Wiggand, der am 1.5.1942 zur Waffen-SS einrückte. Seitdem ist SS-Oberführer Dr. von Sammern-Frankennegg im Distrikt Warschau SS- und Polizeiführer.

Ernährung und Landwirtschaft,
Forsten,
Arbeit,
Propaganda,
Wissenschaft und Unterricht,
Bauwesen.

Neben der Schaffung und dem Ausbau der Behörden des Distrikts wurde der Aufbau und die Organisation der unteren Verwaltungsbehörden in Angriff genommen. An der Spitze der unteren Verwaltungsstufe stehen die Stadt- bzw. Kreishauptleute.

Das heutige Gebiet des Distrikts Warschau war in der polnischen Republik in 14 Starosteien, die etwa den deutschen Landkreisen entsprechen, eingeteilt. Im Interesse einer möglichst straffen Verwaltung werden bei der Neuorganisation mehrere Starosteien zusammengelegt. Neben der Stadt Warschau wurden zunächst 10 Landkreise gebildet, für die später die Bezeichnung „Kreishauptmannschaften“ eingeführt worden ist. Es handelte sich dabei um folgende Kreishauptmannschaften:

Warschau-Land,
Garwolin,
Siedlce,
Sochaczew,
Grojec,
Ostrow,
Sokolow,
Lowitsch,
Skierniewice,
Minsk.

Später wurden die Kreishauptmannschaften Skierniewice und Lowitsch aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung zusammengelegt. Der Sitz der neuen Kreishauptmannschaft ist Lowitsch.

Der Distrikt Warschau besteht also zur Zeit aus 9 Kreishauptmannschaften und der Stadthauptmannschaft Warschau.

Die Kreishauptmannschaften sind jeweils nach den Kreisstädten benannt. Die Bevölkerungsdichte der Kreishauptmannschaften schwankt zwischen 100 000 und 500 000 Einwohnern ¹⁾.

¹⁾ Vgl. die Karte des Distrikts Warschau S. 57 des Buches.



Zerstörte Strassen in Warschau



Strassenbild 1939 aus Warschau



Vollkommen zerstörte Häuser in Warschau



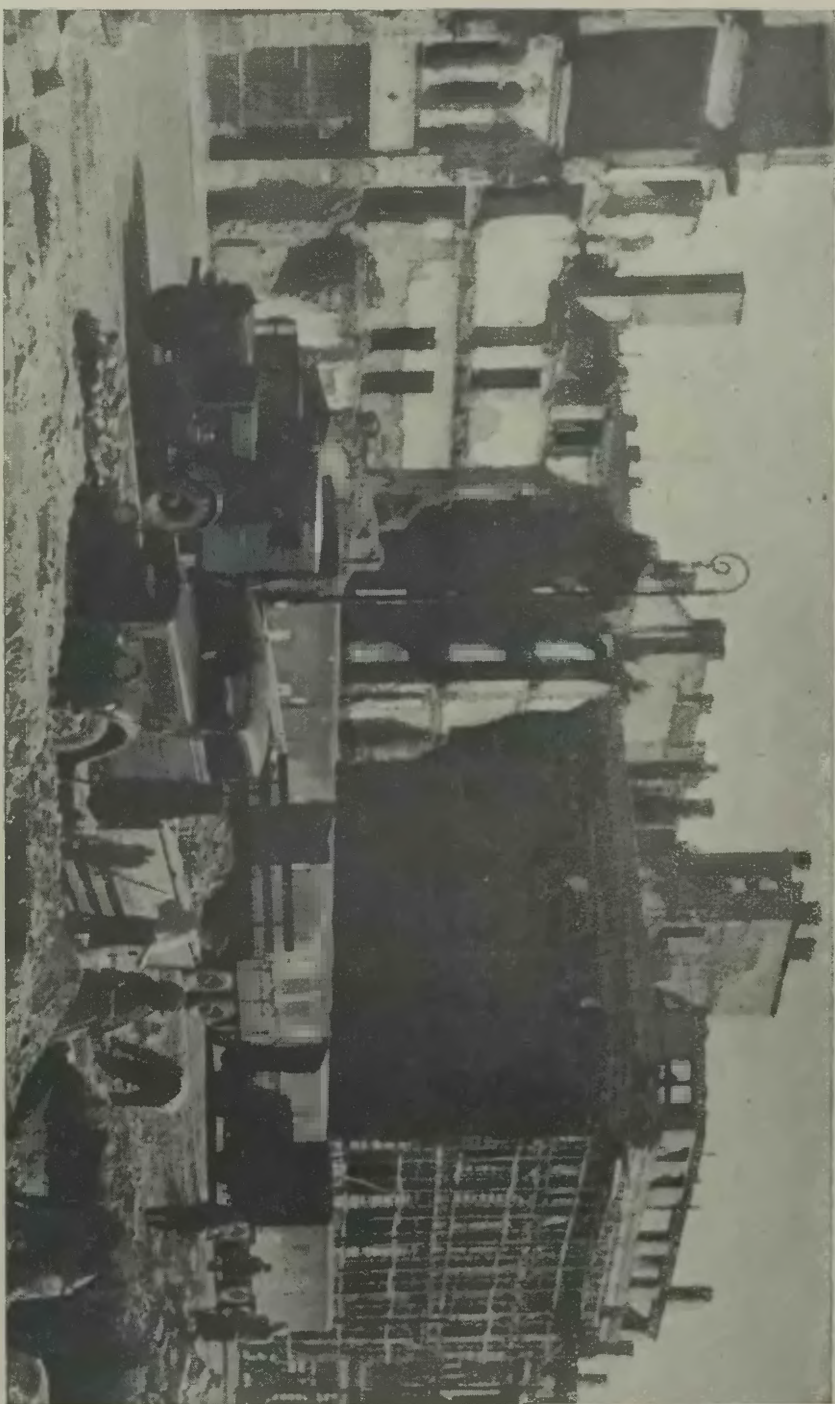
Ruinenstrasse in Warschau 1939



Aufräumungsarbeiten in Warschau Oktober 1939



Strasse in Warschau nach den Aufräumungsarbeiten



Aus Trümmern wird wieder aufgebaut

Die Behörde des Kreishauptmanns besteht aus folgenden Ämtern:

Amt für Innere Verwaltung,
in dem die allgemeinen Hoheitssachen, Polizeiangelegenheiten, Bau- und Wohnungssachen, die Preisüberwachung sowie Bevölkerungswesen und Fürsorge bearbeitet werden,

Amt für Wirtschaft,
Amt für Ernährung und Landwirtschaft,
Schulamt.

Dazu kommen die angegliederten Ämter:

Finanzinspekteur,
Landinspektion,
Wasserwirtschaftsinspektion,
Arbeitsamt,
Forstaufsichtsamt,
Strombauinspektion.

Die angegliederten Ämter sind zur besseren Erledigung ihrer Fachaufgaben für mehrere Kreishauptmannschaften eingerichtet und somit gleichzeitig mehreren Kreishauptleuten angeschlossen.

In mehreren Kreishauptmannschaften sind als Verwaltungsstellen des Kreishauptmanns Land- und Stadtkommissare eingesetzt. Während die Stadtkommissare die unmittelbare Staatsaufsicht über die ihnen anvertrauten Stadtverwaltungen führen, obliegt den Landkommissaren die hoheitliche Aufsicht und die Polizeiverwaltung in ihrem ländlichen Bezirk.

Stadtkommissare sind eingesetzt für die Städte Siedlce, Pruszkow und Lowitsch,

Landkommissare in

Grodzisk und

Zyrardow

(Kreishauptmannschaft Sochaczew)

Radzymin

(Kreishauptmannschaft Warschau-Land)

Wengrow

(Kreishauptmannschaft Sokolow)

Skierniewice und

Glowno

(Kreishauptmannschaft Lowitsch)

Losice

(Kreishauptmannschaft Siedlce).

Den Kreishauptleuten sind Gendarmeriezüge unter Führung eines Bezirksoberleutnants der Gendarmerie zur Durchführung poli-

zeilicher Aufgaben beigegeben. Die Gendarmeriezüge sind auf mehrere an verschiedenen Orten des Kreisgebietes eingerichtete Posten verteilt. Zur Durchführung wichtiger Vollzugsmassnahmen stehen weiterhin „Sonderdienst-Kommandos“ zur Verfügung.

Dem Kreishauptmann sind polnische Dienststellen unterstellt, die von dem fachlich zuständigen Amt der Kreishauptmannschaft laufend beaufsichtigt werden.

An solchen Dienststellen sind zu nennen:

- der Kreisarzt,
- der Kreistierarzt,
- das Tierzuchtamt,
- das Wasserwirtschaftsamt,
- das Steueramt,
- die Oberförstereien.

Der Kreishauptmann ist weiterhin Leiter der Verwaltung des Gemeindeverbandes. Ihm unterstehen damit die verschiedenen kreiskommunalen Einrichtungen, namentlich:

- das Kreisstrassenbauamt,
- die Kreiskrankenhäuser,
- die kommunalen Gesundheitspunkte,
- die kreiskommunalen landwirtschaftlichen Schulen,
- die Tierheilstätten,
- die Altersheime
- und sonstige Einrichtungen.

Die Ämter der Kreishauptmannschaften arbeiten mit verhältnismässig wenig deutschen Kräften. Eine personelle Besetzung, wie sie bei vergleichbaren Dienststellen im Reich gegeben ist, ist bei weitem nicht vorhanden. Zur Durchführung der Arbeiten müssen daher in nennenswertem Umfange Polen und verschiedentlich auch Ukrainer herangezogen werden. Die deutsche Verwaltung beschränkt sich in zunehmendem Masse darauf, Führungs- und Aufsichtsinstanz zu sein und überlässt nach Möglichkeit die Durchführung den polnischen Sachbearbeitern. Dass Angelegenheiten mit überwiegendem deutschem Interesse ausschliesslich von Deutschen bearbeitet werden, ist dabei selbstverständlich.

Es muss festgestellt werden, dass gerade die Verwaltung der Kreishauptmannschaften sich von Anfang an durch schöpferische Initiative und durch eine grosse Entschlussfreudigkeit der eingesetzten Amtsträger ausgezeichnet hat.

3. Aufbau der kommunalen Verwaltung.

Bei Übernahme der Verwaltung durch die deutschen Behörden wurde den polnischen Gemeinden die Selbstverwaltung im wesentlichen belassen. Der polnische Bürgermeister führt auch jetzt noch im allgemeinen die Verwaltung seiner Gemeinde in voller ausschliesslicher Verantwortung.

In den einzelnen Kreishauptmannschaften des Distrikts sind entsprechend den früheren polnischen Gesetzen in überwiegendem Masse sogenannte Sammelgemeinden vorhanden, die unter der Leitung von Amtsvorstehern (Wojts) stehen. Diese Sammelgemeinden bestehen aus einzelnen Dörfern, die von Dorfschulzen (Soltys) geleitet werden.

In den kreisangehörigen Städten und den Stadtkreisen führt der polnische Leiter der Gemeinde die Bezeichnung Bürgermeister. Die polnische Bezeichnung „Burmistrz“ zeigt übrigens, dass dieses Wort aus dem deutschen Sprachgebrauch übernommen worden ist, wie überhaupt gerade auf dem Gebiet der Verwaltung deutsche Verwaltungseinrichtungen seit Jahrhunderten in Polen von grosser Bedeutung gewesen sind. Das polnische Wort „Wojt“ z. B. ist aus dem deutschen Wort „Vogt“ entstanden, ebenso stammt die polnische Bezeichnung für den Dorfschulzen „Soltys“ von dem deutschen Wort „Schulze“.

In der Mehrzahl der Fälle haben die Kreishauptleute im Interesse einer reibungslosen Weiterarbeit die polnischen Amtsvorsteher und Bürgermeister beibehalten. Nur in Orten mit nennenswerter deutscher Bevölkerung wurden deutsche Volkszugehörige als Bürgermeister oder Wojts eingesetzt.

Die Verwaltung der Gemeinden wurde während des organisatorischen Ausbaues der Kreishauptmannschaften ebenfalls weiter ausgebaut. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte erledigt wie in polnischer Zeit der Gemeindesekretär. Für Angelegenheiten der Ernährung sowie für die Erfassung und Sicherstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse steht dem Gemeindevogt darüber hinaus ein Ernährungs-Sachbearbeiter zur Seite. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung sind in den Gemeinden Gemeinde-Agro-nome eingesetzt.

In mehreren Kreishauptmannschaften sind für 2 bis 3 Gemeinden Bezirksärzte und Bezirkstierärzte tätig, die aus Gemeindemitteln eine Vergütung erhalten und die Aufgaben der Gesundheitskontrolle

und der Seuchenbekämpfung durchzuführen haben. Die Tierärzte werden auch zur Untersuchung der abgelieferten Viehkontingente eingeschaltet.

Die durch den Generalgouverneur den polnischen Gemeinden eingeräumte Selbstverwaltung entspricht den Richtlinien, wonach das Generalgouvernement eine Heimstätte der Polen sein soll.

Die bisher gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass die polnischen Gemeinden trotz der schweren finanziellen Einbussen, die sie erlitten haben, und trotz der Kriegsschäden sowie der durch den Krieg bedingten schlechten Wirtschaftslage lebensfähig sind, wenn sie unter entsprechend straffer deutscher Aufsicht stehen.

Die polnischen Amtsvorsteher und Bürgermeister haben sich im allgemeinen als zuverlässig erwiesen. Sie sind zur loyalen Mitarbeit bereit, wenn sie auch manchmal gegenüber aufsässigen Elementen in ihren Gemeinden einen schweren Stand haben.

4. Aufbau der Verwaltung der Stadt Warschau.

Ein besonderes Problem war von Anfang an die Verwaltung der Stadt Warschau.

Unter der Militärverwaltung wurde zunächst ein Reichskommissar für die Stadt Warschau eingesetzt. Vorübergehend kam es dann zur Übertragung der Leitung der Stadt an einen Stadtpräsidenten. Danach übernahm der Chef des Distrikts, Gouverneur Dr. Fischer, selbst die Führung der Verwaltung, wobei er sich einen „Beauftragten für die Stadt Warschau“, bestellte. Der Gouverneur übte also die Funktionen des Stadthauptmanns der Stadt Warschau zunächst persönlich aus und liess sich nur durch seinen „Beauftragten“ vertreten. Diese Regelung endete im September 1941. Seit dieser Zeit steht an der Spitze der Verwaltung der Stadt Warschau ein Stadthauptmann¹⁾.

¹⁾ Stadthauptmann von Warschau ist seit dem 15.9.41 SA.-Oberführer Leist, der vorher bereits seit dem 16. 3. 40 „Beauftragter des Distriktschefs für die Stadt Warschau“ gewesen war.

In Warschau wurde eine scharfe Trennung auch in finanz- und etatsmässiger Hinsicht zwischen der staatlichen Aufsichtsbehörde des Stadthauptmanns und der polnischen Stadtverwaltung vorgenommen. Der deutsche Stadthauptmann beaufsichtigt lediglich die polnische Stadtverwaltung, die ihrerseits sämtliche Verwaltungsangelegenheiten selbständig bearbeitet, soweit sie der Stadthauptmann nicht wegen ihrer Bedeutung für die deutschen Interessen an sich zieht.

Die Behörde des Stadthauptmanns in Warschau ist demnach eine reine Aufsichtsbehörde, die über der polnischen Stadtverwaltung steht, die sie wiederum durch ihre einzelnen Fachreferenten überwacht. So zum Beispiel wird der Haushaltsplan der Stadt Warschau durch den zuständigen Sachbearbeiter des polnischen Bürgermeisters aufgestellt und alsdann — vor der Weiterleitung an den Gouverneur — von dem Finanzdezernenten des Stadthauptmanns geprüft.

Eine andere Verwaltungsmethode würde im Hinblick auf die Grösse der Stadt Warschau, die Zahl der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Beamten und den ungeheuren Umfang der anfallenden Arbeit nicht verantwortet werden können, umso weniger, als es sich bei den Arbeiten zum grössten Teil um Dinge handelt, die für die deutschen Interessen ohne entscheidende Bedeutung sind. Die Praxis hat ergeben, dass auf diese Weise mit einer verhältnismässig geringen Anzahl von deutschen Beamten und Angestellten eine Überwachung der wichtigsten Angelegenheiten durchaus möglich ist.

Mit der vorgeschilderten Verwaltungsorganisation ist es im Verlauf des Bestehens des Generalgouvernements gelungen, in der Stadt Warschau wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Es ist auch gelungen, den Haushaltsplan auszugleichen, wobei allerdings rigorose Kürzungen der Ausgaben ebenso nötig waren wie die Gewährung umfangreicher Zuschüsse aus Mitteln des Generalgouvernements.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass mit Rücksicht auf die grosse Zahl der in der Stadt Warschau lebenden Juden — es handelt sich um etwa 500 000 Juden, die ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen — für die Verwaltung des jüdischen Wohnbezirks ¹⁾ Sonderregelungen notwendig wurden. Der Obmann des Judenrates erhielt die Aufgaben und Befugnisse

¹⁾ Vgl. den Sonderartikel „Die Juden im Distrikt Warschau“.

eines Bürgermeisters für das Gebiet des jüdischen Wohnbezirks in Warschau zugewiesen. Dieser Obmann des Judenrates untersteht dem Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk, der unmittelbar vom Gouverneur eingesetzt ist.

Zur Regelung der Wirtschaftsbeziehungen des jüdischen Wohnbezirks zur Aussenwelt ist eine Transferstelle in der Rechtsform einer öffentlichen Anstalt geschaffen worden.

Es handelt sich hierbei durchweg um neue Verwaltungsformen, die ohne jedes Vorbild aus den praktischen Bedürfnissen der Verwaltung geschaffen werden mussten. Die schöpferische Initiative jedes einzelnen ist dabei von allergrösster Bedeutung gewesen. Mit Recht hat der Generalgouverneur in seinem grossen Rechenschaftsbericht anlässlich des Zweijahrestages des Bestehens des Generalgouvernements hierauf hingewiesen und mit Stolz festgestellt, dass aus dem Ende 1939 aufgestellten ersten Rohentwurf einer staatlichen Organisation inzwischen ein festgefügtter Verwaltungsbau geworden ist, der das „Kriegskind Generalgouvernement“ in kürzester Zeit zu einem gewaltigen Ordnungsinstrument werden liess.



Rathaus der Stadt Warschau

5. Der Kreishauptmann.

Der Kreis- (Stadt-) Hauptmann ist als Verwaltungsbehörde die unterste Stufe der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement. Die Anordnungen und Massnahmen, die die Regierung des Generalgouvernements beschliesst und deren Durchführung der Gouverneur des Distrikts in seinem Bereich überwacht, hat der Kreishauptmann mit seinen Mitarbeitern unmittelbar zur Ausführung zu bringen. Von seiner Tätigkeit und von seinem Geschick hängt es ab, ob die Anordnungen der Regierung in der gewünschten Weise Gestalt gewinnen. Er steht mit seinen oft sehr wenigen Mitarbeitern tagtäglich in unmittelbarer Verbindung mit der polnischen Bevölkerung, so dass dadurch im wesentlichen durch ihn die deutsche Hoheitsgewalt über das eroberte Gebiet und auch über seine Einwohner ausgeübt wird.

Gerade der Umstand, dass der Kreishauptmann in einem Gebiet, das ein Mehrfaches eines durchschnittlichen deutschen Landkreises umfasst, Aufgaben gegenüber einer Bevölkerung durchzuführen hat, die von den früheren Machthabern jahrelang gegen das Deutschtum aufgehetzt und über die Verhältnisse in Deutschland in völlig entstellter Weise unterrichtet worden war, bildet das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zu der Tätigkeit der unteren Verwaltungsbehörde des Reiches. Bei jeder Amtshandlung muß infolgedessen geprüft werden, wie sie sich in psychologischer und politischer Hinsicht auf die Bevölkerung auswirkt. Verwaltungsakte, die im Reich ein völlig unpolitisches Gesicht haben, gewinnen im Generalgouvernement politischen Charakter und bedürfen der einheitlichen Ausrichtung und Überwachung in politischer Hinsicht.

Es kann also bei der Tätigkeit in den Kreis- (Stadt-) Hauptmannschaften des Generalgouvernements weniger von einem Verwalten in technischer Hinsicht als vielmehr von der Ausübung hoheitlicher Befugnisse und der Anwendung staatlicher Machtmittel gegenüber einer fremden Bevölkerung gesprochen werden.

Der Kreis- und Stadthauptmann ist entsprechend dem ihm gegebenen Auftrag, die gesamte Verwaltung in seinem Bezirk zu führen, berechtigt und verpflichtet, in allen Fällen Anordnungen zu treffen und zu handeln, in denen es das Interesse des Reiches erfordert. Das frühere polnische Recht, das grundsätzlich in Kraft geblieben ist, gilt dabei insoweit nicht, als es der Übernahme der

Verwaltung durch das Deutsche Reich widerspricht. Der Generalgouverneur und seine Regierung haben zwar für die verschiedensten Lebensgebiete im Verordnungswege Bestimmungen erlassen; es gibt aber viele Bereiche, in denen Rechtsvorschriften noch nicht ergangen sind. Außerdem geben die erlassenen Verordnungen zuweilen nur allgemeine Weisungen, ohne eine ins Einzelne gehende Regelung zu enthalten. Der Kreishauptmann muß daher häufig selbstverantwortlich Maßnahmen und Anordnungen so durchführen, wie sie den vom Generalgouverneur gegebenen politischen Richtlinien oder den aus seinen Maßnahmen erkennbaren Zielen entsprechen. An die Verantwortungsfreudigkeit und Initiative des Kreishauptmanns sowie an die eines jeden seiner Mitarbeiter werden daher große Anforderungen gestellt.

Dadurch ist aber gleichzeitig auch dem schöpferischen Gestaltungswillen gerade in der unteren Verwaltungsstufe weitester Spielraum gegeben, und zwar in einem Ausmaße, wie es bei vergleichbaren Verwaltungen des Reiches nicht der Fall ist. Die Kreis-(Stadt-) Hauptleute haben in ihrer bisherigen Verwaltungstätigkeit hiervon erfreulich viel Gebrauch gemacht und in zahlreichen Fällen die auftauchenden Probleme von sich aus angepackt und selbständig einer Lösung zugeführt. Sie haben verschiedentlich durch ihre Initiative und Tatkraft den vorgesetzten Stellen Anregungen gegeben, so daß manche Maßnahme, die zunächst nur ein einzelner Kreishauptmann durchgeführt hat, allgemein verwirklicht worden ist. So ist z. B. die Bildung geschlossener jüdischer Wohnbezirke erstmals im Mai 1940 in einer Kreishauptmannschaft im Westen des Distrikts Warschau erfolgt. Die dabei gesammelten Erfahrungen haben mit dazu beigetragen, im gesamten Generalgouvernement jüdische Wohnbezirke einzurichten.

Die Arbeitsweise ist in der Stufe der Kreishauptleute trotz der Beachtung aller fachlichen Notwendigkeiten in erfreulicher Weise unbürokratisch. Kleinliche Bedenken und Hemmungen gibt es nicht, da sich die anfallenden Aufgaben mit dem geringen deutschen Personal nur in einer großzügigen und in der Durchführung freien Weise lösen lassen. So ist es häufig vorgekommen, daß wichtige Anordnungen, die an die Gemeindevögte weitergegeben werden mußten, lediglich mündlich übermittelt worden sind. Ein einziger mündlich gegebener Befehl hat oft genügt, um weittragende Ergebnisse und Erfolge zu zeitigen.

Die Verordnungen und Anordnungen, die der Kreis- (Stadt-) Hauptmann durchzuführen hat oder selbst erläßt, richten sich in einer Vielzahl von Fällen an die polnische Bevölkerung oder Teile von ihr und fordern von ihr ein Verhalten oder bestimmte Handlungen. Den Gutsbesitzern und den Bauern wird zum Beispiel alljährlich aufgegeben, bestimmte Mengen erzeugter Lebensmittel, Vieh und Getreide an die eingerichteten Erfassungsstellen abzuliefern; die Fuhrbesitzer werden verpflichtet, bestimmte Fuhrwerksleistungen zu erfüllen; von den Gewerbetreibenden wird verlangt, daß sie ihre Waren und Produkte nur im Rahmen des geregelten Bewirtschaftungsverfahrens verkaufen; Lebensmittelgeschäfte dürfen Lebensmittel nur gegen Karten und in der vorgeschriebenen Menge abgeben; Arbeitsfähige haben den Beordnungen des Arbeitsamtes zur Durchführung von Arbeiten nachzukommen.

Von der polnischen Bevölkerung kann dabei, wie bereits ausgeführt, nicht erwartet werden, daß sie an der Durchführung aller dieser Maßnahmen aktiv und zustimmenden Anteil nimmt. Es ist jedoch notwendig, daß sie die auferlegten Verpflichtungen erfüllt und die gegebenen Verbote beachtet. Es bedarf daher in weitgehendem Maße einer gründlichen Aufklärung der Bevölkerung. Diese Aufklärung hat sich nicht nur auf die Ereignisse der Politik und den Verlauf des Krieges zu erstrecken, sondern auch die Notwendigkeit der von der deutschen Verwaltung geforderten Maßnahmen überzeugend darzulegen. Die Aufklärung, die durch die in polnischer Sprache erscheinende Presse erfolgt, genügt allein zur Unterstützung der Verwaltungsarbeit noch nicht, weil der polnische Kleinbauer kaum eine Zeitung in die Hand nimmt und ein großer Teil der Polen Analphabeten ist. Die Kreis- (Stadt-) Hauptleute haben daher in Zusammenarbeit mit der Abteilung Propaganda in den grösseren Städten Lautsprecher auf den Märkten anbringen lassen, über die regelmässig der Nachrichtendienst in polnischer Sprache sowie sonstige wichtige Bekanntmachungen gegeben werden. In einigen Kreishauptmannschaften sind darüber hinaus Lautsprecherwagen vorhanden. Die Bevölkerung nimmt an diesem Nachrichtendienst regen Anteil und sammelt sich regelmässig auf den Marktplätzen zu den üblichen Durchgabestunden.

Ihr werden ferner laufend in einfach gefassten, klar verständlichen Maueranschlügen die wichtigsten Anordnungen zur Kenntnis gebracht. Die Maueranschlüge werden selbst im kleinsten Dorf ausgehängt und tragen wesentlich dazu bei, dass viele wichtige Mass-

nahmen von den Bauern, die Geschriebenes lesen können, gelesen werden. Jede Massnahme, die in das private und wirtschaftliche Leben des einzelnen eingreift, wurde so bekanntgegeben.

Darüber hinaus lassen einzelne Kreishauptleute grosse politische Geschehen (z. B. den Zusammenbruch der französischen Armee) durch Maueranschlag zur Kenntnis bringen. Die Veröffentlichung durch Maueranschlag wird in verschiedenen Kreisen noch dadurch ergänzt, dass alle Bekanntmachungen in einem amtlichen Mitteilungsblatt des Kreishauptmanns gesammelt und den Gemeindevögten, Dorfschulzen und sonstigen Interessenten laufend zugestellt werden.

Um Verständnis für die eingeleiteten Massnahmen zu wecken, finden weiterhin in regelmässigen Abständen Besprechungen mit den Bürgermeistern und Gemeindevögten statt, in denen die Anordnungen auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltungstätigkeit laufend bekanntgegeben werden. Die Gemeindevögte führen dann ihrerseits wieder Besprechungen mit den Dorfschulzen durch und geben das Gehörte weiter. Hin und wieder finden auch unter Leitung des Kreishauptmanns Dorfschulzenversammlungen statt.

Es darf festgestellt werden, dass infolge dieser Aufklärung die wichtigsten Anordnungen allen Bevölkerungskreisen bekannt geworden sind und dass im besonderen Masse auch Verständnis für die deutschen Massnahmen erweckt worden ist. Die Bevölkerung befolgt auf vielen Gebieten zunehmend die deutschen Anordnungen freiwillig.

Da es aber überall böswillige Kräfte gibt, die dazu neigen, die im Interesse der Bevölkerung getroffenen Massnahmen als gegnerische Akte anzusehen, ist es erforderlich, diese Elemente mit Verwaltungsstrafen oder Verwaltungszwang zur Einsicht und Befolgung der gegebenen Anordnungen zu bringen. Dabei dürfen zur Aufrechterhaltung der deutschen Autorität auch kleine Unbotmässigkeiten nicht hingenommen werden. Alle Anordnungen ergehen daher in Form eines unzweideutigen Befehls zur Durchführung einer Massnahme bis ins einzelne festlegenden Befehls, der gegenüber Böswilligen erforderlichenfalls auch durch die Vollzugsorgane erzwungen werden kann.

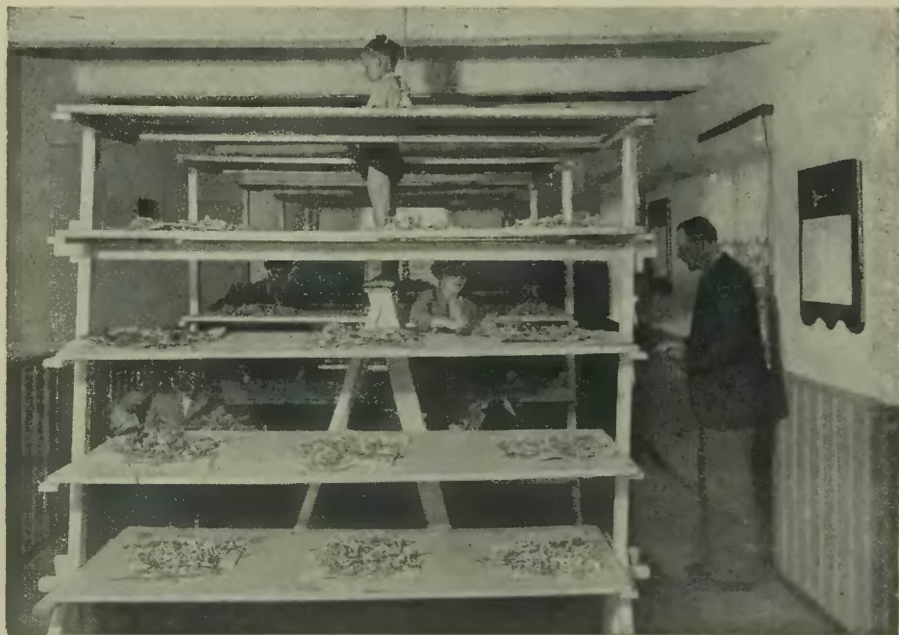
Auf Grund der von dem Generalgouverneur erlassenen Verordnung über das Verwaltungsstrafverfahren können die Kreishauptleute für den Fall der Nichtbefolgung einer ihrer Anordnungen die Verhängung von einfachen Verwaltungsstrafen androhen. Von der



Kreiskrankenhaus in Otwock (Kreishauptmannschaft Warschau-Land)



Soldatenheim in Otwock (Kreishauptmannschaft Warschau-Land)



Seidenraupenzucht in Constancin (Kreishauptmannschaft Warschau-Land)



Kreismolkerei in Otwock (Kreishauptmannschaft Warschau-Land)



Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Garwolin



Speisesaal im Kasino der Kreishauptmannschaft Garwolin



Kasinogebäude in Garwolin (vor dem Umbau)



Kasinogebäude in Garwolin (nach dem im Jahre 1941 erfolgten Umbau)

Strafbefugnis wird entsprechender Gebrauch gemacht, doch handelt es sich um Ausnahmefälle, die zumeist von den polnischen Dorfschulzen und Gemeindevögten dem Kreishauptmann zur Bestrafung gemeldet werden. Ganz böswillige Elemente werden zu Erziehungszwecken für einige Zeit in ein Arbeitslager eingewiesen. Die Häftlinge werden dort zu körperlicher Arbeit angehalten, eine Massnahme, die bei der natürlichen Bequemlichkeit der Polen ausserordentlich dazu beigetragen hat, gegebenen Befehlen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Insgesamt hat sich die Arbeit der Kreishauptleute hervorragend bewährt. Der weitere Ausbau der Kreishauptmannschaften ist daher eine im deutschen Gesamtinteresse liegende Notwendigkeit.

6. Aus der Arbeit der Stadt- und Kreishauptleute.

Als die Kreishauptleute ihre Tätigkeit übernahmen, bestand eine der vordringlichsten Aufgaben, in dem durch die Kriegssereignisse in Unordnung geratenen Gebiet Ordnung und die allgemeine Sicherheit wiederherzustellen. Die in den Kreishauptmannschaften eingesetzte reichsdeutsche Gendarmerie fand hierin ein weites Betätigungsfeld. Munitions- und Waffendiebstähle wurden aufgeklärt, Fälle unbefugten Waffenbesitzes ermittelt, Raubüberfälle, Diebstähle und dergleichen bearbeitet, einzelne politische Hetzer unschädlich gemacht. In verschiedenen Fällen wurden Verbrechernester in Wäldern und Häusern, zum Teil im Feuergefecht, ausgehoben. Namentlich in der Kreishauptmannschaft Garwolin sowie in der Umgebung von Warschau waren die Gendarmerie und zusätzlich eingesetzte Polizeikräfte wochenlang mit der Fahndung nach den aus den Gefängnissen entlassenen Schwerverbrechern und Banditen beschäftigt. In ihrer Aufgabe wurden sie durch die seit Oktober 1939 wieder in den Dienst gestellte und nach und nach bewaffnete polnische Polizei sowie vor allem durch die einige Zeit später eingesetzten Beamten der deutschen Kriminalpolizei unterstützt. Dadurch gelang es, seit Anfang 1940 die allgemeine Sicherheit und Ordnung in den Kreishauptmannschaften wiederherzustellen.

Verschiedentlich wurden auch im Distrikt Warschau Gräber ermordeter Volksdeutscher ermittelt und Fahndungen nach den Tätern aufgenommen. Namentlich in der Kreishauptmannschaft Lo-

witsch, wohin große Verschleppungszüge Volksdeutscher aus der Gegend von Bromberg gekommen und dort zum Teil von der vorstoßenden deutschen Wehrmacht befreit worden waren, wurden zahlreiche in der gemeinsten Weise ermordete Deutsche wieder ausgegraben und in die Heimat überführt.

In den ersten Wochen galt es weiter, die verschiedensten durch die Kriegsereignisse hervorgerufenen Beschädigungen und Zerstörungen so zu beseitigen, daß das normale Wirtschaftsleben wieder seinen Gang nehmen konnte. So wurden Elektrizitätswerke wiederhergestellt, durch Granateneinschlag zerstörte Wasserleitungen und Straßen ausgebessert, Brücken vorläufig instand gesetzt, grobe Schäden an Gebäuden und gewerblichen Anlagen beseitigt und dergleichen. Geschäfte, handwerkliche und sonstige gewerbliche Betriebe wurden neu eröffnet und die zum Erliegen gekommenen Wochenmärkte wieder eingerichtet. In den zerschossenen Städten wurde mit den vordringlichsten Aufräumarbeiten begonnen, insbesondere wurden die Gebäudeteile, die eine Gefahr für den allgemeinen Verkehr darstellten, niedergelegt.

Die Tätigkeit der Kreishauptleute war in der ersten Zeit weiter darauf gerichtet, die öffentlichen Verwaltungen wieder in Gang zu setzen. Ein Teil der früheren polnischen Beamten und Angestellten konnte für die mannigfaltigste Verwendung wieder herbeigeholt werden; im übrigen wurden die Dienststellen durch Neueinstellungen ergänzt. In einer Reihe von Fällen mußten neue Bürgermeister und Gemeindevögte eingesetzt werden, wobei nach Möglichkeit geeignete Volksdeutsche ausgewählt wurden.

Soweit Akten und sonstige Unterlagen während der Kriegsereignisse verschleppt worden waren, mußte an einen völligen Neuaufbau der büromässigen Unterlagen herangegangen werden. So wurden verschiedentlich, insbesondere bei den Steuerämtern, Kreiskommunalkassen und Sparkassen auf Grund zusammengesuchter Belege oder sonstiger Ermittlungen versucht, verlorengegangene Bücher inhaltlich wieder herzustellen. Es gelang dann auch bald, die öffentlichen Finanzquellen wieder zum Fließen zu bringen und damit die Voraussetzungen für die Tätigkeit der Behörden, namentlich der Städte und Gemeinden, zu schaffen. In einigen Kreishauptmannschaften konnten bereits für das Restjahr 1939/40 vorläufige Haushaltspläne aufgestellt werden.

Ein besonderes Problem stellte in den ersten Wochen der Tätigkeit der Kreishauptleute die Versorgung der Bevölkerung mit Le-

bensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs dar. Einige Kreishauptleute führten bereits damals zur Vermeidung einer Hungersnot und der möglicherweise damit verbundenen Unruhen zwangsweise Ablieferungen von Getreide und anderen Lebensmitteln an provisorisch eingerichtete Erfassungsstellen durch. Nach einigen Wochen der Tätigkeit war die gefährvolle Lage überwunden.

Nachdem auf diese Weise die vordringlichsten Arbeiten zur Normalisierung der Lebensverhältnisse und zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung geleistet worden waren, konnte nach und nach an einen ordnungsgemässen Verwaltungsaufbau und eine systematische Lösung der der öffentlichen Verwaltung gestellten Aufgaben herangetreten werden.

Die besondere Aufmerksamkeit der Kreishauptleute galt naturgemäss den in ihren Bezirken lebenden Volksdeutschen. Durch einen Sondereinsatz der NSV wurde die erste Not behoben. Die Deutschen wurden alsbald durch Ausgabe einer Kennkarte erfasst und in jeder nur möglichen Weise unterstützt. In den Städten konnten ihnen im Zuge der Ausschaltung des jüdischen Einflusses zahlreiche Ladengeschäfte zugewiesen werden. Auf dem flachen Lande wurden die durch den Krieg oder durch die Terrormaßnahmen der Polen entstandenen Schäden nach Möglichkeit ausgeglichen. So wurden notleidenden Bauern Pferde, Wagen und Geschirre kostenlos übereignet. In einigen Fällen wurde der Wiederaufbau zerstörter Gehöfte ermöglicht. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kohle, Bekleidungsgegenständen und Schuhwaren erfolgte für die Deutschen bevorzugt, ebenso die Vermittlung von Kunstdünger und hochwertigem Saatgut zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die durch mehrfache Pferdeaushebungen entstandenen schwierigen Verhältnisse auf landwirtschaftlichen Betrieben wurden durch eine besondere Ausgleichsaktion behoben. Hilfsbedürftige deutsche Volkszugehörige sowie die Angehörigen der zum Wehrdienst Einberufenen wurden laufend unterstützt, erholungsbedürftige Mütter und Kinder in das Müttererholungsheim in Rabka verschickt. Die deutschen Standesämter bei den Kreishauptleuten nahmen im Frühjahr 1940 ihre Arbeit auf, sie haben seitdem die üblichen Beurkundungen des Personenstandes vorgenommen. Nach den bisherigen Beurkundungen kann ein günstiges Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen festgestellt werden.

Die im Osten des Distrikts lebenden Volksdeutschen wurden im Laufe des Jahres 1940 in das Reichsgebiet umgesiedelt. Die damit im

Zusammenhang stehenden wichtigen und umfangreichen Arbeiten der Umsiedlungskommissionen wurden von den Kreishauptleuten tatkräftig unterstützt.

Ein höchst bedeutungsvolles Problem, für das auch gegenwärtig noch gründliche Vorarbeiten geleistet werden, stellte die Behebung des Notstandes der volksdeutschen Bevölkerung dar. Die teilweise recht schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sich viele Volksdeutsche noch befinden, sind eine unselige Folge der Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes, vor allem der Erbteilung. Gerade die Deutschen hatten unter diesen Verhältnissen besonders zu leiden, da sie sich nur ungern aus der heimischen Dorfgemeinschaft zu lösen bereit fanden. Es gibt in deutschen Dörfern Besitzungen mit nur wenigen Morgen Land, die kaum ausreichen, um den erforderlichen Lebensunterhalt zu gewinnen. Eine Heilung der alten Schäden durch fürsorgerische Maßnahmen der Kreishauptleute ist zwar in weitem Umfange erfolgt, sie reichte aber nicht zu einer gründlichen Beseitigung des Notstandes aus. Eine durchgreifende Besserung wird erst dann zu erzielen sein, wenn durch Landzuteilung die Ertragsfläche so vermehrt wird, daß sie ein genügendes Auskommen gewährleistet.

Besonders schwierige Aufgaben wurden den Dienststellen der Kreishauptleute durch das Judentum gestellt. Vor dem Kriege waren in allen größeren Landstädten des Distrikts und auch in kleineren Handelsorten unverhältnismässig viel Juden ansässig. Sie machten in einigen Orten bis zu 50% und noch mehr der Gesamtbevölkerung aus und beherrschten den Handel sowie weite Gebiete des gewerblichen Wirtschaftslebens. Nach Abschluss der Kampfhandlungen hatte sich die Zahl der Juden durch Abwanderungen und Aussiedlungen aus den zum Reich gekommenen Ostgebieten noch beträchtlich erhöht.

Das jüdische Schieber- und Wuchererwesen wurde durch die Kreishauptleute und ihre Vollzugsorgane energisch bekämpft. Im Herbst 1939 wurden zunächst für große jüdische gewerbliche Betriebe und Fabriken Treuhänder eingesetzt. Dann wurde die Tätigkeit der Juden im Großhandel mit Getreide, Lebensmitteln aller Art und Vieh unterbunden; auch wurde begonnen, systematisch die Ladengeschäfte zu arisieren. Entsprechend den erlassenen Anordnungen wurden die Juden vor allen Dingen restlos aus dem Leder-, Textil- und Pelzhandel entfernt. Vorhandene Bestände wurden dabei von den neuen Geschäftsinhabern übernommen. In zahlreichen Fällen



Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Siedlce



Strasse in Siedlce



Markt in Siedlce



Torfgewinnung in der Kreishauptmannschaft Siedlce



Rathaus in Sochaczew, erbaut in der Preussenzeit (1795—1806)



Chopin-Haus in Sochaczew



Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Grojec



Speisesaal im Kasino des Kreishauptmanns in Grojec

konnte, namentlich durch die energische Tätigkeit der Gendarmerie, festgestellt werden, daß die Juden ganze Warenlager versteckt, eingemauert oder vergraben hatten; hier wurde mit scharfen Maßnahmen eingeschritten.

Durch die geradezu unvorstellbare Unsauberkeit der auf engstem Raum zusammenwohnenden Juden brach in zahlreichen Orten des Distrikts Fleckfieber aus. Bei der Bekämpfung dieser Seuche wurde das Judentum als ein durch seine Verschmutzung und Verlausung gemeingefährlicher Seuchenherd erkannt. Um für die Zukunft eine gesundheitliche Gefährdung durch das Judentum zu unterbinden, wurden nach und nach in einer größeren Anzahl von Gemeinden des Distrikts geschlossene jüdische Wohngebiete gebildet. Die Juden sind damit im wesentlichen aus dem Straßenbild der Landstädte im Distrikt verschwunden und unter eine ordnungsmässige straffe Aufsicht gestellt. Die im Westen des Distrikts ansässig gewesenen Juden konnten im Frühjahr 1941 in den in Warschau gebildeten jüdischen Wohnbezirk ¹⁾, übernommen werden. Seit dieser Zeit ist deshalb der Westen des Distrikts judenfrei.

Um die arbeitsfähigen Juden einer nutzbringenden Betätigung zuzuführen, wurden sie allenthalben entsprechend einer Verordnung des Generalgouverneurs zu Zwangsarbeiten herangezogen. Es wurden mit ihnen namentlich wasserwirtschaftliche Meliorations- und Regulierungsarbeiten, Arbeiten des Straßenbaus, der Straßenreinigung und der Freihaltung der Straßen von Schnee und Eis sowie Abbrucharbeiten in zerstörten Städten bewältigt. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass die Juden allgemein nicht in der Lage sind, einfachste körperliche Leistungen in einer vernünftigen und wirtschaftlich brauchbaren Weise zu erbringen. Die produktive Leistung eines polnischen Arbeiters steht im Durchschnitt weit über der des Juden.

Zur Verhütung der überall im Distrikt durch die Juden entstandenen Seuchengefahr wurden vom Gesundheitswesen umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Die Maßnahmen sollten zugleich dazu dienen, den außerordentlich schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung, der bei zahlreichen Personen eine Untauglichkeit zum Arbeitsinsatz gezeitigt hatte, zu heben. Die an zahlreichen Orten durch die Kriegssereignisse beschädigten Kreiskrankenhäuser wurden wieder hergestellt und mit neuem Inventar versehen. Darüber hinaus wurden in allen Kreishauptmannschaften in Zusammenarbeit mit dem

¹⁾ Vgl. den Sonderartikel: „Die Juden im Distrikt Warschau“.

Distriktsarzt Seuchenkrankenhäuser eingerichtet und weiterer Krankenraum für Notfälle sowie Isolierhäuser zur Seuchenbekämpfung geschaffen. In vielen Orten des Distrikts wurden Badeanstalten mit Entlausungseinrichtungen geschaffen. Der gesamte Distrikt ist heute mit einem dichten Netz solcher Einrichtungen überzogen, damit zu jeder Zeit und in jedem Gebiet im Falle auftretender Seuchen sofort die notwendigsten Bekämpfungsmassnahmen durchgeführt werden können.

Die getroffenen Maßnahmen haben durch den Ostfeldzug gegen Sowjetrussland eine besondere Bedeutung erlangt. Es ist dadurch gewährleistet worden, daß das im Rücken der kämpfenden Truppe liegende Gebiet, das für den Nachschub und die Aufnahme verwundeter Soldaten von größter Bedeutung ist, seuchenfrei bleibt und dass keinerlei Gefährdung der Front in gesundheitlicher Hinsicht entstehen kann. Die getroffenen Maßnahmen haben sich ausgezeichnet bewährt.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Kreishauptleute den Aufgaben der Ernährung. Zur Steigerung der Erzeugung waren laufend Belehrungen über ordnungsgemässe Feldbestellung, über die Verwendung von Kunstdünger und verbessertem Saatgut, über den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen, zweckmässige Hofwirtschaft und zahlreiche andere Maßnahmen notwendig. Für die großen Güter wurden eingehende Bestellungspläne aufgestellt, die die Grundbesitzer durchzuführen haben. Diese wurden häufig zu Versammlungen zusammengerufen, in denen sie Weisungen und Empfehlungen für die Bewirtschaftung ihrer Betriebe empfangen. Die Durchführung des Wirtschaftsplanes und anderer Anordnungen wurde laufend durch den Kreislandwirt und die ihm zugeteilten Bezirkslandwirte überwacht. Schlecht bewirtschaftete Betriebe wurden beschlagnahmt und der staatlichen Liegenschaftsverwaltung zugewiesen.

Um die zahlreichen Bauernbetriebe zu einer modernen und zweckmäßigen Landbewirtschaftung anzuhalten, stehen dem Kreislandwirt neben den Bezirkslandwirten mehrere polnische Kreis- und Bezirksagronome sowie in jeder Gemeinde ein hauptamtlich tätiger Gemeindeagronom zur Verfügung. Die Agronome geben die Anordnungen und Ratschläge, die sie vom Kreislandwirt erhalten, laufend in Versammlungen an die Bauern bekannt, erläutern ihnen eingehend die Vorschriften und überwachen deren Durchführung. In einigen Kreishauptmannschaften wurde darüber hinaus in jeder

Gemeinde ein Gemeindevertrauensmann, in jedem Dorf ein Dorfvertrauensmann ausgewählt. Die Betriebe der Vertrauensmänner werden unter finanzieller Förderung durch die Verwaltung des Gemeindeverbandes als Beispielwirtschaften eingerichtet und in besonderem Maße durch Kunstdünger- und Saatgetreidebelieferungen bevorzugt. Die Bauern der Dörfer können auf den Beispielwirtschaften ihrer Vertrauensmänner praktisch die Erfolge sehen, die durch die empfohlenen Maßnahmen zu erreichen sind. Die Vertrauensmänner haben demgemäß die Bauern ihrer Dörfer zusammenzurufen und sie über die Art ihrer Bewirtschaftung und die dadurch erreichte Steigerung der Erzeugung zu belehren. Es kann festgestellt werden, daß die polnischen Bauern, die sehr misstrauisch und Neuerungen gegenüber ablehnend sind, sich durch die ihnen praktisch an Hand von Beispielen gegebenen Unterweisungen überzeugen lassen und nun ihrerseits bestrebt sind, in gleicher Weise das vorgeschriebene Ziel zu erreichen. Als Erfolg der Belehrungen kann namentlich verzeichnet werden, daß die Nachfrage nach Kunstdünger, dessen Anwendung früher in Polen gering war, und nach verbessertem Saatgut so angestiegen ist, daß nur ein Teil der Interessenten laufend beliefert werden kann. Auch landwirtschaftliche Maschinen konnten in großem Umfange den Betrieben im Distrikt vermittelt werden. Auf zahlreichen größeren Gütern laufen heute modernste Lanztraktoren.

Auch zur Förderung der Tierzucht haben die Ämter für Ernährung und Landwirtschaft der Kreishauptmannschaften nennenswerte Maßnahmen ergriffen. So wurde hochwertiges Zuchtvieh aus dem Reich eingeführt und an die Gutsbesitzer und Bauern verkauft. Die der Steigerung der Erzeugung dienenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft wurden in den Kreishauptmannschaften durch die Wasserwirtschaftsinspektoren durchgeführt. Ihre Arbeiten zur Verbesserung der Flußläufe und zur Entwässerung der zu sehr unter hohem Wasserstand leidenden Landflächen werden dauernd durch die Kreishauptleute gefördert und unterstützt. Die Leistungen der Wasserwirtschaftsinspektoren sind im Rahmen der Gesamttätigkeit der Kreishauptmannschaften sehr beachtlich. Die Inspektoren, die zumeist als einzige deutsche Beamte in ihrem fachlichen Arbeitsbereich tätig sind, haben durch Tatkraft und Unternehmungsgeist, durch Überwachung der Baustellen und der ihnen unterstellten polnischen Wasserwirtschaftsämter die schwierigsten Verhältnisse überwunden und nennenswerte Arbeitsergebnisse erzielt.

Um sicherzustellen, daß die landwirtschaftlichen Produkte in geordneter Weise an die Verbraucher gelangen, wurden sie durch das Amt für Ernährung und Landwirtschaft erfasst, d. h. an verschiedenen Ablieferungsstellen zur Ablieferung gebracht. Es wurden von der Kreishauptmannschaft für die Erzeugnisse, die abgeliefert werden müssen, Ablieferungskontingente auf die Gemeinden oder Dörfer umgelegt, die sie nun ihrerseits den Bauern bekanntgeben. Die Bauern erhalten für bestimmte Menge abgelieferter Erzeugnisse neben der ordnungsmässigen Bezahlung sogenannte Prämien-scheine¹⁾, die sie zum Bezug von Textilien, Eisen, Lederwaren, Petroleum, Wodka und dergleichen berechtigen. Da die Bauern die vorgenannten Bedarfsgegenstände im freien Handel und ohne Bezug-schein nicht erhalten können, besteht ein großer Anreiz für sie, ihre Erzeugnisse den ergangenen Anordnungen entsprechend abzuliefern. Mit dem Prämien-scheinverfahren wendet die deutsche Verwaltung praktisch eine Art Tauschsystem an und beschreitet damit den Weg alter kolonialisatorischer Erfahrungen.

Die Bauern kommen ihren Ablieferungsverpflichtungen in der Regel pünktlich und vollständig nach. Die wenigen Widerwilligen werden durch Bestrafung und Einweisung in ein Arbeitslager zur Folgsamkeit gezwungen. In Dörfern, die mit der Ablieferung von Getreide wesentlich im Rückstand sind, weil die Bauern das Getreide noch nicht ausgedroschen haben, wird unter Einsatz des Sonderdienstes ein zwangsweiser Ausdrusch durchgeführt. Das Auftauchen des Sonderdienstes mit der Dreschmaschine hat in den meisten Fällen genügt, die Bauern zu einem sofortigen Ausdrusch, der oft auch über Nacht fortgesetzt worden ist, zu veranlassen.

Zur Einlagerung der abgelieferten Vorräte wurden von der „Landwirtschaftlichen Zweigstelle“ unter nennenswerter Unterstützung der Kreishauptleute Lagerhäuser eingerichtet und verschiedentlich neu gebaut. Weiterhin wurden unter massgebender Mitwirkung der Kreishauptmannschaften Molkereien neu geschaffen oder wieder in Betrieb gesetzt und neuzeitlich gestaltet. Die Gesamt-ablieferungen an Milch und Erzeugung von Butter bewegen sich infolgedessen ganz allgemein in ansteigender Linie.

Die Verteilung der Lebensmittel an die Bevölkerung entsprechend der ihr auf Grund der Lebensmittelkarten zustehenden Menge konnte in allen Kreishauptmannschaften ordnungsgemäss

¹⁾ Vgl. hierzu auch den Artikel „Landwirtschaftliche Marktordnung“.



Gefolgschaftsheim des Kreishauptmanns in Grojec



Strassenzelle in Grojec



Blick auf Ostrow



Rathaus in Ostrow (jetzt Soldatenheim)



Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Sokolow



Deutsche Schule in Sokolow



Gefolgschaftsheim der Kreishauptmannschaft Sokolow



Saunabad in Sokolow

durchgeführt werden. Wenn auch die Versorgung namentlich im Umgebungsgebiet der Stadt Warschau manche Störung erlitt, so gelang es doch immer wieder, die entstandenen Schwierigkeiten zu beheben.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft bestand die Aufgabe der Kreishauptleute zunächst darin, die vorhandenen Industrieanlagen und gewerblichen Betriebe in Tätigkeit zu bringen. Die Schwierigkeiten bei der Instandsetzung der Industrien waren wegen der Rohstoffbeschaffung außerordentlich groß. Es ist dennoch bei den meisten Fabriken gelungen, eine Aufnahme der Produktion herbeizuführen. Manche Fabriken mußten zwar später vorübergehend ihre Tore schließen, konnten dann aber zumeist nach Beseitigung der eingetretenen Erschwerung den Betrieb fortsetzen. Die in jüdischen Händen befindlichen industriellen Unternehmungen wurden beschlagnahmt. Auch die handwerklichen Betriebe konnten zumeist ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Namentlich in den Städten Sokolow und Wengrow, die vor dem Kriege ausgesprochene Handwerksstädte des Kürschner-, Schuhmacher- und Tischlereigewerbes waren, wurden durch die Initiative des dortigen Kreishauptmanns umfangreiche Werkstätten in Betrieb gesetzt, die zum Teil schon Ansprüche über das Gebiet der Kreishauptmannschaft hinaus befriedigen können.

Dem Amt für Wirtschaft der Kreishauptmannschaft oblag weiter die Verteilung der lebenswichtigen Güter, insbesondere der Textilien, des Leders, der Eisenwaren, der Kohlen und sonstiger Gegenstände. Besondere Sorge machte in den vergangenen Wintern auf dem flachen Lande die Kohlenversorgung, die wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse nicht überall in der gewünschten Weise durchgeführt werden konnte. Soweit möglich, ist deshalb in den Kreishauptmannschaften zur Linderung des Brennstoffmangels in nennenswertem Umfang Torf gewonnen worden.

Auch die Aufgaben der Preisbildung und Preisüberwachung wurden entsprechend den erlassenen Richtlinien tatkräftig durchgeführt. Überschreitungen der Höchstpreise und sonstige Verstöße gegen die Preisbildungsvorschriften wurden im Ordnungsstrafverfahren geahndet. Zur Bekämpfung des Schleichhandels, unter dem die in dem Umgebungsgebiet der Stadt Warschau liegenden Kreishauptmannschaften stark zu leiden hatten und der die Maßnahmen der Ernteerfassung empfindlich störte, wurden Gendarmerie und Sonderdienst in starkem Masse herangezogen. Bei Tag und Nacht

durchgeführte Kontrollen an den Bahnhöfen und den Hauptverkehrsstraßen brachten laufend gute Erfolge.

Besondere Aufgaben traten an die Kreishauptleute ferner auf dem Gebiet des Verkehrswesens heran. Durch die bei ihren Dienststellen eingerichteten Straßenverkehrsämter wurden nicht nur die Kraftfahrzeuge erfasst und einer den Verhältnissen des Krieges entsprechenden Benutzung zugeführt, sondern darüber hinaus auch Gespanne in sehr beachtlicher Zahl für die verschiedensten Zwecke zur Verfügung gestellt. Für das flache Land ist das Gespann nach wie vor ein Haupttransportmittel, das namentlich im Winter und auf den abseits der großen Verkehrsstraßen verlaufenden Wegen immer zuverlässig ist. Gespanne wurden beordert für den Bau von Straßen, der vor allen Dingen im Ostteil des Distrikts zur Herstellung der großen staatlichen Durchgangsstraßen von hervorragender Bedeutung war, zur Abfuhr des durch die Forstaufsichtsämter veranlassenen Holzeinschlages sowie zu zahllosen Transporten für die Wehrmacht während ihres Aufmarsches an der deutsch-sowjetischen Grenze. Der Gespanndienstbedarf war im Osten des Distrikts gerade während dieser Zeit so außerordentlich groß, daß in einigen Kreishauptmannschaften seinerzeit täglich bis zu 8 000 Gespanne gestellt werden mußten. Alle Anforderungen konnten die zuständigen Kreishauptleute erfüllen. Daß es trotz dieser ungeheuren Belastung der bäuerlichen Fuhrwerksbesitzer gelang, zur gleichen Zeit die Frühjahrsbestellung ordnungsmässig und ohne nennenswerte Verspätung durchzuführen, ist eine höchst beachtliche Leistung.

Die Kreishauptleute hatten auf dem Gebiete des Verkehrswesens als Verkehrspolizeibehörden weiter darüber zu wachen, daß während der Wintermonate alle wichtigen Straßenzüge dauernd von Schnee und Eis freigehalten wurden und damit für den Durchgangsverkehr ununterbrochen befahrbar blieben. Es gab Tage, namentlich während des strengen Winters 1941/42, an denen an einem einzigen Straßenstück von wenigen Kilometern allein über 1000 Menschen an der Beseitigung meterhoher Schneeverwehungen arbeiteten. Stockungen in dem für die Ostfront so entscheidend wichtigen Durchgangsverkehr durch das Generalgouvernement sind an keiner Stelle eingetreten.

Zum Bau der Kreisstraßen und zur Überwachung des Straßenbaues der Gemeinden stand und steht den Kreishauptleuten ein kreiskommunales Straßenbauamt zur Verfügung. Die Strassenbauämter haben unter Aufsicht der Kreishauptleute in den vergangenen

Jahren beachtliche Leistungen vollbracht. Zur Beseitigung der Kriegsschäden wurden wichtige Straßenzüge ausgebessert und zahlreiche Brücken mit Längen bis über 100 m neu aufgebaut. Darüber hinaus sind in allen Kreishauptmannschaften nennenswerte Unterhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an den vorhandenen Kreisstraßen durchgeführt worden sowie Straßenneubauten in beachtlichem Umfange erfolgt. Zur Durchführung der Straßenneubauten und Straßenausbesserungen leisteten die polnischen Bewohner Arbeiten als „Scharwerker“, d. h. unentgeltlich auf Grund einer bestehenden öffentlichen Verpflichtung. Die Scharwerksleistungen brachten in einer einzigen Kreishauptmannschaft allein in 2 Jahren für den Straßenbau solchen Erfolg, daß ihr Wert mit einem Betrage von 1 400 000 Zloty angesetzt werden kann.

Nach Aufnahme der Verwaltung galten bald die besonderen Bemühungen der Kreishauptleute der Errichtung deutscher Schulen. Es konnten schon Anfang des Jahres 1940 in mehreren Kreishauptmannschaften deutsche Schulen in Betrieb genommen werden. Da die Volksdeutschen zum Teil sehr zerstreut auf dem Lande wohnen, war es zunächst nicht möglich, alle deutschen Kinder in den vorhandenen Schulen zu erfassen. In der Stadt Lowitsch wurde daher in Verbindung mit der dortigen Schule ein Schülerheim eingerichtet, in dem zunächst durchschnittlich 100 Schüler Unterkunft und Verpflegung erhalten. Es konnten dadurch zahlreiche deutsche Kinder aus den Streusiedlungen einem geordneten Schulunterricht zugeführt werden. Die Maßnahme war deshalb von besonderer Bedeutung, weil gerade die deutschen Kinder in den Streusiedlungen, da sie tagtäglich Umgang mit polnischen Kindern haben, kaum die deutsche Sprache beherrschten. Ein erfreulicher Erfolg des Schülerheimes ist es, daß nun gerade diese Jungen und Mädel eine sie zum deutschen Volkstum wieder hinführende Erziehung erfahren können.

Außer der Überwachung des deutschen Schulwesens oblag und obliegt dem Kreisschulrat in der Behörde des Kreishauptmanns die Aufsicht über das polnische Schulwesen. Er wird dabei von einem oder mehreren polnischen Schulinspektoren unterstützt. Eine besondere Förderung haben durch die Kreishauptleute die polnischen Fachschulen, Handelsschulen und Handwerksschulen sowie die landwirtschaftlichen Berufsschulen erfahren, da diese Schulen dazu dienen, tüchtige Fachkräfte, an denen laufend Bedarf ist, und gute Landwirte heranzubilden.

Die den Dienststellen der Kreishauptleute angegliederten Arbeitsämter haben allgemein in erfolgreicher Weise die Werbung von Landarbeitern und Facharbeitern für das Reich durchführen können. Darüber hinaus haben sie laufend Arbeitskräfte für größere Betriebe und umfangreiche sonstige Maßnahmen vermittelt. Sie haben dabei vor allem dazu beigetragen, dass die großen von der Wehrmacht, der Ostbahn und den Straßenbaudienststellen in Angriff genommenen Bauvorhaben ordnungsgemäss und in der vorgesehenen Zeit durchgeführt werden konnten.

Die Aufsicht über die staatlichen, nur mit Polen besetzten Steuerämter wurde durch den Dienststellen der Kreishauptleute angegliederte Finanzinspektoren ausgeübt. Den Finanzinspektoren ist es gelungen, trotz erheblicher Anfangsschwierigkeiten einen regelmässigen Einzug der fälligen Steuern sowie eine verstärkte Beitreibung alter Steuerrückstände herbeizuführen und damit wesentlich zur Schaffung einer gesunden Finanzlage des Generalgouvernements beizutragen.

Die Kreishauptleute waren ferner von Anfang an bestrebt, neben der hygienischen und sanitären Verbesserung der Verhältnisse auch das äussere Bild der Kreisstädte zu verbessern. Gebäude, deren Zustand eine Gefährdung in gesundheitlicher Hinsicht befürchten liess, namentlich solche in Hinterhöfen, wurden niedergerissen. An anderen Gebäuden wurde vielfach hässlicher Zierart entfernt und der Schrottsammlung zugeführt. Die Kreishauptleute in den am meisten zerstörten Städten Garwolin und Sochaczew führten großzügige Abbruch- und Aufräumarbeiten durch und schufen damit die Voraussetzung für einen geordneten Wiederaufbau der Städte. Zur Unterbringung der obdachlosen Bevölkerung, die zunächst für die Verwaltung eine große Belastung darstellte, wurde in Garwolin ein Aufbau einfacher Behausungen aus alten Ziegelsteinen und Brettern ermöglicht. Für wichtigere Orte wurden Aufbaupläne festgelegt oder Planungen für die Errichtung deutscher Stadtteile oder deutscher Siedlungen aufgestellt¹⁾.

Für alle Kreishauptleute war es eine selbstverständliche Pflicht, ihrer Gefolgschaft und den übrigen in ihrem Gebiet tätigen Deutschen, die an einigen Orten zunächst die primitivsten Verhältnisse vorfanden, Wohnungen zu schaffen, die wenigstens bescheidenen Kulturansprüchen genügten. Die Kreishauptleute haben auch ihre

¹⁾ Vgl. den Sonderartikel „Wohnungs- und Siedlungsbau“.



Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Minsk



„Deutsches Haus“ in Minsk — Durchblick vom Speiseraum in den Festsaal



Warschauer Strasse in Minsk



Schloss Stara Wies bei Kolbig im Kreis Minsk

(von diesem Balkon sprach der Führer am 22. 9. 1939, dem Vorabend der Schlacht bei Warschau, zu seinen Soldaten und überreichte die ersten Kriegsauszeichnungen).



Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Lowitsch



Gefolgschaftsheim des Kreishauptmanns in Lowitsch



Deutsche Schule in Lowitsch



Lowitscher Volkstrachten

zunächst behelfsmässig eingerichteten Dienststellen umgebaut und in einen solchen Zustand gebracht, daß sie deutschen Menschen nunmehr einen zumutbaren Arbeitsplatz bieten.

Die Kreishauptleute haben weiter zur Einnahme der täglichen Mahlzeiten und zum geselligen Beisammensein Kameradschaftsheimen, die zumeist den Namen „Deutsches Haus“ führen, eingerichtet. Neben einem oder mehreren großen Speiseräumen, einer Bier- oder Bauernstube enthalten diese Häuser vielfach auch noch Spielzimmer, gemütliche Sitzecken, Musikräume und dergleichen. Auch wurden von einigen Kreishauptleuten deutsche Gaststätten eingerichtet oder deren Einrichtung wesentlich unterstützt. Heute sind in fast allen Kreishauptmannschaften Wohnungen den Bedürfnissen deutscher Wohnkultur entsprechend geschaffen und mit soliden Möbeln ausgestattet. Zur Sicherstellung einer gesundheitlich einwandfreien Wasserversorgung wurden in Grojec und Sokolow für die deutschen Wohnungen eigene kleine Wasserwerke gebaut und in Grojec noch durch eine zentrale Warmwasserzubereitungsanlage ergänzt. In Siedlce wurden für das städtische Wasserwerk neue Brunnen gebaut und das Elektrizitätswerk überholt und modernisiert. Die Wohnungen der Deutschen sind, soweit es möglich war, ihrer Lage nach so ausgewählt, dass sie in einem Stadtteil, der von einigen Kreishauptleuten bereits zum deutschen Wohnbezirk erklärt worden ist, zusammenliegen.

Bei der Schaffung der Gemeinschaftsräume und der Herrichtung und Ausstattung der Wohnungen haben die Kreishauptleute bedeutende Schwierigkeiten überwinden müssen. In den polnischen Landstädten sind keine Architekten vorhanden, die nach deutschem Geschmack Entwürfe schaffen können, und keine Handwerker, die in deutschem Stil Möbel und dergleichen anzufertigen vermögen. Manche Kreishauptleute haben daher immer wieder persönlich Entwürfe für bauliche Maßnahmen und Gegenstände der Inneneinrichtung machen müssen. Es war mitunter sogar notwendig, Möbelstücke bis in die Details selbst zu entwerfen und deren Ausführung durch einen polnischen Tischler persönlich zu überwachen. Dass es unter diesen Verhältnissen gelungen ist, Kameradschaftsheimen und Wohnungen zu schaffen, die den Eindruck echter deutscher Kultur vermitteln, erfüllt alle Kreishauptleute mit Befriedigung. Es spricht für das Werk, wenn ein einfacher Soldat beim Betreten eines der Kasinogebäude sagen konnte: „Wenn ich durch das Tor dieses Hauses trete, dann bin ich in Deutschland“.

Außer der Gestaltung einer deutschen Umgebung für die Angehörigen der Gefolgschaft waren die Kreishauptleute bestrebt, auch Einrichtungen für die geistige Betreuung der Deutschen zu schaffen. So wurden in allen Kreisstädten Lichtspielhäuser, in denen deutsche Filme gezeigt werden, eröffnet. An Orten, in denen es sich ermöglichen lässt, treten in regelmässiger Folge Künstlertruppen auf, die zur Betreuung der Deutschen Rundreisen durch das Generalgouvernement unternehmen. In Siedlce und Lowitsch konnten auf Grund der Maßnahmen der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements größere deutsche Volksbüchereien durch die Kreishauptleute eingerichtet und ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Aufstellung weiterer Büchereien in anderen Städten des Distrikts ist in Vorbereitung.

Auch für die körperliche Ertüchtigung und eine Erholung in frischer Luft und freier Natur haben die Kreishauptleute für ihre Gefolgschaft Sorge getragen. So wurden z. B. in Sokolow ein Schwimmbecken und eine finnische Sauna gebaut. Der Sport wird in den von den Kreishauptleuten ins Leben gerufenen Sportgemeinschaften ausgeübt. Besonderer Beliebtheit erfreut sich das Reiten.

Diese vielseitigen Verwaltungsaufgaben sind in den Kreishauptmannschaften des Distrikts überall unter nennenswerten Schwierigkeiten mit einer nur kleinen Zahl reichsdeutscher Mitarbeiter durchgeführt worden. Wenn trotzdem so große Leistungen erzielt worden sind, so war dies nur durch den rücksichtslosen Einsatz der ganzen Person und durch die erhöhte Anspannung aller Kräfte der Kreishauptleute und ihrer Mitarbeiter möglich.

III. AUFBAU DER RECHTSPFLEGE

Durch die kriegesischen Ereignisse im September 1939 war ein völliger Stillstand in der Rechtspflege eingetreten, der auch nach Beendigung der militärischen Ereignisse zunächst noch anhielt.

Die Regierung des Generalgouvernements hielt es für eine ihrer vornehmsten Pflichten, diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen und wieder geordnete Rechtszustände zu schaffen. In der Hauptsache handelte es sich hierbei um zwei große Aufgabengebiete: Die Schaffung einer deutschen Gerichtsbarkeit und die Wiederingangsetzung der früheren polnischen Gerichtsbarkeit.

1. Einführung der deutschen Gerichtsbarkeit.

Der staatsrechtliche Wandel der Stellung des Generalgouvernements im Verhältnis zur früheren Republik Polen kommt am besten dadurch auch nach aussen zum Ausdruck, daß seit Bestehen des Generalgouvernements auf dem Gebiet der früheren Republik Polen eine deutsche Gerichtsbarkeit errichtet worden ist. Die Einführung dieser deutschen Gerichtsbarkeit war aus mehreren Gründen eine staatspolitische Notwendigkeit.

Zunächst galt es, für die Volksdeutschen des Generalgouvernements wieder geordnete Rechtsverhältnisse zu schaffen.

Was die Volksdeutschen im früheren polnischen Staat erduldet und erlitten haben, ist allgemein bekannt. Die Zahl von 58 000 ermordeten Volksdeutschen besagt mehr als die längste Schilderung aller ihrer Leiden. Nicht aber ist überall bekannt, dass die Angehörigen des deutschen Volkstums früher gerade auf dem Gebiet der Rechtspflege so gut wie rechtlos gewesen sind. Mit diesen Zuständen musste endlich aufgeräumt werden. Die Angehörigen des deutschen Volkstums, die sich in der früheren Republik Polen treu zu ihrem Deutschtum bekannt haben, haben einen berechtigten An-

spruch darauf, als Deutsche von deutschen Richtern nach deutschem Recht beurteilt zu werden.

Aus diesen Gründen wurde für die Angehörigen des deutschen Volkstums die deutsche Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement eingeführt.

Der Aufbau der deutschen Gerichtsbarkeit ist sehr einfach: In der ersten Instanz entscheiden die deutschen Gerichte und in der zweiten Instanz die deutschen Obergerichte. Im Distrikt Warschau gibt es je ein deutsches Gericht in Warschau und in Zyrardow sowie ein deutsches Obergericht in Warschau.

Daneben aber war die Schaffung einer deutschen Gerichtsbarkeit erforderlich, um die Beachtung der neuen Gesetze durch die gesamte Bevölkerung des Generalgouvernements zu überwachen.

Weite Kreise der polnischen Bevölkerung versuchten nach Beendigung der militärischen Ereignisse mit illegalen Mitteln gegen die deutschen Behörden zu arbeiten. Insbesondere wurden zahlreiche Verordnungen des Generalgouverneurs und Anordnungen der einzelnen Gouverneure, durch die die Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement wiederhergestellt werden sollten, anfangs von weiten Kreisen sabotiert. Es war die selbstverständliche Pflicht der deutschen Zivilverwaltung, mit aller Schärfe dafür zu sorgen, dass die von ihr erlassenen gesetzlichen Anordnungen respektiert wurden und dass jeder polnische Rechtsbrecher, der diese gesetzlichen Bestimmungen übertrat, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Aburteilung derartiger Straftaten nicht polnischen Strafrichtern anvertraut werden konnte. Diese Aufgabe konnte nur von deutschen Gerichten erfüllt werden. Aus diesem Grunde kam es zur Schaffung der deutschen Sondergerichte im Generalgouvernement.

Die Rechtsprechung der deutschen Sondergerichte im Generalgouvernement und insbesondere des Sondergerichts in Warschau ist in der Auslandspresse oftmals Gegenstand schärfster Kritik gewesen, da angeblich von diesen Sondergerichten am laufenden Band Todesurteile verhängt wurden. Es handelt sich hierbei um eine bewusste Greueltäte einer feindlichen Auslandspropaganda, die durch die Tatsachen widerlegt wird; denn in den Zehntausenden von Strafprozessen, die durch die Hände der Anklagebehörde des Warschauer Sondergerichts gegangen sind, sind in den 21½ Jahren des Bestehens

des Generalgouvernements bis zum 1. 4. 1942 nur 149 Todesurteile von sämtlichen Kammern des Sondergerichts Warschau verhängt worden. Dabei hat es sich fast durchweg um Verbrecher gehandelt, deren Beseitigung gerade auch im Interesse der polnischen Bevölkerung lag, weil es Angehörige von Banden waren, die in den Anfängen des Generalgouvernements auf den Landstraßen die öffentliche Sicherheit gefährdeten oder weil es sich um Volksschädlinge handelte, die durch eine bewusste Sabotage der Schleichhandelsbekämpfung die Allgemeinheit aufs schwerste geschädigt haben, oder weil es Juden gewesen sind, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die ihnen zugewiesenen jüdischen Wohnbezirke verlassen und dadurch zur Verbreitung des Fleckfiebers beigetragen haben.

Gewiss wird gegen jeden Rechtsbrecher mit der Schärfe des Gesetzes vorgegangen, aber diese Schärfe trifft eben nur denjenigen, der bewusst die bestehende Ordnung sabotiert hat.

Wer loyal die deutsche Aufbauarbeit achtet und unterstützt, erfreut sich in jeder Hinsicht eines weitgehenden Rechtsschutzes.

2. Die polnische Gerichtsbarkeit.

Dieser weitgehende Rechtsschutz für jeden Angehörigen des Generalgouvernements und demnach auch des Distrikts Warschau ist dadurch herbeigeführt worden, daß die polnische Gerichtsbarkeit in der schnellsten Weise wieder in Gang gesetzt worden ist.

In kurzer Zeit konnten die 25 Burggerichte des Distrikts Warschau, die etwa den deutschen Amtsgerichten entsprechen, ihre Tätigkeit aufnehmen. Ebenso schnell wurden die beiden Bezirksgerichte in Warschau und Siedlce, die etwa die Bedeutung deutscher Landgerichte haben, wieder in Gang gesetzt. Auch die 3. Instanz der polnischen Gerichtsbarkeit, das Appellationsgericht Warschau, wurde als jetzt höchste polnische Instanz wieder eröffnet.

Lediglich der frühere Oberste Gerichtshof in Warschau, der etwa unserem Reichsgericht entsprach, wurde liquidiert, da diese Einrichtung mit dem Verschwinden der früheren Republik Polen ihre Existenzberechtigung verloren hatte.

Die polnischen Richter sprechen auch heute noch nach polnischem Recht ihre Urteile. Es ist dies in weitesten Kreisen nicht bekannt, da immer angenommen wird, dass die polnische Gerichtsbarkeit beseitigt worden ist. Hiervon ist mit voller Absicht Abstand genommen worden; denn wenn das Generalgouvernement die „Heimstätte der Polen“ sein soll, ist es auch selbstverständlich, daß die Polen, soweit es sich um rein polnische Prozesse handelt, nach ihrem eigenen Recht von eigenen Richtern beurteilt werden.

Kein polnischer Richter wird ernstlich behaupten, daß er in seiner Rechtsprechung irgendwie unfrei sei, da lediglich eine deutsche Oberaufsicht vorhanden ist, die nur in den seltensten Fällen zum Eingreifen Anlass gehabt hat. Seit Bestehen des Generalgouvernements sind im Distrikt Warschau, obwohl in dieser Zeit hunderttausende Rechtsstreitigkeiten vor polnischen Gerichten entschieden worden sind, nur vier Urteile polnischer Richter im Wege des Nachprüfungsverfahrens von der deutschen Aufsichtsbehörde überprüft worden. Diese Zahlen sind der beste Beweis dafür, dass auch heute noch die polnische Gerichtsbarkeit frei und unbeeinflusst nach polnischen Gesetzen Recht sprechen kann.

Von besonderer Bedeutung war bei der Wiederingangsetzung der polnischen Justiz die Überprüfung der polnischen Rechtswahrer.

Von den Richtern und Staatsanwälten wurde eine Treue- und Gehorsamserklärung verlangt, die folgenden Wortlaut hatte: „Ich erkläre, daß ich in Gehorsam gegenüber der deutschen Verwaltung meinen Dienst in der Rechtspflege treu und gewissenhaft erfüllen werde“. Sämtliche polnischen Richter und Staatsanwälte sowie die Strafvollzugsbeamten, Gerichtsdieners und Bürobeamten haben diese Gehorsamserklärung abgegeben und entsprechend dieser Erklärung loyal ihre Pflicht getan.

Bei der Überprüfung der polnischen Rechtswahrer wurde in besonderer Weise die polnische Advokatur einer Nachprüfung unterzogen. Hier kam es im Gegensatz zu den Richtern und Staatsanwälten zu einer gründlichen Reorganisation, da die Verhältnisse der Warschauer Advokatur in keiner Weise den deutschen Rechtswahrerbegriffen entsprachen.

Fast 50% aller im Distrikt Warschau damals tätigen polnischen Advokaten waren Juden, die mit ihrem entsprechenden jüdischen Benehmen das Ansehen der polnischen Advokatur aufs schwerste untergraben hatten.

Dazu kam, dass in der früheren polnischen Advokatur, wie die Durchsicht der Disziplinarsachen ergab, berufliche Verfehlungen vorgekommen waren, die nach Art und Umfang für deutsche Rechtsbegriffe unvorstellbar waren.

Die wichtigste Maßnahme zur Beseitigung dieser Mißstände war der sofortige Ausschluss aller Juden. Insgesamt sind aus der früheren Warschauer Anwaltskammer 1131 jüdische Advokaten ausgeschlossen worden. Damit ist die Warschauer Advokatur judenrein.

Mit diesem Ausschluss der Juden ist ein altes Ziel des früheren polnischen Advokatenverbandes in Erfüllung gegangen. Die besten Vertreter der früheren polnischen Advokatur, in der gerade mit Rücksicht auf die Verjudung bei den arischen polnischen Advokaten ein auffallend starker Antisemitismus geherrscht hatte, hatten jahrzehntelang für diese Beseitigung der Juden aus der Advokatur gekämpft, ohne natürlich angesichts der politischen Verhältnisse in der früheren Republik Polen ihr Ziel zu erreichen. Der Ausschluss der Juden ist deshalb auch von der überwiegenden Mehrheit der polnischen Advokaten mit Dank begrüßt worden. Dies konnte bei einer Befragung aller polnischen Advokaten eindeutig festgestellt werden, da fast 90% aller polnischen Advokaten sich ausdrücklich bei dieser Befragung für den Ausschluss der Juden ausgesprochen haben.

Neben dieser Säuberung von jüdischen Elementen erfolgte eine weitere Reinigung der Advokatenkammer von beruflich nicht einwandfreien Advokaten, die durch ihre disziplinarischen Verfehlungen gezeigt haben, daß sie nicht würdig sind, an der Rechtspflege mitzuarbeiten.

Hierbei haben die Selbstverwaltungskörper der polnischen Advokatur außerordentlich stark mitgewirkt. Insbesondere hat das Disziplinargericht der Warschauer Advokatenkammer durch eine strenge Rechtsprechung dafür gesorgt, daß die sehr laxen Auffassungen aus der Zeit der früheren Republik Polen nach und nach einer strengeren Berufsauffassung gewichen sind.

Überhaupt kann festgestellt werden, daß auf dem Gebiet der Rechtspflege durch eine sachliche Arbeit ausserordentlich viel Gutes erreicht worden ist. Der kommissarische Anwaltsrat, der an der Spitze der polnischen Advokatenkammer Warschau steht, hat sich stets in sehr energischer Weise für eine Besserung in der berufsethischen Haltung der polnischen Advokaten eingesetzt, wobei er die

weitgehende Unterstützung der deutschen Dienstaufsicht gefunden hat.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege ist durch eine dreijährige Arbeit erreicht worden, daß alle beteiligten polnischen Rechtswahrer von sich aus für eine Besserung in der Haltung des Rechtswahrertums eingetreten sind und dass dies geschehen ist, ohne dass seitens der deutschen Justiz mit drakonischen Maßnahmen vorgegangen werden mußte. Eine strenge, aber stets gerechte Dienstaufsicht über die Maßnahmen der polnischen Justiz, die im übrigen frei und unabhängig nach eigenen Gesetzen arbeiten konnte, reichte vollkommen aus, um eine ordnungsmässige Rechtspflege zu schaffen.

IV. DIE VOLKSGRUPPEN IM DISTRIKT WARSCHAU

1. Die Behandlung der Volksgruppen früher und jetzt.

Der frühere polnische Staat war kein ausgesprochener Volksstaat, vielmehr lebten neben einer deutschen Volksgruppe auf seinem Gebiet zahlreiche Volksgruppen: Polen, Ukrainer, Weißrussen, Großrussen, Tschechen und Juden.

Der Anteil der echten polnischen Volksgruppe hat dabei nach sorgfältigen Untersuchungen nur 59,3%, d. h. noch nicht einmal zwei Drittel der gesamten Bevölkerung ausgemacht. Selbst die amtliche polnische Statistik gab den Anteil der polnischen Volksgruppe mit nur 69,2% an.

Diese Zahlen zeigen am besten, wie unsinnig die polnische Propaganda vom „polnischen Lebensraum“ gewesen ist. Dabei war es das Bestreben der polnischen Nationalisten, über dieses frühere Staatsgebiet hinaus noch weitere Gebiete der Republik Polen einzuverleiben. Die Forderung „Polska od morza do morza“ — „Polen von Meer zu Meer“ — bedeutete die Schaffung eines polnischen Raumes von der Ostsee im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden, von der Oder im Westen bis zum Dnjepr im Osten. Mit einem polnischen Raum, in dem ein ausgesprochen polnisches Volkstum lebt, hatten diese Größenwahnsinnigen Ideen nichts zu tun.

Dafür hat der frühere polnische Staat alles getan, um die auf seinem Staatsgebiet lebenden nichtpolnischen Volksgruppen weitgehend zu polonisieren oder, wenn dies nicht gelang, zu unterdrücken. Irgendeine besondere Pflege haben die einzelnen Volksgruppen nicht erfahren. Vielmehr war das polnische Zwischenreich von 1919 — 1939 eine ausgesprochene Zwingburg, in der insbesondere die deutschen und ukrainischen Volksgruppen mehr oder weniger entrechtet waren.

Das Generalgouvernement hat einen Teil der Vielfalt dieser früheren Volksgruppen übernommen. Denn auch im Generalgouvernement lebt nicht nur ein einzelnes geschlossenes Volkstum, sondern

auf seinem Gebiet leben auch jetzt noch zahlreiche grössere und kleinere Volksgruppen.

Die zahlenmässige Stärke der einzelnen Volksgruppen im Generalgouvernement betrug Anfang 1942:

Volksdeutsche	75 000
Polen	11 300 000
Ukrainer	4 029 000
Juden	2 092 000
Goralen	90 000
Weißruthenen	15 000
Russen	6 500

Dazu kommen noch kleinere Gruppen von Georgiern, Tartaren und Armeniern.

Im Gebiet des Distrikts Warschau leben etwa 2,8 Millionen Polen, rund 600 000 Juden, etwa 6 000 Russen, 5 800 Ukrainer, 5 000 Weißruthenen und 500 Kaukasier, die sich aus Georgiern, Armeniern, Aserbeidschanen und Tartaren zusammensetzen. Dazu kommt dann die deutsche Volksgruppe, von der bereits 6000 deutsche Volkszugehörige aus dem Gebiet östlich der Weichsel in das Reichsgebiet umgesiedelt worden sind.

Die erste Sorge der deutschen Verwaltung galt selbstverständlich den Volksdeutschen, da diese bisher in rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ausserordentlich unterdrückt gewesen sind. Wie stark die Unterdrückung gewesen ist, ergibt sich daraus, dass über 50% der deutschen Volkszugehörigen in Warschau mit Notstandsarbeiten beschäftigt waren. Sie konnten nur auf die notdürftigste Art und Weise ihr Leben fristen. Viele hatten auch wegen ihres Deutschtums den Weg in das Konzentrationslager Beresa Katuszka antreten müssen, wo sie den grössten Drangsalierungen ausgesetzt waren.

Als das Deutsche Reich den Weichselraum übernahm, war es die vornehmste Pflicht, die Volksdeutschen unter den Schutz des Reiches zu stellen. Die Dankesschuld, die das Deutsche Reich den 58 000 ermordeten Volksdeutschen abzutragen hat, kann am besten durch eine Betreuung der am Leben gebliebenen Volksdeutschen abgetragen werden.

Bei der Behandlung der volksdeutschen Probleme erhob sich die Frage, wer überhaupt als Volksdeutscher zu betrachten ist; denn es

zeigte sich, dass plötzlich Tausende, die sich vor dem Kriege niemals zum Deutschtum bekannt hatten, den Antrag auf Erteilung der volksdeutschen Kennkarte stellten. Allein in der Stadt Warschau sind über 10 500 derartiger Anträge eingegangen, obwohl vor Beginn des Krieges nur wenige Hunderte durch Zugehörigkeit zu deutschen Organisationen sich offen zum deutschen Volkstum bekannt hatten. Im Distrikt Warschau wurden bis zum Abschluss der Kennkartenaktion Ende Mai 1942 22 455 Kennkarten erteilt.

Auf die einzelnen Kreishauptmannschaften verteilt sich diese Summe folgendermassen:

Stadt Warschau	8010
Kreis Warschau-Land	5979
Kreis Minsk	225
Kreis Sokolow	24
Kreis Grojec	2051
Kreis Sochaczew	2834
Kreis Lowitsch	2248
Kreis Siedlce	64
Kreis Garwolin	974
Kreis Ostrow	46

22 455

Bei der Überprüfung der eingegangenen Anträge stand das Ziel vor Augen, das deutsche Blut nach Möglichkeit dem Deutschtum zu erhalten oder ihm wieder zuzuführen. Aus diesem Grunde ist die Kennkartenausgabe in großzügiger Weise gehandhabt worden; denn es darf nicht verkannt werden, dass gerade in Polen unendlich viel deutsches Volkstum infolge der jahrzehntelangen Polonisierung verschüttet worden ist. Allen, die noch einen Tropfen Blut deutschen Wesens in sich tragen, soll zunächst einmal die Möglichkeit gegeben werden, zu ihrem Volkstum zurückzufinden. Die laufende Überprüfung der erteilten Kennkarten gibt durchaus die Möglichkeit, diejenigen, die sich der deutschen Volkszugehörigkeit als unwürdig erweisen, nachträglich wieder aus dem Kreis der Volksdeutschen zu eliminieren.

Um aber auch allen den Personen, die die Voraussetzung zur Erteilung einer Kennkarte nicht voll oder noch nicht erfüllen, die Möglichkeit zu geben, zum Deutschtum zurückzufinden, wurde der Deutschstämmigkeitsausweis geschaffen, der in der Hauptsache jedem er-

teilt werden kann, der deutsche Vorfahren hat, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit oder die volksdeutsche Kennkarte zu besitzen. Obwohl diese Erfassung erst im Juni 1942 eingesetzt hat, kann schon jetzt gesagt werden, dass auch hier mit einer sehr grossen Zahl von Anträgen zu rechnen ist. Um einen Begriff von der starken Durchsetzung des Polentums mit deutschem Blut zu erhalten, genügt schon ein Blick auf die Firmenschilder, die viele deutsche bzw. polonisierte deutsche Namen aufweisen.

Die kulturelle und soziale Betreuung der Volksdeutschen wurde in weitem Umfange in die Wege geleitet, insbesondere wurden Fürsorgeeinrichtungen, wie Kindergärten, Lebensmittel- und Kleiderausgabestellen und deutsche Lebensmittelgeschäfte, geschaffen. Ferner wurde durch das Hilfswerk „Mutter und Kind“ eine grosse Zahl Mütter und Kinder in Erholung geschickt. Ein deutsches Alters- und Waisenheim, die einzigen deutschen Anstalten dieser Art im Generalgouvernement, wurden in der Stadt Warschau errichtet.

Laufende Unterstützungen halfen über die erste Not hinweg. Sie werden auch weiterhin an Hilfsbedürftige ausgegeben.

Dass alle Volksdeutschen an den vielen kulturellen Gütern, die inzwischen geschaffen worden sind, in der gleichen Weise wie die Reichsdeutschen teilnehmen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Auch für die polnische Bevölkerung des Distrikts wurden die bestehenden sozialen Einrichtungen aufrecht erhalten. Die polnische Bevölkerung hatte durch den Krieg, in der Stadt Warschau insbesondere unter der Belagerung und Beschießung, stark gelitten. Infolgedessen drängten die Polen sich in grossen Massen zu den Wohlfahrtseinrichtungen. Da diese aber mit dem Zusammenbruch des polnischen Staates ihre Tätigkeit eingestellt hatten, musste erst durch die Initiative der deutschen Verwaltung die staatliche Fürsorge- und freie Wohlfahrtsarbeit wieder zum Anlaufen gebracht werden. Dabei erwies es sich als notwendig, die völlig zersplitterten Kräfte der freien Wohlfahrt zusammenzufassen und ihre Arbeit neu auszurichten.

Zu diesem Zweck wurde der polnische Hauptausschuss in Krakau geschaffen. Als dessen Organisation wurden bei den Kreis- und Stadthauptleuten polnische Hilfskomitees gebildet, von denen wiederum in Städten und Sammelgemeinden zur Erleichterung der Arbeit Delegaturen eingerichtet wurden.

Aufgabe der einzelnen Hilfskomitees ist im wesentlichen die einheitliche Zusammenfassung aller in der freien Wohlfahrt tätigen

Organisationen, die Unterhaltung, Einrichtung und Unterstützung von Anstalten und sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen und die Verteilung von Sachspenden und ausländischen Liebesgaben an die unterstützungsbedürftige Bevölkerung.

Zur Durchführung der Aufgaben wurden den Komitees durch das Generalgouvernement sehr hohe Subventionen zugewiesen, so dass die Komitees in den einzelnen Ortschaften Volksküchen, Kinderheime, Wärmehallen, Flüchtlingsasyle usw. unterhalten konnten.

Besonders gross sind die Aufgaben des polnischen Hilfskomitees in der Stadt Warschau. In Warschau unterhält das Komitee nicht weniger als 126 Hilfsküchen, die täglich 110 000 Portionen warmes Essen ausgeben. Ferner wurde durch das Komitee auf Anregung der staatlichen Stellen eine Schrebergärtenaktion durchgeführt, wodurch brachliegendes Gelände in nutzbringende Flächen umgewandelt wurde.

Ein weiteres grosses Betätigungsfeld bildet die Hilfe bei Existenzneugründungen und die Hilfe für solche Bedürftigen, die von einer Gemeinde nicht betreut werden.

Wenn man diese Fürsorgemassnahmen gegenüber der polnischen Bevölkerung mit der Drangsalierung vergleicht, die kurz vor dem Kriege die volksdeutsche Minderheit durch die polnischen Behörden erlitten hat, dann zeigt dieser Vergleich am besten den grundlegenden Wandel in der Gesinnung, der hier in Polen in der Volkstumsfrage sich durchgesetzt hat.

Endlich muss noch ein Wort über die nichtpolnischen fremden Volksgruppen gesagt werden, da diese in der Stadt Warschau besonders stark vertreten sind. Sie setzen sich zum grössten Teil aus Emigranten zusammen, die seit dem Jahre 1920 aus Russland geflohen sind. Auch sie wurden wegen ihres Volkstums zur Zeit der polnischen Herrschaft stark zurückgesetzt und benachteiligt und in ihrer Entwicklung gehindert. Für die deutsche Verwaltung ist der Grundsatz massgebend gewesen, den fremden Volksgruppen die Möglichkeit der freien Entfaltung ihrer Eigenart zu geben und bei der Pflege der kulturellen Tätigkeit ihnen im Rahmen der politischen Gegebenheiten Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Diesen Volksgruppen wurde ferner die Möglichkeit gegeben, zur Erfassung und Betreuung ihrer Volkszugehörigen in Warschau für ihre Volksgruppe ein Komitee und in den Orten des Distrikts Delegaturen zu errichten. Hiervon hat das russische Komitee durch Errichtung von zwei Delegaturen in Wolomyn und Zyrardow Gebrauch

gemacht. Das ukrainische Komitee hat sogar neun Delegaturen errichtet, u. a. in Sochaczew, Siedlce, Sokolow, Lowitsch, Zyrardow, Grojec, Rembertow und Pruszkow, während das weißruthenische Komitee zwei Delegaturen in Minsk und Siedlce unterhält.

Auch die Fürsorgetätigkeit wurde diesen Komitees übertragen, wofür ihnen umfangreiche finanzielle Unterstützungen gewährt wurden.

Das russische Komitee unterhält eine Hilfsküche, in der täglich 200 bis 250 Personen verpflegt werden; in der Volksküche des ukrainischen Komitees können sogar 800 Personen täglich Verpflegung erhalten.

Ausser diesen Minderheiten-Gruppen sind noch kleine Volksgruppen wie Litauer, Kosaken und Zigeuner im Distrikt Warschau vorhanden.

Die Behandlung der Volksgruppen zeigt, dass unter der deutschen Verwaltung die frühere Unterdrückung des fremden Volkstums aufgehört hat und dass jeder seinem Volkstum entsprechend im Generalgouvernement leben kann.

Eine Ausnahme gilt natürlich für diejenigen, die aus politischem Fanatismus die deutsche Aufbauarbeit sabotieren. Gegen solche Elemente wird selbstverständlich mit aller Schärfe vorgegangen.

2. Die Juden im Distrikt Warschau.

Die Lage bei Übernahme durch die deutsche Verwaltung.

In den Jahren von 1918 bis 1933 war es den Juden in Deutschland gelungen, ihren schon in der Zeit des Kaiserreiches erworbenen Einfluss in einer geradezu ungeheuerlichen Weise zu verstärken. Begünstigt durch die Verhältnisse der Systemzeit brachten sie eine Position nach der anderen in ihre Hand, so dass sie schließlich überall in Politik, Wirtschaft und kulturellem Leben Schlüsselstellungen inne hatten.

Ihren Nachschub an Menschenmaterial bezogen die „deutschen“ Juden dabei aus den Ostländern, vor allem aus der Republik Polen. Wenn sie am Schlesischen Bahnhof in Berlin ankamen, trugen sie noch ihren Kaftan. In den Straßen östlich des Alexanderplatzes wimmelte es von Ostjuden. Aber schon nach kurzer Zeit zogen sie,

äußerlich der Umgebung angepasst, in die westlichen Teile und schließlich in die Villenvororte Berlins.

Der Deutsche, der im Oktober 1939 in die besetzten polnischen Gebiete kam, war also von vornherein darauf gefasst, hier das Ursprungsland aller dieser Ostjuden anzutreffen. In der Tat war schon während des September-Feldzuges der starke jüdische Bevölkerungsteil nicht zu übersehen. Wo deutsche Truppen in eine Ortschaft kamen, tauchten alsbald die typischen Judengestalten auf, um zu betteln oder den Deutschen irgend etwas zu verkaufen.

Ebenso wie in Deutschland und anderen Ländern Mittel- und Westeuropas hatten die Juden es auch in der Republik Polen verstanden, sich maßgebenden Einfluss auf allen Lebensgebieten zu verschaffen. Sie saßen in den polnischen Ämtern, sie spielten eine Rolle im kulturellen Leben und sie hatten vor allem die Fäden in Industrie, Handel und Gewerbe in der Hand.

Einen entscheidenden Unterschied zu den Verhältnissen in Deutschland bildete jedoch die Tatsache, daß die Juden in ihrer Mehrzahl hier nicht als Händler oder als Intellektuelle auftraten, sondern dass darüber hinaus große Massen von jüdischen Handwerkern und jüdischen Arbeitern vorhanden waren.

Bei dieser Sachlage hatte die deutsche Verwaltung nicht nur die Aufgabe, den nach dem Polenfeldzug noch vorhandenen Einfluss der Juden in der Wirtschaft und im kulturellen Leben zu brechen, sie sah sich vielmehr in erster Linie dem Problem gegenüber, mit einem zahlenmäßig ausserordentlich starken jüdischen Bevölkerungsteil fertig zu werden.

Besonders schwierig lagen insoweit die Verhältnisse in der Stadt Warschau. Von rund 1,2 Millionen Einwohnern, die Warschau vor dem Kriege hatte, war etwa jeder Dritte ein Jude. Einige Bezirke der Stadt hatten 80 und sogar 90% jüdische Bevölkerung. Im Straßensbild der gesamten Stadt war die Verjudung augenscheinlich.

Die Notwendigkeit der Bildung jüdischer Wohnbezirke.

Diese Juden lebten, soweit sie nicht bereits „arriviert“ waren und in den polnischen Stadtteilen wohnten, unter hygienischen Bedingungen, die unbeschreiblich waren. Die Straßen der jüdischen Stadtviertel waren von einem orientalisch anmutenden Gewimmel sich schiebender, feilschender und gestikulierender Juden bevölkert. Die Hinterhöfe und die Wohnungen, die gelegentlich bei polizeilichen

Aktionen betreten werden mussten, boten Bilder von Verkommenheit und Schmutz, wie sie sonst kaum zu finden sein dürften.

Diese Stadtviertel waren denn auch der Herd des Fleckfiebers, des Bauchtyphus, der Ruhr und anderer ansteckender Krankheiten. Das Bestreben, die deutschen Wehrmachtangehörigen und Beamten und die polnische Bevölkerung vor größeren Epidemien zu bewahren, mußte von vornherein als aussichtslos erscheinen, solange es nicht gelang, den jüdischen Herd der Seuchen einigermaßen zu isolieren. Dies war die erste und zugleich zwingendste Überlegung, die auf die Bildung jüdischer Wohnbezirke hinwies.

Dazu kamen weitere nicht weniger ernste Gesichtspunkte. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die erlassen wurden, um den Einfluss des Juden aus dem kulturellen Leben und der Wirtschaft auszuschalten, zeitigten zwar gewisse Erfolge. Im Laufe der ersten Zeit der deutschen Verwaltung zeigte sich aber immer stärker, dass Maßnahmen dieser Art letzten Endes nicht ausreichen würden. Es mußte also auch aus diesen Gründen zu einer räumlichen Zusammenfassung der Juden geschritten werden.

Schließlich konnte auch nur auf diesem Wege der Wunsch verwirklicht werden, das jüdische Gepräge aus den Straßen der Stadt verschwinden zu lassen. Es erschien auf die Dauer untragbar, in einer Großstadt wie Warschau auf Schritt und Tritt Juden zu begegnen und alle die Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, die notwendigerweise eintreten müssen, wenn in einem unter deutscher Hoheit stehenden Gebiet Juden uneingeschränkte Freizügigkeit besitzen.

So kam es in der Stadt Warschau bereits im Jahre 1940 — früher als in den anderen Distrikten des Generalgouvernements — zu der Bildung eines jüdischen Wohnbezirks.

Die jüdischen Wohnbezirke im Distrikt Warschau.

Schon kurz nach der Besetzung der Stadt Warschau waren diejenigen Stadtteile, die überwiegend von Juden bewohnt waren, zum Seuchensperrgebiet erklärt worden. Dieses Gebiet sollte von Deutschen grundsätzlich nicht betreten werden, um dadurch die Ansteckungsgefahr zu vermindern. Wirksame Umgruppierungen waren jedoch mit dieser Maßnahme nicht verbunden. Die polnischen

und sogar die volksdeutschen Bewohner durften im Seuchensperrgebiet wohnen bleiben, die über das ganze Stadtgebiet verteilt wohnenden Juden brauchten ihre Wohnungen nicht in das Sperrgebiet zu verlegen.

Im Frühjahr 1940 wurden sodann die Beratungen über die Bildung eines oder mehrerer jüdischer Wohnbezirke in der Stadt Warschau aufgenommen. Zunächst wurde die Errichtung zweier jüdischer Wohnbezirke am Rande der Stadt geplant. Aber schliesslich wurde doch beschlossen, einen jüdischen Wohnbezirk an der Stelle der bis dahin schon überwiegend von Juden bewohnten Stadtteile, also an der Stelle des alten Seuchensperrgebietes, zu errichten.

Die Umsiedlungsmaßnahmen umfassten rund 700 Volksdeutsche, 113 000 Polen und 138 000 Juden. Es wurden 11 500 nicht-jüdische Wohnungen im jüdischen Wohnbezirk und 13 800 jüdische Wohnungen in der übrigen Stadt aufgegeben.

Die ursprünglich vorhandene Zahl von etwas mehr als 400 000 Juden ist dadurch vergrößert worden, daß in den Monaten Februar und März 1941 die in den westlichen Kreisen des Distrikts Warschau lebenden Juden in den jüdischen Wohnbezirk umgesiedelt wurden.

Der jüdische Wohnbezirk in Warschau ist ein geschlossener Bezirk, das Gebiet ist durch Mauern, Zäune und dergleichen gegen die Umwelt abgeschlossen, der Personen- und Warenverkehr ist nur mit besonderer Genehmigung zulässig.

Über die verwaltungsrechtliche Struktur ist folgendes zu sagen: Als Vertretung der Juden wurde bereits im Jahre 1939 ein Judenrat gebildet, der in Warschau aus 24 Mitgliedern besteht und von einem Obmann geleitet wird. Diesem Obmann des Judenrates in Warschau wurden die Aufgaben und Befugnisse eines Bürgermeisters übertragen. Damit ist zum Ausdruck gekommen, daß dem jüdischen Wohnbezirk in Warschau bis zu einem gewissen Grade die Stellung einer selbständigen Gemeinde zuerkannt wird, deren Bürgermeister unter voller eigener Verantwortung die Gemeindeangelegenheiten führt.

Die deutsche Aufsicht wurde zunächst durch den Leiter der Abteilung Umsiedlung ausgeübt. Später wurde die Dienststelle eines Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk geschaffen. Der Kommissar, der dem Gouverneur unmittelbar untersteht, führt wie ein Stadthauptmann die Aufsicht über die jüdische Verwaltung. Zur Vermittlung des Wirtschaftsverkehrs zwischen dem jüdischen Wohn-



Grenzmauer des jüdischen Wohnbezirks in Warschau



Ein Eingangstor zum jüdischen Wohnbezirk



Verbindungsbrücke zwischen Nord- und Südteil des jüdischen Wohnbezirks.



An der Grenzmauer



Strassenhandel im jüdischen Wohnbezirk



Jüdische Händler



Jüdische Werkstätten



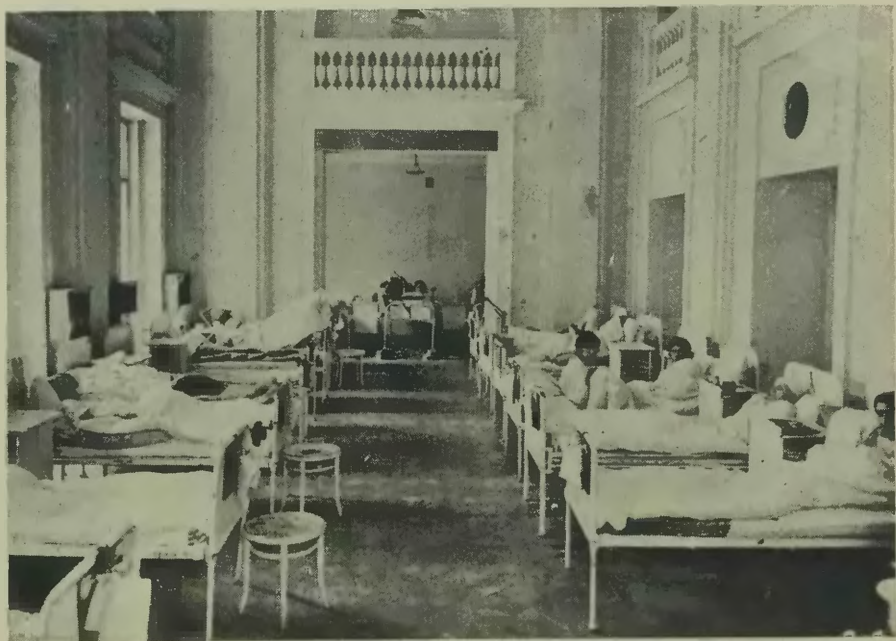
Jüdischer Schneiderbetrieb



Jüdische Bettelkinder



Der jüdische Ordnungsdienst



In einem jüdischen Seuchenkrankenhaus



Jüdische Volksküche

bezirk und der Umwelt wurde die in einem früheren Kapitel dieses Buches bereits erwähnte Transferstelle Warschau als öffentlich-rechtliche Körperschaft errichtet. Sie ist eine rein deutsche Dienststelle und untersteht ebenfalls der Aufsicht des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk. Sie hat die Aufgabe, den Wirtschaftsverkehr des jüdischen Wohnbezirks zu überwachen.

Die jüdische Verwaltung hat, entsprechend den ihr zugewiesenen Aufgaben, einen ausschließlich mit Juden besetzten Verwaltungsapparat, der alle Zweige der Kommunalverwaltung umfasst. So hat beispielsweise der Obmann des Judenrates eine Abteilung für Gesundheitswesen, ein Quartieramt, ein Meldeamt, eine eigene Steuer- und Finanzabteilung usw. Darüber hinaus ist im jüdischen Wohnbezirk in Warschau zusätzlich eine Reihe von Einrichtungen geschaffen worden, um die deutschen und polnischen Verwaltungsstellen zu entlasten und den Einsatz von Ariern im jüdischen Wohnbezirk nach Möglichkeit zu vermindern. Dabei sind zu nennen der jüdische Ordnungsdienst in Stärke von 2 000 Mann, der unter Aufsicht der deutschen und polnischen Polizei ordnungs-, gewerbe- und sanitätspolizeiliche Aufgaben zu erfüllen hat, ferner die jüdische Postverwaltung, die die gesamte für den jüdischen Wohnbezirk bestimmte Post von der Deutschen Post Osten übernimmt und im jüdischen Wohnbezirk weiterverteilt, ebenso auch die ausgehende Post sammelt und geschlossen aufliefert. Eigene Verkehrsbetriebe und ähnliche Einrichtungen vervollständigen dieses Bild.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, um die jüdische Arbeitskraft nutzbringend einzusetzen. Die jüdischen Werkstätten haben mit ständig steigenden Beschäftigtenziffern Aufträge der arischen Wirtschaftsseite ausgeführt, vor allem auch in großem Umfange für Wehrmachtbestellungen gearbeitet. Die Beschaffung von Lebensmitteln und sonstigem Bedarf erfolgt durch die Versorgungsanstalt für den jüdischen Wohnbezirk, die unter Aufsicht der Transferstelle Warschau die benötigten Waren ankauft und nach den Weisungen des Kommissars innerhalb des jüdischen Wohnbezirks verteilt.

Außer den im jüdischen Wohnbezirk in Warschau befindlichen Juden leben in den Ostkreisen des Distrikts noch etwa 110 000 Juden. Diese Juden sind in einigen kleineren geschlossenen Wohnbezirken zusammengefasst, so in Siedlce und Sokolow, und im übrigen leben sie in einer größeren Zahl nicht geschlossener Wohnbezirke.

Erfahrungen und ihre Auswertung.

Der jüdische Wohnbezirk in Warschau besteht nunmehr seit über zwei Jahren. Die während dieser Zeit gesammelten Erfahrungen sind außerordentlich wertvoll für die Beurteilung der Frage, ob die bisher getroffenen Maßnahmen zweckmässig waren.

Dabei hat sich zunächst eines mit aller Deutlichkeit gezeigt: Die Bildung eines geschlossenen jüdischen Wohnbezirkes in der Stadt Warschau war das richtige Mittel, um die Ausbreitung des Fleckfiebers auf die arische Bevölkerung zu verringern. Trotz der engen Verzahnung zwischen dem jüdischen Wohnbezirk und der übrigen Stadt Warschau und trotz einer Reihe von Mängeln in der Absperung ist erreicht worden, daß lange Zeit hindurch die arische Bevölkerung nur 10% der gesamten Fleckfieberfälle stellte, während gleichzeitig in den Ostkreisen, in denen eine schärfere Konzentration der Juden noch nicht durchgeführt war, der Anteil der arischen Bevölkerung 30 und mehr Prozent betrug. Allein diese Feststellung rechtfertigt die seinerzeitige Errichtung des jüdischen Wohnbezirkes.

Weiter hat sich allerdings auch gezeigt, daß der Schutz der arischen Bevölkerung vor dem Fleckfieber nicht vollkommen sein kann, wenn das Prinzip der Abschliessung der Juden nicht mit der notwendigen Konsequenz durchgeführt wird. Die Lage eines großen jüdischen Wohnbezirks inmitten einer Großstadt macht es erforderlich, übersichtliche klare Grenzverhältnisse zu schaffen und bei der Überwachung der Grenzen auf jede unangebrachte Sentimentalität zu verzichten. Weiterhin ist es notwendig, auf einem möglichst großen Gebiet weitgehend gleiche Bedingungen zu schaffen, damit der Jude keinen Anreiz hat, seinen jüdischen Wohnbezirk zu verlassen.

Auch in wirtschaftlicher Beziehung kann, wie die bisherigen Erfahrungen bereits gezeigt haben, selbst bei einem so schwierigen Gebilde, wie es ein jüdischer Wohnbezirk mit zeitweise 500 000 Einwohnern nun einmal ist, ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings das Vorhandensein einer gut arbeitenden Vermittlung, wie sie die Transferstelle Warschau darstellt. Das Ziel muß dabei immer sein, die jüdische Arbeitskraft entsprechend den Notwendigkeiten des Krieges möglichst nutzbringend einzusetzen. Mindestens muß eine produktive Arbeitsleistung erzielt werden, deren Gegenwert zur Deckung der Lebensbedürfnisse der Juden ausreicht, so dass es nicht zu einer unerwünschten Inanspruchnahme von Fürsorgemitteln kommt.

Die mit der jüdischen Verwaltung gemachten Erfahrungen lassen die Feststellung zu, daß das Organisationstalent der Juden nicht ihrer durchschnittlichen Intelligenz entspricht. Trotz einer Fülle von Angestellten, von Kommissionen, von Sitzungen gelingt es den Juden nur selten, aus eigener Kraft Ordnung in die Dinge zu bringen. Untereinander sind sie von krassem Egoismus. Die von ihnen ausgeübte soziale Tätigkeit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß jeder einzelne letzten Endes nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Sie sind weit entfernt davon, eine Gemeinschaft zu bilden.

Andererseits führen ihre Vertreter die Anweisungen der deutschen Aufsichtsstelle im allgemeinen zufriedenstellend aus. Es hat sich als richtig erwiesen, mit einer verhältnismässig geringen Zahl deutscher Kräfte ausschließlich Aufsichtstätigkeit auszuüben und die Verwaltung selbst — unter Heranziehung der wenigen organisatorisch befähigten Personen — den Juden zu überlassen.

Es ist selbstverständlich, daß alle auf diesem Gebiet getroffenen Maßnahmen bis zur endgültigen Lösung der Judenfrage nur Übergangsmaßnahmen sind.

V. WIRTSCHAFTLICHER AUFBAU IM DISTRIKT WARSCHAU

1. Der Distrikt Warschau als Zentrum der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements.

Warschau ist schon vor dem jetzigen Kriege das industrielle Zentrum des damaligen Staates gewesen.

Nach der polnischen Industriestatistik vom Jahre 1938 gab es im gesamten Gebiet der früheren Republik Polen, also einschliesslich der jetzt dem Reichsgebiet eingegliederten Gebiete, 9166 Industriebetriebe, wovon 3916 Betriebe auf den Raum des jetzigen Distrikts Warschau entfallen.

Wenn man die Beschäftigtenzahl zugrunde legt, dann waren von den rund 302 000 in der Industrie Beschäftigten nicht weniger als 170 000 Arbeiter und Angestellte im heutigen Distrikt Warschau tätig, also rund 52%. Außerdem befanden sich noch die Hauptniederlassungen zahlreicher mittlerer und grösserer Betriebe in Warschau, wodurch das Schwergewicht des industriellen Einflusses von Warschau noch verstärkt wurde.

Als natürliche Folge dieser industriellen Zusammenballung in Warschau hatte sich hier auch nahezu das gesamte Bankwesen mit rund 28 Banken, die zum Teil Milliardenumsätze aufwiesen, niedergelassen, ebenso wie fast alle grösseren Versicherungsgesellschaften ihre Hauptniederlassungen in Warschau errichtet hatten.

In der Zeit nach dem Weltkriege wurden grosse, modern ausgestattete Rüstungsfabriken im Warschauer Becken gebaut, wodurch die allgemeine industrielle Betätigung noch weiter verstärkt worden ist.

Die einzelnen Industriezweige wiesen an Beschäftigten folgende Prozentsätze auf, wobei die im Jahre 1938 im Gebiet des jetzigen

Generalgouvernements beschäftigten Arbeiterzahlen zugrunde gelegt sind:

Metallindustrie	56,4%
Elektrotechnische Industrie	87,9%
Chemische Industrie	53,3%
Lederindustrie	47,6%
Nahrungsmittelindustrie	48,6%
Bekleidungsindustrie	67,7%
Vervielfältigungsindustrie	76,9%
Baugewerbe	76,0%
Papierindustrie	61,6%

Diese einem Bericht des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Generalgouvernement, entnommenen Zahlen zeigen die überragende Bedeutung der Warschauer Industrie.

Der Charakter der Warschauer Industrie kann im wesentlichen als der einer Veredelungs- und weiterverarbeitenden Industrie bezeichnet werden, da im Distrikt — abgesehen von den Rohstoffen zum Betrieb der zahlreichen Ziegeleien — sonstige Rohstoffe nicht vorkommen, so dass Rohstoffe und Halbfabrikate zur Weiterverarbeitung von auswärts bezogen werden müssen.

In der Nähe dieses Industriezentrums hat sich eine industrielle Arbeiterschaft angesiedelt, die zum größten Teil in Warschau und Umgebung wohnt. Es muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß in dieser Arbeiterschaft ein grosser Teil geschulter Fachkräfte vorhanden ist.

Ein umfangreicher Selbstverwaltungsapparat in der gewerblichen Wirtschaft, die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr mit ihren Fachverbänden sowie zahlreiche Fachschulen, sichert die Heranbildung des nötigen Nachwuchses und ist bestrebt, den Ausbildungsstand nicht nur zu erhalten, sondern die Leistungen noch weiter zu steigern.

Die in Warschau bestehenden Großbanken verfügen über die Mittel, einem industriellen und gewerblichen Aufschwung die nötige finanzielle Grundlage zu sichern, zumal sich in wachsendem Maße reichsdeutsches Kapital an diesen Banken beteiligen wird. Die bisherige Entwicklung ist weitgehend dadurch bestimmt worden, dass deutsche Lenkung und deutscher Einfluss mit grossem Erfolg eingesetzt worden sind. Die Schaffung einer deutschen Oberschicht und

die Durchdringung der Betriebe mit deutscher Organisation ist im ständigen Wachsen und hat schon zu erfreulichen Ergebnissen geführt. Dabei hat sich erwiesen, dass es auch mit wenigen deutschen Menschen möglich ist, grosse Betriebe, die ihrer Arbeiterschaft und ihrem Aufsichtspersonal nach rein polnisch sind, nicht nur im Gang zu halten, sondern dort sowohl der Leistung als den Kosten nach beachtliche Erfolge zu erzielen.

Die verkehrsgünstige Lage Warschaus im Schnittpunkt der Nord-Süd- und West-Ost-Achse sowie das gut ausgebaute Eisenbahnnetz tragen ihrerseits dazu bei, Warschau immer mehr zu einer Hauptdurchgangsstelle werden zu lassen.

Wenn schliesslich noch die Lage der Stadt Warschau am Weichselstrom, über dessen Bedeutung an anderer Stelle dieses Buches berichtet wird, und weiter die Möglichkeiten berücksichtigt werden, die sich aus dem Ausbau der Weichsel und der Lage der Stadt und des Stromes zu den neuen Ostgebieten ergeben, so kann der Industrie des Distrikts Warschau — trotz der jetzt vorhandenen kriegsbedingten Schwierigkeiten — für die weitere Zukunft die günstigste Entwicklung vorhergesagt werden.

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die hauptsächlichsten Industriezweige des Distrikts Warschau gegeben werden. Dabei ist von vornherein darauf hinzuweisen, dass sich das durchschnittliche Niveau natürlich nicht mit dem des reichsdeutschen vergleichen lässt. Gewiss gibt es zahlreiche Betriebe, die organisatorisch und maschinell über beste Einrichtungen verfügen, daneben stehen aber viele kleine Betriebe, deren technischer Stand nach deutschem Massstab gemessen als veraltet bezeichnet werden muß.

Weitaus an der Spitze der Industrie des Distrikts Warschau steht die eisen- und metallverarbeitende Industrie mit über 500 Betrieben. Dieser Industriezweig beschäftigte 1938 fast 35 000 Arbeiter. Der technische Entwicklungsstand ist hier besonders unterschiedlich. Neben modern und gutgeleiteten Betrieben gibt es solche, die sich nicht weit über das Niveau einer handwerklichen Fertigung erheben.

In der eisen- und metallverarbeitenden Industrie des Distrikts Warschau sind ziemlich alle Zweige vertreten. Es gibt Eisengiessereien, Fabriken für die Herstellung kleinerer und einfacher Maschinen und Apparate, Drahtziehereien, Nagelfabriken, Fabriken für Baubeschläge, Werkzeuge, Hausrat und dergleichen.

Auch die elektrotechnische Industrie ist im Distrikt Warschau bedeutend. Nach der erwähnten Statistik bestanden 119 Betriebe mit über 10 000 Beschäftigten.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass in den vorstehend genannten Zahlen der eisen- und metallverarbeitenden Industrie und der elektrotechnischen Industrie viele kleine und unbedeutende Betriebe enthalten sind, dass einige Betriebe durch Kriegshandlungen zerstört, andere inzwischen stillgelegt und liquidiert worden sind, so bleibt immer noch ein beachtenswerter Umfang dieser Industrie bestehen.

In der Textilindustrie war zwar Warschau nicht das Zentrum des ehemaligen polnischen Staates, da der Hauptsitz der Textilbetriebe in Litzmannstadt war, doch weist dieser Industriezweig auch im Distrikt Warschau eine ansehnliche Grösse auf. Nach der polnischen Statistik aus dem Jahre 1938 wurden

163 Betriebe der Textil- und
606 Betriebe der Bekleidungsindustrie

gezählt, die zusammen über 18 000 Menschen beschäftigten. Nach einer Bereinigung der Textilindustrie und einer erheblichen Einschränkung, zu der die Rohstofflage zwang, sind heute noch etwa 100 Betriebe teilweise oder voll beschäftigt. Die beiden grossen Textilbetriebe „Zyrardower Manufakturen A.G.“ und „Wola A.G.“ wurden unter deutsche Leitung gestellt. Im Jahre 1941 wurden in der Textil- und Bekleidungsindustrie durchschnittlich 10 000 Menschen beschäftigt; der Gesamtwert der Erzeugung in diesem Zeitraum betrug über 64 Millionen Zloty.

In der Schuherzeugung entfiel schon früher der grösste Anteil mit etwa 85% auf das Handwerk. Die restlichen 15% lieferten mittelgrosse mechanische Schuhfabriken in Warschau, die alle in jüdischem Besitz waren, und die Schuhfabrik „Bata“ in Chelmek. Heute sind 9 mechanische Schuhfabriken in Warschau tätig, die sämtlich in arischen Händen sind und insgesamt durchschnittlich 750 Arbeiter beschäftigten. Im Jahre 1941 wurden von diesen mechanischen Schuhfabriken 371 000 Paar Schuhe hergestellt.

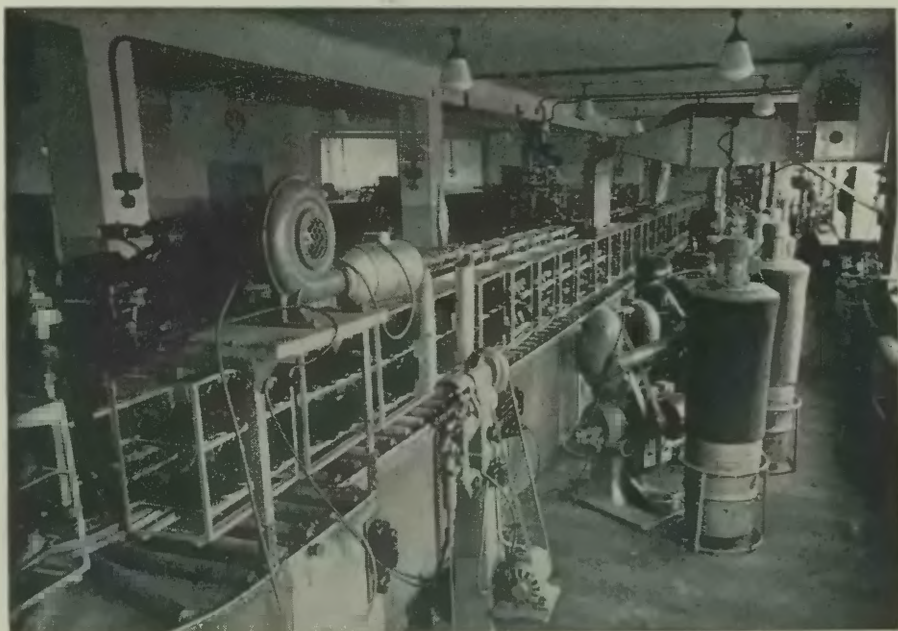
Warschau war früher der Mittelpunkt der Lederindustrie im ehemaligen Polen. Vor dem Kriege bestanden im Bereich des heutigen Distrikts Warschau etwa 60 grössere Gerbereien, wovon etwa 40 in jüdischem Besitz waren. Nach Schliessung aller jüdischen Betriebe



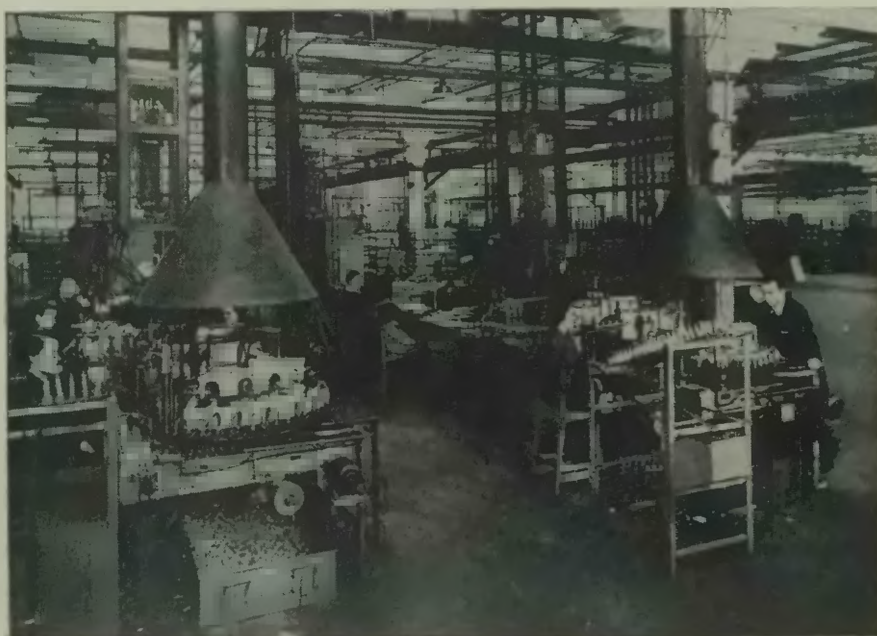
Schokoladenfabrik Wedel in Warschau



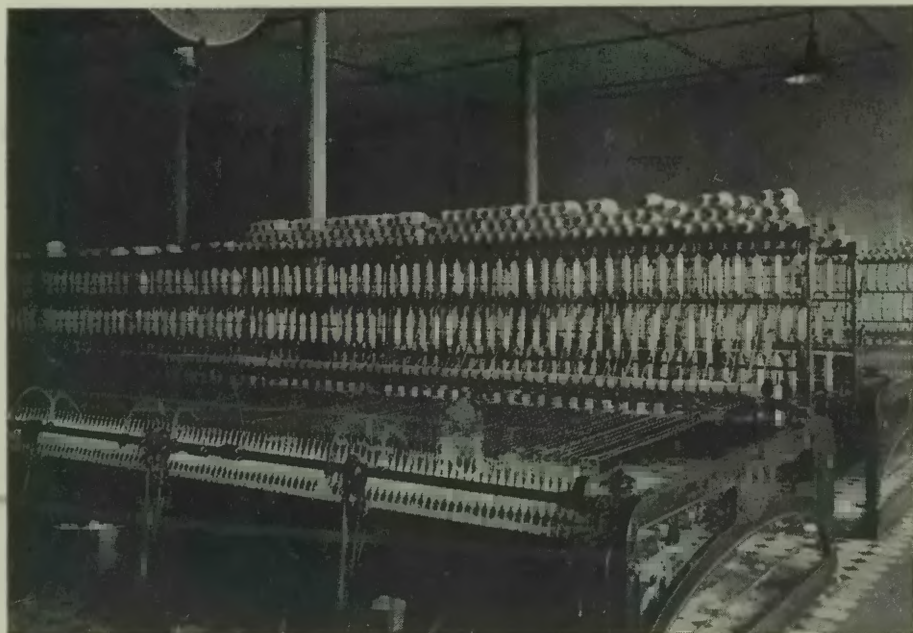
Arbeitssaal in der Schokoladenfabrik Wedel



Schuhfabrik Weynerowski, Fließband



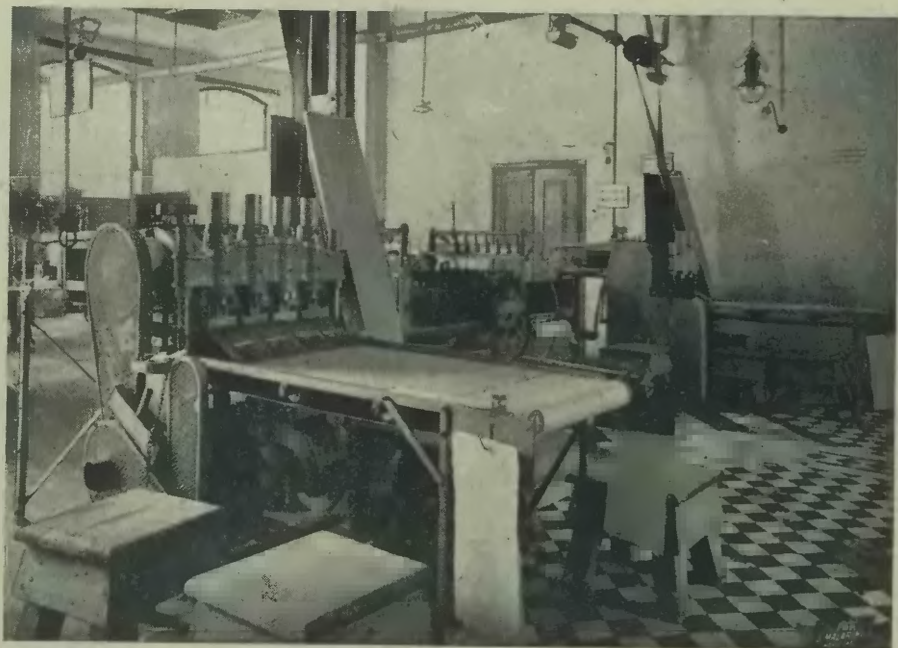
Phillips-A. G. Warschau, Glühlampenabteilung



Baumwollmanufaktur Wola Warschau



Webereisaal der Baumwollmanufaktur Wola



Fettindustrie Schicht, Seifenprägerei



Kerzenfabrik Marenchowski, Kerzenziehmaschinen

wurden von der deutschen Verwaltung die leistungsfähigsten Gerbereien mit einer Produktionskapazität von 40% der Vorkriegszeit zur Weiterarbeit zugelassen. 1941 arbeiteten 23 Gerbereien mit einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 600 Gefolgschaftmitgliedern.

Die chemische Industrie, bei der in etwa 200 Betrieben rund 8 000 Arbeiter beschäftigt sind, ist mit einer vielseitigen Produktion vertreten. Allein 48 Betriebe, darunter 3 Großbetriebe, stellen pharmazeutische Erzeugnisse her. Unter den Betrieben der Seifen- und Waschmittelindustrie befindet sich die „Schicht A.G.“, ein Großbetrieb, der in seiner technischen Einrichtung keinen Vergleich mit anderen technisch hochstehenden Betrieben des gleichen Gewerbezweiges in Europa zu scheuen braucht. Ferner gibt es in Warschau eine Bleistiftfabrik, die 336 Arbeiter beschäftigt und die ebenso alt wie die gleichartigen Fabriken in Deutschland ist. Weiter sind vertreten die kosmetische Industrie, die Industrie der Farben und Lacke, die Kautschuk- und Asbestindustrie, Dachpappenindustrie, die Industrie für Leder- und Fußbodenpflegemittel, die Leimindustrie und andere.

Auch in der Papierwirtschaft ist Warschau mit eigener Erzeugung vertreten. Die Mirkower Papierfabrik in Jeziorna bei Warschau ist in der Lage, monatlich 2500 bis 3000 t Papier herzustellen, angefangen vom gewöhnlichen Packpapier bis zu den anspruchsvollen Sorten, die die Staatsdruckerei für die Herstellung von Banknoten und dergleichen benötigt. Trotz der durch den Krieg bedingten Beschränkungen in der Rohstoffverwendung spielt die Mirkower Papierfabrik auch jetzt noch bei der Eigenversorgung des Generalgouvernements mit Papier eine bedeutsame Rolle.

Bei dem Überfluss an Papier, der früher in Polen bestanden hat, ist es nicht verwunderlich, dass hier eine ausgedehnte Verarbeitungsindustrie besteht, die wiederum hauptsächlich ihren Sitz in Warschau hat. So besitzt Warschau auch heute noch die älteste Tapetenfabrik des Generalgouvernements.

Dass Warschau auch über zahlreiche bedeutende Druckereibetriebe verfügt, ist nur eine Folge seiner grossen wirtschaftlichen Bedeutung, die es schon früher im ehemaligen Polen einnahm. Es besteht hier die grosse Staatsdruckerei, in der die Banknoten, Steuerbanderolen, Stempelmarken, Lebensmittelkarten und dergleichen hergestellt werden. Ferner sind zu nennen die Städtische Druckerei, die Druckerei der Postsparkasse, die Schlesische Druckerei und der

grosse Druckereibetrieb des Zeitungsverlages Krakau-Warschau, in dem verschiedene Zeitungen, Druckschriften und Schriften für die Wehrmacht hergestellt werden.

Die Industrien der Steine, Erden, Glas und Keramik sind im Distrikt Warschau die einzigen, die, abgesehen von der benötigten Kohle, überwiegend rohstoffunabhängig sind. Es ist hier in erster Linie die Ziegelindustrie zu nennen, die mit 86 Ringofen-Ziegeleien und 41 Feldziegeleien vertreten ist. Darunter befinden sich etwa 70 Ziegeleien, von denen jede eine Jahreskapazität von über eine Million Stück aufweist. Insgesamt verfügen die Ziegeleien über eine Jahreskapazität von 230 Millionen Stück Mauersteinen, Dachziegeln, Drainageröhren, Kacheln und dergleichen. In Zukunft soll die Herstellung von Dachziegeln noch erweitert werden, da die früher vielfach übliche Verwendung von Zinkblech zum Dachdecken deutschen Schönheitsbegriffen nicht entspricht. Ebenso soll die Produktion von Drainageröhren gesteigert werden, weil die Durchführung eines umfassenden Meliorationsprogrammes in der Landwirtschaft einen erhöhten Bedarf an Drainageröhren mit sich bringt.

Die Glasindustrie kann im Distrikt Warschau mit 16 Glashütten aufwarten, in denen Flaschenglas und Hohlglas in den gebräuchlichen Dimensionen und verschiedenen Qualitäten hergestellt werden. Ferner besteht eine leistungsfähige Glühlampenfabrik. Etwa zehn dieser Hütten sind in technisch gutem Zustand. Die grösste Glashütte hat bei voller Beschäftigung eine Gefolgschaftsstärke von 350 Mann und eine monatliche Produktion von etwa 500 000 kg. Ferner haben zahlreiche glasverarbeitende Betriebe ihren Sitz in Warschau.

Die Baustoffindustrie ist im Distrikt Warschau mit 22 Dachpappenfabriken vertreten, die insgesamt über eine Jahreskapazität von 17,2 Millionen qm Dachpappe und Isolierpappe verfügen.

Schließlich ist noch die holzverarbeitende Industrie zu nennen, von der es im Distrikt Warschau etwa 60 Betriebe gibt. Es sind darunter zum Teil sehr leistungsfähige Betriebe, die anerkannte Qualitätserzeugnisse an Möbeln, Hausgeräten und dergleichen herstellen. Die Qualität dieser Erzeugnisse wird sich noch steigern lassen, wenn sich durch Erziehung und Belehrung die deutsche Geschmacksrichtung einmal in stärkerer Masse durchgesetzt haben wird.

Bei der wirtschaftlichen Bedeutung und der dichten Besiedlung des Warschauer Raumes hat sich als natürliche Folge auch eine umfangreiche Nahrungsmittelindustrie angesiedelt. Es sind hier zu nennen zwei grosse Schokoladenfabriken, ferner zahlreiche, zum Teil

moderne Mühlenbetriebe sowie Großbäckereien, Marmeladefabriken und Konservenfabriken für Fleisch-, Gemüse- und Obst.

Wenn bisher im wesentlichen nur von den industriellen Betrieben die Rede war, so sei der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen, dass Warschau auch der bevorzugte Sitz des Handels und zwar des Groß-, Ein- und Ausfuhrhandels von Polen gewesen ist und in seinen Mauern auch den überwiegenden Teil der bedeutenden Handelsunternehmen dieses Staates überhaupt beherbergt hat. Dieser Handel lag hauptsächlich in jüdischen Händen. Auch hier ist, wie bei der industriellen Wirtschaft, eine durchgreifende Änderung eingetreten: Die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben ist nahezu hundertprozentig erreicht. An die Stelle der Juden sind einheimische Kräfte und die aus den neuen Reichsgauen evakuierten Polen getreten. So konnte ein reibungsloser und den Wirtschaftsablauf nicht beeinträchtigender Austausch der Kräfte vollzogen werden.

Die augenblickliche Lage auf dem Warenmarkt kann natürlich kein Bild über die Leistungsfähigkeit des Handels vermitteln. Es kann aber festgestellt werden, daß gerade in Warschau von jeher eine grosse Tradition auf dem Gebiet des Handels bestanden und sich bis zum heutigen Tage erhalten hat. Die Verbindung mit den Seehäfen der Ostsee, insbesondere mit Danzig und Königsberg, die noch an anderer Stelle gewürdigt wird, und mit den Gebieten des Ostens bis zum Schwarzen Meer ist seit jeher in Warschau gepflegt worden, so dass gerade jetzt, nach dem Gewinn dieser grossen Ostgebiete, sich auch insoweit grosse Zukunftsaussichten ergeben.

Zur Zeit kann die Zahl der Handelsbetriebe im Distrikt Warschau mit etwa 35 000 angegeben werden.

Neben Industrie und Handel ist in Warschau stets auch das Handwerk von besonderer Bedeutung gewesen. Es lässt sich geschichtlich nachweisen, dass gerade im Handwerk der deutsche Kultureinfluss in den vergangenen Jahrhunderten sehr stark gewesen ist. Insbesondere kamen im 18. Jahrhundert im Gefolge der sächsischen Baumeister zahlreiche deutsche Handwerksmeister nach Warschau, wie aus den Innungsbüchern der Warschauer Zünfte hervorgeht.

Die Zahl der Handwerksbetriebe beträgt zur Zeit etwa 20 000. Da die Handwerksbetriebe durchschnittlich 2,3 Beschäftigte aufweisen, kann mit einer Beschäftigtenziffer von rund 45 000 gerechnet werden. Welche Rolle dieses Handwerk spielt, geht daraus hervor, dass, wie schon erwähnt, etwa 85% der Schuhe von den Handwerkern

hergestellt werden, deren Erzeugnisse vielfach als überaus hochwertig angesehen werden können und auf den deutschen Messen immer wieder besondere Beachtung finden. Ähnliches gilt vom Schneiderhandwerk und von der Bau- und Möbeltischlerei. Ein hochwertiges Bäcker-, Fleischer- und Konditorengewerbe entspricht den Bedingungen, die die verhältnismässig hohe Lebenshaltung in Warschau an die Leistungen dieser Gewerbe gestellt hat. Ein gut ausgebautes Innungswesen und gut geleitete Fachschulen haben den hohen Stand des Handwerks in Warschau besonders begünstigt. Unter deutscher Führung wurde das Handwerk zu einer straffen Organisation zusammengefasst, deren Aufgabe es ist, in ihren Reihen auf Ordnung und Sauberkeit zu halten und insbesondere die Pflege des Nachwuchses in ihre Obhut zu nehmen.

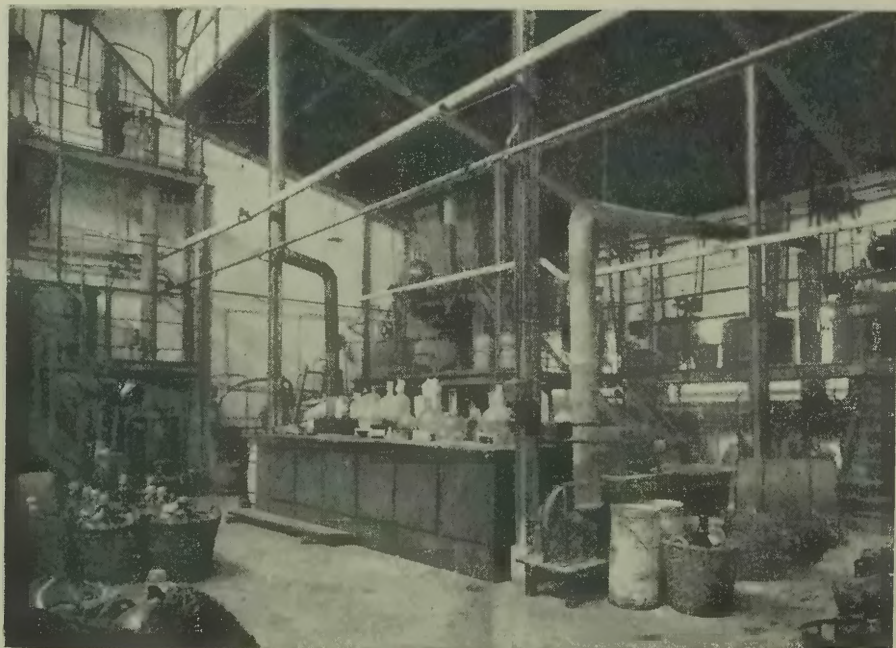
Welche Bedeutung die vorstehend behandelten Gruppen der Industrie, des Handels und des Handwerks haben, erhellt am besten aus der Tatsache, dass der Distrikt Warschau in den Jahren 1940 und 1941 allein so viel Staats- und Gemeindesteuern aufgebracht hat, wie die Distrikte Krakau, Lublin und Radom zusammen genommen. Dies ist gleichzeitig die beste Rechtfertigung der auf dem Gebiet der Wirtschaft geleisteten Aufbauarbeit, da der grösste Teil dieser Steuern von den einzelnen Gruppen der gewerblichen Wirtschaft getragen worden ist.

2. Die wirtschaftlichen Beziehungen Warschaus zu den Nachbargebieten und den Hansestädten.

Die grosse wirtschaftliche Bedeutung Warschaus zeigt sich nicht nur darin, dass es im Generalgouvernement ein sehr starkes Wirtschaftszentrum ist, sondern vor allem in der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Beziehungen Warschaus weit über die Grenzen des Generalgouvernements ausstrahlen.

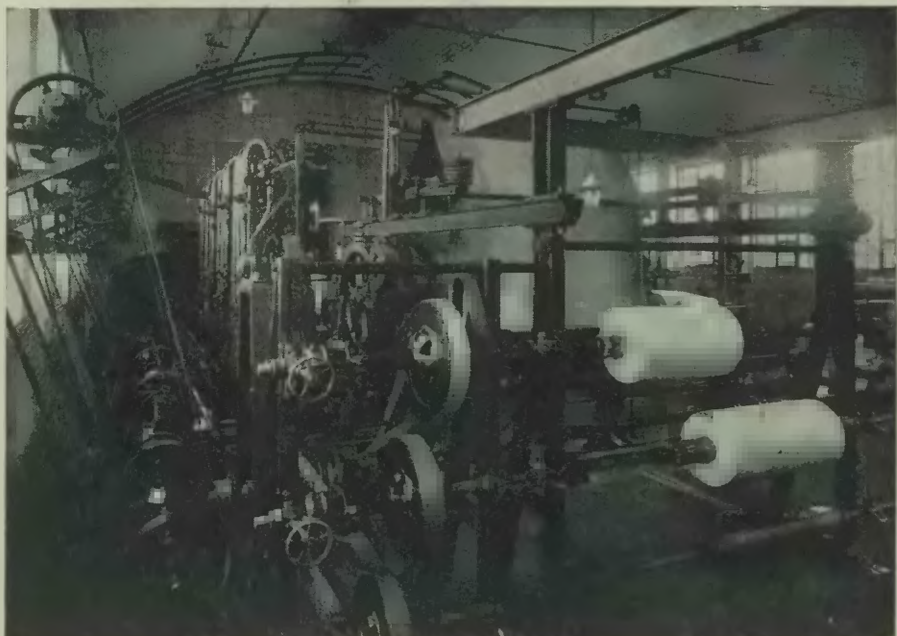
In vorderster Linie steht hier die alte Hansestadt Danzig, zu der die Handelsbeziehungen Warschaus stets besonders lebhaft gewesen sind. Schon im 13. Jahrhundert bestand über die Weichsel mit Danzig ein lebhafter Warenverkehr, wobei hauptsächlich Getreide, Holz, Pech und Teer ausgeführt wurde. Nach einer alten Chronik betrug im Jahre 1618 die Ausfuhr polnischen Getreides über Danzig

¹⁾ Nähere Angaben hierüber vgl. Grundmann a. a. O. Seite 33.

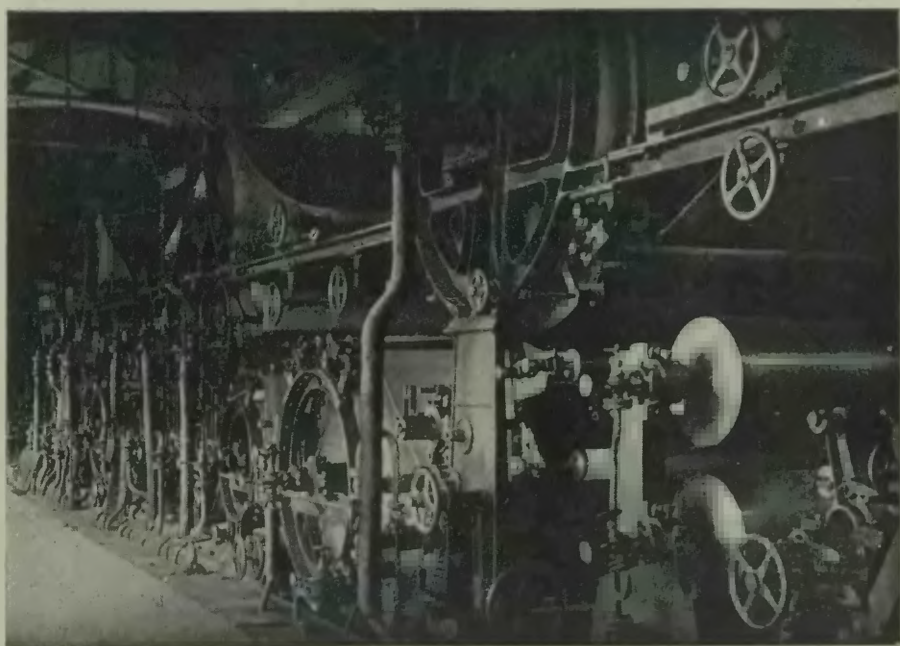


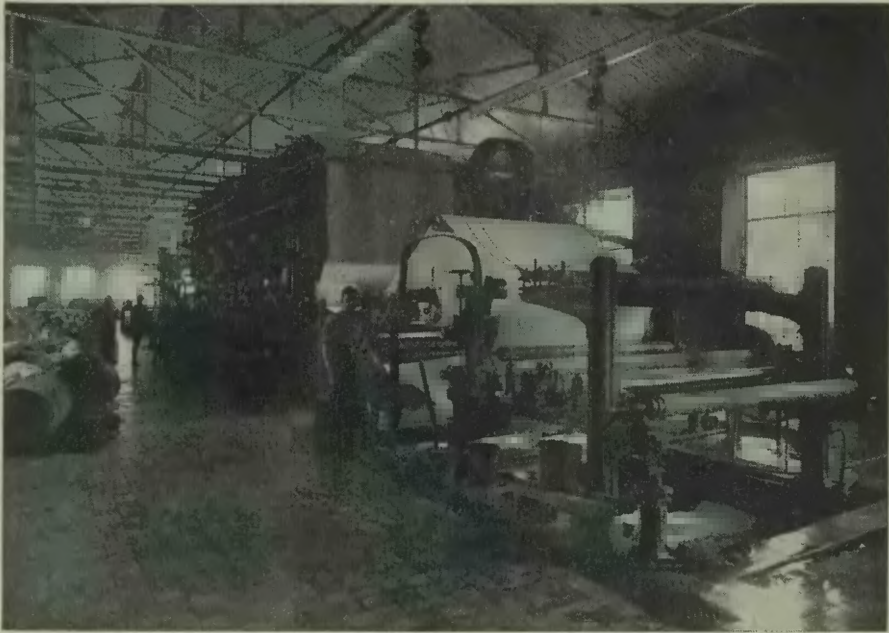
Bilder aus der Chemischen Fabrik Ludwig Spiess & Sohn





Papierfabrik Mirkow, Pergamentiermaschinen





Papierfabrik Mirkow, Papiermaschinen



128 789 Laczty. Es handelt sich hierbei um ein altes polnisches Maß, das etwa 2,5 t entspricht.

Auch mit dem früheren Kongresspolen war Danzig wirtschaftlich stark verbunden, da es das gegebene Hinterland von Danzig gewesen ist. Diese starke Verknüpfung der Wirtschaftsinteressen hat sich vor allem in den Jahren verdichtet, in denen Danzig nach dem Diktat von Versailles vom Reich abgesplittert war. Gewiss hat die polnische Republik alles getan, um das deutsche Danzig auf die Knie zu zwingen, wobei sie vor allen Dingen durch den Bau des Konkurrenzhafens Gdingen die Danziger Schifffahrt erdrosseln wollte; trotzdem hat aber Danzig zur Sicherung seines Lebensbedarfes mit dem polnischen Hinterland starke Verbindungen angebahnt, auch wenn diese naturgemäss vielfach in getarnten Formen abgewickelt werden mussten. Die weitgehende Beherrschung der polnischen Sprache in Danziger Wirtschaftskreisen und die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Lebensbedingungen des polnischen Staates befähigten die in jahrhundertelanger Schulung erzogenen Danziger Wirtschaftskreise, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen stets klar zu überblicken, sich einzuschalten und so die eigene Existenz aufrecht zu erhalten.

Als Danzig in das Reich zurückkehrte und der Gau Danzig-Westpreussen gebildet wurde, war deshalb nichts natürlicher, als dass mit dem gleichzeitig erstehenden Generalgouvernement nahe Beziehungen aufgenommen wurden, um die alten Wirtschaftsverbindungen weiter auszubauen. Führende Männer der Danziger Wirtschaft, an der Spitze der Reichsstatthalter und der Präsident der Danziger Industrie- und Handelskammer sind es gewesen, die als erste mit Warschau in Verbindung traten. Dort wurden diese ersten Versuche eines wirtschaftlichen Zusammengehens freudig aufgenommen. Den mehrfachen Besuchen Danziger Wirtschaftsführer in Warschau und Krakau schlossen sich Gegenbesuche in Danzig an, an denen sich auch der Gouverneur des Distrikts Warschau und der Präsident der Hauptabteilung Wirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements beteiligten. Warschau hat seit Bestehen des Generalgouvernements in ganz besonderer Weise Wert darauf gelegt, mit Danzig in engster Fühlungnahme zu bleiben.

Als erste Frucht dieser Beziehungen war es möglich, den Einsatz deutscher Handelsfirmen im Distrikt Warschau unter maßgebender Beteiligung der Industrie- und Handelskammer Danzig-Westpreussen einzuleiten und durchzuführen. Rund 24 deutsche Firmen, die mit zwei Ausnahmen sämtlich aus Danzig-Westpreussen

stammten, sind im Distrikt Warschau zum Einsatz gekommen. Es kann festgestellt werden, daß sie sich ausnahmslos bewährt haben. Jeder Kreishauptmannschaft wurde eine führende deutsche Firma zugeteilt, die in stärkster Masse zur Belebung des Wirtschaftslebens beigetragen und den polnischen Geschäftsleuten als Vorbild deutscher Geschäftsführung gedient hat. Insbesondere haben sich diese Firmen in einer überaus aner kennenswerten Weise den wichtigen Fragen der Ernteerfassung gewidmet, wobei sie in der Hauptsache Träger der Austauschaktion gewesen sind.

Im Lauf der Zeit haben sich die Beziehungen zu Danzig-Westpreussen weiter verdichtet, indem zwei grosse Danziger Textilfirmen die unter treuhänderischer Verwaltung stehenden Betriebe „Wola“ und „Broun und Rowinski“ gepachtet haben. Ein inzwischen auf dem Felde der Ehre gefallener Kaufmann Dietrich Dirksen aus Danzig hat als erster ein deutsches Handelshaus in Warschau errichtet.

Die gesamte Zusammenarbeit mit Danzig-Westpreussen hat sich deshalb so erfolgreich gestaltet, weil die Industrie- und Handelskammer Danzig und die leitenden Männer des Gaues Danzig-Westpreussen hinter den im Generalgouvernement eingesetzten Firmen stehen und sie in jeder erdenklichen Weise unterstützen und fördern.

Enge Beziehungen unterhält das Generalgouvernement und insbesondere der Distrikt Warschau auch zu dem N a c h b a r g a u O s t p r e u s s e n. Auch dies ist nur natürlich, da Ostpreussen mit dem Distrikt Warschau durch eine rund 150 km lange gemeinsame Grenze verbunden ist und dadurch weitgehende gemeinsame Interessen mit dem Generalgouvernement hat.

Leider sind die Versuche, neben den Danziger Firmen auch Firmen aus Ostpreussen im Distrikt Warschau einzusetzen, bisher nur auf ein geringes Ausmaß beschränkt geblieben. Trotzdem ist das Generalgouvernement weiter bemüht, in Zukunft die Beziehungen auf diesem Gebiet lebhafter zu gestalten. Deshalb hat sich auch das Generalgouvernement und insbesondere der Distrikt Warschau stets in stärkster Weise an der Königsberger Ostmesse beteiligt.

Eine Verstärkung der Beziehungen des Generalgouvernements zu Ostpreussen ist um so wünschenswerter, als die gemeinsame Grenze mit Ostpreussen inzwischen durch die Schaffung des Gebietes Bialystock weiter verlängert wurde.

Darüber hinaus hat der Distrikt Warschau weitgehende Wirtschaftsbeziehungen mit Berlin und mit den Hansestädten H a m-

burg und Bremen aufgenommen. Es mag zunächst erstaunlich erscheinen, daß gerade die Hansestädte mit Warschau in Handelsbeziehungen stehen. Dieser Vorgang ist aber durchaus erklärlich. Hamburg und Bremen waren bis zu Beginn des jetzigen Krieges in der Hauptsache atlantisch orientiert. Ihr Handel ging über die Ozeane bis nach Australien und Japan. Alle diese Handelswege sind zur Zeit verschlossen. Es war daher nur natürlich, daß der hanseatische Kaufmannsgeist nach neuen Absatzgebieten Ausschau hielt. Hierbei war das Generalgouvernement als das erste neu erschlossene Wirtschaftsgebiet des deutschen Ostens von besonderer Bedeutung. Bekannte Hamburger Firmen haben sehr schnell die Beziehungen aufgenommen. Die Firma Illies & Co., die früher vor allen Dingen im Ostasiengeschäft tätig war, hat einen großen Teil ihrer Handelstätigkeit nach dem Generalgouvernement verlagert und außerordentliche Erfolge erzielt.

Es ist anzunehmen, daß Hamburg und Bremen auch nach dem Kriege, selbst wenn der atlantische Verkehr wieder geöffnet ist und gerade dem deutschen Kaufmann die Weltmeere in besonderer Weise offenstehen, die während dieses Krieges angeknüpften Beziehungen mit dem Osten nicht aufgeben wird; denn die gewaltigen neu erschlossenen Gebiete der früheren Sowjetunion, die nunmehr dem großdeutschen Machtbereich angehören, bieten große Zukunftsmöglichkeiten.

Warschau wird als Brücke zu diesem nunmehr näher gerückten Osten stets eine besondere Bedeutung haben. Es ist deshalb verständlich, daß bereits während des jetzigen Krieges bedeutende Großfirmen des Reiches bemüht sind, in Warschau festen Fuß zu fassen, um von dieser Brückenposition aus die wirtschaftlichen Quellen des Ostens den deutschen Interessen später in verstärktem Umfange dienstbar machen zu können.

3. Die Bedeutung der Weichsel für das Warschauer Becken.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Distrikts Warschau ist zu einem großen Teil auf seine günstige Lage am Mittellauf der Weichsel zurückzuführen.

In der Propaganda der früheren Republik Polen spielte der Ausbau der Weichsel immer eine große Rolle, da die Weichsel stets

als „Lebensstrom Polens“ bezeichnet worden ist. Man hätte deshalb annehmen müssen, daß die Polen während des zwanzigjährigen Bestehens ihrer Republik unentwegt für den Ausbau dieses ihres Lebensstromes gesorgt hätten. Tatsächlich ist dies aber nicht der Fall gewesen; denn im Gebiet des heutigen Generalgouvernements ist hinsichtlich der Weichselregulierung kaum etwas geschehen.

Noch heute bietet die Weichsel auf den wichtigsten Strecken des Generalgouvernements einen geradezu trostlosen Anblick. Zahllose Inseln und Sandbänke liegen regellos und wild im Flußbett und behindern jede Schifffahrt außerordentlich. Fahrtiefen bis zu nur 60 cm sind in den Sommermonaten die Regel, Fahrtiefen darüber hinaus gehören zu den Seltenheiten.

Dabei könnte die Weichsel ihrer Größe nach unter den mitteleuropäischen Wasserstraßen an dritter Stelle stehen, da nur die Donau und der Rhein sie an Länge übertreffen. Als Schifffahrtsstraße hat die Weichsel aber bisher eine völlig untergeordnete Rolle gespielt; denn im Jahre 1938 wurden auf dem Gebiet des jetzigen Generalgouvernements nur 59 243 t verfrachtet. Auf der gesamten Weichsel, also auch auf den früheren polnischen und den deutschen Gebieten zusammen, betrug der Güterverkehr im Jahre 1938 nur etwa 0,6 Millionen t Güter. Wenn man diese Zahlen mit den deutschen Wasserstraßen vergleicht, erscheinen sie zwergenhaft gering. Beispielsweise sind aus dem deutschen Odergebiet im Jahre 1936 etwa 7,5 Millionen t auf Binnenschiffen verfrachtet worden. Obwohl die Oder nicht die wichtigste deutsche Schifffahrtsstraße ist, hat sie die gesamte Weichselschifffahrt vor dem Kriege um mehr als das zwölfwache übertroffen.

Dieser geringe Umfang der Weichselschifffahrt steht in völligem Widerspruch zu den großsprecherischen Erklärungen der polnischen Nationalisten. Für diese völlige Vernachlässigung der Weichsel gibt es verschiedene Gründe:

Die eine Ursache ist die polnische Unfähigkeit, wirklich große Pläne auch energisch durchzuführen. Gewiß haben polnische Ingenieure für die Ausgestaltung der Weichsel gigantische Pläne entworfen, wie es vielleicht kein Gebiet gegeben hat, auf dem in der früheren Republik Polen durch Aufstellung von teilweise phantastischen Vorschlägen so viel geplant worden ist wie für die Ausgestaltung der Weichsel. Aber nirgends ist praktisch so wenig getan worden wie auf diesem Gebiet.

Dazu kam weiter, daß die polnische Regierung ihr Augenmerk in der Hauptsache auf die Aufrüstung gerichtet hatte. Der Ausbau der Weichsel trat demgegenüber zurück, so daß tatsächlich während der ganzen Dauer der Republik Polen, also in 20 Jahren, nur 78,8 Millionen Zloty für den Weichselausbau ausgegeben worden sind. Wenn man bedenkt, daß Preussen vor dem Kriege allein zur Regulierung des nur 220 km langen ehemals westpreußischen Weichsel- laufs jährlich rund 2,5 Millionen Reichsmark für Baggerarbeiten und Uferbauten ausgegeben hat, so kann man daraus am besten ersehen, wie wenig wirkliches Interesse der polnische Staat dem Ausbau seines „Lebensstromes“ gewidmet hat.

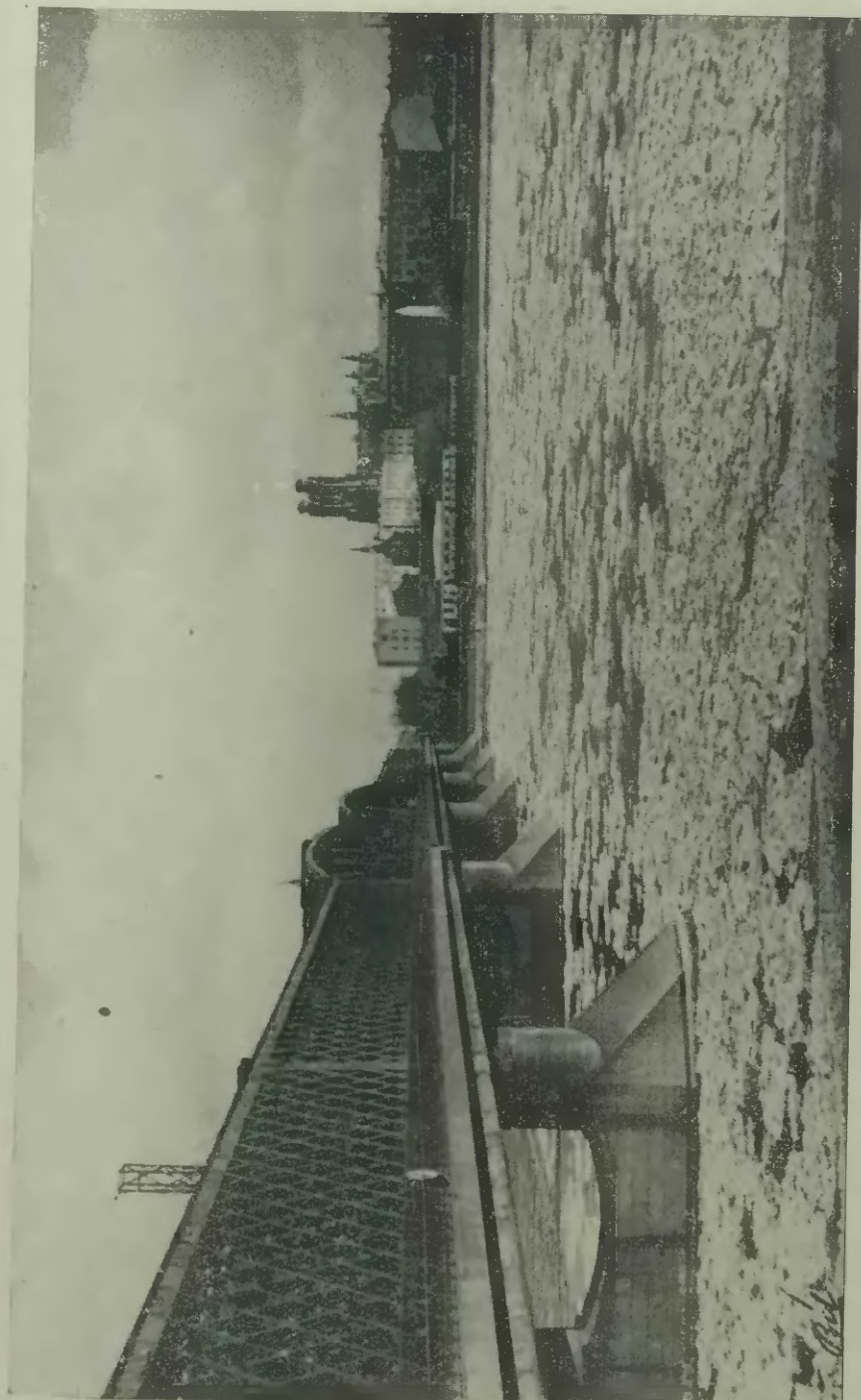
Endlich ist aber in der Nord-Süd-Ausrichtung des früheren polnischen Staates der Hauptgrund dafür zu sehen, daß den Notwendigkeiten der Weichsel so wenig Raum gegeben worden ist. Die große Kohlenmagistrale Kattowitz-Gotenhafen (Gdingen), die der Nord-Süd-Ausrichtung des polnischen Staates entsprach, erschien den polnischen Machthabern als die wichtigste Verkehrsstraße. Wie sehr diese Kohlenmagistrale früher auf Anordnung der polnischen Regierung bis zum Widersinn benutzt worden ist, zeigt das kaum glaubliche Beispiel, daß Kohlen, die von Polnisch-Oberschlesien nach Wien verfrachtet werden sollten, zunächst auf der Kohlenmagistrale Kattowitz-Gotenhafen an die Ostsee transportiert und von dort auf dem Seeweg nach Triest an der Adria verfrachtet wurden, von wo dann schliesslich der Weitertransport mit der Eisenbahn nach Wien erfolgte.

Mit einem derartigen Widersinn wird jetzt Schluß gemacht. Gewiß wird die Kohlenmagistrale ihre Bedeutung behalten; denn sie wird auch weiterhin der Entlastung der Oder dienen und darüber hinaus für den sehr entwicklungsfähigen Verkehr nach dem östlichen Teil der Ostsee hinzugezogen werden, wobei die Magistrale insoweit sogar den Vorzug vor der Weichsel hat, da die Weichsel infolge ihres großen Ostbogens sehr viel länger ist.

Dieser Nachteil der Weichsel für einen Nord-Süd-Verkehr ist gleichzeitig aber ein Hinweis für die eigentliche Aufgabe der Weichsel: Erschliessung des Ostraumes.

Dafür wird die gesamte Weichsel reguliert werden müssen.

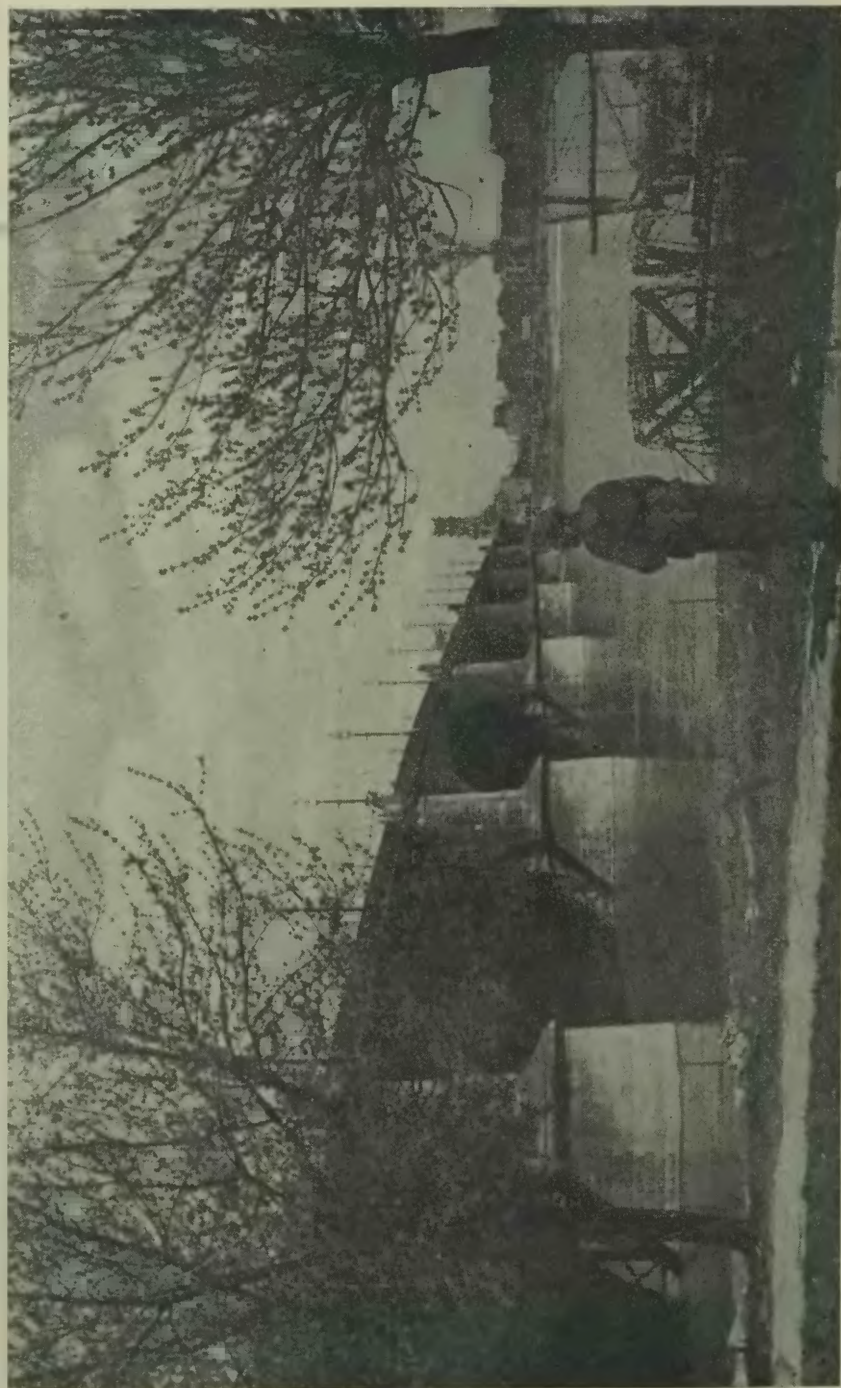
Im vergangenen Jahrhundert hat die Weichsel nur in ihrem Unterlauf deutsches Reichsgebiet durchflossen, während der übrige Teil österreichisch bzw. russisch oder polnisch war. Infolge dieser politischen Zerteilung des Stromes ist im vergangenen Jahrhundert



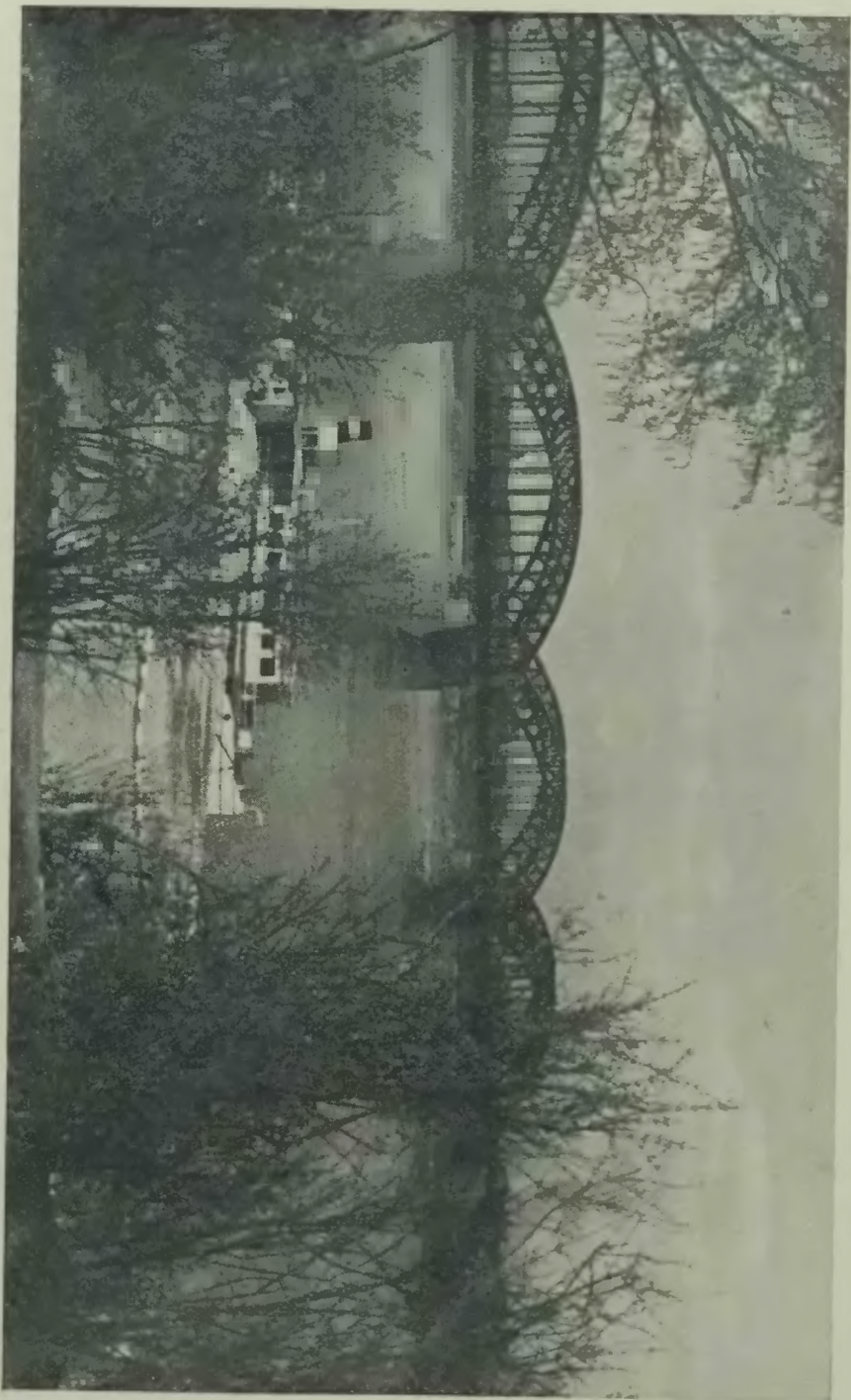
Die Weichsel in Warschau mit Blick auf Praga



Blick auf Warschau



Frühling an der Weichsel (Poniatowski-Brücke)



Partie an der Weichsel mit Eisenbahnbrücke

ein einheitlicher Ausbau des Flußlaufes nicht durchgeführt worden. Erst durch das Friedensdiktat von Versailles wurde der Strom bis zu seinem Einfluß in das Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig polnisch, ohne daß die Polen aus dieser politisch günstigen Konstellation die nötigen Folgerungen gezogen haben.

Jetzt ist endlich die Weichsel, dieser alte Schicksalsstrom im Osten des Reiches, von der Quelle bis zur Mündung in deutscher Hand, so daß nunmehr alle politischen Schranken gefallen sind. Die stiefmütterliche Behandlung der Weichsel kann nun endlich aufhören.

Die Arbeiten, die bei der Weichselregulierung zu bewältigen sind, werden Jahre in Anspruch nehmen, da der Strom und seine Nebenflüsse für die Erfordernisse der Landeskultur und der Schifffahrt von Grund auf neu umgestaltet werden müssen.

Der Südteil der Weichsel von Oberschlesien über Krakau bis Warschau darf dabei nicht vernachlässigt werden. Schon zur Entlastung der Verkehrswege in Oberschlesien, das auf der Oder nur rund 6 Millionen t jährlich transportieren kann, ist der Weichsel-schiffahrtsweg auch in der Nord-Süd-Richtung besonders vordringlich. Für Warschau ist dieser Ausbau noch von verstärkter Bedeutung, weil es auf der Weichsel seine Kohlen aus Oberschlesien beziehen muß. Es kommt hinzu, daß aus dem immer stärker in den Vordergrund tretenden Gesichtspunkt der Vermeidung der Verbrennung der Kohle im Interesse ihrer Veredelung der Ausbau der Wasserkräfte im Hochgebirge der Beskiden, der Tatra und der Karpaten eine der allerwichtigsten Aufgaben der Zukunft darstellt. Der Ausbau der Weichsel im Generalgouvernement wird darüber hinaus die Grund- und Hochwasserschäden verhindern, die jährlich etwa 20 Millionen Zloty betragen und damit die Verzinsung eines Kapitals von 400 Millionen Zloty darstellen. Die Gewinnung von Wasserkräften in den Beskiden würde ein weiterer Faktor sein, der die Rentabilität der Ausbaukosten sicherstellt.

Der nördliche Teil der Weichsel auf der Strecke von Warschau über Modlin nach Bromberg und an die Ostsee wird aber weit größere Bedeutung bekommen. Aus der Eroberung des früheren sowjetrussischen Raumes ergibt sich die Notwendigkeit, die Ostsee mit dem Schwarzen Meer zu verbinden. Dies ist über die Weichsel, den Bug und die Kanalverbindung zum Dnjepr und Dnjestr möglich, weshalb der nördliche Teil der Weichsel und der Bug ausgebaut werden müssen. Die unerschöpflichen Vorräte des

Ostraumes an Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden zu einem großen Teil auf diesem Weg dem Reich und der gesamten europäischen Wirtschaft zugeführt werden können.

Für die Entwicklung der Stadt Warschau ist dabei die Tatsache, daß sie unmittelbar an der Weichsel nur wenige Kilometer von der Einmündung des Bug in die Weichsel entfernt liegt, von entscheidender Bedeutung. Warschau liegt an sich fast in der Mitte des gesamten Weichsellaufes und nimmt somit eine zentrale Lage zur Weichsel ein, was für die Zukunft der Stadt und ihres angrenzenden Interessengebietes wichtig ist.

Ob im alten Stadtgebiet Warschaus selbst der große Binnenschiffahrtshafen des Ostens entsteht oder ob stromabwärts in unmittelbarer Nähe neue Hafenanlagen geschaffen werden, ist dabei unerheblich. Das Warschauer Becken jedenfalls zwischen der jetzigen Stadt Warschau und der Einmündung des Bug in die Weichsel wird aus naturgegebenen Gründen der Platz für diesen gewaltigen Binnenschiffahrtshafen der Zukunft sein, da das Warschauer Becken die Schlüsselstellung nach dem Osten einnimmt.

Die Pläne für einen derartigen leistungsfähigen Hafen, der in einen Handelshafen für reine Umschlagszwecke und in einen Industriehafen getrennt sein wird, sind bereits in Vorbereitung. Im Rahmen des gesamten Ausbaues der Weichsel und des Bug wird auch dieser Plan ausgeführt werden.

4. Die Verwaltung des jüdischen Grundbesitzes.

Unter den vielen wirtschaftlichen Problemen, die im Distrikt Warschau im Vordergrund standen, war die Ausschaltung des Judentums aus der Wirtschaft von überragender Bedeutung; denn das Judentum hatte sich in Industrie, Handel und Gewerbe so breitgemacht, daß tatsächlich Tausende von Betrieben in jüdischen Händen waren.

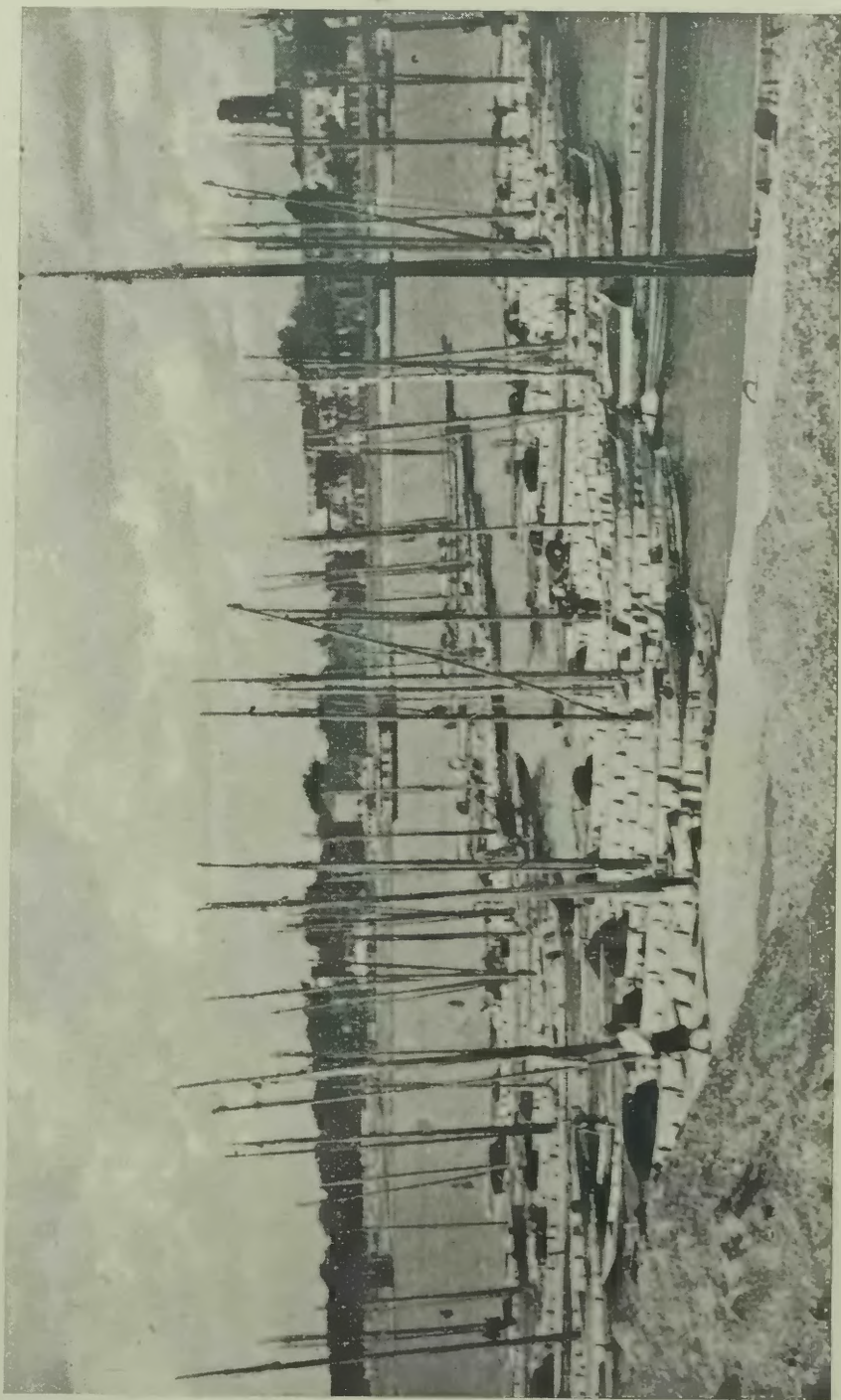
Diese Betriebe sind in kürzester Zeit vom jüdischen Einfluß gereinigt worden. Was hier die deutsche Verwaltung geleistet hat, erkennen sogar einsichtsvolle Polen mit Dank an.

In ganz besonderer Weise aber hatte sich das Judentum einen umfangreichen Grundbesitz angeeignet.

Das alte polnische Sprichwort, daß „den Juden die Häuser und den Polen die Straßen gehörten“, enthielt eine bittere Wahrheit.



Abendstimmung an der Weichsel mit Blick auf Warschau



Segelkähne auf der Weichsel bei Warschau



Weichselloandschaft bei Bielany

Tatsächlich hatten es die Juden im Laufe der Jahrhunderte verstanden, auf Grund einer systematischen Siedlungspolitik Haus für Haus ihrer wirtschaftlichen Machtposition einzugliedern.

Die Siedlungsweise der Juden stand in enger Beziehung zu ihrer wirtschaftlichen Betätigung. Von Anfang an setzten sie sich immer im Stadtkern fest, um von dort aus in die benachbarten wirtschaftlich gleich wertvollen Bezirke vorzudringen. Dieses Bild bieten alle alten Handelsstädte des Ostens. In Warschau ist es der „Alte Markt“, um den herum die Juden sich im Laufe der Jahrhunderte, ohne dazu gezwungen zu sein, einen eigenen Wohnbezirk, ihr Getto, schufen.

Es ist die Tragik dieses Raumes, daß mit der Zurückdrängung des deutschen Einflusses mit der Aufsaugung des deutschen Bürgertums in den Städten des Ostens das stetige Anwachsen der wirtschaftlichen Macht der Juden Hand in Hand ging. Deutsche Patrizierhäuser und Handelshöfe wurden zu Zentren der jüdischen Wirtschaftsmacht. Es ist daher nur ein Akt historischer Gerechtigkeit, wenn heute unter deutscher Herrschaft dem Juden das entrissen wird, was er sich nicht als Kämpfer und Kolonisator, sondern als Parasit angeeignet hat.

Das beigegebene Schaubild zeigt besser, als es dies Worte vermögen, in wie hohem Maße gerade in der Stadt Warschau die Juden es erreicht hatten, den wirtschaftlich wertvollen Grundbesitz an sich zu bringen. Im Stadtkern, in allen Geschäfts- und Hauptverkehrsstraßen überwog der Anteil des Juden bei weitem den Besitz der Arier. Es lag in der Linie der Brechung der wirtschaftlichen Macht der Juden, ihnen die gesamte Verfügungsgewalt über ihren Grundbesitz zu entziehen; denn nur auf diese Weise war eine den Belangen der Allgemeinheit Rechnung tragende Bewirtschaftung dieser großen Vermögensmassen gewährleistet.

Bestimmend für diese Maßnahme war in erster Linie das innere Verhältnis des Juden zu dem von ihm erworbenen Immobilienbesitz. Die materielle und spekulative Einstellung des Juden hätte bei Belassung der Verfügungsgewalt notwendig zu dem Versuch geführt, von dieser Seite her den bisherigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu behalten, ja sogar die erworbenen Mittel bewußt zur Sabotage deutscher Gesundheitsmaßnahmen einzusetzen. Der Jude hatte sehr wohl erkannt, welche Macht er auf die breite Masse der Mieter, aber auch auf das von ihm beschäftigte Handwerk auszuüben vermochte. Die bestehende Raumnot war ihm ein willkom-

mener Anlaß zur wildesten Spekulation, ohne Arbeit und Mühe ließ sich der Ertrag unter Ausbeutung der Not anderer leicht steigern. Es kam ihm nicht so sehr auf eine Kapitalsanlage mit bescheidener, aber sicherer Rente als auf eine bewußte Auspowerung an, da eine sorgsame Pflege der Häuser ihm kaum bekannt war.

Die deutsche Verwaltung sah sich daher vor die Aufgabe gestellt, den gesamten jüdischen Grundbesitz in der Stadt und auf dem Land in eigene Verwaltung zu nehmen.

Für die Stadt Warschau bedeutete dies, eine Organisation aufzuziehen, die wertmäßig gesehen etwa $\frac{2}{3}$ des städtischen Grundvermögens zu verwalten hatte. Von der Behörde selbst konnte diese Aufgabe mangels ausreichenden Personals nicht übernommen werden, sie mußte sich zu diesem Zwecke einen „verlängerten Arm“ schaffen. Die rechtliche Grundlage hierzu gab die Beschlagnahmeordnung vom 24. 1. 1940.

Die Gesamtheit des jüdischen Immobilienbesitzes wurde, soweit nicht aus besonderen Gründen Einzeltreuhänderschaften angeordnet wurden, einem Generaltreuhänder unterstellt. Als Verwaltungsapparat steht ihm die „Kommissarische Verwaltung sichergestellter Grundstücke“ zur Verfügung, die als organisatorische Vorstufe für eine künftige Grundstücksverwaltungsgesellschaft gedacht ist.

Die Erfassung des jüdischen Immobilienbesitzes wurde Anfang Juli 1940 systematisch in die Wege geleitet. Sie kann heute als abgeschlossen gelten. Während in der Stadt Warschau etwa 4 000 Grundstücke, darunter Objekte mit Hunderten von Mietparteien, erfaßt wurden, beträgt die Zahl der jüdischen Grundstücke in den Kreisen über 10 000. Rund 150 — 160 000 Mietparteien sind zu betreuen. Das sind Zahlen, wie sie nur selten vorkommen dürfen.

Zur Bewältigung dieser großen Verwaltungsaufgabe bedurfte es größter Hingabe im kleinen wie im großen. Das erste Jahr der Verwaltungstätigkeit, das vornehmlich organisatorischen Aufgaben gewidmet sein mußte, brachte gleichwohl eine Fülle besonderer Aufgaben, die sich aus dem Zustande der übernommenen Objekte notwendig ergaben und keinen Aufschub duldeten. Gerade in dieser doppelten Belastung lagen ganz erhebliche Schwierigkeiten, die zu meistern nicht ganz einfach waren.

Besonders zwei Probleme waren es, die hier im Vordergrund standen.

Einmal mußten die erheblichen Kriegsschäden, soweit es irgend möglich war, beseitigt werden. Fast in der Stille hat sich hier ein

Teil des Wiederaufbaues der Stadt Warschau vollzogen, wobei durch die zentrale Leitung eine Gewähr für die Einhaltung der richtigen Reihenfolge je nach dem Grade der Dringlichkeit gegeben war. Mittel, die sonst in die Kanäle des Schleichhandels geflossen wären, wurden in recht erheblichem Umfange für den Wiederaufbau eingesetzt, wobei die Beleihung der Objekte, die aus eigener Kraft nicht die Mittel zur Wiederinstandsetzung aufbringen konnten, eine beachtliche Rolle spielte.

Der Besserung des äußeren Ansehens entsprach auch die mit aller Energie geförderte innere Gesundung vieler Objekte. Es war leider nicht so, daß sich ein großer Teil des übernommenen Grundvermögens in einer gesunden wirtschaftlichen Lage befand. Im Gegenteil waren die laufenden Verbindlichkeiten sehr stark vernachlässigt worden. Neben kostspieligen Instandsetzungen mußten also beträchtliche kurzfristige Verbindlichkeiten berichtigt werden, ohne daß es andererseits möglich war, den vollen Mietzins einzunehmen. Krieg und Vermögensverluste haben zahlreiche Mieter außerstand gesetzt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Gleichwohl gelang es in der kurzen Zeit der deutschen Verwaltung, die Gesamtlage wesentlich zu bessern.

Eine Bewährungsprobe hat das neu geschaffene Verwaltungsgefüge bei den mit der Bildung des jüdischen Wohnbezirkes verbundenen großen Umsiedlungsmaßnahmen bestanden. Als Auffang- und Überleitungsorganisation gewährleistete es hier den Fortgang der wiederkehrenden Leistungen an öffentliche und private Gläubiger und trug so dazu bei, die mit einer solchen Maßnahme verbundenen wirtschaftlichen Opfer auf ein tragbares Mindestmaß zu beschränken. Die Verwaltung des in den jüdischen Wohnbezirk gefallenen jüdischen Grundbesitzes vollzieht sich unter deutscher Oberaufsicht, die die Erhaltung dieser Vermögenswerte gewährleistet.

Der deutschen Grundstücksverwaltung kommt aber auch eine hohe erzieherische Bedeutung zu. Hunderte von Beauftragten und Hausverwaltern werden in ihrer Tätigkeit nach deutschen Grundsätzen ausgerichtet. Sauberkeit und Anständigkeit im Geschäftsverkehr werden ihnen ebenso anerzogen wie die richtige soziale Einstellung zu der breiten Schicht der Mieter. Es gibt keine Spekulation und keine Ausbeutung mehr. Über allem steht der Gedanke, daß der treuhänderisch verwaltete Grundbesitz wertvollstes Volksvermögen darstellt, das einer hingebenden Pflege bedarf.

Die Aufträge an das Bauhandwerk geben Arbeit und Brot, sind aber abhängig von Leistung und Wohlanständigkeit im geschäftlichen Verkehr. Diese Erziehungsarbeit ist in vielen Fällen nicht ganz leicht, da es häufig Unsitten zu beseitigen gibt, die früher wegen ihrer allgemeinen Übung als Selbstverständlichkeit hingenommen werden.

In der Erfüllung ihrer Aufgaben sieht die Grundstücksverwaltung keinen Selbstzweck. Vornehmstes Ziel bleibt stets, diesen Grundbesitz so zu verwalten, daß er in Anwendung nationalsozialistischer Wirtschaftsgrundsätze in den Stand gesetzt wird, seine sozialen und wirtschaftlichen Funktionen im Interesse der Allgemeinheit in vollem Umfange zu erfüllen.

In dieser Hinsicht ist durch die Ausschaltung des Judentums vom Grundstücksmarkt sehr viel segensreiche Arbeit geleistet worden.

5. Preispolitik.

Seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus hat sich im Großdeutschen Reich immer mehr die Auffassung durchgesetzt, daß der Preis das Kernstück der Währung und damit der gesamten Wirtschaft ist. Auch während des jetzigen Krieges ist alles getan worden, um das Preisgefüge zu erhalten. Insbesondere hat die Kriegswirtschaftsverordnung dafür gesorgt, daß die Preise und Entgelte für Güter und Leistungen jeder Art nach den Grundsätzen der kriegsverpflichteten Volkswirtschaft zu bilden sind.

Durch diese straffe Wirtschaftsführung des Reiches und die geschlossene Disziplin des deutschen Volkes ist es im Gebiet des Großdeutschen Reiches möglich gewesen, trotz aller Schwierigkeiten, die ein totaler Krieg mit sich bringt, der Preise Herr zu bleiben, d. h. die Wirtschaft trotz schärfsten Preisdruckes auf höchsten Touren zu halten und gleichzeitig jedem deutschen Volksgenossen seinen Lebensstandard im großen und ganzen auf dem alten Preisniveau zu bewahren.

Diese Dinge muß man sich vor Augen halten, wenn man die Preispolitik im Generalgouvernement und insbesondere in Warschau betrachtet.

Abgesehen davon, daß vor dem Kriege die polnische Wirtschaft ausschließlich liberalistisch und kapitalistisch ausgerichtet war, daß eine staatliche Wirtschaftsführung nur im geringen Umfange bestanden hat, hat der Krieg mit seinen verheerenden Folgen für Stadt und Distrikt Warschau bereits unmittelbar nach Ende des Polenfeldzuges die schwersten Wirtschafterschütterungen mit sich gebracht. Hinzu kommt, daß das alte Polen vor dem Kriege ein landwirtschaftliches Überschußland gewesen ist, während das Generalgouvernement, dessen Grenzziehung nach großdeutschen Interessen erfolgen mußte, während des jetzigen Krieges noch nicht in der Lage ist, die Ernährung der in seinem Gebiete lebenden Bevölkerung aus eigener Kraft genügend sicherzustellen.

Die durch diese Umstände entstandene Verknappung von Waren und Rohstoffen jeder Art, vor allem aber die grenzenlose Disziplinlosigkeit der polnischen Bevölkerung und ihr weit verbreiteter krasser Eigennutz riefen nach dem liberalistischen Grundsatz „Angebot und Nachfrage“ bald einen Schleich- und Hamsterhandel hervor, der ohne jegliche kaufmännische Planwirtschaft und ohne volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl aus dieser kriegsbedingten Notlage höchstmögliche Gewinne herauszuschlagen versuchte.

Bereits einige Monate nach Beendigung des Polenfeldzuges entstanden daher im Generalgouvernement Preisprobleme schwieriger Art. Zu ihrer Lösung wurde schon im Januar 1940 vom Generalgouverneur die Verordnung zur Bekämpfung der Preistreiberei erlassen, die diesen zutage tretenden Mißständen durch Androhung scharfer und schärfster Strafen ein Ende machen sollte. Danach wird schwerer und das Gemeinwohl gefährdender Preiswucher, Hamster- und Schleichhandel mit Zuchthausstrafen, in besonders verwerflichen Fällen mit der Todesstrafe bedroht. Dieser Verordnung folgte einige Tage später eine Verordnung über die Preisfestsetzung für Gebrauchsgegenstände der arbeitenden Bevölkerung und eine Verordnung über Preisschilder, die in erster Linie der Erleichterung der Preisüberwachung dienen und Käufer und Verkäufer zu einer Preisdisziplin erziehen sollte.

Die Erfahrungen weniger Monate zeigten, dass angesichts der Grundeinstellung der polnischen Bevölkerung mit diesen Massnahmen allein nicht auszukommen sei, sondern dass ähnlich wie im Reich eine umfassende Preispolitik getrieben werden müsse, um überhaupt an die Wirtschaft in dieser Hinsicht heranzukommen. Es folgte deshalb im April 1940 der Erlass der Preisbildungsver-

ordnung, die sowohl in materiell-rechtlicher als auch organisatorischer Hinsicht den Auftakt zu einer umfassenden Preispolitik im Generalgouvernement gab.

Selbstverständlich konnte kein starrer Preisstop eingeführt werden, da bereits damals im April 1940 die Dinge schon anders als im Reich lagen. Die Preisbildungsverordnung geht daher in der Regel davon aus, dass die einzelnen Sachgebiete durch besondere Höchst-, Fest- oder Richtpreisverordnungen des Generalgouverneurs oder der Gouverneure geregelt werden sollten. Soweit derartige Verordnungen nicht festgelegt wurden oder werden, ist ein gleitender Preisstop geschaffen worden, d. h. es dürfen alle Preise und Entgelte höchstens insoweit über die am 31. 8. 1939 erzielten Börsen- oder Marktpreise oder die damals üblichen Preise erhöht werden, als nachweislich die Einkaufspreise gestiegen sind oder sonst unvermeidbare Kostenerhöhungen vorliegen, die sich durch eine Gewinnschmälerung nicht ausgleichen lassen, wobei selbstverständlich die am 31. 8. 1939 üblich gewesenen Gewinn- und Handelsspannen nicht vergrößert werden dürfen. Soweit darüber hinaus aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Erhöhung von Preisen und Entgelten sowie von Gewinn- und Handelsspannen erforderlich sein sollte, können die dazu für zuständig erklärten Dienststellen Ausnahmen zulassen oder anordnen. Damit wurde der Wirtschaft im Generalgouvernement hinsichtlich der Preisgestaltung einerseits ein viel weiterer Spielraum als im Reich gegeben, auf der anderen Seite aber die erhöhte Verpflichtung zu dauernder selbstverantwortlicher Überprüfung der eigenen Preisgestaltung auferlegt.

Tatsächlich trat auch infolge der systematischen Planung und Lenkung durch die damals geschaffenen Preisüberwachungsbehörden zunächst eine Beruhigung auf dem Preisgebiete ein. Die Preise gingen erkennbar zurück, was in der Hauptsache allerdings nur deshalb erreicht werden konnte, weil damals wenigstens auf dem gewerblichen Sektor das Preisgefüge noch einigermaßen normal war und weil auch noch eine nicht unbedeutende Warenmenge vorhanden war. So konnte fast ein Jahr hindurch ein einigermaßen tragbarer Preisstand gehalten werden, der jedoch damals schon bei vielen Bedarfsgegenständen weit über dem Vorkriegspreisniveau lag.

Selbstverständlich versuchte die staatliche Führung das Preisgefüge durch ein engmaschiges Bewirtschaftungssystem auf fast allen Gebieten der gewerblichen und der Ernährungswirtschaft zu untermauern, wobei die Bewirtschaftungsvorschriften denen des

Reiches weitgehend angepasst oder sogar nachgebildet wurden. Auf diese Weise wurde versucht, das fehlende Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auch von der Bewirtschaftungsseite her etwas auszugleichen und damit gleichzeitig die eigenwillige Preisgestaltung einer liberalistischen Wirtschaft durch staatlichen Zwang auszuschalten.

Die immer stärker werdende Verknappung der Waren sprengte diese Bewirtschaftungsvorschriften immer mehr und damit auch die Preisvorschriften, da der Preis nur das Endglied einer langen Kette wirtschaftlicher Vorgänge darstellt und nur funktionieren kann, wenn sämtliche Glieder dieser Kette einwandfrei sind.

Die bereits erwähnte grenzenlose Disziplinlosigkeit der polnischen Bevölkerung steigerte den gewerblichen Schleichhandel und das gewerbliche Schiebertum in einem Ausmasse, wie es für deutsche Verhältnisse einfach unfassbar ist. Von ausschlaggebender Bedeutung in dieser Hinsicht war naturgemäss auch der jüdische Einfluss auf Warschau. Die Anhäufung von etwa einer halben Million Juden in der Stadt Warschau, die ihrer Veranlagung und Neigung entsprechend immer bemüht gewesen sind, alle Aufbauarbeit zu zersetzen und zu zerstören, ist sehr abträglich gewesen. Die spätere Zusammenfassung der Juden in einem jüdischen Wohnbezirk hat diesen Einfluss zwar gemindert, aber nicht völlig beseitigt. Die jüdische Verfilzung, die auch in den polnischen Wirtschaftskreisen seit Jahrhunderten bestanden hat, muß erst endgültig beseitigt werden.

Der weitere entscheidende Einschnitt in das Preisgefüge des Generalgouvernements, insbesondere wiederum der Stadt und des Distrikts Warschau, erfolgte im Frühjahr 1941, als der gewaltige Aufmarsch der deutschen Wehrmacht gegen Sowjetrussland erfolgen musste. Die damaligen Truppenbewegungen, die hauptsächlich wieder den Distrikt und die Stadt Warschau belasteten, führten notgedrungen zu umfangreichen Aufkäufen durch die Wehrmacht. Der Aufmarsch selbst und die aus ihm ersichtliche Kriegsgefahr wurde ferner für Millionen der Anlass zu stärksten Hamstereinkäufen. Die Truppenbewegungen störten im empfindlichsten Ausmasse die Erfassungs- und Verteilungsmassnahmen der Landwirtschaft, so dass für weite Kreise der Bevölkerung stärkster Lebensmittelmangel eintrat. Die Folge waren regelrechte Preissprünge bei den meisten Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens.

Nach dem erfolgten Abzug des grössten Teiles der deutschen Wehrmacht konnte zunächst eine rückläufige Bewegung der Preise

beobachtet werden. Durch die längere Dauer des sowjetischen Feldzuges bedingt, ist jedoch das Generalgouvernement und auch hier wieder insbesondere der Distrikt Warschau zu einer Nachschubbasis ersten Ranges für die deutsche Wehrmacht geworden, was eine weitere Verknappung aller Waren und Leistungen zur Folge hat, so dass auch hieraus wieder preissteigernde Folgerungen unvermeidbar sind.

Das Endziel der Arbeit in diesem Raum ist selbstverständlich die Schaffung eines Preis- und damit auch Wirtschaftsgefüges für dieses Nebenland des Grossdeutschen Reiches, das ohne Rücksicht auf die Vorkriegspreisverhältnisse und den seinerzeitigen Lebensstandard Polens den führenden grossdeutschen und damit gesamteuropäischen Wirtschaftsinteressen gerecht wird und damit eine gesunde Preisrelation zu den benachbarten Wirtschaftsräumen aufweist.

Durch die schon oben erwähnten Umstände bedingt, ist die Erreichung dieses Zieles während des Krieges unter keinen Umständen möglich. Nur die Art der Erstellung kann jetzt schon zu dem späteren Ziele beitragen, um dann, wenn wieder normale Verhältnisse herrschen, eine möglichst schnelle Umstellung durchführen zu können.

Jetzt während des Krieges sind der behördlichen Preisgestaltung und Preisüberwachung Grenzen gesteckt, die zu einer sorgfältigen und umsichtigen Lenkung der Preispolitik nötigen. Erstes Ziel der Preispolitik muss es jedoch sein, den Belangen der Wehrmacht sowohl hinsichtlich der Beschaffung als auch des Preises gerecht zu werden. Hinter diesem Ziel muss alles andere zurückstehen. Daneben sind in zweiter Linie alle weiteren deutschen Belange voranzustellen. Das Nebenland Generalgouvernement ist verpflichtet, dem Deutschen Reiche auch auf preislichem Gebiete so viel Hilfestellung zu leisten, wie es nur eben möglich ist. Es müssen daneben natürlich auch dieser Raum und die in ihm wohnenden polnischen Menschen so weit geschützt werden, als es die Kriegsnotwendigkeiten zulassen. Insbesondere aber ist es Aufgabe der Preispolitik, die für die deutschen Interessen tätigen polnischen Menschen in ihrem Lebensstandard zu schützen.

Welche Schwierigkeiten angesichts dieser Verhältnisse auch für die Durchführung dieser aufgewiesenen Ziele bestehen, bedarf keiner näheren Ausführungen. Trotzdem wurde auf allen Gebieten der Wirtschaft in mühevoller Kleinarbeit versucht, die Preise zu gestal-

ten und einigermaßen zu halten. Unzählige Preis- und Betriebsprüfungen aller Sparten der Erzeugerbetriebe, des Großhandels und des Handels wurden durchgeführt, die Preise für die verschiedenartigsten Erzeugnisse unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse gebildet, Spannen für Groß- und Einzelhandel festgelegt und insbesondere einem geordneten Rechnungs- und Kalkulationswesen der Industrie wie überhaupt der gesamten gewerblichen Wirtschaft besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Daneben war selbstverständlich die systematische und planvolle Bekämpfung des Schleichhandels auf allen Sparten der Wirtschaft eine der vordringlichsten Aufgaben der Preisüberwachungsbehörden. Dabei wurde nicht verkannt, daß insbesondere auf dem Ernährungssektor die Bekämpfung des Schleichhandels bei der gegebenen amtlichen Ernährungsdecke sehr umsichtig und vorsichtig gehandhabt werden muß. In Erkenntnis dessen wurde eine Art Selbstversorgungsschleichhandel nicht nur stillschweigend, sondern öffentlich geduldet, es wurden gewisse Freigrenzen geschaffen, die es der Bevölkerung ermöglichen sollen, über die amtliche Zuteilung hinaus in engeren Grenzen sich selbst zu versorgen. So wurden allgemein 10 kg Kartoffeln als Freigrenze bestimmt, ferner 3 kg Lebensmittel, wovon ein Teil aus Butter und Fleisch bestehen darf.

Um so schärfer dagegen wurde der gewerbliche Schleichhandel bekämpft, der aus dieser gesamten Notlage des Raumes für die eigene Tasche ungeheure Gewinne zu schlagen versucht. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass immer mehr derartige Großschieber dank der vorzüglichen Zusammenarbeit aller Dienststellen gefasst und damit bereits manche Quellen des Schleichhandels verstopft worden sind.

Dass diese Arbeit auf allen Gebieten der Wirtschaft auch von scharfen und drakonischen Strafmaßnahmen begleitet sein mußte, ist selbstverständlich. Es wurden nicht nur zum Teil recht erhebliche Geldstrafen im Verwaltungsstrafwege verhängt, sondern es wurden und werden Geschäfte, die sich den staatlichen Maßnahmen nicht beugen wollen, geschlossen und ihren Inhabern Betätigungsverbote auferlegt, wobei in schweren Fällen auch für eine nutzbringendere Beschäftigung des davon Betroffenen Sorge getragen wurde.

Darüber hinaus wurden und werden in steigendem Umfange Saboteure der Wirtschaftsführung den Gerichten zugeführt. Zahlreiche Urteile mit hohen Zuchthausstrafen und selbst Todesstrafen zeugen von dem scharfen Vorgehen der Justiz.

In neuerer Zeit ist ferner das Amt für Preisüberwachung in engster Zusammenarbeit mit den übrigen Fachdienststellen dazu übergegangen, eine weitgehende Auskämmung und Ausmerzung aller nicht kriegsnotwendigen Betriebe in Angriff zu nehmen, um auch so den Stand der Wirtschaft an die Kriegsverhältnisse anzupassen.

Endlich ist nach längeren Vorbereitungen damit begonnen worden, eine groß angelegte Gewinnabschöpfungsaktion durchzuführen, die dem unerträglichen Mißverhältnis von Geldumlauf und Warendecke ein Ende bereiten soll. Durch die Kriegsverhältnisse bedingt ist das Mißverhältnis zwischen Geldumlauf und möglichem Warenangebot derart krass geworden, dass der Staat eingreifen muß, um dieses in der freien Wirtschaft überflüssige und fluktuierende Geld in seine Hortung zu nehmen.

Gerade diese noch in ihren Anfängen stehende Aktion, die erhebliche Millionenbeträge von der Wirtschaft zum Staate führen wird, wird mit dazu beitragen, die Verhältnisse auf preislichem Gebiete und damit auch auf dem gesamten Wirtschaftsgebiete soweit in der Hand zu halten, wie es bis zur siegreichen Beendigung des Krieges erforderlich ist.

VI. ERNÄHRUNGSPOLITISCHE MASSNAHMEN IM DISTRIKT WARSCHAU

1. Allgemeine Ernährungsprobleme.

Im Reich ist in weiten Kreisen die Ansicht verbreitet, dass das Generalgouvernement in ernährungspolitischer Hinsicht ein ausgesprochenes Überschussgebiet sei, in dem auch heute noch Lebensmittel in beliebiger Menge vorhanden seien.

Diese Auffassung entspricht leider nicht der Wirklichkeit. Das Generalgouvernement hat vielmehr ausserordentlich zu kämpfen, um die Ernährung der in seinem Gebiet lebenden Bevölkerung aus eigener Kraft sicherzustellen.

Gewiss ist die Bevölkerungsdichte des Generalgouvernements nicht ganz so stark wie die des Reiches, aber die Erträge des Landes je ha sind bisher nicht halb so gross wie die des Reiches gewesen.

Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass in der Landwirtschaft der früheren Republik Polen stets eine stark extensive Bewirtschaftung vorgeherrscht hat, bei der das Land in keiner Weise annähernd so genutzt worden ist, wie es bei der intensiven Bewirtschaftung im Reich der Fall ist.

Dazu kommt, daß die Agrarstruktur der früheren Republik Polen ausserordentlich ungünstig war. Das Hauptmerkmal dieser Agrarstruktur ist die große Zahl der Zwergbetriebe: Etwa 22% aller Betriebe sind weniger als 2 ha groß, und etwa 75% der Betriebe liegen in der Grössenordnung von 2 — 50 ha, so dass nur 3% Großbetriebe mit über 50 ha vorhanden sind.

Ferner hat sich die für deutsche Begriffe unvorstellbare Besitzersplitterung ungünstig ausgewirkt. Auch die kleinen und kleinsten liegen und deren Bewirtschaftung deshalb unendlich erschwert ist. Es sind Fälle vorgekommen, wonach die Gesamtlänge der Ackerstücke eines Hofes von nur 10 ha nicht weniger als 45 km beträgt.

Dass bei einer derartigen Struktur der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe die Bearbeitung ausserordentlich schwierig und der Ertrag dementsprechend geringer ist, bedarf kleiner Erörterung.

Zu diesen allgemeinen Schwierigkeiten, die für das ganze Generalgouvernement gelten, kommen noch für den Distrikt Warschau weitere Schwierigkeiten hinzu.

Während in den übrigen Distrikten des Generalgouvernements etwa 70—80% der Bevölkerung landwirtschaftliche Erzeuger und nur 20—30% Verbraucher sind, liegen im Distrikt Warschau die Verhältnisse gerade umgekehrt: Der größte Teil der Bevölkerung, nämlich 65%, ist Verbraucher und nur 35% Selbsterzeuger, die sich mit dem Ertrag des Bodens ihren Lebensbedarf selbst beschaffen. Die Bevölkerung des Distrikts Warschau beträgt über 3,3 Millionen.

Ferner sind die Folgen des Krieges gerade für den Distrikt Warschau in ernährungspolitischer Hinsicht sehr ungünstig gewesen; denn die früheren Lieferungsgebiete für die Millionenstadt Warschau waren in der Hauptsache das Wartheland und der jetzige Regierungsbezirk Zichenau, die dem Reich eingegliedert worden sind. Das Hinterland für die Stadt Warschau, aus dem Warschau seine Hauptverpflegung erhielt, ist durch den Fortfall dieser landwirtschaftlich reichen Gebiete sehr klein geworden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt im Distrikt Warschau jetzt nur noch 1,2 Millionen ha.

Während des Polenfeldzuges wurden die meisten Nahrungsmittel und landwirtschaftlichen Produkte, die damals im Distrikt Warschau vorhanden waren, aufgezehrt oder vernichtet. Zudem wurden viele landwirtschaftliche Betriebe damals vollständig zerstört, weil im Distrikt Warschau der Kampf am längsten getobt hatte; die vielfachen Truppenverschiebungen trugen ihrerseits dazu bei, daß die letzten noch vorhanden gewesenen Vorräte aufgezehrt wurden.

Bei ihrem Rückzug nahmen die Sowjettruppen große Mengen an Vieh, Getreide und Futtermitteln über den Bug in die damaligen russischen Interessengebiete mit, so dass der Distrikt Warschau von Lebensmitteln, Vieh und Futtermitteln fast völlig entblößt wurde. Was aber damals noch vorhanden war, wurde von der ausgehungerten Bevölkerung, die nach Beendigung der Belagerung Warschaus in die einzelnen Kreise strömte, restlos aufgekauft.

2. Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung.

Nach Abschluss der Kampfhandlungen bot sich bei Übernahme des Distrikts Warschau durch die Zivilverwaltung gerade auf dem Gebiet der Erzeugung zum größten Teil ein recht trostloses Bild.

Die wenigen, aber entschlossenen Männer standen in der ersten Zeit vor unübersehbaren Aufgaben, und es mussten alle Kräfte mobilisiert werden, um erst einmal Ordnung in das Chaos hineinzubringen.

Im Herbst 1939 galt es zunächst, die Herbstbestellung wieder in Gang zu bringen, damit kein zu großer Ausfall sich im nächsten Jahr bemerkbar machen würde. Tatsächlich ist es unter Anspannung aller Kräfte gelungen, im Jahre 1939 die Herbstbestellung noch bis zu 85% durchzuführen, wozu die notwendigsten Betriebsmittel, wie Maschinen, Saatgut, Kunstdünger usw., größtenteils aus dem Reich bereitgestellt werden mussten.

In den zurückliegenden drei Jahren sind weitgehende erzeugungssteigernde Maßnahmen durchgeführt worden.

Einen Begriff über die Beschaffung des Betriebsmittelaufwandes für die Erstellung der Ernte 1940 ergeben folgende Zahlen: Der Gesamtverbrauch an Kunstdünger betrug 30 800 to, weiterhin wurden zusätzlich beschafft 5 170 to Saatkartoffeln, 1 100 to Saathafer und etwa 800 to Saatgerste neben den nicht unbeträchtlichen Mengen von Zwischenfruchtsaatgut aller Art.

Weiter wurde die Einfuhr von Zuchtvieh aus dem Reich zur Verbesserung der vorhandenen Bestände in Angriff genommen.

Während es sich im Jahre 1939/40 in der Hauptsache um die Erfassung und Betreuung der vorhandenen Großbetriebe handelte, wurde nach und nach auch die Vielzahl der bäuerlichen Betriebe produktionsmässig erfasst. Es fehlte an Menschen, um diese ebenfalls von Anfang an zu betreuen.

Im Distrikt Warschau gibt es 1 221 Großbetriebe, die von der Gesamtfläche nur 3,2% einnehmen, während über 150 400 bäuerliche landwirtschaftliche Kleinbetriebe vorhanden sind, die nicht weniger als 96,8% der Ackerfläche bewirtschaften. In der Folgezeit wurde daher gerade diesen Betrieben die besondere Aufmerksamkeit zugewandt, weil von der Erfassung dieser Kleinbetriebe der erfolgreiche Ausgang der Erzeugungsschlacht zu einem großen Teil abhängt.

Auf allen Gebieten ist hier viel getan worden.

Auf dem Gebiet der Tierzucht soll nur die verstärkte Einfuhr von hochwertigem Zuchtvieh aus dem Reich, die Einführung der Körord-

nung, die planmässige Förderung der Kleintierzucht und die Einführung der Zwangsmilchkontrolle bei Betrieben von 25 ha an aufwärts erwähnt werden.

Beim Ackerbau und Gartenbau wurde die Steigerung der Intensität vor allem durch Einfuhr von modernen Maschinen und hochwertigem Saatgut aus dem Reich vorangetrieben. Darüber hinaus ist durch Umstellung und Änderung des Anbauverhältnisses innerhalb der Betriebe die Sicherstellung der wichtigsten Nahrungsmittel, die früher von außerhalb der jetzigen Grenzen des Generalgouvernements eingeführt worden waren, ins Auge gefasst worden. Allein der Anbau der Zuckerrübe wurde von 7 500 ha auf 13 500 ha erhöht. Ebenso wurde der Ölfruchtanbau von 4 500 ha auf 7 000 ha gesteigert, was zur Schließung der Fettlücke wesentlich beigetragen hat. Der Gemüseanbau wurde auf 11 000 ha ausgedehnt und dadurch eine große Erleichterung für die Versorgung Warschaus geschaffen.

Wenn es gelungen ist, bereits in den ersten Jahren die Erzeugung wesentlich zu steigern, so ist dies zu einem grossen Teil auf die Maßnahmen der Liegenschaftsverwaltung zurückzuführen.

Die Liegenschaftsverwaltung hat das gesamte landwirtschaftliche Vermögen des ehemaligen polnischen Staates, den herrenlosen landwirtschaftlichen Besitz und insbesondere auch die jüdischen Betriebe erfasst. Darüber hinaus erfolgte die Übernahme solcher landwirtschaftlicher Betriebe, die hoch verschuldet waren und bei denen eine ordnungsmässige Weiterbewirtschaftung nicht gesichert war.

Insgesamt sind bisher im Distrikt Warschau 244 Güter mit einer Gesamtfläche von 74 128,65 ha und etwa 2 000 Umsiedlungsbauernwirtschaften mit 15 000 ha Gesamtfläche übernommen worden, so dass sich die Gesamtfläche aller bisher übernommenen Betriebe auf rund 90 000 ha beläuft, wovon die Hälfte etwa als landwirtschaftliche Nutzfläche bezeichnet werden kann.

In welchem verwahrlosten Zustand die Güter der Liegenschaftsverwaltung übergeben wurden, ergibt sich aus folgendem geradezu klassischen Beispiel: Von einem ehemals jüdischen landwirtschaftlichen Großbetrieb, der eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 1 020 ha aufwies, wurden im Jahre 1940 nur 11 Getreideschober geerntet. Unter der Regie der Liegenschaftsverwaltung hatte das gleiche Gut im Jahre 1941 bereits 64 Getreideschober aufzuweisen, was einer Steigerung um fast 600% entspricht.

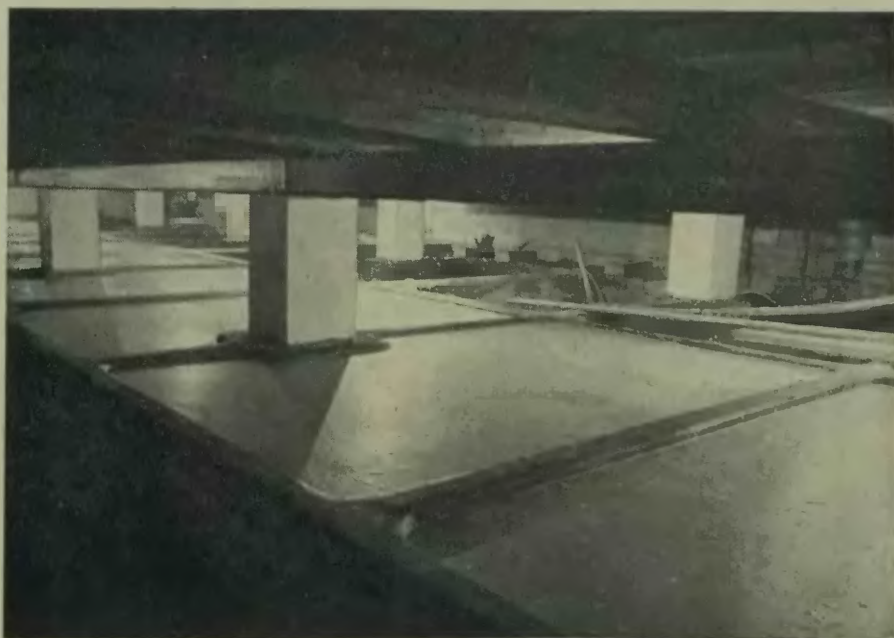
Nach dem Jahresabschluss von 1940/41 erforderten von 109 selbstbewirtschafteten Betrieben 105 einen Zuschuss von rund 8 Millionen



Mechanische Bäckerei in Warschau



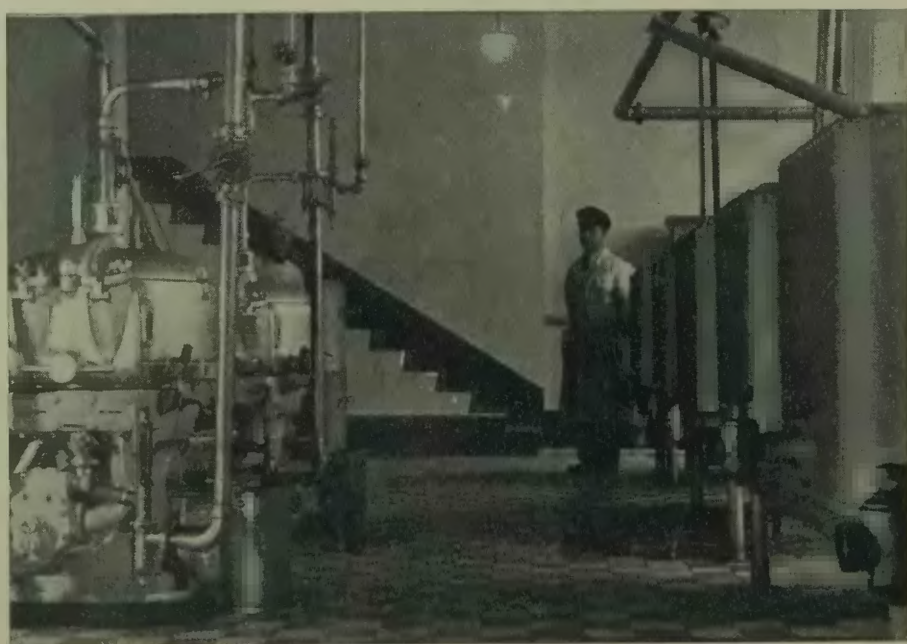
Eier werden kontrolliert



Kalkbecken zum Einlegen der Eier



Flaschenmilchabfüllmaschine



Butterschmelzanlage



„Schnurgerade“ Beete in einer polnischen Gärtnerei



Deutsche Mustergärtnerei in Warschau

Zloty. Auch der Voranschlag für 1941/42 sieht einen Durchschnittszuschuss von 250 Zloty je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche vor.

Der Bestand an lebendem und totem Inventar musste überall ergänzt werden. An größeren Maschinen wurden bis zum 31. 3. 1942 über 60 Trecker und 30 Dreschmaschinen gekauft. Weitere Bestellungen auf Großmaschinen laufen.

Der Besitz an Nutzvieh ist in den meisten Betrieben noch vollkommen unzureichend. Eine Erhöhung auf den Normalbesitz ist jedoch nicht möglich, da noch nicht genügend wirtschaftseigenes Futter erzeugt werden kann.

Wie günstig sich der Viehbestand infolge der Maßnahmen der Liegenschaftsverwaltung erhöht hat, zeigt folgende Aufstellung:

Es waren auf den Liegenschaftsgütern vorhanden:

am 1. 7. 1940	am 1. 7. 1941
914 Pferde und Fohlen	3 171 Pferde und Fohlen
282 Rindvieh	5 472 Rindvieh
700 Schafe	4 048 Schafe
275 Schweine	2 368 Schweine
711 Federvieh	4 779 Federvieh

Es bleibt in der Folgezeit noch unendlich viel zu tun, da die übernommenen Liegenschaftsbetriebe größtenteils devastiert waren. Auch muß der zum Teil katastrophale bauliche Zustand der Liegenschaftsgüter im Lauf der Zeit weiterhin verbessert werden.

Trotz der in den letzten Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten, sei es in der Versorgung von Saatgut, Kunstdünger oder anderen landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, ist doch ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen, wenn es auch noch längerer Zeit bedarf, bis alle Betriebe normal laufen.

3. Bodenordnung und Wasserwirtschaft.

Neben den Maßnahmen, die der laufenden Bewirtschaftung des Bodens dienen, muß alles getan werden, um die gesamte Struktur der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu bessern. In dieser Hinsicht kommt der Bodenordnung und der Wasserwirtschaft eine besondere Bedeutung zu, weil erst nach Durchführung ihrer Maßnahmen eine wirklich bleibende Leistungssteigerung der vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzfläche erzielt werden kann.

In einem großen Teil 'des Distrikts Warschau ist, wie schon erwähnt, eine Unzahl von Kleinstbetrieben vorhanden, die aus vielen kleinen Splitterparzellen bestehen. Die Entwicklung zu dieser Struktur liegt in der fehlerhaften Agrarpolitik der früheren Regierung, die es nicht zu verhindern wußte, daß bäuerliche Betriebe von Generation zu Generation im Wege der Erbteilung immer wieder zerschlagen wurden.

Der Beginn dieser Entwicklung fällt in das Jahr 1864, in dem durch einen Erlaß des Zaren die bäuerliche Gutsuntertänigkeit aufgehoben wurde und die Bauern das Recht erhielten, über ihren Grund und Boden frei zu verfügen. Neben der Erbteilung hat naturgemäß seit dieser Zeit ein freier Grundstücksverkehr eingesetzt, der, durch keine gesetzlichen Vorschriften gehemmt, ebenfalls zur Grundstückszersplitterung führte. Erst im Jahre 1891 wurde ein Gesetz erlassen, durch welches das Verfügungsrecht über das durch den Zarenerlaß entstandene Grundeigentum eingeschränkt wurde. Im Jahre 1919 folgt dann eine der deutschen Grundstücksverkehrs-Bekanntmachung von 1918 ähnliche Verordnung, wonach die Kaufverträge genehmigungspflichtig waren, die sich auf Betriebe von über 10 ha bezogen. Damit war jedoch das Grundübel, die reale Erbteilung sowie der freie Verkauf kleiner Grundstücke, in keiner Weise beseitigt, sondern die Zustände wurden nachgerade unhaltbar.

Um eine grundlegende Änderung herbeizuführen, wurde im Jahre 1920 eine Agrarreform eingeleitet, die in mehreren Gesetzen ihren Ausdruck fand, die aber wieder nur geringen Erfolg hatte. In diesen Reformgesetzen wurde eine Höchstgrenze von einigen 100 ha festgesetzt, die in einer Hand vereinigt sein durften. Der Bodenüberschuß wurde parzelliert oder im Wege der Anliegersiedlung vergeben. Gleichzeitig sollten Umlegungsverfahren stattfinden und so lebensfähige Betriebe hergestellt werden. Es sind im Distrikt Warschau bisher etwa 62 000 ha Privatgrundstücke und 7 685 ha Staatsland parzelliert und verteilt worden. Da aber auf der anderen Seite die Erbteilung ungehindert ihren Fortgang nahm, war auch dieser Agrarreform kein Erfolg beschieden.

Auch ein im Jahre 1932 ergangenes Belastungs- und Teilungsverbot, das sich allerdings nur auf Parzellierungsgrundstücke erstreckte, konnte keine Besserung der Agrarverhältnisse herbeiführen. Desgleichen blieben die durch die Umlegungsverfahren geschaffenen Verbesserungen nur kurze Zeit bestehen, da unmittel-

bar nach ihrer Durchführung die Zersplitterung wieder einsetzte. So findet man heute noch landwirtschaftliche Betriebe, die nicht nur aus sehr vielen Parzellen bestehen, sondern die auch zu den einzelnen Grundstücken bis zu 10 km Weg zurückzulegen haben. Die einzelnen Parzellen bestehen dann wieder aus kilometerlangen Streifen von ganz geringer Breite.

Nach Errichtung des Generalgouvernements wurde daher als eine der ersten Maßnahmen der Grundstücksverkehr nach einheitlichen Richtlinien geregelt. Es wurde bestimmt, daß bestehende Großbetriebe nicht weiter in Teilflächen zerstückelt werden und daß Kleinbetriebe von 3 — 5 ha nicht durch Abverkauf oder durch Aufteilung an die erbberechtigten Kinder in noch kleinere Einheiten zerrissen werden. Auch die bereits abgeschlossenen Parzellationsverfahren, die noch nicht ins Grundbuch übernommen sind, werden nicht weitergeführt und sollen nach Möglichkeit rückgängig gemacht werden. Nachdem so zunächst der Grundstücksverkehr durch die Verordnung über den Verkehr mit Grundstücken im Generalgouvernement vom 27. 3. 1940 geregelt war, konnten die Umlegungsarbeiten wieder mit Erfolg aufgenommen werden.

Es war vorerst nicht leicht, die Umlegungsverfahren, die von den polnischen Dienststellen begonnen waren, weiterzuführen, da die ausführenden Landmesser und Ingenieure vielfach gefallen oder geflüchtet waren, wichtige Pläne und Akten im Laufe der Kriegshandlungen verlorengegangen sind, so daß die Hauptaufgabe zunächst darin bestand, die verbliebenen Fachkräfte aufzusuchen und wieder zusammenzufassen und den Stand der alten Umlegungsarbeiten zu ermitteln. Erst danach konnten die Arbeiten im Gelände wieder aufgenommen werden. Die Arbeiten erstreckten sich bald auf 235 Objekte mit einer Gesamtfläche von 135 000 ha. Von dieser Fläche konnten bereits 72 Objekte mit einer Gesamtfläche von etwa 29 000 ha fertiggestellt werden.

Neben der Durchführung der Kleinumlegungsverfahren werden Arbeiten in neuen Großumlegungsgebieten in Angriff genommen, wovon eins im Kreise Grojec bereits ziemlich weit fortgeschritten ist, und zwar in einer Größe von 20 000 ha, während das zweite im Kreise Sochaczew in einer Größe von 15 000 ha der Neuordnung unterliegt. Es ist ohne weiteres verständlich, daß man eine grundlegende Neuordnung der Besitzverhältnisse in einem kleinen Gebiet nur unvollkommen durchführen kann, wenn — wie bereits erwähnt — die zu einer Wirtschaft gehörigen Grundstücke 10 — 15

km voneinander entfernt liegen. Das gleiche gilt für die Neuregelung der Wege- und Verkehrsverhältnisse, die selbstverständlich nur im großen Maßstab durchgeführt werden kann. Weiterhin befinden sich in fast allen Sammelgemeinden viele Grundstücke, deren Eigentümer in Nachbargemeinden oder in benachbarten Städten ihren Wohnsitz haben. Auch hier ist in einem Kleinumlegungsverfahren keine grundlegende Regelung möglich. Auch die Bodenverbesserungs- und Meliorationsarbeiten, die in einem erheblichen Umfange erforderlich sind und die zunächst immer den Ausbau der dazu gehörigen Vorfluter zur Voraussetzung haben, erfordern die Ausweisung von möglichst großen Neuordnungsgebieten.

Bei den Umlegungsverfahren müssen in sehr großem Umfange Meliorationsarbeiten durchgeführt werden. Diese Aufgabe obliegt der Wasserwirtschaft, deren Maßnahmen für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung außerordentlich wesentlich sind.

Zum Aufgabengebiet der Wasserwirtschaftsverwaltung gehören:

1. Regulierung an allen nicht schiffbaren Flüssen und Bächen,
2. Eindeichung ganz allgemein, also auch an schiffbaren Wasserläufen, so z. B. an der Weichsel,
3. Dränungen,
4. Ödlandkultivierungen,
5. Bewässerungen und Abwasserwertung,
6. Anlage von Fischteichen,
7. ländliche Wasserversorgung,
8. der Bau von Wirtschaftswagen,
9. landwirtschaftliche Folgeerscheinungen.

Eins der größten Vorhaben der Wasserwirtschaft im Distrikt Warschau ist der Bau des sogenannten Maczyslow-Deiches. Er erstreckt sich auf dem linken Ufer der Weichsel von Gora Kalwaria bis zu den Vorstädten von Warschau. Die Länge der Baustelle beträgt nicht weniger als 25 km. Durch diesen und andere Deichbauten soll erreicht werden, daß bester landwirtschaftlicher Boden vor weiteren Überflutungen durch die Weichsel geschützt wird.

Schon zu Beginn des Winters 1939/40 wurden die Kriegsschäden an den Deichen, soweit es bei dem Frost möglich war, ausgebessert, und im Winter wurde mit der Vorbereitung zur Bekämpfung des zu erwartenden schweren Eisgangs beim Frühjahrshochwasser begonnen. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, alle Polder, die durch Deiche von genügender Höhe und Stärke geschützt sind, vor Überflutung zu bewahren. Es bestehen jedoch im Distrikt Warschau



Zwiebelernte



Ernte in einer Rhabarberplantage



Eisbruch auf der Weichsel



Deichbau an der Weichsel



Überschwemmung vor den Regulierungsarbeiten



Bau eines Dammes gegen Überschwemmungen

eine grosse Anzahl von Deichen, die in bezug auf ihre Höhe sowie Stärke nicht genügen. An diesen Deichen sind durch das Hochwasser im Frühjahr 1940 Überflutungen vorgekommen und vereinzelt auch Deichbrüche eingetreten.

Auf Grund von Bauprogrammen, die schon im Winter 1939/40 eingereicht worden waren, wurden der Wasserwirtschaftsverwaltung durch den Generalgouverneur für das Jahr 1940 erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Von der Gesamtsumme, die sich auf 57 Millionen für das gesamte Generalgouvernement beläuft, erhielt der Distrikt Warschau 10 Millionen Zloty.

Die Finanzierung von Bauvorhaben ist im Generalgouvernement von vornherein grundsätzlich anders gehandhabt worden als im Reich. Im Reich kommen als Träger von Landeskulturmaßnahmen nur Wasser- und Bodenverbände in Frage, die im allgemeinen nur einen kleinen Teil des Baukapitals durch Eigenleistung aufbringen, während der übrige Teil als Darlehen von einem Kreditinstitut und als verlorener Zuschuß vom Reich bzw. vom Staat gegeben wird. Im Generalgouvernement tritt der Staat selbst als Träger auf, führt die als richtig erkannten Meliorationen auf seine alleinigen Kosten durch und bildet später Verbände, die einen Teil des Geldes verzinsen und zu tilgen haben. Es ist dies ein in jeder Weise einfacher Weg, der auch sofort den Beginn der Arbeiten ermöglicht.

Mit einer weiteren Melioration, der Dränung, war es zu polnischer Zeit ebenfalls sehr schlecht bestellt. Die Dränung, eine sehr wichtige und auch sehr schnell wirkende Melioration, ist in der Lage, bei richtiger Anwendung den Ertrag auf einem Hektar um 8 dz Getreide oder um 60 dz Kartoffeln im Mittel zu steigern. Die Dränung ist in Polen bereits im Jahre 1930 völlig zum Erliegen gekommen, weil sie nach dem Preissturz für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Polen nach liberalistischen Gesichtspunkten nicht mehr rentabel war. So war es hierbei besonders schwierig, in Gang zu kommen, da keine Ziegelei auf die Produktion von Dränröhren eingestellt war und gelernte Dränarbeiter wie auch Spezialhandwerkszeug nur schwer zu finden waren. Trotzdem ist es aber auch hier überraschenderweise gelungen, der Schwierigkeiten Herr zu werden und etwa 32 verschiedene Vorhaben mit insgesamt 3 400 ha zu dränieren.

Im gesamten Distrikt wurde von der Wasserwirtschaft im Jahre 1940 auf über 100 Baustellen gearbeitet. 46,7 km Deiche waren im Bau, 134,7 km Flüsse wurden reguliert und 682,2 km Gräben aus-

gebaut. Dabei wurden 1 771 555 cbm Erde bewegt. An Befestigungen wurden 22 479 cbm Faschinen eingebaut, 149 km Flechtzäune gezogen, 360 000 qm Böschungen mit Rasen belegt und 6 265 qm durch Pflasterung befestigt. 190 Stück Durchlässe mit insgesamt rund 1 000 lfd. m Länge wurden verlegt, 11 massive und 25 Holzbrücken gebaut, 140 Sohlschweller, davon 12 aus Beton, hergestellt, 660 ha zu nassem Ackerland gedränt, wobei rund 400 000 lfd. m Dränstränge gegraben werden mußten, 7 Beton- und rund 4 Holztaue werden erbaut.

Umgebrochen, gedüngt und angesät wurden 1 100 ha, ferner noch 500 ha gepflügt. Insgesamt wurden bei diesen Arbeiten 660 000 Tagewerke geleistet. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund 10 000 000 Zloty.

Im Winter 1940/41 wurden weiterhin Entwürfe aufgestellt und geprüft, um für das nächste Jahr einen genügenden Arbeitsvorrat zu haben.

Bei den Arbeiten der Wasserwirtschaft wurden im Jahre 1941 Juden aus dem Warschauer jüdischen Wohnbezirk in größeren Mengen eingesetzt. Mit den Juden machte man aber schlechte Erfahrungen. Rund 50% waren arbeitsunfähig, ein weiterer Teil wurde krank. Die Arbeitsleistung der verbleibenden Juden war derartig gering, daß allein die Kosten für die Verpflegung höher waren als das Entgelt, das die Juden verdienten. Statt der Juden werden in Zukunft russische Kriegsgefangene zur Arbeit herangezogen werden.

Es ist selbstverständlich, daß durch alle diese auf Jahre und Jahrzehnte berechneten Arbeiten die jetzt vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten nicht sofort behoben werden können; denn es ist unmöglich, in wenigen Jahren Aufbauarbeit das einzuholen, was in hundert Jahren Russenzeit und 20 Jahren polnischer Republik versäumt worden ist. Die deutsche Verwaltung hat sich aber das Ziel gesetzt, im Laufe der Jahre das Generalgouvernement landwirtschaftlich so umzugestalten, daß es die ihm gestellte Aufgabe, die auf seinem Gebiet lebenden Menschen ohne Zuschüsse aus dem Reich oder aus anderen Gebieten zu ernähren, hundertprozentig erfüllen kann.

Das Generalgouvernement hat in seinen Tiefen keine nennenswerten Vorkommen an Kohle oder an Erzen. Sein Boden ist sein größter Reichtum. In diesem Boden schlummern noch heute unendliche Erzeugungsreserven, die in der Zeit einer polnischen Mißwirtschaft nicht genutzt worden sind.

Diesen vorhandenen Reichtum des Bodens zu erschliessen, ist die große Zukunftsaufgabe, die uns Deutschen gestellt ist. Die dabei erzielten Anfangserfolge bieten die Gewähr dafür, daß dies große Ziel von Jahr zu Jahr immer mehr erreicht wird.

4. Marktordnung und Lebensmittelbewirtschaftung.

Die Marktordnung hat im Generalgouvernement eine sehr grosse Bedeutung. Sie will erreichen, daß die erzeugten Lebensmittel der Masse der Verbraucher ordnungsmässig zufließen. Auch auf diesem Gebiet mußte im Generalgouvernement vollkommen von vorn angefangen werden, da im ehemaligen polnischen Staat keinerlei Vorarbeiten auf diesem Gebiet geleistet worden waren. Es gab keine modernen Veredelungs- und Verarbeitungsbetriebe, keinerlei Lagerungsmöglichkeiten, keine ausreichenden Kühllhäuser und Konservenfabriken. Die Entwicklung war hier, wie ohne Übertreibung gesagt werden kann, 100 Jahre hinter der Entwicklung in Deutschland zurück.

Irgendwelche nennenswerten Bestände an Lebensmitteln waren, als die deutsche Verwaltung anfang, nicht mehr vorhanden, da sie während des Polenfeldzuges und vor allen Dingen während der Belagerung der Stadt Warschau aufgezehrt worden waren. Zur Verhütung einer Hungersnot mußten im ersten Winter 1939/40 ansehnliche Getreide- und Zuckerlieferungen aus dem Reich erfolgen. Damit gelang es, den ersten Winter, der noch dazu eine besonders starke Kälte brachte zu überbrücken.

An Stelle dieser Notmaßnahmen mußten dann aber planmässig neue Maßnahmen eingeleitet werden, um eine gleichmässige Versorgung der Bevölkerung zu erreichen.

Zunächst wurde Brot und Zucker auf Karten an die Bevölkerung ausgegeben. Nach und nach wurden dann auch Fleisch, Eier, Mehl und andere Nahrungsmittel in das Rationierungssystem einbezogen. Bei der Einführung dieses Lebensmittelkartensystems wirkte sich das Fehlen eines geordneten Einwohnermeldewesens ebenso unangenehm aus wie die dauernde Rückwanderung von Polen aus den in das Reich eingegliederten Gebieten und das ständige Zurückfluten der polnischen Flüchtlinge aus den damaligen Interessengebieten der UdSSR. Durch diese Menschenwanderung stieg damals die

Einwohnerzahl der Stadt Warschau um mehrere Hunderttausend auf mehr als 1,5 Millionen an.

Im ganzen Distrikt mußten 2,3 Millionen Menschen als Versorgungsberechtigte durch das Kartensystem versorgt werden, da im Distrikt Warschau, wie bereits ausgeführt wurde, nur ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung aus Selbstversorgern besteht.

Bei der Rückständigkeit, die damals im Generalgouvernement als Folge der früheren Verhältnisse vorgefunden wurde, war es nicht möglich, das deutsche Lebensmittelkartensystem zu übernehmen, vielmehr musste ein vereinfachtes Verfahren zur Anwendung gebracht werden. Es konnten nur bestimmte Verbrauchergruppen als versorgungsberechtigt anerkannt werden, u. a. die gesamte großstädtische Bevölkerung. Neben den größeren Städten kamen aber auch die Arbeiterwohnbezirke in der Nähe dieser Städte und die Industriegebiete auf dem flachen Lande in Frage. Dabei wurden zwischen Verbraucherguppen für nichtdeutsche Normalverbraucher sowie Verbrauchergruppen für Juden unterschieden. Wer in Betrieben arbeitete, die für die deutsche Industrie oder im allgemeinen deutschen Interesse tätig sind oder bei denen ein öffentliches Interesse (z. B. Elektrizitätswerke, Gas- und Wasserwerke) vorliegt, wurde zusätzlich mit Lebensmitteln beliefert.

Ein weiterer Unterschied gegenüber dem Reich liegt darin, daß die Versorgungsberechtigten nicht mit allen Nahrungsmitteln versorgt werden, sondern daß eine Zuteilung nur bei bestimmten Grundnahrungsmitteln erfolgt, und zwar in Mengen, die der Erzeugungskraft des Generalgouvernements entsprechen. Die Höhe dieser Lebensmittelzuteilung hängt zu einem großen Teil von der laufenden Verbesserung der Erfassungsmaßnahmen ab, wobei unter Berücksichtigung der im Generalgouvernement vorhandenen Verhältnisse und der polnischen Mentalität völlig neue Methoden und Maßnahmen erdacht und in Anwendung gebracht worden sind.

Im Generalgouvernement besteht zwischen den amtlichen Preisen für Agrarprodukte und den amtlichen Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel und Bedarfsgegenstände ein großer Unterschied. Die Bauern sind deshalb bestrebt, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht den amtlichen Erfassungsstellen abzuliefern, sondern sie im Schleichhandel zu verkaufen, weil sie dadurch erheblich höhere Preise erzielen, mit denen sie dann auch die höheren Preise für landwirtschaftliche Gebrauchsgegenstände bezahlen können. Diese Tatsache führte zu der Erkenntnis, dass die Erfassung und Aufbringung

der landwirtschaftlichen Produkte nur dann mit Erfolg durchgeführt werden kann, wenn den Bauern für abgelieferte Erzeugnisse eine bestimmte Menge Betriebsmittel und Bedarfsartikel zu normalen Preisen als Prämie zurückgegeben wird. Aus diesem Grunde wurde für die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse das **Prämien-scheinverfahren** eingeführt.

Bei diesem Verfahren bekommt der Landwirt für seine abgelieferten Erzeugnisse den amtlichen Preis bezahlt und erhält für etwa 20 — 25% des Wertes der abgelieferten Agrarprodukte Austauschartikel zur Verfügung gestellt. Dabei sind für die einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bestimmte Tauschartikel und Tauschsätze festgelegt worden. So besteht z. B. bei der Getreideablieferung die Prämie in Textilien, Trinkbranntwein und Petroleum. Für abgeliefertes Schlachtvieh werden Schuhe und Leder zurückgeliefert. Bei der Kartoffelerfassung besteht die Rücklieferung in Eisenwaren. Die Aufbringung der Eier wird durch Gegenlieferung von Zucker und die Erfassung der Ölfrüchte durch Rückgabe von Öl und Ölkuchen durchgeführt. Es kommen also bei allen wichtigen Erfassungsaktionen Tauschartikel zur Anwendung.

Das Prämienverfahren hat sich in jeder Hinsicht bewährt und wird deshalb auch in Zukunft Anwendung finden.

Um die Lebensmittelversorgung mit den Grundnahrungsmitteln sicherzustellen, sind allen Kreisen, Gemeinden und Dörfern im Distrikt Warschau **Ablieferungskontingente** für Getreide, Kartoffeln, Vieh, Eier, Butter usw. auferlegt worden, und zwar unter Berücksichtigung der jeweiligen Anbaufläche und der Durchschnittserträge sowie der Viehbestände.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Bauern ihren Kontingentsverpflichtungen durchaus nachkommen. Im Jahre 1941 war bereits Ende Oktober mehr Getreide abgeliefert worden als im ganzen vorausgegangenen Wirtschaftsjahr.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet der landwirtschaftlichen Marktordnung besteht in der kontrollierten Lenkung der erfassten landwirtschaftlichen Produkte über die Be- und Verarbeitungsbetriebe, die Handwerksbetriebe und den Lebensmittelgroß- und Kleinhandel an die Verbraucher.

Im Zuge der **Ausgestaltung der Marktordnung** war es von wesentlicher Bedeutung, derartige leistungsfähige Be- und Verarbeitungsbetriebe, wie z. B. Mühlen, Molkereien, Ölfabriken, Fleisch-, Gemüse- und Fischkonservenfabriken usw., technisch auszubauen oder auch neu zu schaffen.

Durch die Errichtung von neuem Lagerraum für rund 100 000 to Getreide in den Kreisen und durch einen größeren Erweiterungsbau des Warschauer Kühlhauses sowie Schaffung weiterer Lebensmittel-lagerräume wurde die Vorratswirtschaft weitgehend ausgebaut. Trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Baumaterial und Maschinen ist dieses Aufbauprogramm zu einem großen Teil bereits durchgeführt.

Darüber hinaus wurde das gesamte Bäcker-, Konditoren- und Fleischerhandwerk sowie der Lebensmitteleinzelhandel einer großen Säuberungsaktion unterzogen.

Alle nicht wirtschaftlich notwendigen Betriebe wurden geschlossen, insbesondere alle jüdischen Betriebe und solche Betriebe, die technisch schlecht eingerichtet waren.

Ebenso wurde der gesamte jüdische Handel mit Lebensmitteln im Interesse einer sicheren Warenbewegung sofort ausgeschaltet, was von allergrösster Bedeutung war, da früher der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen fast ausschliesslich von Juden betrieben worden war. Statt dessen wurden die bestehenden Kreisgenossenschaften in den einzelnen Kreishauptmannschaften als Haupterfassungsstellen ausgebaut und unter deutsche Kontrolle gestellt.

Mit dieser landwirtschaftlichen Marktordnung, die im Generalgouvernement nach ganz neuen Gesichtspunkten anders als im Reich aufgebaut worden ist, und mit den bereits eingeführten Maßnahmen der Erfassungssteigerung muss es im Laufe der Jahre gelingen, die ausreichende Versorgung der im Generalgouvernement lebenden Menschen aus eigener Kraft durchzuführen.

5. Genossenschafts- und Kreditwesen.

Im ehemaligen Polen befand sich der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und Bedarfsartikeln zum größten Teil in jüdischen Händen. Besonders schlimm waren die Verhältnisse im heutigen Distrikt Warschau, da das Judentum der Hauptstadt in der näheren und weiteren Umgebung der Stadt die Fäden in der Hand hielt und jede Regung der Bauern, sich von der jüdischen Knechtschaft durch Gründung von Selbsthilfeorganisationen zu befreien, im Keime erstickte. Die Vernichtung des arischen Handels war um so leichter, als die Juden auch als Geldgeber auftraten und es in ihrer Hand

hatten, die Preise für landwirtschaftliche Produkte nach eigenem Belieben festzusetzen. Besonders einträglich war der sogenannte Kauf des Getreides „auf dem Halm“, durch den die in Geldnot steckenden Bauern bereits im Frühjahr die Bodenprodukte zu einem Schleuderpriß verkauften und im Herbst um die Früchte ihrer Arbeit gebracht wurden.

Als nach Errichtung der deutschen Verwaltung und nach Ausschaltung des jüdischen Handels keine arischen Kaufleute zur Verfügung standen, griff die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft auf das bereits vorhandene, aber bescheidene und lückenhafte Netz der landwirtschaftlichen Genossenschaften zurück. Ein großzügiger Aufbau wurde in die Wege geleitet. In jeder Kreisstadt wurde eine Kreishandels-genossenschaft, in anderen Städten Bezirkshandels-genossenschaften oder Filialen der Kreisgenossenschaften ins Leben gerufen. Am 1. April 1942 zählte der Distrikt Warschau entsprechend seinen neun Kreisen 9 Kreisgenossenschaften, 19 Bezirksgenossenschaften und 24 Filialen mit zusammen 2 500 Angestellten. Die Aufsicht über die Kreisgenossenschaften wurde deutschen Kommissaren übertragen. Die Fülle der Arbeit lässt sich daraus ersehen, dass diesen Unternehmen, die aus dem Nichts entstanden, der gesamte landwirtschaftliche Handel zugewiesen werden konnte. Im Jahre 1940 erzielten die Genossenschaften einen Umsatz von 100 Millionen Zloty, im Jahre 1941 bereits einen solchen von 130 Millionen Zloty.

Das notwendige Kapital wurde teils durch eigene Anteile, teils durch Kredite der Zentralkasse der Landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgebracht. Durch eifrige Werbung gelang es den Genossenschaften, bis zum 1.4.1942 59 750 Mitglieder zu werben und 3 629 979 Zloty an eigenem Anteilkapital hereinzubekommen. Dieses Geld wurde in erster Linie für Investitionen verwandt. Da keine geeigneten Baulichkeiten für die Verwaltung und die Lagerung von Getreide und Waren vorhanden waren, musste hier ein Wandel geschaffen werden. Während der Jahre 1940 und 1941 wurden 12 massive Getreidespeicher neu erbaut und über 50 provisorische durch Umbau vorhandener Gebäude oder Aufstellung von Baracken geschaffen. Sowohl in den neuerbauten als auch in den provisorischen Lägern können insgesamt 40 000 to Getreide gelagert werden. Die Kosten für diese Bauten betrugen rund 10 Millionen Zloty. Hierzu erteilte die Regierung einen verlorenen Zuschuss von etwa 3 Millionen Zloty, während weitere 3 Millionen Zloty durch die Staatliche Agrarbank in Form von langfristigen Krediten gegeben wurden.

Eine andere Entwicklung nahmen die Molkereigenossenschaften. Vor dem Kriege bestanden auf dem Gebiete des Distrikts Warschau 150 genossenschaftliche Molkereien, die sich aber durchweg aus kleinen und kleinsten Betrieben zusammensetzten. Hier wurde es notwendig, alle lebensunfähigen Unternehmungen zu liquidieren oder mit anderen zusammenzuschliessen. Heute sind noch 72 genossenschaftliche Molkereibetriebe im Distrikt Warschau tätig. Ihre Zahl wird aber noch weiterhin vermindert, damit den leistungsfähigen Betrieben ein genügend großes Einzugsgebiet zugewiesen werden kann. Die technischen Einrichtungen der Molkereien befanden sich in einem unzureichenden Zustand. Durch Einfuhr von Maschinen und Umbauten der Betriebe konnte eine bedeutende Besserung erzielt werden. Die geplanten Neubauten und der Einbau von maschinellen Einrichtungen können wahrscheinlich während des Krieges vorerst nicht verwirklicht werden. Inzwischen werden aber alle Anstrengungen unternommen, um die finanziellen Mittel der Genossenschaften zu stärken, damit bei eintretender Möglichkeit an eine neuzeitliche Ausgestaltung der Unternehmen geschritten werden kann.

Auch unter den bestehenden Kreditgenossenschaften wurde eine Säuberungsaktion durchgeführt. Es bleiben nur die Institute bestehen, die auch in der Zukunft eine ausreichende Entwicklungsmöglichkeit haben. Insgesamt sind 178 Kreditgenossenschaften tätig, die über ein Eigenkapital von rund 15 Millionen Zloty verfügen. In den Kreisstädten werden die landwirtschaftlichen Volksbanken ausgebaut, soweit die vorhandenen landwirtschaftlichen Kreditinstitute den gestellten Anforderungen noch nicht genügen.

Die Landwirtschaft und die Betriebe der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft werden vorwiegend durch zwei Banken mit den nötigen Geldmitteln versorgt. Die Staatliche Agrarbank finanziert den Großgrundbesitz, während die Zentralkasse der Landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Vermittlung der örtlichen Kreditinstitute den Bauern Kredite zur Verfügung stellt und die Genossenschaften mit den notwendigen Betriebsmitteln direkt versorgt.

Alle Genossenschaften werden vom Revisionsverband der Genossenschaften im Generalgouvernement, Distriktsverband Warschau, betreut und beaufsichtigt. Die Distriktsstelle der Landwirtschaftlichen Zentralstelle versorgt als Warenzentrale die Handelsgenossenschaften mit den notwendigen Bedarfsartikeln und übernimmt alle von den Genossenschaften erfassten Produkte.

VII. HOLZ- UND FORSTWIRTSCHAFT

1. Allgemeiner Überblick über die Forstverhältnisse.

Während vor einem Jahrhundert das heutige Generalgouvernement ein walddreiches Land war, ist es heute als waldarm anzusprechen. Noch Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde das Bewaldungsprozent der früheren Republik Polen mit 33% angegeben. 1912 mußte dagegen schon festgestellt werden, dass nur noch 20% des Landes mit Wald bestockt waren. Seitdem hat die Waldfläche noch mehr abgenommen, sie wird heute — ohne den Distrikt Galizien — mit 18% angegeben. Für den Distrikt Warschau kann gegenwärtig sogar nur ein Bewaldungsprozent von 14% angenommen werden.

Die Gründe für diese starke Waldabnahme liegen hauptsächlich in der Ablösung der Forstberechtigungen durch Waldabfindung an die Bauern, ferner in den umfangreichen Waldaufteilungen, bei deren Durchführung der Wald in den meisten Fällen gerodet wurde, und schliesslich auch in der schlechten finanziellen Lage des Großprivatwaldbesitzes infolge Verschuldung, die zum Kahlabtrieb der Bestände oder zum Verkauf des Waldes an Güterschlächter zwang. Auch die starken Holzanforderungen in und nach dem Weltkrieg haben auf den Waldzustand keine günstige Wirkung ausgeübt. Endlich hat die oft falsche Handhabung der forstgesetzlichen Bestimmungen dazu beigetragen, die vorhandene Waldfläche noch weiter zu verringern, anstatt sie zu erhalten und vergrössern zu helfen.

Aus der Abbildung S. 215, die die Umgebung von Warschau in einem Umkreis von 60 km graphisch darstellt, geht am besten hervor, wie stark die Entwaldung im Laufe der Jahre vorgeschritten ist. Die Karte zeigt, dass im Jahre 1863 noch ein sehr grosser Teil des gesamten Gebietes bewaldet gewesen ist. Im Jahre 1935 ist aber dieser Waldbestand, wie aus der Karte anschaulich hervorgeht, nur noch verschwindend gering.

Im Gegensatz zum Reich kommen Gemeindewaldungen sehr selten vor. Auf das Fehlen dieser Einnahmequellen ist auch vielfach die geringe Finanzkraft der Gemeinden zurückzuführen.

Der bäuerliche Waldbesitz besteht überwiegend aus Zwergwirtschaften, die in der Regel aus der Ablösung der Forstberechtigungen herkommen.

Lage, Klima und Boden.

Der Distrikt Warschau liegt fast durchweg im Stromgebiet der Weichsel auf einer Meereshöhe von 75 m (bei Sochaczew) bis 220 m (zwischen Wengrow und Kaluszyń). Die Temperaturverhältnisse bilden für die Hauptholzarten nicht ungünstige Wachstumsbedingungen. Lediglich für die Rotbuche und Weißtanne ist das Klima nördlich des Bug zu rau.

Die jährliche Niederschlagsmenge ist im allgemeinen gering und beträgt in den südlichen Distriktsteilen 600 — 700 mm, in den nördlichen 500 — 600 mm. In den Niederungen des Narew wurde sogar unter 500 mm gemessen. Bei Niederschlagsmengen unter 600 mm kommen Buchen und Weißtannen nicht mehr vor, während die übrigen Holzarten ein zufriedenstellendes Wachstum zeigen.

Die günstigen klimatischen Bedingungen sind dem Vorherrschen der westlichen Winde zuzuschreiben. Die Ostwinde bringen dagegen die hohen Kälte- und Wärmegrade, Trockenheit, Nachtfröste sowie Früh- und Spätfröste, die der Waldwirtschaft genau so schaden wie die meist lang anhaltende Trockenheit im Frühjahr.

Die geologische Gliederung ist einfach. Die größte Fläche nehmen die Sande des Diluviums ein, die mittlere bis gute Waldböden bilden. Entlang der Weichsel sind weite Strecken mit Talsanden bedeckt, die vielfach zu Binnendünen zusammengeweht wurden und wohl die ärmsten Waldböden tragen. Zum Teil kommen noch offene Dünen vor, die oft Wald- und Feldkulturen bedrohen und deren Festigung und Wiederbestockung eine der vielen Aufgaben einer künftigen Forstwirtschaft bilden wird.

Waldzustand bei Übernahme in deutsche Verwaltung.

Als die deutsche Verwaltung im Oktober 1939 die Forsten übernahm, konnte sie feststellen, dass in den Staatswaldungen die Altholzvorräte noch einigermaßen befriedigend waren, dagegen fehlten in den Privatwaldungen die Altholzbestände vielfach. Nur wenige Gutsforsten wiesen ein einigermaßen normales Altersklassenverhältnis auf.

Die rücksichtslose Abnutzung der Altholzvorräte in den Privatwaldungen wird schon Mitte des vorigen Jahrhunderts festgestellt,

und in den Jahren seit 1918 hat die Übernutzung der Altholzbestände weitere Fortschritte gemacht. Schlechte finanzielle Lage, zu große Geldausgaben, die Furcht vor Verstaatlichung, Bodenabgaben an die Bauern sind die Gründe hierfür gewesen. Die übliche Großkahl-schlagwirtschaft und auch die ungenügende Ausbildung des Forst-personals trugen weiter ihren Teil zur Verschlechterung des Waldzu-standes bei. Im bäuerlichen Wald fand eine geordnete forstliche Be-wirtschaftung überhaupt nicht statt. Streunutzung und Waldweide haben dem Walde grossen Schaden zugefügt.

Schwere Schäden an den Beständen sind auch durch die strengen Winter 1928/29 und 1939/40 besonders an Tanne und Buche ent-standen.

Auch der Weltkrieg und der Feldzug 1939 haben dem Wald schwere Wunden geschlagen, besonders dort, wo Kämpfe stattgefunden haben. Vor allem aber hat der umfangreiche Holzdiebstahl, be-sonders in der Nähe von Städten und Dörfern, die Bestände stark gelichtet, ja sogar die Waldflächen an manchen Orten wesentlich vermindert.

Jagdliche Verhältnisse bei Übernahme in die deutsche Verwaltung.

Der Wildreichtum ist im Distrikt Warschau seit Jahrzehnten mäs-sig gewesen. Wenn auch manche Privatwaldbesitzer sich die Pflege von Niederwildbeständen sehr angelegen sein liessen, sind die mei-sten Jagden im Distrikt — an deutschen Wildbahnen gemessen — wildarm. Ein stark ausgebildetes Wildererunwesen und besonders der harte Winter 1939/40 haben dem Wildbestand sehr grosse Schäden zugefügt. Elchwild kommt nicht mehr vor. Auch das Rotwild ist bis auf etwa 10 Stück verschwunden. Der letzte kapitale Rothirsch (16 Ender) wurde 1916 in der Ostrower Heide gestreckt, der aufgebro-chen 257 kg gewogen haben soll. Das Schwarzwild kommt in den grösseren zusammenhängenden Waldgebieten vor. Das letzte Dam-wild wurde im Polenfeldzug vernichtet.

Rehwild findet sich, wenn auch sehr spärlich, überall. Mitunter wurden kapitale Böcke mit über 500 g Gehörngewicht zur Strecke gebracht. Das Körpergewicht liegt wesentlich höher als im Altreich, und zwar in der Regel zwischen 40 — 50 Pfund aufgebrochen.

Auch Hasen sind überall zu finden. Die besten Hasenjagden be-finden sich in den westlichen Kreisen mit ihren guten Böden. Ka-ninchen sind hauptsächlich westlich der Weichsel verbreitet. Der

Fuchs ist häufig anzutreffen, dagegen ist der Dachs seltener, auch der Otter ist zurückgegangen. Auch Baum- und Steinmarder, Iltis und die beiden Wieselarten sind noch vorhanden. Der Wolf kommt nur auf den alten Wechselln östlich des Bug vor. Biber und Luchs sind ausgestorben.

Beim Federwild ist das Birkwild noch in erfreulicher Anzahl vertreten, während Auerwild fehlt. Der Besatz an Rebhühnern hat durch den Winter 1939/40 sehr gelitten. Fasanen kommen nur noch in wenigen besonders gepflegten Revieren vor.

Trappen konnten noch im Jahr 1939 beobachtet werden. Ringel-, Turtel- und Hohltauben finden sich häufig.

Die Sumpfgebiete, Flüsse, Seen und Teiche sind mit Sumpf- und Wasservögeln belebt. Alle Arten von Enten, der Kranich, Kiebitze, Möwen, Taucher und Säger, Rohrdommel, Brachvögel, Schnepfen und Blässhühner finden sich hier häufig. Auch der seltene Kampfhahn kommt vor. Der schwarze Storch ist noch vertreten, auch den Kolkraben trifft man da und dort an. Der Uhu konnte dagegen noch nicht festgestellt werden, das gleiche gilt für die Adlerarten.

2. Der Wiederaufbau der Forst- und Holzwirtschaft.

Mit der Errichtung des Generalgouvernements im Herbst 1939 war der deutschen Forstverwaltung im Generalgouvernement die Leitung der gesamten Forst- und Holzwirtschaft und der Jagd sowie die Ingangsetzung aller forstlichen und holzwirtschaftlichen Betriebe als Aufgabe gestellt.

Verwaltungsaufbau.

Die Abteilung Forsten, die hiermit betraut wurde, teilte den Distrikt Warschau erstmals nach forstlichen Gesichtspunkten in acht große Bezirke auf und bildete sogenannte Forstinspektionsbezirke, deren Zahl später auf sieben verringert wurde.

Die durchschnittliche Gesamtwaldfläche eines Inspektionsbezirkes betrug 25 000 — 30 000 ha.

Jede Inspektion wurde von einem reichsdeutschen Forstmeister geleitet, dem — je nach Arbeitsumfang — ein bis drei reichsdeutsche Forstbetriebsbeamte beigegeben waren.

Die Neuorganisation der Forstverwaltung im Generalgouvernement brachte auch im Distrikt Warschau eine völlig neue gebietsmäßige Einteilung. Die Forstinspektionen wurden in 4 große Forstaufsichtsämter zusammengefaßt, mit dem Dienstsitz in Ostrow, Skierniewice, Warschau und Sokolow. Jedem Forstaufsichtsamt unterstehen die in seinem Bereich gelegenen, ebenfalls neugebildeten Aufsichtsoberförstereien. Die Durchschnittswaldfläche einer Oberförsterei beträgt 5 000 — 8 000 ha Wald aller Besitzkategorien, das Personal der Oberförsterei besteht durchweg aus ehemals polnischen Forstbeamten.

Die weitere Zusammenlegung in zwei Forstaufsichtsämter Warschau Ost und West wurde im Herbst 1941 durchgeführt.

Holzwirtschaft.

Nach der Übernahme der Waldungen durch die deutschen Forstbehörden mußte der gesamte Waldbesitz im besetzten Teil Polens bis zur äußersten Grenze des Möglichen für die Bereitstellung der für den Endsieg benötigten großen Mengen an greifbaren Hölzern eingesetzt werden.

Als vordringliche Aufgabe musste mit dem Einschlag sofort begonnen werden. Vordringlich mußten für den Export ins Altreich Grubenholz, Faserholz und Exportblöcke sowie Brennholz, Bauholz und Schneideholz aufgearbeitet werden. Endlich sollten 10% des Anfalles an Nadelstammholz für den Wiederaufbau des besetzten Gebietes zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus mußten noch wegen mangelnder Kohlenversorgung umfangreiche Mengen an Brennholz für den Bedarf der Bevölkerung eingeschlagen werden. Der sehr hohe Brennholzanfall im alten Polen ließ es möglich erscheinen, die Nutzholzausbeute zu heben und vor allen Dingen den Anfall an Gruben- und Faserholz auf Kosten des Brennholzanfalls zu erhöhen. Bei dem stets zunehmenden Bedarf der Wehrmacht vor allem an starkem und stärkstem Nadelstammholz ergab sich bald die Notwendigkeit, daß in diesen Sortimenten mehr als 100% der hierfür vorgesehenen Menge gehauen

und kurzfristig der Wehrmacht zugeführt werden mußte. Dies zwang zu einer Zusammenfassung sämtlicher verfügbaren Kräfte auf Kahlschläge in abfuhrgünstig gelegenen Beständen, vor allem an solchen Hieborten, aus denen auch nach der Schneeschmelze das Holz abgefahren werden konnte. Diese Maßnahme konnte nur durch den restlosen Einsatz aller beteiligten deutschen Beamten erfüllt werden.

Der Gesamteinschlag ist bereits im Wirtschaftsjahr 1940 fast hundertprozentig erreicht worden, obwohl große Schwierigkeiten der Aufbringung entgegenstanden. Der unverhältnismäßig lange und harte Winter, die mangelhafte Ernährung und Bekleidung der polnischen Holzhauer und die ungenügende Werkzeugausrüstung waren die Haupthindernisse. Die gesamte Arbeit des Wirtschaftsjahres 1940 kann jedoch als Erfolg gewertet werden.

Im Wirtschaftsjahr 1941 sollte zunächst nur der normale Jahreseinschlag gehauen werden. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse mit Sowjetrußland zog aber einen abermaligen riesenhaften Bedarf nach sich, der wiederum kurzfristig bereitgestellt werden mußte. Hinzu kamen umfangreiche Bestellungen von Bauholz für die Organisation Todt. Schließlich mußten für die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für beschleunigten Aufbau zerstörter Güter, Lagerhäuser und Meliorationsarbeiten große Mengen Holz bereitgestellt werden. Alle diese Holzlieferungen ließen eine Begrenzung des Umlagesolls nicht zu, es mußte einfach der verlangte Bedarf gehauen werden. Die Schwierigkeiten beim Einschlag und der Bereitstellung dieser Holzmengen waren jedoch nicht kleiner geworden. Trotzdem ist es gelungen, allen Bedarf zu decken und alle Bedarfsträger ausreichend zu versehen.

Der im Distrikt vollzogene Einschlag des Brennholzes zur Versorgung der Bevölkerung und der Industriebetriebe genügte bei dem bestehenden Kohlenmangel nicht zur Deckung des ausserordentlichen hohen Bedarfs, so daß hierfür erhebliche Zuschußmengen aus den Distrikten Lublin und Radom bezogen werden mußten.

Die Verwertung des gesamten Anfalles an Nadelstammholz der beiden Wirtschaftsjahre wurde bis auf einige tausend fm Schneideholz, die in das Reich exportiert wurden, auf Sägewerken des Distrikts verarbeitet. Der Anfall an Gruben- und Faserholz wurde dem Reich zur Verfügung gestellt.

Bewaldungskarte des Distrikts Warschau

Maßstab 1:2000000



Zeichenerklärung In Prozenten der Gesamtfläche

	unter 10%		von 15% bis 20%		Distriktsgrenzen
	von 10% bis 15%		„ 20% „ 30%		Kreisgrenzen

Die Entwaldung im Umkreis von 60 km um Warschau.



Warschauer Stadtgebiet



Bis 1863 bestehender Wald



Bis Anfang des 20. Jahrhunderts bestehender Wald



1935 noch vorhandener Wald



Wandernde Sanddüne



Urwaldähnlicher Bestand von Fichte und Kiefer

Wenn im Altreich die Holzabfuhr einzig und allein Sache des Käufers ist, mußte hier bald festgestellt werden, daß die Bewegung des eingeschlagenen Holzes nicht allein dem Käufer überlassen werden konnte, da dieser nicht imstande war, die notwendigen Fahrzeuge bereitzustellen. Die Forstaufsichtsämter mußten sich deshalb auch dieser Sache annehmen, um zu gewährleisten, daß das geschlagene Holz rechtzeitig der Verarbeitung zugeführt wurde.

Zunächst wurden die vorhandenen Waldbahnen, die noch aus dem Weltkrieg stammten, in Betrieb genommen. Vorhanden waren zwei solcher Bahnen mit insgesamt 34 km Länge. In der Hauptsache kam aber für die Holzabfuhr das leistungsfähige und am einfachsten zu handhabende Panjagespann in Frage, das auch noch im Jahre 1939/40 in genügender Anzahl zur Verfügung stand. Später entstanden aber große Schwierigkeiten durch die Pferdeaushebungen für die Wehrmacht und die Bedürfnisse der Straßenbauämter, die eine hohe Anzahl der Gespanne für ihre Zwecke in Anspruch nahmen. Schließlich brachte im November 1940 die Kartoffelversorgung der Stadt Warschau die Holzabfuhr fast vollkommen zum Erliegen, da die bäuerlichen Fuhrleute die Kartoffeln mit ihren Gespannen nach Warschau fahren mußten.

Im Frühjahr 1941 wurden erneut Tausende von Gespannen ausgehoben, was die Holzabfuhr besonders in den Ostkreisen fast zum Erliegen brachte.

Trotz all dieser Schwierigkeiten konnten die eingeschlagenen Holzmengen rechtzeitig abgefahren werden. Das ist eine große Leistung der deutschen Forstverwaltung.

Forstwirtschaft.

Hinter der wichtigsten Aufgabe der Forstverwaltung, der Gewinnung und Bringung der zum Einschlag vorgesehenen Holzmengen, mußten die waldbaulichen Belange zunächst zurückstehen. Infolgedessen konnte der Zustand der Waldungen nicht wesentlich verbessert werden.

Die Beschaffung des riesigen Holzbedarfes zwang oft dazu, die Hiebe auf bestimmte Sortimente bei günstiger Abfuhrlage abzustellen. Die meist kurzfristigen Lieferfristen gaben den Anlaß zur Beibehaltung des Großkahlschlagbetriebes, und zwar möglichst an

frachtgünstigen Hiebsorten. Wenn auch weitgehend dabei berücksichtigt wurde, kranke, insbesondere schwammverseuchte oder durch Kriegswirkungen beschädigte Bestände zum Einschlag zu bringen, so sind doch die Altholzvorräte im Distrikt in den letzten Jahren noch weiter geschwächt worden.

Die Sicherstellung des Samen- und Pflanzenbedarfs für das Jahr 1940 war besonders schwierig, da die Ernte schlecht war und aus dem Reich Samen und Pflanzen nicht bezogen werden konnten. Es konnten infolgedessen nur 1 200 ha angebaut werden. Im Jahre 1941 belief sich die Fläche auf nicht ganz das Doppelte der Vorjahresfläche. Auf diesem Gebiet wird in den kommenden Jahren viel nachzuholen sein. Die Unterlagen für ein groß angelegtes Aufforstungsprogramm sind durch Erfassung der kulturbedürftigen Flächen geschaffen worden.

Die Anlage von großen Baumschulen ist in Angriff genommen, so daß im Lauf der Zeit die vorgesehenen Aufforstungsflächen mit selbstgezogenen Pflanzen in Bestockung gebracht werden können.

Unter den Nebenerzeugnissen des Waldes ist das Harz von besonderer Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft. Als vorrangige Aufgabe war deshalb im Jahre 1939 die Sicherstellung der Vorräte an Harz anzusehen. Das Harz lagerte vielfach in Fässern in den Kellern der Forstgehöfte. Es wurden schätzungsweise 5 000 kg erfaßt. Im Laufe des Frühjahres 1940 wurde denn auch die Harzgewinnung wieder in Gang gesetzt.

Die Nutzung geeigneter Torflager war nur in beschränktem Umfange möglich. Ihre Ausbeutung wie die Erschliessung neuer Lager wurde durch die ungünstige nasse Witterung des Jahres 1940 gehemmt und erschwert. Im ganzen sind im Jahre 1940 nur 3 000 to Torf gestochen worden.

Dagegen wurden im Jahre 1941 von größeren Torffirmen bis zum 1. September 20 000 to Torf gewonnen. Die Produktion auf kleineren Flächen (unter 2 ha) kann mit 10 000 to angenommen werden, so daß die Gesamtnutzung rund 30 000 to beträgt.

Für das Jahr 1942 wird der Anfall auf 50 000 to geschätzt.

Alle Arbeiten in den Waldungen wurden durch den anfänglich bestehenden und heute noch nicht gänzlich behobenen Mangel eines geeigneten Forstschutzes erschwert.

Die Forstdiebstähle hatten in Polen infolge einer äußerst milden Gesetzgebung und ihrer schlappen Handhabung durch die Gerichte einen unvorstellbaren Umfang angenommen.

Die vordringlichste Aufgabe war, das vorhandene und zum Teil willige polnische Forstschutzpersonal mit Waffen zu versorgen. Zu diesem Zwecke wurden teils durch die deutsche Polizei beschlagnahmte, teils aus dem Reich bezogene Jagdwaffen zur Verfügung gestellt.

Anfang Mai 1940 hat das Forstschutzkommando des Reichsforstmeisters seine Tätigkeit aufgenommen. Diese beschränkte sich zunächst auf die Kontrolle der Holzabfuhr und die Abstellung des Holzdiebstahls. Die energische Kontrolle der wilden Holzabfuhr nach Warschau hat zur Sicherstellung erheblicher Brennholzmen gen geführt, die durch Vermittlung einer Holzfirma zu angemessenen Preisen verwertet wurden. Im übrigen erfolgten durch kleinere Kommandos Durchsuchungen von Ortschaften nach Diebstahlholz. Neben der Förderung und Überwachung des Holztransportes waren die Forstschützen auch beim Forst- und Jagdschutz tätig. Sämtliche Maßnahmen hatten durchschlagenden Erfolg.

Jagd.

Die Jagd hatte unter dem Krieg und seinen Folgeerscheinungen sowie dem harten Winter 1939/40 sehr zu leiden.

Zunächst handelte es sich im Herbst 1939 darum, den noch vorhandenen Wildbestand so weit wie möglich zu retten. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Dauerschonvorschriften z. B. für weibliches Rehwild, Fasanenhennen und Rebhühner erlassen, die für Rebhühner heute noch gelten. Im allgemeinen sind, abgesehen von Hasen und Enten, die Wildbestände an Rehwild, Schwarzwild und Fasanen sehr mässig und bedürfen noch weitgehender Schonung und Hege. Für die Wildfütterung wird in den einzelnen Jagdbezirken manches getan, trotzdem bleibt noch mehr zu tun übrig. Das gleiche gilt auch für die Aufzucht und Hege von Fasanen.

Eine Verbesserung der jagdlichen Verhältnisse hinsichtlich des Wildbestandes ist dringend erwünscht. Es darf zuversichtlich angenommen werden, daß die Einführung des Reichsjagdgesetzes die hierfür nötigen Grundlagen schaffen wird. Wenn von seiten der Jagdbesitzer das Nötige für die planvolle Hege und Aufzucht der verschiedenen Wildarten, notfalls durch Einsatz gesunden Wildes, getan wird, können die Jagden im Generalgouvernement sich auch bald mit denen des Altreiches messen.

Das gesamte Distriktsgebiet ist in rund 370 Jagdbezirke eingeteilt, die Wehrmacht- und SS-Dienststellen sowie zivilen Jägern

und Forstdienststellen zur Jagdausübung zugeteilt sind. Die Wildstrecken werden zugunsten der Grundeigentümer verrechnet.

Das anfallende Wildbret wird im wesentlichen an die im Distrikt vorhandenen Gaststätten der Wehrmacht und der Zivilverwaltung sowie an Lazarette zu den vorgeschriebenen Preisen abgegeben.

3. Zukunftsaufgaben der deutschen Forstverwaltung.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Distrikt Warschau ein waldarmes Gebiet mit sehr großem Holzbedarf ist und daß die Waldungen einen geringen Vorrat an hiebreifen Althölzern und besonders auch im Privatwald eine unbefriedigende Bestockung zeigen, muß die Hauptaufgabe in der Zukunft darin bestehen, die derzeitigen Waldflächen zu vergrößern und den Waldzustand zu verbessern.

Zur Erreichung dieses Zieles sind Kahlhiebe auf unbedingt nötige Ausnahmefälle zu beschränken, um damit zu verhindern, daß neue Anbauflächen geschaffen werden.

Vor allem handelt es sich aber um die Aufforstung der für die Landwirtschaft nicht brauchbaren Böden, den Anbau alter Schläge, Nachbesserung der ältesten Kulturen sowie die Aufforstung der zahlreich vorhandenen Ödländereien.

Zur Durchführung dieser Aufgaben müssen die hier üblichen Kulturmethoden verbessert, einwandfreies Saatgut gewonnen und entsprechendes Pflanzenmaterial nachgezogen werden. Wo die Viehweide die Kulturen bedroht, müssen diese eingegattert werden. Eine fachliche Schulung der polnischen Forstbeamten für alle diese forstlichen Aufgaben wird unerläßlich sein und wird bereits durchgeführt.

Die in stetem Fluß sich befindende Rodung von Wald zur Umwandlung in landwirtschaftliches Gelände muß verboten werden, da der heute noch vorhandene Wald auf ausgesprochenem Waldboden stockt und die in den letzten Jahrzehnten gerodeten Flächen für eine landwirtschaftliche Nutzung in vielen Fällen nicht brauchbar sind. Falls die Umwandlung von Wald nicht rücksichtslos abgestoppt wird, geht der Distrikt der Versteppung entgegen, mit allen nachteiligen Folgen für Boden, Klima und die Wohlfahrt der hier lebenden Menschen.

Eine weitere Zukunftsaufgabe ist die Einschränkung des Holzbedarfs.

Der Distrikt Warschau ist bei seiner geringen Waldfläche und seinem weit über deutsche Verhältnisse hinausgehenden Holzbedarf ein ausgesprochenes Holzbedarfsgebiet. Wenn das frühere Polen bis zur deutschen Übernahme sich als Holzausfuhrland betätigt hat, so geschah dies auf Kosten seines Waldbesitzes, der langsam, aber sicher seinem Ruin entgegensteuerte. Von einer geordneten Forstwirtschaft konnte bei der Vorratsabnutzung der letzten 20 Jahre keine Rede mehr sein.

Die ländliche und auch städtische Bevölkerung hat einen viel größeren Holzbedarf als in Deutschland. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß für Hausbrandzwecke fast ausschließlich Brennholz verbraucht wird und die Heizung mit Kohle auf dem Lande wenig oder gar nicht im Gebrauch ist. Weiter werden in den Dörfern und Landstädten die Häuser in den meisten Fällen aus Holz hergestellt. So werden riesige Holzmengen verbraucht, die der Wald nicht nachhaltig liefern kann.

Der Holzverbrauch muß eingeschränkt werden, sobald wieder normale Verkehrsverhältnisse eingetreten sind. Das Generalgouvernement ist in seinen Hauptteilen kein Holzausfuhrgebiet, sondern — besonders der Distrikt Warschau — ein Holzeinfuhrgebiet. Nicht Ausfuhr, sondern Einfuhr von Holz muß stattfinden, daneben aber auch eine Umstellung der Bauweise von Holz- auf Steinbauten, wie auch ein Übergang von der Brennholz- zur Kohlenfeuerung. Zur Erreichung dieses Zieles muß eine planmäßige Propaganda die Forstwirtschaft unterstützen.

Endlich gehört auch zu den besonders dringenden Zukunftsaufgaben die Schaffung eines Forstgesetzes, das für die großen Aufgaben einer Vergrößerung der Waldfläche und Verbesserung des Waldzustandes die nötige gesetzliche Grundlage schaffen soll; denn wichtige Gebiete bedürfen einer baldigen gesetzlichen Regelung, insbesondere die Bewirtschaftung und Beförderung der Waldungen, der Zusammenschluß der bäuerlichen Waldbesitzer zu Waldgenossenschaften, die Wiederaufforstung von Ödländereien und Kahlflächen, die Ablösung der noch vorhandenen Weide- und Streuberechtigungen gegebenenfalls durch Futter- und Streumittellieferung und Bereitstellung von Weidekoppeln, die Einschränkung der den Boden und den Waldbestand schädigenden Viehweide, die Regelung der Streunutzung und ihre Beschränkung auf Orte, wo eine

Streuentnahme keinen Schaden für den Wald anrichtet, und viele andere Probleme.

Die Forstgesetzgebung muß in gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz und zur Pflege der Natur ihre Ergänzung finden. Diese gesetzliche Sicherung muß sich sowohl auf Naturschutzgebiete und Naturdenkmale als auch auf Pflanzen und nichtjagdbare Tiere erstrecken. Der Naturschutz hat sich aber im Generalgouvernement auch für eine Landschaftsgestaltung im Sinne einer Verschönerung des Landschaftsbildes einzusetzen, die Forderungen der Schönheit und der Volkswohlfahrt dabei zur Geltung zu bringen und notfalls Verunstaltungen der Natur zu beseitigen bzw. von ihr fernzuhalten.

Mit Hilfe dieser Gesetze werden die Waldungen wie auch die Landschaft in einen Zustand versetzt werden können, der der deutschen Auffassung vom Walde und der Landschaft entspricht.

Wenn die deutsche Forstverwaltung auf die bisherige Tätigkeit im Generalgouvernement zurückblickt, kann sie feststellen, daß sie die ihr gestellten Aufgaben im Rahmen des Möglichen voll erfüllt hat. Sie ist sich aber darüber klar, daß es sich bei den bisherigen Leistungen nur um Übergangsmaßnahmen gehandelt hat, die den Kriegsnotwendigkeiten entsprechen. Die eigentlichen Aufgaben für einen umfassenden Aufbau der Forst- und Holzwirtschaft werden erst nach Beendigung des Krieges ihrer endgültigen Lösung entgegengeführt werden können.

VIII. ARBEITSEINSATZ

Als der Nationalsozialismus 1933 die Macht übernahm, gab es im Reich mehr als 7 Millionen Arbeitslose, die teilweise seit Jahren das bittere Los der Arbeitslosigkeit ertragen hatten. Der Nationalsozialismus hat diesen Mißstand restlos beseitigt, was immer als eine seiner größten Leistungen gewertet werden muß.

Durch die Vielfalt und den Umfang der neuen großen Aufgaben, die durch den Nationalsozialismus in Angriff genommen worden sind, ist es inzwischen dahin gekommen, daß im Reich nicht mehr eine Arbeitslosigkeit herrscht, sondern daß ein Arbeitermangel eingetreten ist. Dieser Arbeiterbedarf wurde immer größer, als der jetzige Krieg begann und im Laufe der Jahre sich immer mehr zu einem zweiten Weltkrieg ausweitete.

Noch nie in der Geschichte hat ein Krieg solche Menschenmengen aus allen europäischen Ländern bewegt und umgesiedelt, wie es während des jetzigen Krieges der Fall ist. Aus über 20 Staaten Europas sind Arbeiter ins Reich gegangen, um die freien Arbeitsplätze einzunehmen. Das Erfassen, Bewegen und planvolle Einsetzen dieser Arbeiter ist immer mehr zu einer staatspolitischen Aufgabe und einer kriegswirtschaftlichen Notwendigkeit geworden.

Für das Generalgouvernement ergab sich sofort nach Beendigung des Polenfeldzuges die Aufgabe, den ehemaligen polnischen Raum und den polnischen Menschen in die Kriegswirtschaft des Reiches einzuordnen. Daraus entstand gerade für Warschau als dem Sitz der ehemaligen polnischen Kriegsindustrie eine doppelte Aufgabe.

Einmal handelte es sich darum, die Menschenreserven der Großstadt Warschau an die Arbeitsstätten im Reich heranzubringen. Hierzu war die Erfassung, die Ordnung und die Sichtung des Menschenmaterials nach Kenntnissen und Fähigkeiten notwendig; denn es galt nicht nur die starken Bedarfzahlen der deutschen Landwirtschaft zu erfüllen, sondern auch auf dem gewerblichen und industriellen Sektor die riesigen Anforderungen zu befriedigen, die sich aus Kriegsprogrammen, Leistungssteigerungen auf allen Gebieten,



Anwerbung freiwilliger Industriearbeiter „Kommt zu uns nach Deutschland“



Facharbeiteranwerbestelle



Vermittlungsstelle des Arbeitsamtes in Warschau



Durchgangslager in Warschau

Ausfällen durch Einberufungen zur Wehrmacht und aus dem Kriegsgeschehen für die Verkehrswirtschaft ergaben.

Die andere Aufgabe entstand daraus, daß zahlreiche Aufträge aus dem Reich ins Generalgouvernement verlagert worden sind.

Die Durchführung derartiger Massnahmen ist schon unter einem disziplinierten Volk nicht leicht. Sie ist um so schwerer unter einer Bevölkerung, die in völlig anderem Denken erzogen ist und die noch dazu unter einer politisch geleiteten Verhetzung steht, die jeder Werbung in Stadt und Land ausserordentliche Schwierigkeiten in den Weg stellt.

In früheren Jahren waren gerade aus Polen stets Zehntausende von Saisonarbeitern ins Reich gegangen, um in der Landwirtschaft als Landarbeiter mitzuarbeiten. Trotzdem diese im Reich erheblich bessere Verhältnisse vorgefunden hatten, als sie dem Landarbeiter in Polen zuteil geworden sind, war es anfangs schwer, wiederum Landarbeiter ins Reich zu vermitteln. Dies änderte sich aber, als die von den Landarbeitern aus dem Reich gesandten Briefe und Berichte eintrafen. Mancher Pole und manches Polenmädchen hatten noch niemals in solch sauberen Betten und Lagerstätten gelegen, wie sie es im Reich vorfanden. Aus den Briefen ging immer wieder hervor, wie das elektrische Licht im Kuhstall bestaunt wurde, während in Polen im ganzen Dorf kein elektrisches Licht vorhanden war. Mit anerkennenswerten Worten wurde auch davon gesprochen, dass der deutsche Bauer bei entsprechenden Leistungen in der Verpflegung nicht engherzig sei und dass auch häufig Kleidungsstücke geschenkt würden. Alle diese Nachrichten standen zu den Schilderungen, die in Polen gegeben worden waren, in so völligem Widerspruch, dass die Abneigung gegen die Verschickung ins Reich allmählich nachliess.

Die von den deutschen Behörden eingesetzten Werber, die oftmals unter den schwierigsten Verhältnissen bei Schnee und Regen die abgelegensten Ortschaften besuchten, konnten dann auch erfreuliche Erfolge buchen: Seit Ende 1939 bis Ende Mai 1942 sind nicht weniger als 64 000 polnische Landarbeiter verschickt worden, was ein stolzer Beitrag des Distrikts Warschau auf dem Gebiet des Arbeitereinsatzes ist.

Neben dieser laufenden Werbung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte galt es in steigendem Masse auch gewerbliche Kräfte für die großen wehrwirtschaftlichen Aufgaben des Reiches bereitzustellen. Hierfür kam fast ausschließlich das Stadtgebiet Warschau

als Kräftereserve in Betracht. Es war oft sehr schwierig, die brachliegenden Arbeitskräfte zu erfassen, die Rationierung der Betriebe durchzusetzen und Kräfte aus unwichtigen Produktionen, auf die Verzicht geleistet werden konnte, herauszuholen.

Mit diesen Maßnahmen ist es aber gelungen, ohne Schädigung der Wirtschaft des Distrikts Warschau dem Reich bis Ende Mai 1942 30 700 gewerbliche Facharbeiter und Hilfskräfte abzugeben. Mit den Landarbeitern zusammen sind also aus dem Distrikt Warschau

94 700 Arbeiter und Arbeiterinnen
ins Reich vermittelt worden.

Zur Durchführung dieser Arbeitseinsatzmassnahmen sind fast 100 000 Menschen durch das Warschauer Auffanglager gegangen und entlaust worden. Über 600 Transporte sind notwendig gewesen; riesige Mengen Verpflegung sind im Lager und auf den Transporten verbraucht worden. Der Erfolg hat aber die Mühe und alle Anstrengungen gelohnt.

IX. DER WOHNUNGS- UND SIEDLUNGSBAU

Die Errichtung des Generalgouvernements und der damit verbundene Aufbau der deutschen Verwaltung hat den östlichen deutschen Lebensraum in ungeahntem Masse erweitert. Durch diese räumliche Ausdehnung sind dem Wohn- und Siedlungsbau lebenswichtige Aufgaben gestellt, die für die Zukunft des deutschen Volkes im Osten von entscheidender Bedeutung sein werden; denn für die Entwicklung und Beherrschung dieses Lebensraumes, der vielen deutschen Menschen eine Heimat werden soll, sind gesunde und hinreichend grosse Wohnstätten die erste Voraussetzung.

Der Distrikt Warschau hat auf dem Gebiete des Wohnungswesens durch die Einwirkungen des Krieges die stärkste Einbusse erlitten. Wenn schon in den Vorkriegsjahren in dem ehemaligen polnischen Staat ein beträchtlicher Mangel an Kleinwohnungen herrschte, so ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt infolge der Kriegsbeschädigungen untragbar geworden. Von den in Warschau (Stadt) vor dem Kriege vorhanden gewesenen 20 650 Gebäuden sind durch Kriegshandlungen etwa 2 200, d.h. rund 10,6 v.H. völlig vernichtet und 8 740, d.h. rund 41 v.H. teilweise zerstört, abgebrannt oder stark beschädigt worden; weitere 30 v.H. sind leicht beschädigt.

Auch in den übrigen neun Kreisen des Distrikts ergab eine vorläufige Feststellung des Zustandes der vorhandenen Bauten durchschnittlich eine Zerstörung des früheren Bestandes um 20 v.H. Mehrere Orte in den Kreisen Warschau-Land, Garwolin, Minsk-Maz., Ostrow-Maz., Sochaczew und Lowitsch sind ganz zerstört oder schwer beschädigt. Mit der infolge der zahlreichen Kriegsbeschädigungen entstandenen Überbevölkerung der noch vorhandenen Wohnbauten hat sich sowohl der bauliche als auch sanitäre Zustand der Wohnräume stark verschlechtert.

Demgegenüber sind nach amtlichen Feststellungen im Distrikt Warschau mit privaten Mitteln über 3 000 Wohngebäude durch ihre Eigentümer wieder instand gesetzt und über 2 700 wieder aufgebaut. Ausserdem wurde zwecks Unterbringung der deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter die Bautätigkeit von der Regierung in

Krakau durch Ausgabe von Baudarlehen gefördert. Nachdem anfangs eine Anzahl Reichsbediensteter, die zum ersten Aufbau der Verwaltung eingesetzt waren, nur notdürftig, zum Teil in den Arbeitsräumen, untergebracht werden konnte, trat eine bedeutende Besserung der Wohnungslage ein, als die Fertigstellung der bereits angefangenen im Rohbau vorhandenen Wohnbauten durchgeführt wurde. Mit dem von der Regierung aus dem „Wohnbaufonds“ zur Verfügung gestellten ersten Baudarlehenanteil von 2 Millionen Zloty wurden im Distrikt Warschau für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der deutschen Verwaltung über 500 Wohnräume finanziert und fertiggestellt, die mit allen Bequemlichkeiten der Neuzeit ausgestattet sind. Diese Wohnbauten, denen im Rahmen der baulichen Möglichkeiten ein deutsches Gesicht gegeben wurde, entsprechen nicht nur der Würde des deutschen Ansehens, sondern haben auch zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit wesentlich beigetragen.

Neben dem Sofortprogramm, das die beschleunigte Fertigstellung der sogenannten Torsobauten vorsieht, musste die deutsche Siedlungspolitik zur Gewinnung neuen Wohnraums eine grosszügige Neubauplanung in den gewonnenen Gebieten in Angriff nehmen. In dieser Beziehung trat die deutsche Verwaltung ein trauriges Erbe an.

Polen hat, wie die Geschichte zeigt, aus eigener schöpferischer Kraft niemals sein Gebiet sinnvoll gestalten können, sondern im wesentlichen von den Früchten deutscher Pionierarbeit gelebt, die mit der kraftbewussten Ostpolitik der ersten deutschen Kaiser ihren Anfang nimmt, vom Deutschen Ritterorden zu Beginn des 13. Jahrhunderts planvoll fortgesetzt wird und durch die mächtige Städtegemeinschaft der Hanse ihre letzte Ausstrahlung erfährt. Eigene Richtlinien für den Aufbau einer Stadt oder die Gestaltung der Landschaft hat der Pole nicht aufstellen können, weil er nicht die für die Durchdringung eines Siedlungsraumes notwendige Grundlage, ein bodengebundenes, selbstbewusstes Volkstum besass. Ausserdem fehlte der polnischen Staatsführung das Verständnis für die Ziele einer völkischen Gemeinschaft. Es gibt deshalb auch keinen „polnischen Lebensraum“, der die Grundlage für ein gesundes völkisches Leben bilden könnte. Die wenigen „Städte“ des Ostens lassen in ihrem Grundriss, dessen Mittelpunkt meist der Marktplatz oder die Kirche ist, überwiegend einen deutschen Planungswillen erkennen, und die grossen monumentalen Bauwerke haben deutsche Künstler geschaffen. Im übrigen lässt die regellose Bebauung der polnischen Stadt, die weder Bauzonen noch

Fluchtlinien oder die Abgrenzung von Wohn-, Geschäfts- und Industrievierteln kennt, jedes organische Gefühl vermissen.

Deshalb überliess die „polnische Wirtschaft“ auch den grössten Teil der Gebäude ohne Rücksicht auf die Bewohner und deren Bedürfnisse ihrem Schicksal.

Eine ungeordnete, zügellose und unübersichtliche Agrarpolitik einerseits und eine unüberlegte, die Landschaftsschönheit zerstörende Anhäufung industrieller Anlagen andererseits hatten eine ungleiche Verteilung der Menschenmassen und damit eine furchtbare Wohnungsnot zur Folge. Eine soziale Betreuung der Arbeiterschaft, die man in langgestreckten Wohnhöfen und Elendsquartieren untergebracht hatte, war dem polnischen Staat unbekannt. Mangels vorhandener Mittel konnte sich daher auch keine Siedlungsbewegung entwickeln. In Warschau sind lediglich im Westen die Siedlung Kolo mit 65 Wohnhäusern (rund 1030 Wohnungen) und mit einem grossen Gemeinschaftshaus sowie im Osten die Siedlung Grochow mit 40 Wohnhäusern (rund 640 Wohnungen) vorhanden, die von der Gesellschaft für den Bau von Arbeitersiedlungen (Towarzystwo Osiedli Robotniczych) in den Jahren 1934 bis 1938 gebaut wurden. Die Planung entspricht einer Anordnung von Massquartieren. Die Wohnungen bestehen grösstenteils aus 1 bis 2 Räumen. In dem Wohnraum ist eine kleine Kochnische vorhanden. Auf je 9 bis 15 Wohnungen fallen ein gemeinschaftliches Badezimmer sowie Wasch- und Trockenräume. Da die polnischen Arbeiterfamilien sehr kinderreich sind, wird eine Stube durchschnittlich von 3 — 5 Personen bewohnt.

Abgesehen von der Unfähigkeit, in den Städten einen gesunden Wohnungsbau zu gestalten, hat der Pole auch draussen bei der Besiedlung des flachen Landes für eine Harmonie zwischen Haus- und Landschaft kein Verständnis gezeigt. Wahllos am Rande der Strasse oder mitten in der unverstandenen Landschaft stehen einzelne, quadratisch geformte Häuser, die mit ihren flachen hässlichen Dächern das Aussehen liegender oder hochkant gestellter Streichholzschachteln haben. In anderen Gegenden ziehen sich an der Strasse kilometerweit Häuserreihen entlang, die — ohne inneren Zusammenhang — keinen sie beherrschenden Mittelpunkt besitzen und in ihrer Gestaltung ebenfalls nicht nur abstossend wirken, sondern meist auch keine Kanalisation und Wasserleitung haben. Auch in diesen Haufensiedlungen hat der Pole durch die lieblose Aneinanderreihung der verschiedensten Baustile nicht nur eine unselbständige



Typische Reihenbauten des früheren polnischen Siedlungswesens



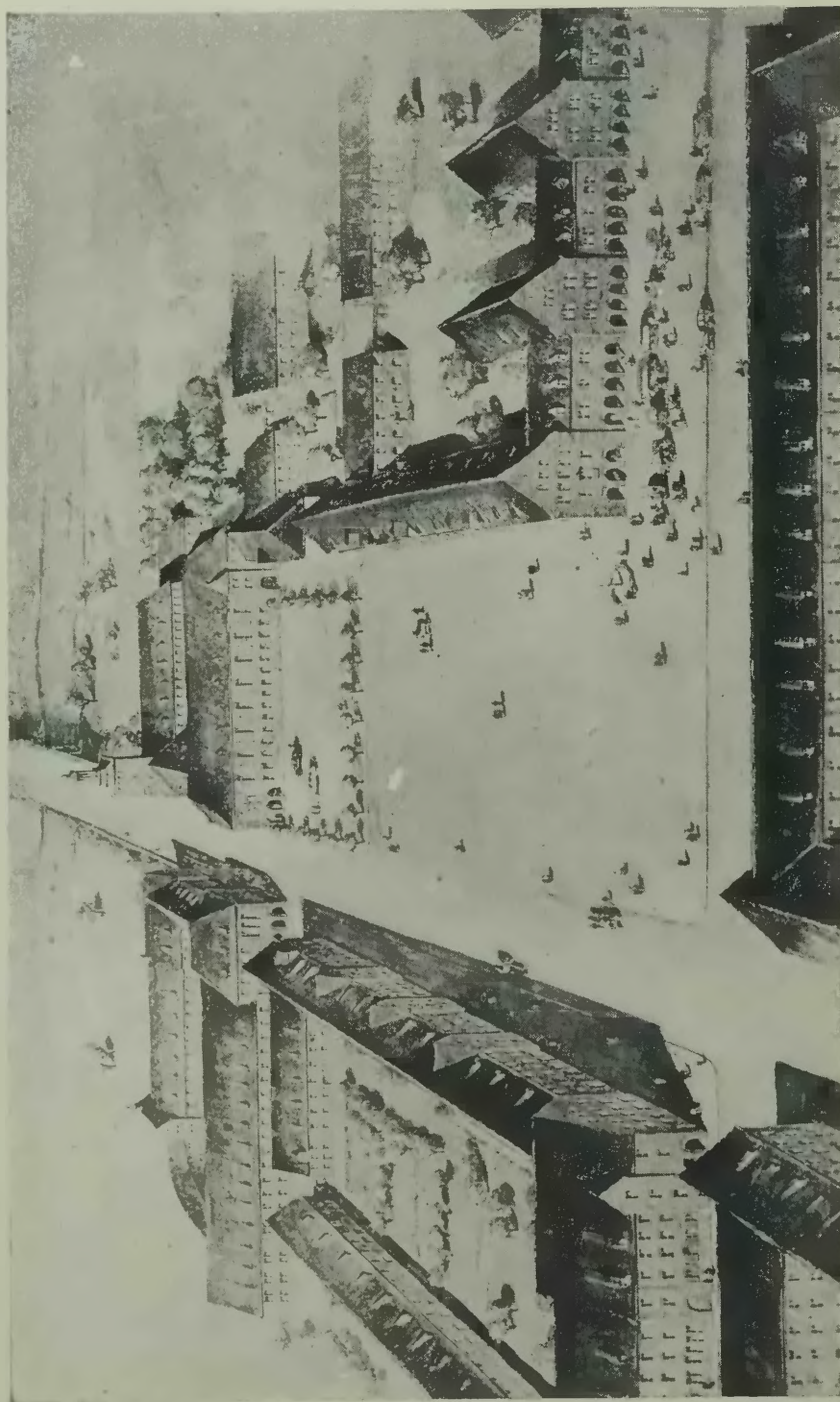
Polnische Arbeitersiedlung



Künftige deutsche Siedlungsbauten



Entwurf des Dienstgebäudes eines Kreishauptmanns (Anklang an den Stil des Deutschen Ritterordens)



Modell eines künftigen deutschen Wohnviertels (Entwurf für die Kreishauptmannschaft Sochaczew)

Baugesinnung verraten und gegen die Normen einer geschmackvollen Architektur verstossen (wenn man hiervon überhaupt sprechen darf), sondern auch in hygienischer Hinsicht die Bedürfnisse und gemeinsamen Belange der in den Häusern wohnenden Menschen überhaupt nicht erkannt.

Deshalb ist die Siedlung im Osten nicht nur ein technisches Problem, sondern eine Frage des kulturellen Aufbaues der deutschen Gemeinschaft. Damit ist die Aufgabe gestellt: Aufbau einer innerlich geordneten, kolonisationsfähigsten Gemeinschaft in einem „Deutschen Wohnbezirk“ (Stadt) oder „Siedlungsbereich“ (Land). Dabei ist im Hinblick auf die oben geschilderten polnischen Mißstände zu berücksichtigen, dass wir weder für den Aufbau der deutschen Stadt noch für die Errichtung der deutschen Siedlung eine Vorlage benutzen können. Wir betreten völlig neues Land. Die Gestaltung des deutschen Siedlungsraumes umfasst daher neben den umfangreichen städtebaulichen und wohnungspolitischen Aufgaben gleichzeitig ein eingehendes bevölkerungspolitisches Studium, eine gründliche Untersuchung der Bodenverhältnisse, Berücksichtigung der gewerblichen und industriellen Betriebe, eine Landschafts- und Wirtschaftsplanung, Aufstellung von Bebauungsplänen, Abgrenzung der Verwaltungsbezirke und Gliederung der politischen Einheiten, den Aufbau der bäuerlichen Siedlung und die Anlage von Verkehrsstrassen. Zur Lösung dieser gewaltigen Aufgaben ist nicht nur die Zusammenarbeit der beteiligten Fachkräfte, sondern die einsatzfreudige Mitarbeit jedes einzelnen Volksgenossen erforderlich, der hier im Osten eingesetzt ist.

Die im Juni 1941 im Osten beginnenden Kriegshandlungen und der dadurch eingetretene Frontbedarf an Baustoffen (Eisen, Holz, Zement usw.) hat die Verhängung einer Bausperre für alle nicht kriegswichtigen Bauten zur Folge gehabt. Die dadurch für den Wohnungsbau entstandene Ruhepause wurde dazu benutzt, das künftige Neubauprogramm für die einzelnen Kreise zu entwerfen. Um alle Deutschen des Distrikts in einwandfreie Wohnungen unterzubringen, werden in den kommenden Jahren über 2 000 Neubauten hergestellt werden, deren Errichtung gewaltige städtebauliche Aufgaben darstellt, da die neuen Bauvorhaben sinnvoll in den künftigen deutschen Wohnbezirk der Kreisstädte eingefügt werden sollen. Mit der Herstellung dieser Neubauten ist die Deutsche Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH. in Warschau beauftragt worden, die zur Wahrung einer planmässigen Durchführung des

gesamten Wohnungsbaues und zwecks Gewährleistung einer einheitlichen Wohnungs- und Siedlungspolitik von der Regierung in Krakau zur alleinigen Trägerin des gesamten Wohnstättenbaues und der Schaffung der deutschen Siedlungen erklärt worden ist.

Kristallisierungspunkt des neuen deutschen Wohn- oder Siedlungsbezirks wird nicht wie früher die nunmehr etwas abseits gerückte Kirche mit dem Marktplatz, sondern der Sitz des Kreishauptmanns sein, der als Hoheitsträger der Partei zugleich den Repräsentanten der einheitlich ausgerichteten Deutschen Gemeinschaft darstellt. Vor dem Hauptverwaltungsgebäude der Kreishauptmannschaft wird sich ein grosser von Bäumen oder einem Grünflächenstreifen umrahmter Platz befinden, der Kundgebungen oder Truppenbewegungen als Aufmarschgelände dient. Der Platz wird von einer Reihe öffentlicher Bauten umgeben. Um den Häuserkomplex der Kreishauptmannschaft werden sich die einzelnen deutschen Siedlungshäuser in aufgelockerter Bauweise mit einer — je nach Bedarf mehr oder minder grossen — Gartenlandzulage gruppieren. In der Nähe des Deutschen Wohnbezirks werden die Schulen, das HJ- und BDM-Heim sowie die Sportanlagen erstehen, in einem anderen Stadtteil wird die Geschäftswelt ihre Pforten öffnen.

Abseits vom deutschen Mittelpunkt der neuen Stadt soll den Polen ein Wohnviertel verbleiben. Damit ist einerseits zum Ausdruck gebracht, dass sie kein Stück des deutschen Eigenlebens darstellen, andererseits sollen sie zu nutzbringender Arbeit jederzeit herangezogen werden können.

Nach Beendigung der Vermessungsarbeiten wird nach Aufhebung der Bausperre unverzüglich in allen Kreisen des Distrikts der Bau der deutschen Wohnbezirke und Siedlungen beginnen.

In diesen deutschen Wohnbezirken und Siedlungen werden die Reichs- und Volksdeutschen nicht mehr das Gefühl haben, in einem fremden Land zu sein, sondern sie werden sich in dieser deutschen Umgebung wie in der Heimat fühlen.

Diese neuen deutschen Wohngebiete werden aber gleichzeitig eine kulturelle Tat des Deutschtums sein, das gegenüber dem geschmacklosen kulturlosen Wohnbaustil des polnischen Staates eine dem Geist des Nationalsozialismus entsprechende architektonisch schöne neuzeitliche Wohnkultur schafft, die in der gleichen Weise wie früher die Burgen der Ordensritter und die Handelsniederlassungen der Hanse auf Jahrhunderte hinaus von der Blütezeit des Nationalsozialismus Zeugnis ablegen wird.

X. GESUNDHEITSWESEN

Die in diesem Buch mehrfach geschilderten Verhältnisse, wie sie nach Beendigung des Polenfeldzuges bestanden, wirkten sich auch in gesundheitlicher Hinsicht außerordentlich ungünstig aus. Etwa die Hälfte des gesamten Wohnraumes war anfänglich infolge der Kriegszerstörungen völlig unbenutzbar. Dazu kam, dass im Oktober 1939 Tausende von Flüchtlingen in die Stadt Warschau strömten, wodurch die Einwohnerzahl noch zunahm.

Durch diese beiden Faktoren kam es zu einer außerordentlich starken Überbelegung des Wohnraumes in Warschau. Es ist festgestellt worden, dass in einem Zimmer zuweilen 30 — 40 Personen lebten. Die Krochmalnastrasse zählte beispielsweise bei 25 Häusern nicht weniger als 15 000 Einwohner.

Infolge der kriegserischen Ereignisse hatte auch die Wasserversorgung stark gelitten. Im Wasserwerk waren alle Druckrohrleitungen ebenso wie die Schnellfilteranlagen restlos zerstört. Das Verteilungsnetz selbst wies an 700 Stellen Beschädigungen auf. So kam es, dass an Stelle des täglichen Friedensverbrauchs von 140 000 cbm anfangs nur 10 — 15 000 cbm täglich zur Verfügung standen. Infolgedessen war die Bevölkerung gezwungen, ihr Wasser zu einem großen Teil aus der Weichsel oder aus verschmutzten Brunnen zu entnehmen. Als Folge hiervon kam es in der Stadt Warschau anfangs zu einer kleinen Ruhrepidemie von 140 Fällen, dann zu einer Typhusepidemie mit 3 785 Erkrankungen und 405 Todesfällen in der Zeit von Oktober bis Dezember 1939.

In engster Zusammenarbeit zwischen der zivilen Gesundheitsverwaltung und dem leitenden Sanitätsoffizier der Kommandantur, Oberstabsarzt Prof. Richter, wurde zur Bekämpfung dieser Seuche eine ärztliche Notorganisation ins Leben gerufen, an der sich sämtliche greifbaren praktizierenden polnischen und jüdischen Ärzte beteiligen mussten. Diese Ärzte übernahmen nach Ausrichtung ihrer Arbeit und Aufteilung auf einzelne Häuserblocks der Stadt durch die deutsche Gesundheitsführung die Kontrolle aller Häuser auf Kranke und Infektionsverdächtige und auf Über-

belegung der Wohnräume. Nach Abschluss der ersten Kontrolle waren 15 000 Menschen ohne Obdach; 30 % der Bevölkerung mussten in den Kellern wohnen.

Diesem Blockarztsystem mit seinen täglichen Meldungen an die deutsche Gesundheitsführung sowie der schnellen Wiederherstellung der Wasserleitung und der von der Gesundheitsführung angeordneten Zwangsschutzimpfung gegen Bauchtyphus war es zu verdanken, dass in der Stadt Warschau die Typhusepidemie bereits im Januar 1940 zum Abklingen kam. Heute ist infolge der nochmals wiederholten Typhusschutzimpfung der gesamten Bevölkerung in Warschau die Zahl der Typhuserkrankungen praktisch ohne jede Bedeutung, auf jeden Fall niedriger als vor der Zeit der deutschen Gesundheitsverwaltung.

Im Jahre 1941/42 wurde auch in den Kreisen des Distrikts (durch die Typhuszwangsimpfung) an allen Orten, in denen Unterleibstyphus auftrat, erreicht, daß diese Seuche praktisch verschwunden ist.

Auch die Ruhr, die in allen Kreisen des Distrikts endemisch auftritt, ist bis jetzt nicht mehr in Erscheinung getreten.

Nicht so erfolgreich waren die Bemühungen bei der Bekämpfung des Fleckfiebers. Zwar gelang es, während der ersten 1½ Jahre nach dem Sieg über Polen die Zahl der Fleckfiebererkrankungen bei der polnischen Bevölkerung in Warschau trotz der Wohndichte unter 10 Fällen je Monat zu halten. Mit dem Hereinströmen der deutschen Armeen vor Beginn des Krieges mit Russland änderte sich jedoch allmählich das Bild. Die Lebensmittel in der Stadt Warschau und vor allen im jüdischen Wohngebiet wurden immer knapper. Die Juden waren daher in stärkstem Maße bestrebt, Lebensmittel einzuhandeln, wobei sie den Bauern Kleidungsstücke, Wäsche und Pelze zum Tausch anboten. In zahllosen Fällen konnte von den Kreisärzten der Zusammenhang zwischen aufgetretenen Fleckfieberfällen und vorher eingetauschten Pelzen festgestellt werden.

Da die Grenzen des jüdischen Wohngebietes keineswegs hermetisch abgeschlossen waren, konnte dieser Handel über die polnische Bevölkerung der Stadt Warschau vor sich gehen. So kam es im Winter 1941/42 zu einer Ausbreitung des Fleckfiebers auf die polnische Bevölkerung der Stadt und der Landkreise.

Trotzdem ist es gelungen, auch diese Fleckfieberepidemie erfolgreich zu bekämpfen, so dass sie bereits nach mehreren Monaten

abgeklungen ist, ohne besonders schwerwiegende Folgen gehabt zu haben. Trotz der viel ungünstigeren Verhältnisse sind die Fleckfieberzahlen gegenüber der Epidemie des ersten Weltkrieges erheblich niedriger gewesen, obwohl damals die hygienischen Verhältnisse und die Ernährungslage wesentlich besser gewesen sind.

Wie wurde dieser Erfolg erreicht?

Ausgehend von der Erkenntnis, dass nur der verlauste und umherziehende Mensch das Fleckfieber überträgt, wurden die strengsten Maßnahmen gegen diese umherziehenden Elemente von der Gesundheitsverwaltung gefordert und auch allmählich erreicht. Da im Jahre 1940 immer wieder verlauste Juden als Überträger bei aufgetretenen Fleckfieberfällen festgestellt wurden, wurden im ganzen Distrikt, vor allem aber in der Stadt Warschau, scharf begrenzte jüdische Wohn- und Aufenthaltsgebiete gebildet. Wenn auch die Loslösung der Juden aus dem polnischen Wirtschaftsleben außerordentlich schwer war, so wurde doch dank der Einsicht aller verantwortlichen Deutschen im Winter 1940 die Isolierung der Juden erreicht.

Neben dem Kampf gegen das Umherziehen musste eine intensive Aufklärung der gesamten Bevölkerung über die Gefahren des Fleckfiebers einsetzen. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Propaganda wurde ein Fleckfieberfilm: „Juden — Läuse — Fleckfieber“ gedreht, der dazu beigetragen hat, daß die polnische Bevölkerung den deutschen Absperrungsmaßnahmen gegen die Juden Verständnis entgegen bringt und diese heute unterstützt.

Als Hauptbekämpfungsmittel gegen das Fleckfieber wurde eine große Anzahl von Entlausungsanstalten geschaffen. Am 1.10.1939 bestanden im Distrikt einschliesslich der Stadt Warschau nur 9 Entlausungsanstalten mit einer Tageskapazität von 1 715 Menschen. Bis zum 1.4.1942 wurden insgesamt 66 ortsfeste Anlagen mit einer Tageskapazität von 9 085 Köpfen neu errichtet. Davon sind in der Stadt Warschau 14 mit einer Tageskapazität von 2 500 Köpfen vorhanden.

Nach dem Anstieg des Fleckfiebers wurden von der deutschen Verwaltung in den Kreisen des Distrikts Warschau insgesamt 45 Fleckfiebernotkrankenhäuser mit 1 825 Betten neu eingerichtet. Dazu kommen noch 425 Seuchenbetten in den Allgemein-Krankenhäusern der Stadt Warschau.

Im Zuge des staatlichen gesundheitlichen Aufbaues wurde die Zahl der Verwaltungsärzte durch Vermehrung der Stadt- und Bezirks-

GESUNDHEITSPFLEGE

IM DISTRIKT WARSCHAU

STAND MAI 1942



ZEICHENERKLÄRUNG:

vor		nach	
○	1.5.42	○	1.5.42
○	Krankenhaus	○	Krankenhaus
△	Zugabe Seuchenabst.	△	Zugabe Seuchenabst.
□	Gesundheitspunkt	□	Gesundheitspunkt

Gesundheitspflege im Distrikt Warschau



Deutsches Krankenhaus Warschau



Erholungsheim Karolin

ärzte in den Landkreisen einschliesslich der Kreisärzte von etwa 30 auf 106 gebracht. Die Zahl der Desinfektoren beträgt heute insgesamt 559 (davon in der Stadt Warschau 439), die Zahl der Gesundheitskontrolleure insgesamt 68 (davon in Warschau 32).

Die geringe Zahl der praktizierenden Ärzte in den Landkreisen machte die Erkennung und Bekämpfung der Seuchen auf dem Lande anfangs unmöglich. Die deutsche Gesundheitsverwaltung schuf durch Ausbau des Bezirksarztsystems und durch Niederlassungssperre in der Stadt Warschau den Anreiz für zahlreiche polnische Ärzte, sich auf dem Lande niederzulassen. Am 1.4.42 praktizierten in den Landkreisen des Distrikts Warschau 591 polnische Ärzte, 1940 waren es 290.

Das staatliche Gesundheitswesen im Distrikt Warschau stützt sich in seinem Seuchenkampf auf die Gesundheitspunkte, in denen die Tuberkulose, Trachom- und Geschlechtskranken erfasst und Schutzimpfungen durchgeführt werden und alle organisatorischen Hilfsmittel der Gesundheitsführung verankert sind. Im Jahre 1939 gab es 46 Gesundheitspunkte, davon in der Stadt Warschau 11. Von der deutschen Gesundheitsverwaltung wurden bis zum 1.4.42 weitere 46 neue Gesundheitspunkte errichtet und in Betrieb genommen, so dass heute im Distrikt Warschau insgesamt 92 Gesundheitspunkte bestehen, davon 14 in der Stadt Warschau.

Die Juden haben in der Stadt Warschau noch 6 Gesundheitspunkte errichtet, ebenso mussten sie in allen größeren jüdischen Wohnbezirken außer den Entlausungsanlagen auch Gesundheitspunkte schaffen.

Vor dem deutsch-polnischen Kriege bestanden im Gebiet des Distrikts Warschau insgesamt 41 Krankenhäuser mit 10 682 Betten. Während des Krieges wurde eine ganze Reihe Krankenhäuser, besonders in der Stadt Warschau, zerstört. Am 1.4.1942 waren im Distrikt Warschau trotzdem bereits 43 Allgemein-Krankenhäuser mit 10 752 Betten in Betrieb. Die Stadt Warschau ist darin mit 24 Krankenhäusern und 9 460 Betten vertreten, von denen seit Beginn des Russlandfeldzuges die besten Krankenhäuser mit etwa 3 000 Betten der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Stadt hat sich durch Rückgriff auf die Privatkliniken 3 000 Betten Ersatz schaffen können.

Das Krankentransport- und Unfallrettungswesen war im Distrikt Warschau vor dem Kriege eine Angelegenheit zahlreicher privater und halböffentlicher Unternehmen. Es wurde deshalb eine öffentli-

che Rettungsbereitschaft für den Distrikt Warschau geschaffen, die heute mit 18 Krankentransportwagen, darunter 6 deutschen Mercedes und DKW- Wagen arbeitet. Im letzten Winter konnte diese Organisation der Wehrmacht bzw. den deutschen Verwundeten, die in Warschau ankamen, durch Beschleunigung des Abtransportes vom Ostbahnhof in die Lazarette wertvolle Unterstützung leisten.

Die Zahl der Röntgenapparate in der Tuberkulosefürsorge der Gesundheitspunkte sowohl der Stadt Warschau als auch der Kreise wurde verdreifacht, die Zahl der Untersuchungen verdoppelt.

Die Sozialversicherungskasse baute ein großzügiges Institut für physikalische Therapie auf, das allen Deutschen neben den Versicherten der Kasse zur Benutzung zur Verfügung steht. Dem Staatlichen Hygienischen Institut in Warschau wurde eine Fleckfieberforschungsstelle angeschlossen, in der heute Fleckfieberimpfstoff gewonnen wird, der den ganzen Bedarf der Gesundheitsverwaltung deckt.

Endlich wurde eine Distriktsgesundheitskammer aufgebaut, die heute 11 500 Heilberufler umfasst, die von der Gesundheitsführung nach Bedarf angesetzt werden. Jedenfalls ist erstmalig durch Schaffung einer Arbeitsplatzvermittlung für die Heilberufler eine sinnvolle Verteilung der zur Verfügung stehenden Kräfte möglich. Obwohl der Seuchenabwehrkampf alle Kräfte der Gesundheitsverwaltung, die nur mit wenigen deutschen Ärzten besetzt war, in Anspruch nahm, konnten doch noch die notwendigen gesundheitlichen Einrichtungen für die deutschen Menschen in Warschau geschaffen werden.

Bereits im Mai 1940 wurde aus einem stark beschädigten polnischen Privatkrankenhaus das Deutsche Distriktskrankenhaus geschaffen, das anfangs 140 Betten umfasste, heute bereits — durch Hinzunahme der umliegenden Privatvillen — 3 Fachabteilungen mit insgesamt 300 Betten aufweist. Als Ergänzung dieses Krankenhauses wurde das Gesundheitsheim der Wilhelm - Richter - Spende in Karolin geschaffen, das allen Deutschen die Möglichkeit zur Gesundheit und Erholung bietet.

Zur Versorgung der reichs- und volksdeutschen Bevölkerung wurde im Juni 1940 die Deutsche Apotheke errichtet. Mit ihrer Hilfe gelang es, die umfangreichen Anforderungen auch der im reichsdeutschen Interesse arbeitenden Betriebe und Dienststellen zu befriedigen.

Die pharmazeutische Industrie Warschaus, der in der Wirtschaft des Generalgouvernements eine große Bedeutung zukommt, wurde

unter deutsche Aufsicht und Leitung gestellt. Wichtige Betriebe, die durch den Krieg zerstört waren, wurden wieder aufgebaut und dem deutschen Interesse dienstbar gemacht. Zur Steuerung der Betriebe im reichsdeutschen Interesse wurden scharfe Maßnahmen hinsichtlich der Rohstoffbewirtschaftung gegenüber den pharmazeutischen Fabrikbetrieben und pharmazeutischen Großhandlungen erlassen. Anbau und Sammlung von Heilpflanzen wurde gefördert.

Besondere Sorge galt den Volksdeutschen. Mit Hilfe des Röntgensturmbannes der Waffen-SS wurde eine Reihenschirmbild-Lungenuntersuchung von etwa 10 000 Volksdeutschen durchgeführt, die leider ergab, dass gerade die Volksdeutschen, die jahrzehntelang unter polnischen Verhältnissen hatten leben müssen, weitgehend tuberkulosekrank waren. Es wurde deshalb eine deutsche Beratungsstelle für Tuberkulose eingerichtet, die alle bei der Reihenuntersuchung festgestellten Kranken auch weiterhin berät und die in zahlreichen Fällen die Erkrankten in eine inzwischen geschaffene deutsche Abteilung im Lungensanatorium in Rutka entsandt hat. Auch wurde in einem Krankenhaus der Stadt Warschau für die nicht zur Verschickung geeigneten Tuberkulosefälle eine Tuberkuloseabteilung geschaffen.

Alle volksdeutschen Schulkinder wurden untersucht. Für sie wurde eine dauernde Schulfürsorge errichtet. Darüber hinaus schuf die NSDAP mit ihrem deutschen Hilfswerk eine Säuglingskrippe, die für deutsche Säuglinge mit 30 Betten zur Verfügung steht.

Im Rahmen des Volksbildungswerkes wurden in Warschau und den von Deutschen bewohnten Kreisen Vorträge über gesundheitliche Themen gehalten, um so die deutsche Bevölkerung auch durch Aufklärung in gesündere Verhältnisse zu führen.

Die an den Fragen der Gesundheit am meisten interessierten deutschen Frauen und Mädchen wurden in Kursen im Rahmen der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes geschult, um so für deutsche Veranstaltungen und für die deutschen verwundeten Soldaten stets Helferinnen zur Verfügung zu haben.

Daneben sorgen bisher 5 deutsche Hebammen, die außerhalb Warschaws in den Hilfsstellen für Mutter und Kind stationiert sind, dafür, daß die Kinder unserer deutschen Volksgenossen auf dem Lande nicht mehr von polnischen Hebammen betreut werden müssen. Nur so ist der Kinderarmut der hiesigen Volksdeutschen, die zu einem großen Teil durch sehr hohe Säuglingssterblichkeit bedingt ist, beizukommen.

XI. SCHULWESEN

1. Die Unterdrückung des deutschen Schulwesens durch die Republik Polen.

Die deutschen Siedlungen im Gebiete des Distrikts Warschau stammen meistens aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts. In jener Zeit hatte die damalige preußische Regierung deutsche Siedler gerufen, die ihrer Herkunft nach Schwaben-, Hessen- und Pommern-dörfer gründeten.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden unter der russischen Herrschaft deutsche Kantoratsschulen, die allerdings oft durch die russische Gouvernementsverwaltung bekämpft wurden. Die Haltung der evangelischen Pfarrer der damaligen Zeit muß in diesem Zusammenhang anerkennend erwähnt werden, da sich diese evangelischen Pfarrer für die Gründung deutscher Schulen bei der russischen Regierung mit Erfolg einsetzten. Sie verhinderten damit eine Polonisierung oder Russifizierung der deutschen Volksgruppen. Bis zum Weltkriege haben sich in den Grenzen des heutigen Distrikts Warschau etwa 40 solcher Kantoratsschulen erhalten.

Während des Weltkrieges hat das deutsche Schulwesen in der Zeit der deutschen Besetzung einen vorübergehenden Aufschwung genommen. Die deutschen Schulen wurden damals zu einem Landesschulverband zusammengeschlossen und einheitlich von ihm betreut.

Diese erfolgversprechende Entwicklung wurde nach dem Weltkrieg durch den neu entstandenen polnischen Staat jäh unterbrochen. Bereits am 3.3.1919 wurde der deutsche Landesschulverband durch die polnische Regierung aufgelöst und sein Vermögen den polnischen Schulen zugeteilt. Die deutschen Schulen wurden verstaatlicht und damit ihres deutschen Charakters entblößt, so daß sie dem Untergang geweiht waren.

Tatsächlich war von den etwa 40 Schulen, die bis zum Jahre 1919 im Gebiet des jetzigen Distrikts Warschau bestanden hatten, Anfang 1939 praktisch keine einzige mehr vorhanden; denn die wenigen

Schulen, die von den Polen noch als deutsche Schulen bezeichnet wurden, standen nur auf dem Papier. Gewiß war formell neben der polnischen Sprache auch die deutsche Sprache als Unterrichtssprache zugelassen, tatsächlich wurde aber der gesamte Unterricht vom zweiten Schuljahr aufwärts in der polnischen Sprache erteilt. Lediglich im ersten Schuljahr mußte in den rein deutschen Siedlungen, in denen die deutschen Kinder die polnische Sprache überhaupt nicht beherrschten, notgedrungen die Muttersprache der Kinder etwas berücksichtigt werden.

Im Bereich des heutigen Distrikts Warschau wurde nur noch an 9 Volksschulen zweimal wöchentlich deutscher Sprachunterricht zugelassen. An allen anderen polnischen Volksschulen, die auch von den deutschen Schulkindern besucht werden mußten, war die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts die einzige Möglichkeit, die deutschen Kinder in ihrer Muttersprache notdürftig zu unterweisen. In den polnischen höheren Schulen war das Erlernen der deutschen Sprache durch deutsche Kinder nur als Fremdsprache möglich.

Alle Proteste der deutschen Minderheit gegen diese rechtswidrigen Methoden blieben erfolglos. Die Entdeutschungswut der Polen kannte keine Grenzen.

Diese feindliche Einstellung gegenüber dem deutschen Schulwesen ist um so ungerechter gewesen, als in der gleichen Zeit im Reich von deutscher Seite gegenüber den polnischen Minderheiten das weiteste Entgegenkommen gezeigt wurde. Nach der „Preußischen Ordnung zur Regelung des polnischen Minderheitsschulwesens“ vom 31.12.1928 genügte zur Errichtung einer polnischen Privatschule bereits die Anmeldung von 7 Schulkindern, wobei das Volkstumsbekenntnis der Kinder und ihrer Eltern weder nachgeprüft noch bestritten werden durfte. Als Lehrkräfte an diesen polnischen Minderheitsschulen im Deutschen Reich konnten sogar polnische Staatsangehörige zugelassen werden, die ihre Ausbildung in Polen erhalten hatten und deren dort erworbene Lehrbefähigung von den deutschen Schulaufsichtsbehörden ohne Nachprüfung anerkannt wurde. Auf Grund dieser „Ordnung“ errichteten die Polen 1929 und 1930 in den Ostprovinzen Ostpreußen, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen und Schlesien nicht weniger als 55 Minderheitsvolksschulen mit polnischer Unterrichtssprache, in Oberschlesien außerdem noch auf Grund des Oberschlesischen Abkommens 6 private und 10 öffentliche Minderheitsvolksschulen. Endlich wurden den Polen auch noch höhere Schulen zugestanden, und zwar je ein Gymnasium für Knaben

in Beuthen und Marienwerder sowie ein Mädchengymnasium in Ratibor.

Die Hoffnungen, die man sich im Reich mit diesem weitgehenden Entgegenkommen gemacht hatte, gingen nicht in Erfüllung; irgend-eine günstige Rückwirkung auf die Daseinsbedingungen der deutschen Schulen in Polen trat nicht ein. Vielmehr wurden die Polonisierungsmaßnahmen des polnischen Staates fortgesetzt.

Auch als im Jahre 1934 der deutsch-polnische Nichtangriffspakt geschlossen worden war, trat keinerlei Änderung in der Haltung des polnischen Staates gegenüber der deutschen Minderheit ein. Im Gegenteil wurde versucht, auch die letzten der im Jahre 1919 in den polnischen Staatsdienst übernommenen Lehrer herauszudrängen. Als Vorwand zur Entlassung wurde dabei das Nichtbestehen plötzlich angesetzter polnischer Prüfungen und die angeblich dabei bewiesene Unkenntnis polnischer Gesetze genannt. Der polnische Lehrerverband war hierbei führend tätig. Eine wirkungsvolle antideutsche Propaganda von Mund zu Mund hetzte ebenso sehr wie die polnische Presse. Die öffentlichen antideutschen Kundgebungen verrieten vollends, daß eine einheitliche Leitung und Lenkung durch Warschauer Regierungsstellen vorlag.

Der Erfolg dieses mit der größten Zähigkeit geführten Volkstumskampfes blieb nicht aus: nach 20 Jahren polnischer Herrschaft war das deutsche Schulwesen vollständig zerschlagen. Die traurigste Folge davon war, daß nur noch gegen 10% der deutschen Bevölkerung ihre deutsche Muttersprache beherrschten.

Erst die siegreiche Beendigung des Feldzuges gegen Polen im September 1939 hat diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende bereitet.

2. Der Aufbau des deutschen Schulwesens im Distrikt Warschau.

Das Ziel der deutschen Zivilverwaltung ging dahin, so schnell wie möglich ein deutsches Schulwesen neu aufzubauen, damit deutsche Kinder wieder deutsche Schulen besuchen können.

Die Lösung dieser Aufgabe war außerordentlich schwer, da weder Schulgebäude und Schuleinrichtungen noch geeignete Lehrkräfte vorhanden waren. Aber der deutsche Organisationsgeist und Auf-

bauwille führten auch hier zum Erfolg. Bereits am 27.11.1939, also nur wenige Wochen nach Einsetzung der deutschen Zivilverwaltung, konnte in Warschau die erste deutsche Volksschule mit 385 Schulkindern und 10 Lehrkräften feierlich eröffnet werden. Die große Bedeutung, die die Regierung des Generalgouvernements diesem Vorgang beimaß, kam darin zum Ausdruck, daß der Generalgouverneur zu dieser feierlichen Eröffnung persönlich erschien.

Der weitere Aufbau der deutschen Volksschulen ging glatt vonstatten: Bis zum Ende des Jahres 1939 wurden allein im Distrikt Warschau weitere 15 deutsche Volksschulen gegründet, deren Zahl bis Ostern 1940 sogar auf 50 anstieg. Als im Herbst 1940 die Volksdeutschen östlich der Weichsel in das Reichsgebiet umgesiedelt wurden, war es selbstverständlich, daß die dort gegründeten Schulen wieder aufgelöst wurden.

Am 1.4.1942 zeigte das deutsche Volksschulwesen im Distrikt Warschau folgendes Bild:

Warschau - Stadt	3	Schulen	36	Lehrkräfte	1609	Schüler
Warschau Land	10	„	15	„	762	„
Lowitsch	9	„	16	„	550	„
Grojec	13	„	14	„	524	„
Sochaczew	8	„	15	„	457	„
Siedlce	1	„	1	„	19	„
	44	Schulen	97	Lehrkräfte	3921	Schüler

Diese Zahlen spiegeln am besten die große Arbeit wieder, die die mit dem Aufbau des deutschen Schulwesens betrauten Dienststellen geleistet haben.

Im Kreise Lowitsch wurden in den Städten Lowitsch und Skiernewice Schülerheime für 150 bzw. 100 deutsche Schulkinder geschaffen. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die letzten deutschen Kinder aus den Streusiedlungen des Kreises dem Unterricht in einer deutschen Schule zugeführt werden. Hierin liegt überhaupt die wichtigste Aufgabe, da der größte Teil der volksdeutschen Kinder bisher nur polnisch gesprochen hat und daher mit der deutschen Sprache erst wieder vertraut gemacht werden muß.

Ferner wurde in Mondralin, etwa 30 km südlich von Warschau, ein Schulungs- und Kameradschaftsheim für die Lehrerschaft des Distrikts errichtet, in dem regelmäßig Schulungen durchgeführt werden, um die aus allen Gauen Deutschlands stammenden Lehrkräfte immer wieder fachlich und weltanschaulich auszurichten.



Eröffnung der deutschen Schule in Warschau durch den Generalgouverneur



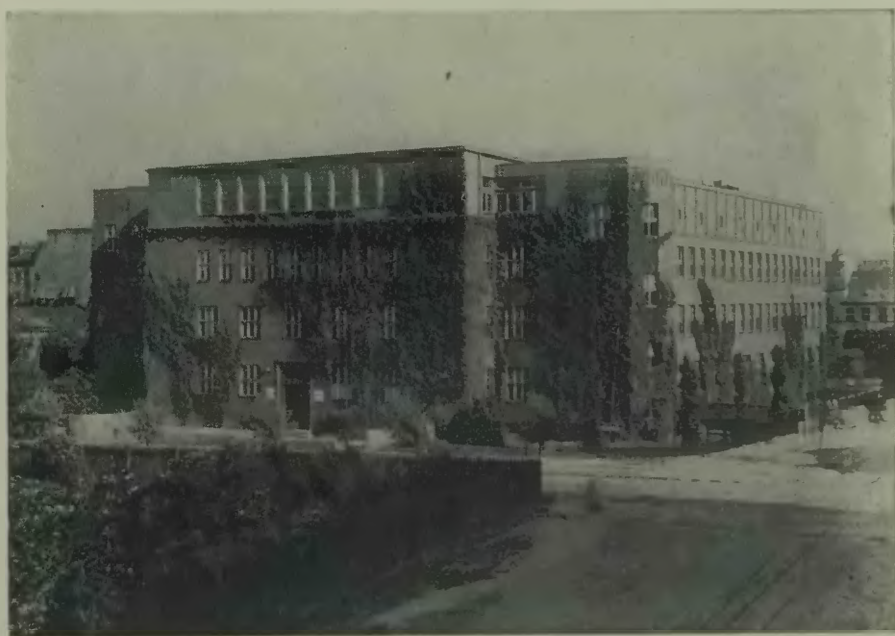
Deutsche Oberschule in Warschau



Aula der Deutschen Oberschule in Warschau



Deutsche Volksschule in Warschau



Deutsche Handwerkerschule in Warschau



Nähunterricht in der deutschen Haushaltsschule



Schreibmaschinenraum in der deutschen Handelsschule

Auf dem Gelände dieses Lehrerheimes wurde auch ein Landschulheim eingerichtet, in dem die deutsche Schuljugend aus Warschau Gelegenheit findet, einige Wochen im Freien zu leben, ohne den Unterricht zu entbehren.

Neben der Errichtung dieser deutschen Volksschulen ergab sich bald das Bedürfnis nach einer höheren Schule. Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde am 5. 9. 1940 die Deutsche Oberschule für Jungen, in die auch Mädchen aufgenommen werden, mit 170 Schülern und Schülerinnen und 7 Klassen eröffnet. Ein Jahr später zählte diese Oberschule bereits 197 Schüler und 146 Schülerinnen mit 17 Lehrkräften und 14 Klassen. Am 1. April 1942 hatte sie 157 Schüler, 131 Schülerinnen, 17 Lehrkräfte und 14 Klassen. Der Rückgang in der Schülerzahl ist auf eine schärfere Auslese zurückzuführen.

Diese Oberschule arbeitet nach dem Lehrplan des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Die Reifezeugnisse, die die Schüler der 8. Klasse nach Ablegung der Reifeprüfung erhalten, sind auch im Reich anerkannt und haben die gleiche Berechtigung wie die Reifezeugnisse der Oberschulen des Reiches. Es braucht also jetzt niemand, der in das Generalgouvernement versetzt wird, die Befürchtung zu haben, daß seine Kinder hier keine ordnungsmäßige Schulausbildung erhalten. Auch das Schulgebäude selbst, das frühere polnische Batory-Gymnasium, entspricht allen Anforderungen, die im Reich an deutsche Oberschulen gestellt werden.

In der gleichen Weise hat die deutsche Schulverwaltung deutsche Berufs- und Fachschulen aufgezo-gen. Es ist dies ein großer Vorteil gegenüber der Zeit vor dem jetzigen Kriege, da es bisher im Gebiet des Distrikts Warschau keine deutschen Berufs- und Fachschulen gab. Die volksdeutschen Jugendlichen mußten früher die polnischen berufsbildenden Schulen besuchen. Sie wurden dadurch zwangsläufig polonisiert, und die wertvollen Eigenschaften des deutschen Handwerkers, Kaufmanns und Facharbeiters gingen oftmals verloren. Die deutsche Schulverwaltung hat deshalb neben den Volks- und Oberschulen auch ein deutsches Berufs- und Fachschulwesen aufgezo-gen, das sich vorerst auf die Stadt Warschau beschränkt, aber Jugendliche aus dem ganzen Distrikt zu seinen Schülern zählt.

Bereits im Oktober 1940 wurde eine Deutsche Handels- und Handwerkerschule eingerichtet, die seit ihrem Bestehen eine

außerordentlich günstige Entwicklung genommen hat. Die Zahl der Jugendlichen, die dort ihre Ausbildung erhalten, ist in ganz kurzer Zeit von 290 auf rund 700 angestiegen. Die Schule ist inzwischen so vielgestaltig geworden, dass daraus drei selbständige Schulen gebildet werden mußten, und zwar:

1. Deutsche Handelsschule
mit angegliederter deutscher kaufmännischer Berufsschule,
2. Deutsche Handwerkerschule für Metallgewerbe (Maschinen-
schlosser-, Werkzeugmacher- und Bauschlosserausbildung)
mit angegliederter gewerblicher Berufsschule,
3. Deutsche Haushaltungsschule
mit angegliederter hauswirtschaftlicher Berufsschule.

Die Lehrwerkstätten der Handwerkerschule entsprechen allen modernen Anforderungen. Mit der Handwerkerschule steht ein in der unmittelbaren Nähe der Schule gelegenes Musterlehrlingsheim in Verbindung, das von der HJ in erfreulicher Zusammenarbeit geführt wird.

Die Jungen werden in der Schule und in Verbindung mit ausgesuchten Betrieben theoretisch und praktisch zu qualifizierten Fachleuten herangebildet. Gerade die enge Verbindung mit dem Lehrlingsheim und der Praxis wird die Grundlage für eine erfolgreiche Erziehung des volksdeutschen Nachwuchses sein.

Die deutsche Haushaltungsschule verfügt über alle erforderlichen Einrichtungen. Neben einer Haushaltungsklasse wird ab 1. 9. 42 eine Kinderpflegerinnenklasse und eine Klasse einer Handwerkerschule für Schneiderinnen geführt.

Mit dem 1. September 1942 nimmt auch die erste Klasse einer vierklassigen Wirtschaftsoberschule ihre Arbeit auf, die ein beruflich ausgerichtetes Wissen vermitteln soll und zur Hochschulreife führen wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auf dem Gebiet des deutschen Schulwesens in 3 Jahren außerordentlich wichtige Aufbauarbeiten geleistet worden sind. Die unhaltbaren Zustände der früheren Republik Polen, in der deutsche Kinder unter Mißachtung ihres Volkstums polonisiert wurden, sind endgültig beseitigt. Den deutschen Jugendlichen ist jetzt die Möglichkeit gegeben, in einer deutschen Schule in der Muttersprache die erforderliche Ausbildung und Erziehung zu erhalten.

3. Das polnische Schulwesen und das Minderheitenschulwesen.

Durch die Kriegereignisse im September 1939 war das gesamte polnische Schulwesen in der ehemaligen Republik Polen stillgelegt worden. Wenn die deutsche Verwaltung Gleiches mit Gleichem hätte vergelten wollen, hätte sie an diesem Zustande nichts zu ändern brauchen. Dies geschah aber nicht, vielmehr wurden die polnischen Volksschulen, Berufs- und Fachschulen sofort wieder in Gang gesetzt.

Noch im Schuljahr 1939/40 konnten im Distrikt Warschau nicht weniger als 1469 polnische Volksschulen und 117 Kindergärten ihren Schulbetrieb wieder aufnehmen. In ihnen genossen 323 117 polnische Kinder im schulpflichtigen Alter die schulische Betreuung, während 8 385 Kinder im vorschulpflichtigen Alter in Kindergärten untergebracht sind. Diese Zahlen muss man sich vergegenwärtigen, wenn man an die skandalöse Unterdrückung der früheren deutschen Minderheit in der früheren Republik Polen zurückdenkt.

Von wesentlicher Bedeutung ist, daß in sämtlichen Schulen die Unterrichtssprache polnisch ist und daß die deutsche Sprache in den polnischen Volksschulen überhaupt nicht unterrichtet wird. Das ist auch der beste Beweis dafür, daß wir Deutschen nicht die Absicht haben, die hier lebenden Polen in irgendeiner Weise zu germanisieren.

Daß dieser Unterricht nicht mehr im Haß gegen das Deutschtum mit den Hetzmaßnahmen des früheren polnischen Lehrerverbandes erfolgt, ist eine Selbstverständlichkeit, die sich aus der veränderten politischen Situation ergibt. Es sei aber ausdrücklich betont, daß der Religionsunterricht in keiner Weise angetastet ist, auch dieser Religionsunterricht wird den in der Hauptsache römisch-katholischen Polen in ihrer Muttersprache erteilt. 349 lehrbefähigte und von der zuständigen Kirchenbehörde zugelassene Religionslehrer erhalten hierfür eine staatliche Entlohnung.

Neben den staatlichen polnischen Volksschulen werden zur Zeit auch noch private Volksschulen geduldet, die eine Besucherzahl von 10 953 Zöglingen aufweisen, während in privaten Kindergärten 2 845 Kinder betreut werden.

Ein Teil dieser kleineren privaten Volksschulen wird von Mitgliedern geistlicher Orden unterhalten. Diese Volksschulen werden in der Hauptsache von Waisenkindern, Obdachlosen, Schwachsinnigen und Blinden besucht. Sie sind mit Fürsorgehäusern verbunden und tragen ausgesprochen sozialen Charakter.

Sehr gross ist die Zahl der polnischen Lehrkräfte: Gegenwärtig sind 6 291 Lehrkräfte und 231 Kinderhortnerinnen angestellt. Wenn man diese Zahlen mit den brutalen Entlassungen deutscher Lehrer in den nach dem Weltkrieg von den Polen besetzten deutschen Ostgebieten vergleicht, so kann daraus am besten ersehen werden, wie großzügig die deutsche Verwaltung dem polnischen Volksschulwesen gegenübersteht.

Die Haltung dieser polnischen Lehrerschaft ist im allgemeinen zufriedenstellend. Gegen politische Unruhestifter ist mit strengsten Maßnahmen vorgegangen worden; aber es handelt sich hierbei um Einzelfälle. Insgesamt hat die Haltung der polnischen Lehrerschaft — wenigstens nach außen hin — zu ernstest Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Die polnische Lehrerschaft hat sich vielmehr gerade auf dem Lande über ihre Schularbeit hinaus Aufgaben gewidmet, die im Interesse der Öffentlichkeit liegen. Im Vorfrühling 1942 sind nahezu sämtliche polnischen Lehrer und Lehrerinnen im Absammeln und Trocknen von Heilkräutern, Teeblättern und Roßkastanien sowie in der Technik der Seidenraupenzucht durch Fachleute, die die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gestellt hat, durchgeschult worden. Trotz zweier für die Jungbäumchen sehr ungünstiger Winter nimmt die Seidenraupenzucht im Distrikt Warschau einen beachtlichen Aufschwung. Im Kreise Lowitsch erhielten die Seidenbauer 240 m Kunstseide als Prämien, einige Schulen Belobigungsschreiben der Zentralprüfungsstelle für Seidenbau in Mila-nowek.

Neben den polnischen Schulen gibt es in der Stadt Warschau auch noch ein Minderheitenschulwesen. Eine öffentliche ukrainische und eine private russische Volksschule tragen dem Bildungsbedürfnis dieser Volksgruppen Rechnung. Auch den weißruthenischen Volksgruppen ist eine eigene Volksschule in Warschau genehmigt worden, wovon die Weißruthenen bisher allerdings noch keinen Gebrauch gemacht haben. Immerhin konnten neben den fortgeführten 118 polnischen öffentlichen und privaten Kindergärten auch noch ein ukrainischer und ein weißruthenischer Kinderhort eröffnet werden.

Ganz besondere Aufmerksamkeit wurde auch dem polnischen Berufs- und Fachschulwesen gewidmet, das weitgehend neu geordnet worden ist.

Das polnische Berufs- und Fachschulwesen wird durch die wirtschaftliche Struktur des Distrikts Warschau, vor allem durch die

zahlreichen gewerblichen und industriellen Betriebe des Großraumes Warschau bestimmt. Seine besondere Bedeutung erfährt es dadurch, daß die allgemein bildenden polnischen höheren Schulen geschlossen worden sind. Jede über das Ziel der Volksschule hinausgehende Bildung muß deshalb in Verbindung mit der praktischen Ausbildung in den Lehranstalten des Berufs- und Fachschulsektors gewonnen werden.

Die Qualität des polnischen Arbeiters und seiner Arbeit steht im allgemeinen hinter der des deutschen Arbeiters zurück. Besonders läßt auch die mengenmäßige Leistung zu wünschen übrig. Das geringe Leistungsvermögen beruht zum Teil auf den Mängeln des polnischen Berufs- und Fachschulwesens, die sich im Wirtschaftsleben heute noch auswirken. Der Unterricht war zu theoretisch und zu wenig praxisverbunden. Der theoretische Unterricht nahm im Verhältnis zur Praxis zu viel Zeit in Anspruch. Hier wurde grundlegender Wandel geschaffen. Die Lehrpläne wurden den Erfordernissen des praktischen Lebens angepasst. Es werden außerdem nur Schüler aufgenommen, die über eine ausreichende Praxis verfügen. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, daß ein wirklich brauchbarer Nachwuchs herangebildet wird.

Die deutsche Schulverwaltung hat durch Gründung der Höheren technischen Fachschule in Warschau noch eine Stufe auf die Fachschule aufgebaut. Nur die befähigsten und über eine ausreichende Praxis verfügenden Bewerber werden aufgenommen.

Die Arbeit an den Fachschulen kann nur dann Erfolg haben, wenn die untersten Stufen des berufsbildenden Schulwesens, die Berufs- und Handwerkerschulen, in Ordnung sind. Der polnische Staat hat es nicht vermocht, die Berufsschulen so auszubauen, daß sie tatsächlich den Unterbau für die Fachschule darstellen und den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht werden. Die Berufsschulen hatten keine geeigneten Lehrkräfte. Sie waren zersplittert, der Schulbesuch war unregelmässig und der Unterricht fand in den Abendstunden statt. Durch diese Mängel wurde eine erfolgreiche Arbeit unmöglich gemacht. Seit Ausübung der deutschen Schulaufsicht wurden diese Mängel mehr und mehr abgestellt. Die Regierung des Generalgouvernements trägt jetzt zum Beispiel die gesamten persönlichen Kosten für die Berufsschullehrer, um so tatkräftig zu helfen. Die Lehrkräfte erhalten eine Fachausbildung, und die Vorarbeiten für eine spezielle Ausbildung der Berufsschullehrer sind abgeschlossen.

Einzelne Zweige der gewerblichen Wirtschaft, besonders die des Handwerks, waren früher nicht in der Lage, selbst ausreichenden Nachwuchs heranzubilden. Die polnische Schulverwaltung hat deshalb zum Teil recht ordentliche Handwerkerschulen eingerichtet, aber nur in der Stadt Warschau. Da jedoch die Schulung des Nachwuchses auch in den Klein- und Mittelstädten notwendig ist, sind in den letzten 2½ Jahren auch in diesen Städten Handwerkerschulen gegründet worden, deren Ausbau nach besten Kräften gefördert wird.

Besondere Bedeutung kommt dem kaufmännischen Schulwesen zu, da es die Aufgabe hat, den Nachwuchs für das ausgeschiedene jüdische Element heranzubilden.

Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: Im Schuljahr 1938/39 waren in den Fach- und Berufsschulen des Distrikts Warschau insgesamt 35 000 Jugendliche eingeschult, im Schuljahr 1941/42 dagegen rund 63 000. Das bedeutet in der kurzen Frist von 2½ Jahren, daß 28 000 Jugendliche mehr einer praktisch ausgerichteten Ausbildung zugeführt werden.

Im einzelnen ergibt sich bei der Gegenüberstellung des Schuljahres 1940/41 zum Schuljahr 1941/42 folgende Steigerung in den Schülerzahlen:

Handels- und Handelsfachschulen	23%
Handwerker und Handwerksschulen	44%
Gewerbliche Fachschulen	33%
Haushaltungs- und Kinderpflegerinnenschulen	60%

Besondere Fürsorge erfahren auch die landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen. Gerade in ihnen ist die Möglichkeit gegeben, auf dem schnellsten und sichersten Wege über die Jugend auch die Elternschaft vom fachlichen Standpunkt aus zu erfassen und sie an der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung wesentlich Anteil nehmen zu lassen. Die landwirtschaftlichen Schulen sind die Grundlage zur Hebung des fachlichen Verständnisses der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung. Im Distrikt Warschau bestehen rund 20 landwirtschaftliche und gärtnerische Fachschulen für Jungen und Mädchen. Im letzten Jahr ist außerdem ein dichtes Netz von landwirtschaftlichen Berufsschulen gezogen worden, das vorerst alle in der Landwirtschaft tätigen männlichen und zum Teil auch weiblichen Jugendlichen erfaßt.

Welche Bedeutung dem Berufs- und Fachschulwesen von seiten der deutschen Verwaltung beigemessen wird, ergibt sich aus nachstehender Gegenüberstellung:

Im Generalgouvernement werden an polnische Lehrkräfte Gehälter ungefähr in der gleichen Höhe wie vor dem Kriege gezahlt. Im Haushaltsplan der Republik Polen (etwa 34 Millionen Einwohner) waren für das gesamte Gebiet der Republik im Rechnungsjahr 1938 die persönlichen Kosten für das Berufs- und Fachschulwesen mit 13 Millionen Zloty veranschlagt. Im Haushaltsplan des Distrikts Warschau (3,4 Millionen Einwohner) sind für persönliche Kosten der Berufs- und Fachschulen rund 10,5 Millionen Zloty vorgesehen.

Bei einem zusammenfassenden Rückblick auf die Arbeit, die der Neuordnung des polnischen Schulwesens gewidmet worden ist, kann ohne Übertreibung festgestellt werden, daß auf diesem Gebiet mitten im Krieg eine große Aufbauarbeit geleistet worden ist. Diese Arbeit zeigt gleichzeitig den Unterschied zwischen deutscher und polnischer Herrschaft: Früher stärkste Unterdrückung der deutschen Schulen durch den polnischen Staat, heute weitgehende Unterstützung des polnischen Schulwesens durch die deutschen Dienststellen des Generalgouvernements.

Von dem Gesamtverhalten der polnischen Bevölkerung wird es abhängen, ob auf diesem Gebiet auch in Zukunft die bisherige Politik fortgesetzt werden kann.

XII. GEFOLGSCHAFTSBETREUUNG UND FREIZEITGESTALTUNG

Für die im Generalgouvernement tätigen Reichsdeutschen ist eine Betreuung im wahrsten Sinne des Wortes erforderlich, da jeder, von Heimat und Familie losgelöst, besonderen Gefahren, aber auch vielen Widerwärtigkeiten des täglichen Lebens ausgesetzt ist. Das Ziel der deutschen Verwaltung war es daher, für die im Distrikt Warschau lebenden Deutschen einen Mittelpunkt zu schaffen und ihnen zu günstigen Lebensbedingungen und geistigen Anregungen zu verhelfen.

So wurde als Mittelpunkt des Deutschtums in Warschau das frühere Ministerratsgebäude zum „Deutschen Haus“ umgebaut, das in seiner großzügigen Anlage und seinem streng klassizistischen Stil schon von aussen den Eindruck deutscher Art erweckt. Dieses Gebäude hat in den etwa 300 Jahren seines Bestehens ein vielgestaltiges Schicksal erlebt: Zunächst war es ein Adelspalast des Fürsten Radziwill, dann wurde es als öffentliches Theater benutzt, in der russischen Zeit diente es als Statthalterpalais, im Weltkriege war es der Sitz der deutschen Militärverwaltung und in der Zeit des nach Versailles entstandenen polnischen Staates das Gebäude des polnischen Ministerrates, in dessen Mauern jene hochpolitischen Erörterungen und Besprechungen stattfanden, die nicht zuletzt zum Ausbruch des jetzigen Krieges geführt haben. In den Fest- und Gesellschaftsräumen des Gebäudes finden die großen staatlichen Empfänge statt. Das Haus ist aber auch mit seinen Wein- und Bierstuben, seinem Kaffeehaus und Gartenrestaurant Treffpunkt aller Deutschen zu Erholung und Unterhaltung. Auch werden hier und in drei weiteren Kasinos täglich über 1 100 Gefolgschaftsangehörige des Distrikts in gemütlichen Räumen verpflegt, so dass sie sich um die Beschaffung ihrer Mahlzeiten nicht mehr zu sorgen brauchen.

Die Seitenflügel des Deutschen Hauses enthalten neben einigen Gästerräumen eine Anzahl geschmackvoll und zweckmässig eingerichtete Wohnzimmer zur Unterkunft von Gefolgschaftsmitgliedern, die keinen eigenen Hausstand führen wollen.



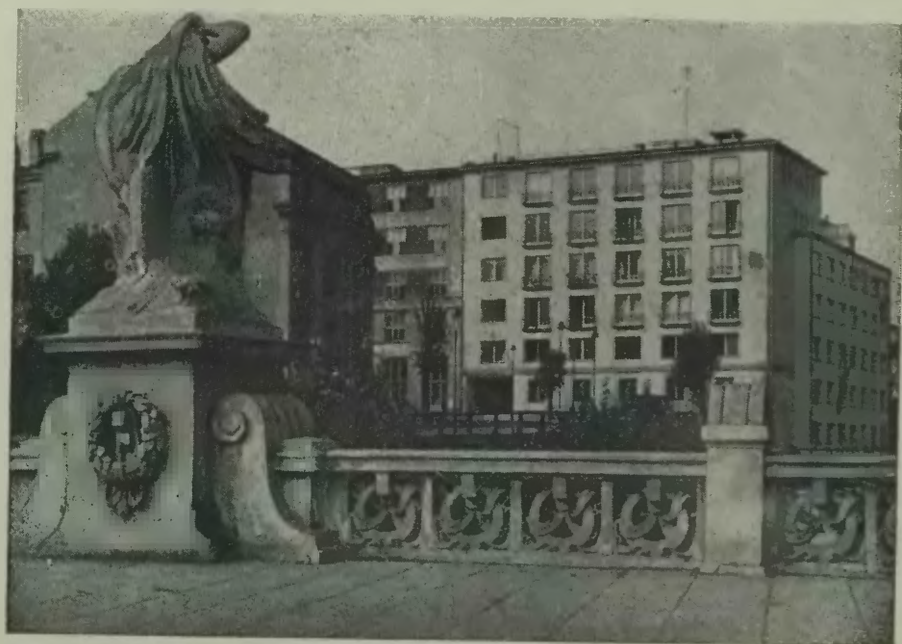
Vorhalle im „Deutschen Haus“



Speiseraum im „Deutschen Haus“



Bierstube im „Deutschen Haus“



Gefolgschaftsheim in der Karowastrasse



Einzelwohnzimmer



Gemeinschaftsraum

Daneben ist es notwendig geworden, viele Wohnungen im Deutschen Viertel nach deutschem Geschmack einzurichten, sie mit Möbeln, Vorhängen und Bettzeug auszustatten. Somit ist das Wohnen in unzulänglichen Hotels nur noch in seltenen Fällen notwendig.

Vor allem wurden zwei grosse Gefolgschaftshäuser mit über 150 Zimmern neu ausgebaut und mit Möbeln schlichten, deutschen Stils eingerichtet, so dass im Rahmen kleiner Wohngemeinschaften jeder ein behagliches Wohnschlafzimmer, oft auch noch einen gemeinschaftlichen Wohnraum zu seiner Verfügung hat. Diese Einrichtung erfreut sich allgemeiner Beliebtheit und hat sich im Lauf der Zeit als sehr zweckmässig bewährt.

Noch notwendiger als in Warschau war die Schaffung solcher Gemeinschaftshäuser in den kleinen Städten, wo es den Kreishauptleuten gelungen ist, trotz primitivster Umgebung in teilweise geradezu vorbildlicher Weise für Wohnkultur zu sorgen.

Neben der Versorgung mit Wohnungen und Verpflegung wurden aber noch viele andere Dinge notwendig, z. B. die Einrichtung deutscher Geschäfte mit normalen Preisen, die Schaffung einer Krankenstube zum Ersatz für die fehlende häusliche Pflege, Annahmestellen von Wäsche und Schuhreparaturen in den Dienststellen, Ermöglichung von Diätkost und Höhensonnenbestrahlungen, Eröffnung einer Schneiderstube, in der jeder weibliche Angestellte sich selbst die Kleidung nähen kann, Bereitstellung eines Erholungsheimes in schöner Umgebung. Sogar eine deutsche Strassenbahnlinie musste eingerichtet werden, damit die Deutschen nicht zu stark in Berührung mit der polnischen Bevölkerung kommen.

Die Schaffung angemessener Lebensbedingungen ist aber nur der Anfang der Betreuung. Es gilt darüber hinaus, den deutschen Menschen geistige Anregung zu verschaffen, um ihn für den täglichen kraftzehrenden Einsatz unter fremden Volkstum fähig und stark zu erhalten. Diese grosse Aufgabe hat die Abteilung Propaganda im Zusammenwirken mit der Partei in vorbildlicher Weise gelöst, wie im einzelnen im nächsten Artikel geschildert wird.

Weiter nimmt der Sport einen grossen Teil der Freizeit in Anspruch. Es ist in den Jahren des Aufbaues viel für die körperliche Erthüchtigung der Deutschen getan worden. So wurden zur Ausübung der verschiedenen Sportarten geschaffen: Das Klubheim an der Weichsel mit günstiger Gelegenheit zum Segeln, Rudern und Paddeln, der Agricolapark mit seinem neuen Schwimmbassin, schön gelegenen



Klubheim der Deutschen Sportgemeinschaft „Palais Brühl“



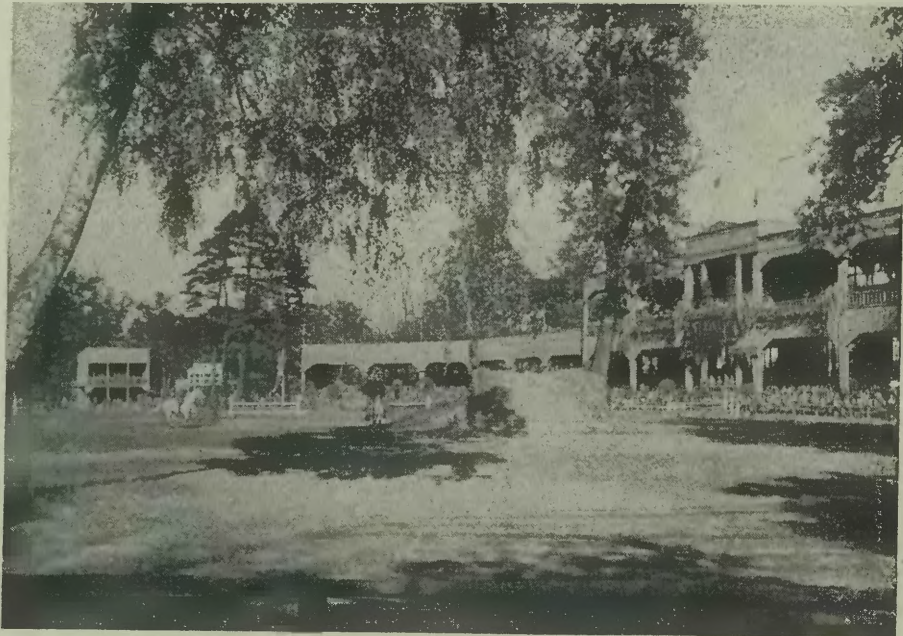
Weichselregatta in Warschau



Tennisanlagen im Agricolapark



Schwimmanlage im Agricolapark



Turnierplatz Warschau



Schalke 04 spielt gegen Warschau

Tennisplätzen und Sportanlagen für Leichtathletik und Schiessen, ja sogar für den Wintersport das Hallenschwimmbad in der Y M C A und nicht zuletzt der Reit- und Turnierverein, der sich reger Teilnahme erfreut.

Trotz mancher Schwierigkeiten war es immer wieder möglich, durch gemeinschaftliche Ausflüge, Besichtigungen oder schöne Fahrten auf der Weichsel der Gefolgschaft einen Einblick in Landschaft und Leben und die alte deutsche Kultur des Weichselraumes zu vermitteln.

Mancher Kameradschaftsabend in Frische und Fröhlichkeit, schöne Weihnachtsfeiern und Kinderfeste haben dazu beigetragen, dass die hier tätigen, aus allen Gauen des Reiches kommenden Deutschen zu einer geschlossenen Gemeinschaft geworden sind.

XIII. DEUTSCHES KULTURLEBEN IN WARSCHAU

1. Die Arbeit der deutschen Propaganda.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Warschau rückten auch Männer des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in die neu eroberten Gebiete ein, deren Aufgabe es war, den deutschen Soldaten zu betreuen und darüber hinaus der Bevölkerung die politischen und militärischen Ereignisse durch Presse, Lautsprecherwagen und Plakate bekanntzugeben.

Nach Errichtung des Generalgouvernements bildeten diese Männer, die bisher als Außenposten des Reichspropagandaamtes für die besetzten polnischen Gebiete in Litzmannstadt gewirkt hatten, die Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda beim Distriktschef in Warschau. Ihr oblagen alle Aufgaben, die im Raum des Großdeutschen Reiches das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu bewältigen hat. Während sich aber die Propagandarbeit im Reich an Menschen gleichen Blutes wendet, liegen die Verhältnisse im Generalgouvernement infolge der volkstumsmässigen Struktur des Gebietes völlig anders. Hier wendet sich die Propaganda nicht nur an deutsche Menschen, sondern sie hat auch auf Polen, Russen, Ukrainer und sogar Juden ihre Wirkung auszuüben, wobei auf die verschiedenartige Mentalität der einzelnen Volksgruppen Rücksicht genommen werden muss.

Besonders schwierig gestaltete sich die Arbeit der Propaganda im Distrikt Warschau mit seiner Millionenstadt Warschau. Warschau war als frühere polnische Hauptstadt die Hochburg des Polentums gewesen, in der alle politischen und kulturellen Führungsmittel konzentriert waren. Außerdem hatten die Juden, die ein Drittel der gesamten Einwohnerzahl Warschaus ausmachten, einen sehr starken Einfluss auf das geistige, kulturelle und politische Leben ausgeübt, so dass die öffentliche Meinung durch diese jahrelange jüdische Beeinflussung außerordentlich vergiftet worden war. Es war daher selbstverständlich, dass im Interesse der Verhinderung einer weiteren Verhetzung der polnischen Bevölkerung gegenüber dem Deutschtum

alle deutschfeindlichen Druck-Erzeugnisse ausgesondert werden mussten, genau wie alle Neuerscheinungen vorher überprüft werden mussten.

Darüber hinaus galt es, das kulturelle Leben der Polen weitgehend zu überwachen.

Vor dem Kriege hat es in Warschau 10 grosse Theater, 1 Oper, 4 Operetten und andere Schaubühnen gegeben. Alle diese Theater waren durch Kriegseinwirkungen zerstört. Die Menschen, die dort tätig gewesen waren, strebten naturgemäss danach, ihre alte Tätigkeit wieder aufzunehmen. Dies konnte selbstverständlich nicht ohne Nachprüfung geschehen, da gerade von der Bühne herab oft genug die gehässigste deutschfeindliche Propaganda getrieben worden war.

Die Abteilung Propaganda hat diese schwierige Aufgabe mit der grössten Sorgfalt durchgeführt. Die brotlosen Künstler, bei deren Überprüfung sich nichts Nachteiliges ergab, wurden sehr schnell einer ihrem Können entsprechenden Tätigkeit zugeführt. Sie erhielten Erlaubniskarten zur Ausübung des Berufes als Sänger, Schauspieler, Buchhändler usw.

Mit Rücksicht auf die Verhetzung der Bevölkerung war es weiter notwendig, die Programme in den wieder zugelassenen Unterhaltungsstätten zu beaufsichtigen und sie von Erzeugnissen jüdisch-marxistischer Mentalität zu säubern.

Besondere Sorgfalt wurde der aktiven Propaganda gewidmet. Bereits im Herbst 1939 waren die politischen und militärischen Ereignisse der polnischen Bevölkerung durch Lautsprecherwagen bekanntgegeben worden. Im Lauf der Zeit wurden stationäre Lautsprecheranlagen in Warschau und in den Städten des Distrikts geschaffen. Ausserdem wurde nach und nach eine Anzahl Kinos für die polnische Bevölkerung wieder in Betrieb genommen.

Für die Aufklärung der Gesamtbevölkerung kam es zu verschiedenen Grossaktionen, unter denen die „Anti-Fleckfieber-Aktion“, die „Antijudenaktion“ und die „V-Aktion“ erwähnt seien, die sämtlich das Ziel hatten, die Bevölkerung über die wichtigsten Dinge zu unterrichten. Aus verständlichen Gründen kann zur Zeit im einzelnen hierüber nichts Näheres gesagt werden, ebenso wie die sehr interessanten Beobachtungen, die bei der Durchführung derartiger Aktionen hinsichtlich der geistigen Einstellung weiter Teile der polnischen Bevölkerung gemacht worden sind, erst in einer späteren Zeit der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden können.

Eine weitere Hauptaufgabe der deutschen Propaganda war es, sich der politischen Betreuung der deutschen Bevölkerung zu widmen.

Die Versuchungen, die das Warschauer Milieu für viele Deutsche darstellt, dürfen nicht unterschätzt werden. Der eigenartige Reiz des polnischen Kaffeehauslebens hat auf zahlreiche Deutsche Eindruck gemacht. Um die Gefahren zu beseitigen, die insoweit den in Warschau lebenden Deutschen drohten, mussten Möglichkeiten für eine anderweitige Zerstreuung und Unterhaltung und für kulturelle Darbietungen von höherem Wert geschaffen werden. In gleicher Weise war es aber auch wichtig, die hier lebenden Volksdeutschen, die bisher in weltanschaulicher Hinsicht durch die rein polnische Umgebung oftmals dem deutschen Volkstum entfremdet worden waren, politisch zu schulen und zu nationalsozialistischem Denken zu erziehen.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeit der Partei hierbei im Vordergrund stand, wie überhaupt alle Massnahmen von Anfang an in Warschau parteimässig ausgerichtet waren.

Den ersten sichtbaren Ausdruck einer wirklichen nationalsozialistischen Gemeinschaft bildete die deutsche Volksweihnachtsfeier 1939, die in dem nunmehr bereits traditionellen Versammlungsraum, dem „Haus Roma“, veranstaltet wurde. Ende Januar 1940 fand dann die erste Großkundgebung des Generalgouvernements statt, auf der der frühere Gauleiter von Wien, Abteilungspräsident Frauenfeld, sprach. Der gewaltige Andrang zu dieser Großkundgebung, bei der nur ein Teil der herbeigeströmten Deutschen und Volksdeutschen in den Versammlungsraum hineingelangen konnten, zeigte, wie wichtig es war, namhafte Männer des Reiches im Generalgouvernement sprechen zu lassen. In einer großen Versammlungswelle wurden darauf die hier lebenden Deutschen immer wieder neu erfasst und ausgerichtet. Einer der Höhepunkte war die Feierstunde des Reichsarbeitsdienstes am 31.8.1940, zu der über 20 000 deutsche Menschen aus dem gesamten Distrikt in Warschau zusammengeströmt waren. Die vom Reichsarbeitsdienst wirkungsvoll durchgeführte Feier war für die meisten der hier lebenden Volksdeutschen das erste Erlebnis einer Großkundgebung im nationalsozialistischen Stil. Auch die Umbenennung des größten Platzes der Stadt Warschau in „Adolf-Hitler-Platz“ am 1.9.1940 und die Wiederholung der Führerparade am 5.10.1940, wobei die Paradestraße in „Siegesstrasse“ umbenannt wurde, sind Staatsakte gewesen, die auf die Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht haben.

Neben dieser politischen Betreuung galt es, die hier lebenden Deutschen geistig anzuregen und zu unterhalten.



NS - Reichssinfonie - Orchester



Die Dresdner Philharmoniker in Warschau



Schlosskonzert in Wilanow



Ballettabend in Wilanow



Prof.-Wilhelm-Kempff-Abend



Deutsche Buchhandlung in Warschau

Die Schaffung eines deutschen Theaters stand dabei im Mittelpunkt aller Bestrebungen. Daß diese ausserordentlich schwierige Aufgabe gelöst worden ist, ist ein stolzer Erfolg des kulturellen Schaffens in Warschau, über den ein besonderes Kapitel dieses Buches Aufschluss gibt.

Die geistige Betreuung der in Warschau lebenden Deutschen erfolgte weiter durch die Verpflichtung namhafter deutscher Künstler. Namen wie Heinrich George, Wilhelm Kempff, Elli Ney, Harald Kreuzberg, Ilse Meudtner, Margarete Teschemacher, Hilde Hildebrandt, Hans Wocke, Hans Friedrich Blunck zeugen davon, daß in ganz kurzer Zeit in Warschau auf geistig-künstlerischem Gebiet Hochleistungen geboten worden sind, wie sie auch im Reich nicht alltäglich sind. Bedeutende Klangkörper, wie das Kölner Kammerorchester, das NS-Sinfonieorchester, das Gewandhaus-Quartett, die Dresdener Philharmonie und das Philharmonische Orchester des Generalgouvernements, haben den vielen Kunstfreunden, die in Warschau leben, wertvolle Stunden der Bereicherung geschenkt.

Einen besonderen Höhepunkt im kulturellen Leben der Stadt Warschau stellen die „Warschauer Kulturtage“ dar, die alljährlich im September stattfinden und weit über die Grenzen des Distrikts Warschau hinaus Anklang gefunden haben. Bereits bei den ersten Kulturtagen im Jahre 1940 gastierte das Berliner Schiller-Theater mit Heinrich George, wobei „Der Richter von Zalamea“ aufgeführt wurde. Eine bedeutende Ausstellung „Deutsche Leistung im Weichselraum“, zwei Konzerte der Philharmonie des Generalgouvernements, ein Dichterabend mit Karl Heinrich Waggenerl und mehrere Veranstaltungen des Reichssenders Breslau zeigen, welchen Umfang und welchen reichen Inhalt diese Kulturtage gehabt haben.

Im Jahre 1941 standen diese Kulturtage wiederum auf einer sehr beachtlichen Höhe. Die Festaufführung des „Reiter“ von Zerkaulen, ein Kammermusikabend mit dem Leipziger Gewandhaus-Quartett, ein Rezitationsabend mit Heinrich George und eine Dichterlesung mit E. Wittek waren Höhepunkte dieser Kulturtage. Als besonderes Geschenk des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda weilte an diesen Tagen Ministerialdirigent Hans Hinkel mit seiner „Berliner Künstlerfahrt“ in Warschau, der die bekanntesten Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstler angehören.

Im Jahre 1942 sind dann erstmalig die „Schlosskonzerte in Wilanow“ durchgeführt worden, die zu einer dauernden Tradition werden sollen. An 6 Sommerabenden fanden in dem schönen Vorhof des

herrlichen Barockschlosses Ballett- und Konzertabende statt, die jedesmal Tausende von Reichs- und Volksdeutschen anlockten. Diese stilvoll durchgeführten Veranstaltungen sind bereits im ersten Jahr ihres Bestehens eine überaus wertvolle Bereicherung des deutschen kulturellen Lebens in Warschau geworden.

Diese kulturellen Veranstaltungen haben eine weitgehende Unterstützung durch den „Deutschen Kulturring Warschau“ erfahren, der im Jahre 1942 gegründet worden ist. Der Deutsche Kulturring ist eine Gemeinschaft zur Förderung des deutschen kulturellen Lebens und zur Erhaltung deutscher Kulturdenkmäler im Distrikt Warschau. In Förderung staatlicher Massnahmen will er vorhandene kulturelle Einrichtungen, wie z.B. den deutschen Volkschor und das Sinfonie-Orchester der Stadt Warschau, finanziell unterstützen. Ebenso will er Sonderveranstaltungen durch finanzielle Beihilfen ermöglichen, die der Aufrechterhaltung der engen Verbindung mit dem kulturellen Schaffen des Reiches dienen, wobei an Dichtervorlesungen, an Gastspiele von Reichsbühnen, an Ausstellungen und ähnliches gedacht ist. Endlich will er auch die Schöpfungen deutscher Baumeister und Handwerker, deutscher Maler, Dichter und Schriftsteller durch Sammlung, Beschreibung in Wort und Bild und, soweit erforderlich, durch bauliche Erhaltung als deutsches Volksgut sichern und pflegen.

Der Aufforderung des Gouverneurs, dem Deutschen Kulturring beizutreten, haben zahlreiche Deutsche sofort Folge geleistet. Dank der grossen finanziellen Spenden war es bereits möglich, für zahlreiche kulturelle Veranstaltungen die finanzielle Rückendeckung zu schaffen.

Die Arbeit der Propaganda hat auch dem deutschen Schrifttum ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. So wurde bereits 1941 in Warschau eine Buchausstellung unter dem Motto „Buch und Schwert“ durchgeführt, die mit einer Dokumentenschau über das Deutschtum Warschaus verbunden war. Diese Ausstellung war um so bedeutungsvoller, als ausser einer kleinen Bücherei im „Deutschen Klub“ und im „Verein deutscher Hochschüler“ in Warschau keine grossen deutschen Büchereien und auch keine deutschen Buchhandlungen vorhanden gewesen waren. Die Alfred-Rosenberg-Buchspende wurde der Grundstock für eine Reihe von städtischen Büchereien in der Stadt und im Distrikt Warschau. Sie gab ferner die Möglichkeit, die Wehrmacht mit erheblichen Bücherspenden zu bedenken. Private Initiative kam diesem Bestreben zu Hilfe, als es galt, eine

deutsche Buchhandlung entstehen zu lassen, die durch ihre hervorragende Lage in der Krakauer Strasse gegenüber dem „Deutschen Haus“ schon rein äußerlich eine Repräsentation deutschen Kulturwillens darstellt.

Die Abteilung Propaganda ist auch ihrerseits mit der Herausgabe eigener Schriften hervorgetreten, unter denen die „Warschauer Kulturbblätter“ und der „Führer durch Warschau“ von Dr. Grundmann hervorzuheben sind.

Dem Film wurde bei der kulturellen Betreuung der Deutschen eine seiner Bedeutung entsprechende Rolle zugewiesen. Das schönste Lichtspieltheater der Stadt, das auf den Namen „Helgoland“ umgetauft wurde, konnte als erstes Lichtspielhaus bereits im Dezember 1939 für Deutsche eröffnet werden. Nach kurzer Zeit wurden zwei weitere Lichtspielhäuser ausschliesslich für Deutsche in Betrieb genommen, in denen die besten deutschen Spitzenfilme bereits kurze Zeit nach der Uraufführung gezeigt werden. Daneben hat die filmische Betreuung der Wehrmacht in den Wintermonaten eine beachtliche Rolle gespielt. Trotz ungünstiger Witterung und denkbar schlechter Wegeverhältnisse sind die Filmwagen der Propaganda zu den entfernt liegenden Truppenunterkünften vorgestossen und haben dort viel Freude und Anregung gebracht.

Überhaupt ist die Truppenbetreuung eine der vordringlichsten Aufgaben gewesen. Tausende von wertvollsten Büchern sind der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden, wie auch große Sonderveranstaltungen im Rahmen der Wehrmachtbetreuung aufgezogen worden sind. Ein Fußballspiel von Schalke 04, das von über 20 000 Soldaten besucht worden war, und eine große Boxveranstaltung erster deutscher Berufsboxer in Anwesenheit von Max Schmeling seien hier ebenso erwähnt wie das erste großdeutsche Schachturnier im Generalgouvernement, an dem sich Weltmeister Aljechin und der ehemalige deutsche Meister Bogoljubow neben anderen führenden Schachmeistern beteiligten.

Der Betreuung der Verwundeten galt erst recht die besondere Aufmerksamkeit. Bei allen kulturellen Veranstaltungen sind stets eine grössere Anzahl Verwundeter als Gäste begrüßt worden.

Diese weitgehende Betreuung der hier lebenden Deutschen liegt völlig auf der Linie unserer Gesamtpolitik, die dem deutschen Osten eine andere Bedeutung beimisst, als es früher der Fall gewesen ist. In früherer Zeit ist eine Versetzung in den Osten oftmals als eine Strafe empfunden worden, da bei dem Begriff „Osten“ unwillkürlich

der Begriff der Kulturlosigkeit auftauchte, weil eine falsche Propaganda dem Osten des Reiches angedichtet hatte, dass er weniger Kultur als der Westen aufweise.

Diese Auffassung muss endgültig ausgeräumt werden. Sie wird auch in wenigen Jahren der Vergangenheit angehören; denn die vielen Möglichkeiten zur kulturellen Betätigung und zum Genuss kultureller Güter, die hier im Osten geschaffen worden sind, werden diese früher weit verbreitete Auffassung bald Lügen strafen.

2. Deutsches Theaterleben in Warschau.

Wer die Warschauer Theatergeschichte kennt, weiss, dass seit jeher in Polen viel deutsches Theater gespielt worden ist. Im Palais Radziwill, dem jetzigen „Deutschen Haus“, erlebten schon ausgangs des 18. Jahrhunderts Lessings Schauspiele, wie „Emilia Galotti“ und „Minna von Barnehelm“, ihre Aufführung und auch Namen wie Goethe und Schiller leuchten mehr als einmal in der Warschauer Theatergeschichte auf.

In der polnischen Republik, die durch Versailles entstanden war, hat allerdings das deutsche Theater nicht mehr die Bedeutung wie früher gehabt; denn Polen schaute in der Hauptsache nach Paris, das nun einmal den modernen Polen als höchste Offenbarung vor Augen stand. So kam es, daß in den etwa 20 Jahren des Bestehens der polnischen Republik ein deutsches Theaterleben in Warschau, von Liebhaberkreisen abgesehen, überhaupt nicht mehr bestanden hat.

Es war daher sehr schwer, auf diesem Gebiet etwas Neues zu schaffen, da an eine bestehende Tradition nicht unmittelbar angeknüpft werden konnte. Und doch entwickelte sich in Warschau wie im ganzen Generalgouvernement sehr schnell ein deutsches Theaterleben, das unmittelbar nach Beendigung der kriegerischen Ereignisse der Thespiskarren der Frontbühnen den Tanks und Kanonen auf dem Fusse gefolgt war.

Die Frontbühnen Dreher, Oberland, Pleß u. a. sind noch jedem deutschen Soldaten, der damals hier in Polen stand, ein Begriff, und jeder denkt dankbar an diese Frontbühnen zurück, weil sie die ersten Kulturbringer waren, die dem deutschen Soldaten in einer fremden Umgebung die Worte der Heimat brachten und ihm dadurch Freude und Entspannung bereiteten.



Theater der Stadt Warschau



Innenraum des Theaters der Stadt Warschau



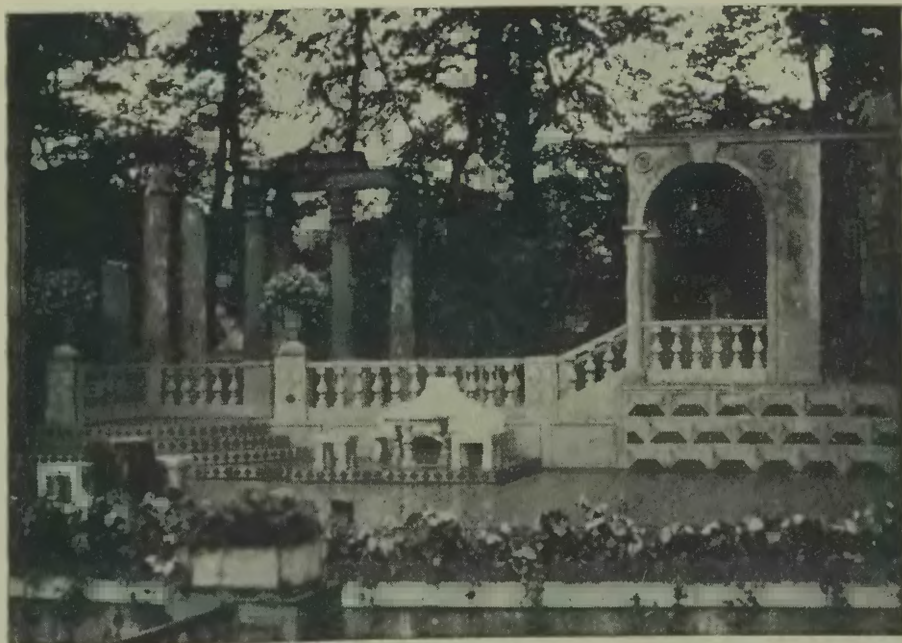
Bühnenbild zur „Fledermaus“



Szene aus „Richter von Zalamea“ mit Heinrich George



Szenenbild aus „Egmont“



Sommerspiele 1940 auf der Freilichtbühne im Lazienki-Park
(Bühnenaufbau für „Das laute Geheimnis“)



Szenenbild aus Goethes „Iphigenie auf Tauris“

Aber bei diesen Theatervorführungen handelte es sich nur um seltene Gelegenheiten. Das Ziel war, endgültig ein deutsches Theater zu schaffen, um eine dauernde Kulturstätte zu haben, auf der Abend für Abend das deutsche Geistesleben zu Wort kommen sollte.

Die Männer, die in dieser Hinsicht für das Generalgouvernement bahnbrechend gewirkt haben, waren der demalige Leiter der Abteilung Propaganda im Amt des Distrikts Warschau, der spätere Präsident der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements, Oberregierungsrat Ohlenbusch, und Erich Claudius, der leider so früh verstorbene Theater- und Musikreferent in der Abteilung Propaganda des Distrikts Warschau. Sie sind diejenigen gewesen, die im Generalgouvernement das erste deutsche Theater geschaffen haben: die Sommerspiele im Belvederepark zu Warschau.

Nicht weit vom Schloss Lazienki, einem der schönsten Gebäude Warschaus, hatten sich einstmals polnische Könige von deutschen Baumeistern nach dem Muster des antiken Theaters von Herkulaneum eine Freilichtbühne erbaut. Diese alte Theaterbühne im Belvederepark wurde neu belebt. Deutsche Schauspieler sprachen hier mitten in der einstigen Hauptstadt der früheren Republik Polen Abend für Abend zu Deutschen die ewigen Verse von Goethes „Iphigenie“, sie spielten Calderons „Lautes Geheimnis“ und Tirso de Molinas „Don Gil von den grünen Hosen“ und erfreuten damit Tausende von Zuschauern, die an den schönen Sommerabenden den märchenhaften Zauber einer Theateraufführung im Belvederepark erleben konnten.

Diese „Sommerspiele“ liessen erst recht den Wunsch aufkommen, ein ständiges Theater in Warschau zu errichten, und auch dieser Plan ging bald in Erfüllung: Bereits am 6. Oktober 1940 konnte, nachdem kurz vorher schon in Krakau das „Staatstheater des Generalgouvernements“ ins Leben gerufen worden war, das „Theater der Stadt Warschau“ eröffnet werden.

Das neue Theater, das durch einen Umbau des früheren durch den Krieg nicht allzu sehr beschädigten „Teatr Polski“ entstanden war, wurde in Gegenwart des Generalgouverneurs mit der Aufführung von Friedrich Hebbels „Agnes Bernauer“ eingeweiht. Noch im gleichen Monat gastierte Heinrich George mit dem Ensemble des Schiller-Theaters der Reichshauptstadt, der den „Richter von Zalamea“ in einer künstlerisch hochstehenden Inszenierung den Deutschen bescherte.

Weiter fand kurz danach die Eröffnungsfeier des erste Philharmonischen Konzertes unter der Leitung von Dr. Hans Rohr statt, bei

der Werke von Bach, Beethoven und Brahms und andere unsterbliche Werke unserer grossen Meister einer dankbaren Zuhörerschaft vermittelt wurden.

Das Gastspiel der Königlichen Oper Viktorio Emanuele in Florenz, das die Oper Comorosas „Die heimliche Ehe“ in einer glanzvollen Aufführung darbot, darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden.

Nach diesen Gastspielen begann dann die eigentliche Arbeit des Theaters der Stadt Warschau mit einem eigenen Spielkörper.

In der Spielzeit 1940/41 sind im ganzen 187 deutsche Vorstellungen vor einem deutschen Publikum gespielt worden. Unter den aufgeführten Stücken seien erwähnt:

- „Ein ganzer Kerl“ Komödie von Fritz Peter Buch,
- „Der Vetter aus Dingsda“ Operette von Ed. Künnecke,
- „Die Fledermaus“ Operette von Johann Strauß,
- „Das Hahnenei“ Lustspiel von Hans Fritz,
- „Donna Diana“ Lustspiel von Don Augustin Moreta,
- „Drei alte Schachteln“ Operette von Walter Kollo,
- „Kleine Parfümerie“ Lustspiel von Leo Lenz,
- „Die Primanerin“ Lustspiel von Siegmunt Graff,
- „Die lustige Witwe“ Operette von Franz Lehár,
- „Die Frau ohne Kuss“ Lustspiel mit Musik von Walter Kollo,
- „Marguerite: 3“ Lustspiel von Fritz Schwifert.

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß im allgemeinen Operetten und leichte Unterhaltungsstücke den Hauptteil des Repertoires darstellen, wie es in der Natur der Sache liegt. Aber die vorerwähnte richtunggebende Agnes-Bernauer-Aufführung des Staatstheaters bei der feierlichen Eröffnung hatte bereits die Verpflichtung enthalten, auch klassischen Stücken Raum zu geben. So ist auch in der Spielzeit 1941/42 mit Goethes „Egmont“ der Anfang gemacht worden. Ferner kam es in dieser Spielzeit zur Aufführung des Zerkaulen Stücks „Der Reiter“, des Schauspiels „Die Fahne“ von O. E. Groh und zur Inszenierung von Dauthendeyes „Spielereien einer Kaiserin“. Diese ernsten Stücke zeigen, dass das Theater der Stadt Warschau bemüht ist, sein Niveau zu erhöhen. Deshalb sind auch für die Zukunft weitere klassische Stücke vorgesehen.

Das „Theater der Stadt Warschau“ spielt übrigens nicht nur für Deutsche, an einigen Tagen der Woche gibt es ausgesprochen polnische Vorstellungen, in denen polnische Künstler vor polnischem Publikum Theater spielen.

Die Arbeit des „Theaters der Stadt Warschau“ bereits jetzt abschliessend zu würdigen, wäre verfrüht; denn es ist — unter der Leitung des Intendanten Franz Nelkel — erst im Aufbau begriffen. Es können daher an seine Aufführungen selbstverständlich noch nicht die Anforderungen gestellt werden, die ein verwöhntes Theaterpublikum an die Vorstellungen der großen Theater in Berlin und München oder anderer deutscher Theaterstädte zu stellen pflegt. Es wäre auch ungerecht, hier den gleichen Maßstab anzulegen.

Aber eins muß jeder bewundernd anerkennen: Die Tatsache, dass hier mitten in dem größten Krieg unseres Jahrhunderts überhaupt ein deutsches Theater entstanden ist, auf dem fast allabendlich einem dankbaren deutschen Publikum auch während des Krieges die kulturellen Güter der Heimat vermittelt werden.

Das alte Wort, dass während des Krieges die Musen schweigen, gilt im heutigen Deutschland nicht mehr. Warschau und das ganze Generalgouvernement mit seinem neu erstehenden deutschen Theaterleben sind hierfür der beste Beweis.

XIV. DIE ARBEIT DER NSDAP

Dem Wesen des nationalsozialistischen Staates entspricht es, daß die Männer der Partei den deutschen Soldaten und den Männern der deutschen Verwaltung unmittelbar nachfolgen, um die Betreuung der deutschen Menschen zu übernehmen. Ein Bericht über die deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau wäre daher nicht vollständig, wenn er nicht auch die Arbeit der NSDAP schildern würde, die im Generalgouvernement von Anfang an eingesetzt gewesen ist.

Bereits in den ersten Oktobertagen des Jahres 1939 hat die NSDAP eine großangelegte Hilfsaktion durchgeführt, indem sie durch die NSV den „Hilfszug Bayern“ in das ausgehungerte Warschau entsandte. Weit über 100 000 Menschen sind damals täglich durch diesen Hilfszug gepflegt worden. Ein politischer Unterschied zwischen Volksdeutschen und der übrigen Bevölkerung wurde nicht gemacht. Es galt lediglich, die hungernden Menschen von der Straße zu bringen. Wer damals diese Massenspeisungen miterlebt hat, weiß, wie segensreich sich diese soziale Maßnahme ausgewirkt hat. Zu Zehntausenden standen Frauen und Kinder auf den großen Plätzen der Stadt und warteten begierig darauf, nach Tagen zum erstenmal wieder ein warmes Essen zu erhalten. Durch nichts hätte die Partei eine bessere Einführung wählen können als durch diese von höchstem sozialem Verständnis getragene Maßnahme.

In der Folgezeit wurden dann in den Räumen des „Deutschen Klubs“ die Volksdeutschen laufend mit Lebensmitteln versorgt.

Auch sonst hat die Partei sofort nach Beendigung der kriegerischen Ereignisse ihre politische Arbeit aufgenommen, wobei insbesondere die Männer der Propaganda dafür sorgten, daß alle Massnahmen parteimäßig ausgerichtet wurden.

Der organisatorische Einsatz der Partei erfolgte allerdings erst am 6. Mai 1940. Damals ordnete der Führer die Errichtung des Arbeitsbereiches der NSDAP Generalgouvernement und damit den Ausbau der NSDAP im Weichselraum an.

Mit dem ersten Generalmitgliederappell der NSDAP am 15. August 1940 begann die eigentliche organisatorische Parteiarbeit im Generalgouvernement.

Von dem ersten Kampf deutscher Menschen im Weichselraum bis zu dieser Zusammenfassung in der Parteiarbeit ist ein weiter Weg.

Seit Jahrtausenden hatte der Kampf der Deutschen um den Weichselraum gedauert. Immer wieder waren deutsche Kolonisatoren nach dem Osten gezogen, um neuen Lebensraum zu finden. Aber durch das Eindringen östlicher Völker sind diese deutschen kolonisatorischen Bestrebungen zunichte gemacht worden. Viele Deutsche haben sich auch mit fremdem Volkstum vermischt und sind so langsam dem Deutschtum verlorengegangen.

In der Stadt Warschau waren in der Russenzeit lediglich noch 20 000 Deutsche festgestellt worden, und im Jahre 1931 ergab die letzte polnische Volkszählung sogar nur noch 3 000 Deutsche.

Die deutsche Landbevölkerung, die in sogenannten Kempen angesiedelt war, hat sich demgegenüber viel standhafter gehalten. Wenn auch oftmals die deutsche Sprache verloren ging, so haben sich die Bauern nach Wesen und Gesinnung doch deutsch erhalten. Auch in kleineren Industriestädten, wie z. B. in Żyrardów, hat sich sogar eine nennenswerte Zahl Deutscher bis zum letzten Augenblick zum deutschen Volkstum bekannt.

Im Jahre 1926 erhielt das Deutschtum durch die in Posen und Litzmannstadt erfolgte Gründung des „Vereins deutscher Hochschüler“ neuen Auftrieb. Im Jahre 1930 konnte dann auch nach langwierigen Verhandlungen mit dem polnischen Regierungskommissar der „Deutscher Klub“ in Warschau gegründet werden, der als unpolitischer Verein galt. Alle Staatsangehörigen, die sich zum Deutschtum bekannten, konnten diesem Verein beitreten. Der „Deutscher Klub“ hat durch seine kulturellen und geselligen Veranstaltungen die wenigen Deutschen zusammengehalten.

Im Jahre 1933 wurde dann in Warschau eine Ortsgruppe der Landesgruppe Polen der Auslandsorganisation der NSDAP ins Leben gerufen, die nunmehr der weiteren Gestaltung des deutschen Lebens in Warschau das Gepräge gab.

Weiter muß in dem Zusammenhang die Errichtung einer Ortsgruppe der Jungdeutschen Partei erwähnt werden, die das Verdienst hat, den nationalsozialistischen Gedanken zur deutschen Landbevölkerung hinausgetragen zu haben, so daß dort zum erstenmal eine politische Organisation des Landvolkes entstand. In der Folge wurde die

politische Arbeit durch den „Ortsverband des deutschen Volksverbandes“ mit Energie vorwärtsgetrieben.

Vom Jahre 1935 ab dehnte auch der „Deutsche Wohlfahrtsdienst Posen“ seine Tätigkeit auf das Gebiet Warschau aus. Es wurden in steigendem Masse Ferienkinderverschickungen nach dem Reich durchgeführt.

Der kulturelle und wirtschaftliche Druck der polnischen Behörden und Bevölkerung nahm trotz des Freundschaftspaktes immer mehr stärkere Formen an. Daß die deutschen Schulen geschlossen wurden, ist bereits in dem Kapitel über das Schulwesen im einzelnen ausgeführt worden. Auch deutsche Zeitungen wurden nicht mehr zugestellt und schliesslich überhaupt verboten. Die Verbandslokale wurden von randalierenden polnischen Studenten zerstört und deutschsprechende Menschen angefallen. In der Zeit unmittelbar vor Kriegsbeginn hatten Angehörige des deutschen Volkstums, die in Warschau lebten, einen besonders schweren Stand. Mit den schärfsten und brutalsten Maßnahmen wurde gegen sie vorgegangen. Wer sich damals offen zum Deutschtum bekannte, wanderte ins Gefängnis oder in das Konzentrationslager Bereza Kartuska, in dem viele verstorben sind oder die furchtbarsten Drangsalierungen aushalten mußten. Nur wenigen Deutschen war es gelungen, rechtzeitig zu fliehen oder sich versteckt zu halten.

Bereits am 20. April 1940 hatte der Generalgouverneur die Errichtung der „Volksdeutschen Gemeinschaft“ angeordnet, die zunächst ein von der Partei betreuter Verband war, aber bald darauf in die Partei eingegliedert wurde. Später ist die Volksdeutsche Gemeinschaft aufgelöst worden; dafür wurde durch Anordnung vom 7. Mai 1941 die „Deutsche Gemeinschaft“ geschaffen, der alle Deutschen anzugehören haben, die nicht Parteigenossen sind und die das 17. Lebensjahr vollendet haben. Diese Menschen konnten sich nunmehr wieder zum Deutschtum bekennen. Tausende von Volksgenossen haben sich seitdem zur Aufnahme in die Deutsche Gemeinschaft gemeldet, in der nunmehr neben der Partei alle Deutschen organisiert sind.

Im Rahmen der Organisation der Partei sind im Generalgouvernement am Sitz der einzelnen Distrikte Distriktsstandortführungen geschaffen worden. Die Distriktsstandortführung Warschau ist in 29 Standorte aufgeteilt, die in 126 Zellen und 481 Blocks untergliedert sind.

Die Distriktsstandortführung Warschau hat die Parteiarbeit sofort in vollem Umfange aufgenommen. Sie widmete sich ganz



„Albert-Breyer-Haus“, der Sitz der Distriktsstandortführung der NSDAP



Einweihung des Adolf-Hitler-Platzes durch Gouverneur Dr. Fischer



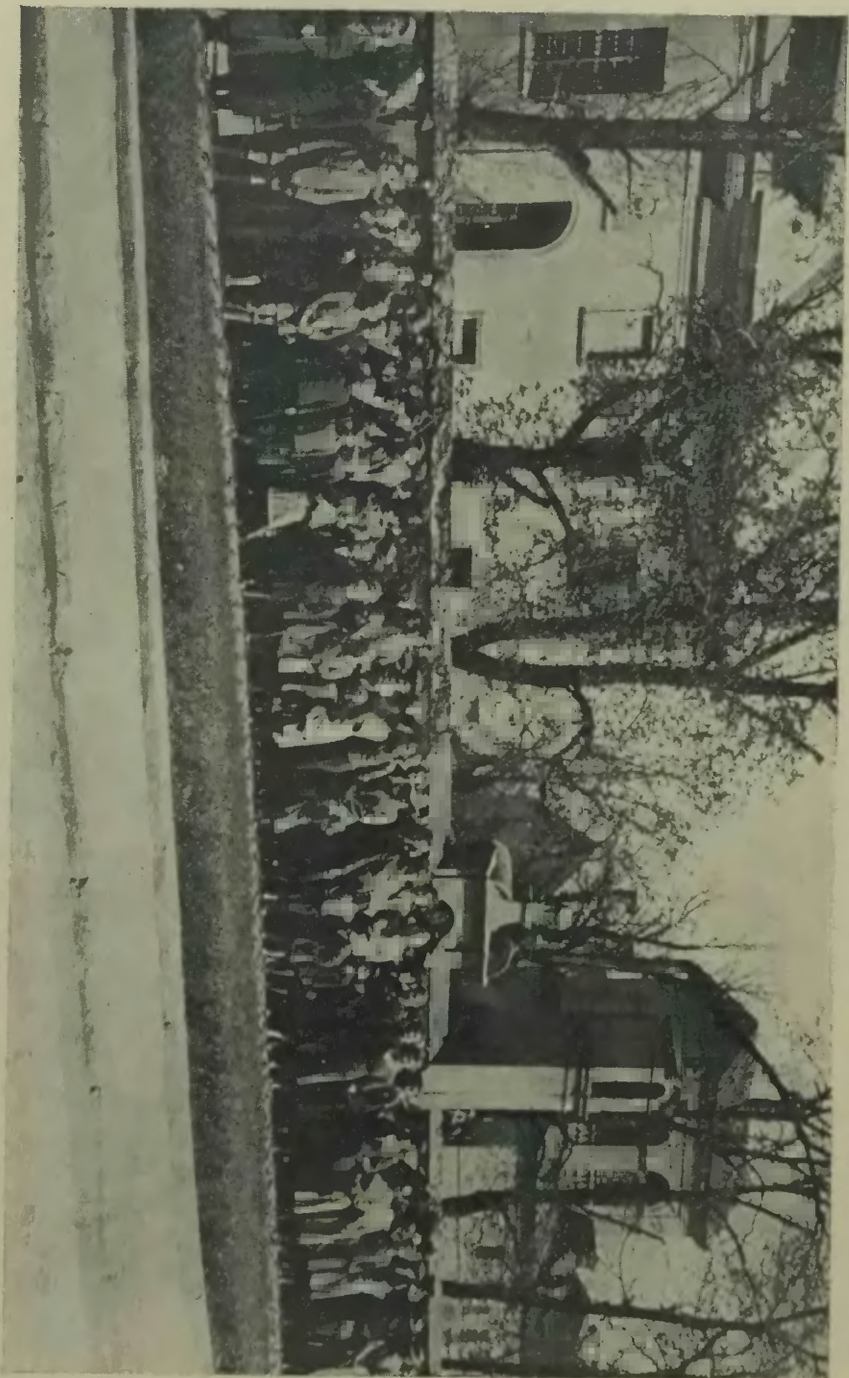
Feierstunde im Hof des Palais Brühl



Der 9. November in Warschau



Einweihung des Deutschen Gemeinschaftshauses in Lowitsch



Einweihung des Deutschen Gemeinschaftshauses in Lowisch

besonders der Menschen deutschen Blutes, von denen viele der Heimat seit Jahrzehnten entfremdet waren.

In sozialer Hinsicht ist für diese Menschen viel getan worden.

Für die Betreuung der Mütter und Kinder sind im Bereich der Distriktsstandortführung geschaffen worden:

- 20 Hilfsstellen Mutter und Kind,
- 18 Kindergärten,
- 2 Mütter- und Kinderheime,
- 1 Müttererholungsheim,
- 1 Kindererholungsheim,
- 1 Säuglingsheim,
- 1 Krabbelstube,
- 3 Jugendheimstätten,
- 1 Ferientagesheim.

Von dem Hilfswerk „Mutter und Kind“ werden zur Zeit im Distrikt Warschau etwa 4 500 Familien betreut. 652 Säuglinge sind bis jetzt durch die Säuglingspflege und durch die Fürsorge erfasst, 1 236 Kinder und kinderreiche Mütter wurden zur Erholung fortgeschickt.

In den Krankenhäusern von Skierniewice und Zyrardow sind deutsche Stationen eingerichtet und mit NSV-Schwestern besetzt worden.

Die Verwundetenbetreuung wurde in großem Ausmaß durchgeführt, besonders im Winterhalbjahr 1941/42. Das Arbeitsgebiet Fraueneinsatz setzte zur Entlastung der Schwestern in den Lazaretten 118 Frauen mit einer Gesamtarbeitszeit von 14 160 Stunden ein. Ausserdem besuchen 394 Frauen neben dem BDM laufend die Lazarette. Die Verwundetenbetreuung im Distrikt Warschau wird dank des unermüdlichen Einsatzes aller Frauen in vorbildlicher Weise durchgeführt.

Eine zusätzliche Betreuung der Verwundeten erfolgte sowohl Ostern 1942 als auch am Geburtstag des Führers. Die Päckchen wurden von den Frauen und Kindern meist in den Nachtstunden fertiggestellt.

In der Abteilung Mütterdienst haben drei Lehrkräfte in monatlich 7 Kursen 140 Teilnehmerinnen in häuslicher Gesundheits-, Kranken- sowie Säuglingspflege geschult. Die Kurse wurden selbst in entlegenen Standorten und Zellen unter den schwierigsten Verhältnissen abgehalten.

Die Abteilung Volkswirtschaft-Hauswirtschaft veranstaltete 9 Kurzurse mit 86 Teilnehmerinnen. Die Kurse gaben Aufklärung und Ratschläge über kriegsbedingte Hauswirtschaftsführung, Nähberatung, Zubereitung von Frischkost, sparsamen Brotaufstrich usw.

Im Arbeitsgebiet Hitler-Jugend ist wertvollste Arbeit in der Jugenderfassung geleistet. Es sind im Distrikt Warschau im Banngebiet Warschau-Land 500 Jungen und 450 Mädchen, im Banngebiet Warschau-Stadt 600 Jungen und 500 Mädchen, im Banngebiet Lowitsch 500 Jungen und 500 Mädchen erfaßt worden. Während bisher die Aufnahme der deutschen Jugendlichen in die Hitler-Jugend auf Grund freiwilliger Meldung erfolgte, ist für die Zukunft durch das vor kurzem herausgegebene Jugendgesetz der Hitler-Jugend im Generalgouvernement eine grundsätzliche Handhabe gegeben, die Jugend wie im Reich hundertprozentig in die Hitler-Jugend einzureihen.

In Warschau wurde von der Hitler-Jugend ein Jugendwohnheim errichtet. In diesem werden bedürftige Jungen aus kleinförmlichen Verhältnissen aufgenommen, die in Warschau zu Metallarbeitern ausgebildet werden.

Das Hauptarbeitsgebiet Arbeits- und Sozialpolitik hat am 16. Mai 1942 die Arbeit aufgenommen. Als erstes hatte die organisatorische Erfassung sämtlicher deutschen Betriebe und Behörden zu erfolgen. Insgesamt sind bisher 300 deutsche Betriebe erfasst worden.

Am 22. Mai 1942 ist der Arbeitskreis für das deutsche Berufserziehungswerk gebildet worden. Die Betriebsobmänner sind über die durchzuführenden Lehrgemeinschaften und Aufbaukameradschaften für das Berufserziehungswerk informiert, so daß sie den deutschen Menschen in den Betrieben Rat und Auskunft über die Teilnahme an den Lehrgemeinschaften des Deutschen Berufserziehungswerkes geben können.

Auch die kulturelle Erziehungsarbeit wurde von der Partei vorangetrieben. Kostenlose Sprachkurse für Volksdeutsche wurden für Anfänger und Fortgeschrittene eingerichtet, wobei sich die Lehrkräfte ehrenamtlich zur Verfügung stellten. Bei diesen Sprachkursen wurde eine durchschnittliche Besucherzahl von 800 bis 1 000 Schülern nachgewiesen. Die Ergebnisse waren durchweg zufriedenstellend, sie werden sich noch wesentlich steigern, sobald die geplante Herausgabe eines Lehrbuches erfolgt ist.

Das „Volksbildungswerk“ hat seine Tätigkeit mit Vorträgen bedeutender Kräfte auf allen Gebieten des kulturellen Lebens in vorbildlicher Weise aufgenommen.

Von der gesamten Arbeit der Partei ist zu sagen, daß sie in enger Fühlungnahme mit den staatlichen Stellen erfolgt ist. Diese enge Zusammenarbeit ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass das Amt des Gouverneurs und des Distriktsstandortführers in Personalunion verbunden ist. Dadurch ist von vornherein jede Gefahr eines Nebeneinanderarbeitens ausgeschlossen.

SCHLUSSWORT

Das Generalgouvernement — die Brücke zum neuen Osten.

Wenn einmal die Geschichte des jetzigen Krieges geschrieben wird, dann wird der Geschichtsschreiber in erster Linie das Heldentum des deutschen Soldaten feiern, der in diesem Krieg vom Eismeer bis nach Afrika, von der Biskaya bis zum Kaukasus unvergängliche Ruhmestaten vollbracht und damit das Führerwort wahr gemacht hat, daß „dem deutschen Soldaten nichts unmöglich ist“.

Der Historiker wird aber nicht umhin können, einen Abschnitt seiner Kriegsgeschichte der Darstellung jener Aufgaben zu widmen, die in den einzelnen besetzten Gebieten Europas von den deutschen Zivilverwaltungen noch während des Krieges in Angriff genommen und durchgeführt worden sind. In diesem Abschnitt der kommenden Kriegsgeschichte aber wird das Generalgouvernement einen besonderen Platz erhalten, weil es das erste dieser Gebilde gewesen ist, in dem unmittelbar nach Beendigung der kriegerischen Ereignisse mit dem friedlichen Wiederaufbau begonnen worden ist.

Für diese Arbeit standen irgendwelche praktischen Erfahrungen nicht zu Verfügung. Wir Deutschen waren nicht in der glücklichen Lage wie das britische Weltreich, das seit Jahrhunderten auf eine Kolonialgeschichte zurückblicken kann und dem infolgedessen auf diesem Gebiet reiche Erfahrungen zur Seite stehen. Für uns Deutsche war die Einführung einer Zivilverwaltung in einem besetzten Gebiet völliges Neuland, das zu betreten doppelt schwer war, weil der Hauptteil der Bevölkerung dieses Landes — durch die größte Niederlage seiner Geschichte aus allen politischen Hoffnungen gerissen — anfangs nur widerwillig, häufig sogar ablehnend und aktiven Widerstand leistend der deutschen Aufbauarbeit entgegentrat.

In der feierlichen Proklamation des Generalgouverneurs vom 26. Oktober 1939, die an alle polnischen Männer und Frauen gerichtet war, hatte der Satz gestanden:

„Ich habe vom Führer den Auftrag erhalten, als Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete in entschiedener Form dafür zu sorgen, dass in alle Zukunft ein friedlicher Zustand in diesem Land gewährleistet bleibt.“

Dieser große Auftrag ist seit Bestehen des Generalgouvernements seiner Verwirklichung entgegen geführt worden. Das Gebiet des Generalgouvernements ist in dieser Zeit ein befriedetes Land geworden, in dem die Aufbauarbeit in Ruhe und Frieden durchgeführt werden konnte.

Dass es sich hierbei nicht um einen Scheinfrieden oder um eine „Kirchhofsruhe“ gehandelt hat, haben die Ereignisse des Jahres 1941 und 1942 klar bewiesen, vor allen Dingen die Monate während des grossen Aufmarsches der deutschen Wehrmacht, der zur Abwehr der dem Reich drohenden Gefahr notwendig geworden war. Dieser gigantische Aufmarsch hat sich völlig reibungslos vollzogen. Durch nichts konnte besser als hierdurch vor aller Welt dokumentiert werden, daß im Generalgouvernement Ruhe und Ordnung eingekehrt ist.

Damit hat das Generalgouvernement noch während des Krieges seine Bewährungsprobe unzweideutig bestanden.

Inzwischen ist dem Generalgouvernement eine neue Aufgabe zugefallen. Als es im Jahr 1939 geschaffen wurde, galt es überall als der „östlichste Teil des Großdeutschen Machtbereiches“, weil damals nach dem Abkommen mit der Sowjetunion die Grenzziehung im Osten Europas auf längere Zeit endgültig geregelt erschien. Die Sowjetunion hat das damalige Freundschaftsabkommen mit dem Deutschen Reich gebrochen und alles vorbereitet, um zu gegebener Zeit über das Reich herzufallen und damit gleichzeitig die Herrschaft des Bolschewismus über ganz Europa aufzurichten.

Wer im Osten an der Front oder bei Besichtigung von Gefangenenerlagern die Angehörigen der bolschewistischen Armee kennenzulernen Gelegenheit gehabt hat, weiß, daß bei einem Sieg dieser asiatischen Horden, die an die Mongolen- und Hunnenstürme der früheren Jahrhunderte erinnern, die Kultur Europas endgültig vernichtet worden wäre. Es ist das welthistorische Verdienst des Führers und des ganzen deutschen Volkes, in einem Kampf für Europa dieses Schicksal vom Abendlande abgewendet zu haben.

Durch diese Entwicklung sind nunmehr die Grenzen des großdeutschen Machtbereiches weit über die alte Grenzziehung, wie sie nach dem Polenfeldzug des Jahres 1939 erfolgt war, hinausgetragen worden. Dadurch ist auch die Stellung des Generalgouvernements grundlegend geändert worden. Jetzt ist das Generalgouvernement nicht mehr der östlichste Teil des großdeutschen Machtbereiches, sondern jetzt liegt es unmittelbar zwischen dem Reich und

jenen gewaltigen neuen Gebieten, die im Osten Europas zum großdeutschen Machtbereich gekommen sind.

Die Funktion des Generalgouvernements hat sich damit grundlegend geändert: es ist nicht mehr der Eckpfeiler des Reiches, sondern es ist zusammen mit Ostpreußen die große Brücke zwischen dem Reich und dem neuen Osten.

Das Deutsche Reich hat jetzt, wie es der Führer bereits vor 18 Jahren in seinem Buch „Mein Kampf“ vorausgesagt hat, seine alte Ostlandpolitik wieder aufgenommen. Fast seherisch klingen die Worte, die der Führer damals schrieb:

„Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Das Ende der Judenherrschaft in Russland wird auch das Ende Russlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal dazu ausersehen, Zeuge einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der politischen Rassentheorie sein wird“.

In diesem Zusammenhang hat er weiter für die künftige deutsche Aussenpolitik folgendes niedergeschrieben:

„Wir Nationalsozialisten ziehen bewusst einen Strich unter die Aussenpolitik der Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Lande im Osten“.

Damit hat die alte Losung „Gen Ostland wollen wir reiten“ einen neuen Sinn und einen neuen Inhalt bekommen.

Dieser „Ostlandzug“ hat im Polenfeldzug seinen Anfang genommen. Das Generalgouvernement war die erste Schule, in der es galt, die Bewährung für dieses neue Großraumdenken unserer Ostpolitik zu erbringen. Was hier ein bescheidener Anfang war, wird nun im Großen in den gewaltigen Gebieten des neu erschlossenen Ostens sich vollenden, wenn nunmehr nach dem Führerwort „der Pflug den Boden in die Arbeit nimmt, den das Schwert dem deutschen Volk gegeben hat“.

QUELLENVERZEICHNIS

Dr. Arlt: „Über die Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement“.

Dr. Best: „Die Verwaltung in Polen“.

Dr. Dröscher: „Die Weichsel“.

Gauweiler, Helmut: „Deutsches Vorfeld im Osten“.

Dr. Grundmann: „Führer durch Warschau“.

du Prel: „Das deutsche Generalgouvernement Polen“.

Oberkommando der Wehrmacht: „Der Sieg in Polen“.

Ferner wurden amtliche Unterlagen des Amtes des Distrikts Warschau benutzt, insbesondere die Monats- und Jahresberichte der einzelnen Abteilungen und Ämter sowie gelegentliche Sonderberichte. Von den Verfassern dieser Sonderberichte seien erwähnt:

Rechtsanwalt A u e r s w a l d, Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk,

Rechtsanwalt Dr. Ballreich, Leiter der Unterabteilung Treuhandwesen,

Stadtschulrat F u h r, Stadthauptmannschaft Warschau,

Oberregierungsrat Dr. Gruschinske, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Unterricht,

Regierungsdirektor Hoffmann, Leiter der Abteilung Arbeit, des Arbeitsamtes Warschau und der Sozialversicherungskasse Warschau,

Regierungsrat Dr. Kitt, Unterabteilungsleiter der Abteilung Arbeit,

Regierungsrat Dr. Klein, stellvertretender Leiter der Abteilung Innere Verwaltung,

Dr. Kreker, Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft,

Oberregierungs- und Forstrat K ü c h l e r, Leiter der Abteilung Forsten.

Berufsschuldirektor K u n t z, Referent der Abteilung Wissenschaft
und Unterricht,

Dr. med. L a m b r e c h t, Leiter der Unterabteilung Gesundheits-
wesen in der Abteilung Innere Verwaltung,

Regierungsrat Dr. Meisen, Leiter des Amtes für Preisüberwachung,
Abschnittsleiter Pfliegner, Stabsamtsleiter der Distriktsstandort-
führung der NSDAP. Warschau,

Reichsamtsleiter S c h ö n, Leiter der Abteilung Innere Verwaltung,

Generaldirektor S c h l o s s e r, Leiter der Abteilung Wirtschaft,

Regierungsrat Dr. S c h w e n d e r, Kreishauptmann in Lowitsch,

Oberregierungsrat Dr. S o h n r e y, Leiter der Abteilung Arbeit,

Dr. S t e i n m e t z, Leiter der Abteilung Propaganda.

Die leitenden Männer des Distrikts Warschau seit 1939

Gouverneur

SA-Gruppenführer Dr. Ludwig Fischer, MdR.,
Hauptdienstleiter der NSDAP.
seit 30.10.1939

Chef des Amtes

Reichsamtsleiter Barth	vom 30.10.39 — 31.12.40
Reichshauptstellenleiter Dr. Hummel	seit 15. 1.41

Persönlicher Referent des Chefs des Amtes

Reichsstellenleiter Dr. Seemann	vom 27.11.39 — 31. 1.41
Rechtsanwalt u. Notar Dr. Gollert	seit 1. 2.41
	(vorher Abt. Justiz)

Amtsleiter

Präsidialbüro

Reichshauptstellenleiter Dr. Hummel	vom 11.12.39 — 15. 1.41
Reichsstellenleiter Dr. Seemann	vom 24. 1.41 — 31.10.41
Dipl. - Kaufmann Dr. Dressler	vom 1.11.41 — 31. 8.42
Gerichtsassessor a. D. Rodeck	seit 1. 9.42

Personalamt

Oberstaatsanwalt Denzler	vom 31. 1.40 — 1. 2.42
Gerichtsassessor Dr. Kolb	seit 1. 2.42

Amt für Raumordnung

Reichsstellenleiter Dr. Seemann	vom 29. 4.41 — 1. 4.42
Rechtsanwalt u. Notar Dr. Gollert	seit 1. 4.42

Amt für Preisüberwachung

Regierungsrat Dr. Meisen	seit 1. 4.40
--------------------------	--------------

Archivamt

Staatsarchivrat Dr. Weise	vom 23.10.39 — 1. 8.41
Staatsarchivrat Dr. Eilers	seit 1. 8.41

Abteilungsleiter

Innere Verwaltung

Reichsamtsleiter Dr. Gauweiler	vom 7.10.39 — 17. 1.41
Regierungsrat Dr. Klein (kommissarisch)	vom 18. 1.41 — 14. 3.41
Reichsamtsleiter Schön	seit 15. 3.41

Finanzen

Oberregierungsrat Dr. Breyhan	vom 15.11.39 — 31. 5.40
Oberregierungsrat Schmeisser	vom 1. 6.40 — 4. 2.41
Oberregierungsrat Bersch	seit 4. 2.41

Justiz

Landgerichtsdirektor Brehm	vom 27.11.39 — 1.11.41
Amtgerichtsdirektor Kühne (kommissarisch)	vom 1.11.41 — 15. 4.42
Landgerichtsdirektor Dr. Heuer †	vom 15. 4.42 — 5. 6.42
Landgerichtsrat Mohr (kommissarisch)	vom 6. 6.42 — 24. 7.42
Oberlandesgerichtsrat von Hinüber	seit 25. 7.42

Wirtschaft

Regierungsrat v. Coelln	vom 30.11.39 — 12. 2.40
Beigeordneter Dr. Gaudig	vom 12. 2.40 — 1. 3.40
Generaldirektor i. R. Schlosser	seit 8. 3.40

Ernährung und Landwirtschaft

Reichslandwirtschaftsrat Grams	vom 30.11.39 — 6. 5.40
Kreisbauernführer Naumann	vom 7. 5.40 — 1. 9.41
Dipl. - Landwirt Dr. Kreker	seit 1. 9.41

Forsten

Landforstmeister Back	vom 1.11.39 — 17. 3.41
Oberregierungs- u. Forstrat Kückler	seit 28. 3.41

Arbeit

Oberregierungsrat Espe †	vom 5.11. — 17.12.39
Oberregierungsrat Dr. Sohney	vom 17.12.39 — 1. 2.42
Regierungsdirektor Hoffmann	seit 1. 2.42

Propaganda

Oberregierungsrat Ohlenbusch	vom 26.10.39 — 1. 2.41
Herbert Gerdes	vom 10. 3.41 — 1.10.41
Dr. Ing. chem. Steinmetz	seit 1.10.41

Wissenschaft und Unterricht

Reichsamtsleiter Dr. Gauweiler	vom 7.10.39 — 9. 4.40
Oberregierungsrat Krüger	vom 1. 4.40 — 30. 9.41
Oberregierungsrat Dr. Gruschinske	seit 1.10.41

Bauwesen

Baurat Heidelberg	vom 10.10.39 — 31. 3.40
Bauassessor Mittag †	vom 31. 3.40 — 16.11.40
Regierungsbaumeister a. D. Koch	vom 10. 7.40 — 1.10.41
Architekt Köhler	seit 4.10.41

Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk in Warschau

Rechtsanwalt Auerswald	seit 15. 5.41
------------------------	---------------

Stadt- und Kreishauptleute

Warschau (Stadthauptmannschaft)

Oberbürgermeister Dr. Dr. Otto, Stadtkommissar	Oktober 1939
Bürgermeister Dr. Dengel, Stadtkommissar	November 39 — 15. 3.40
SA-Oberführer Leist, Beauftragter des Distriktschefs für die Stadt Warschau	vom 16. 3.40 — 14. 9.41
SA-Oberführer Leist, Stadthauptmann	seit 15. 9.41

Garwolin

Regierungsrat Dr. Klein	vom 17.10.39 — 1. 4.41
Regierungsrat Dr. Freudenthal	seit 1. 4.41

Grojec

Landrat Dr. Hampel	vom 20.10.39 — 3. 3.40
Landrat Zimmermann	seit 3. 3.40

Lowitsch

Regierungsrat Dr. Schwender	seit 20. 9.39
-----------------------------	---------------

Minsk

Oberregierungsrat Dr. Bittrich	seit 20.10.39
--------------------------------	---------------

Ostrow

Regierungsrat Dr. Littschwager
SA-Standartenführer Valentin

vom 25.10.39 — 1. 4.42
seit 15. 4.42

Siedlce

Regierungsrat Dr. Gercke
Reichsstellenleiter Dr. Seemann

vom 28.10.39 — 1. 4.42
seit 1. 4.42

Skierniewice

Regierungsrat Dr. Rupé
seit dem 1.4.41 ist Skierniewice
mit Lowitz zusammengelegt worden

vom 16. 9.39 — 1. 4.41

Sochaczew

Landrat Pott
Regierungsrat Dr. Schen

vom 2.10.39 — 13. 3.42
seit 26. 3.42

Sokolow

Landrat Schulz
Reichslandwirtschaftsrat Grams

vom Oktob. 39—10.6.40
seit 10. 6.40

Warschau-Land

Regierungsrat Dr. Rupprecht

seit 3.10.39

I N H A L T

Einleitung: Warschaus Wandlungen seit 1939	11
--	----

A L L G E M E I N E R T E I L

Der Kampf um Warschau während des Polenfeldzuges . . .	17
Einmarsch und Führerparade in Warschau	25
Geschichtlicher Rückblick auf Warschaus deutsche Vergangen- heit	34

B E S O N D E R E R T E I L

I. Das Raumbild des Distrikts Warschau	55
II. Verwaltungsaufbau im Distrikt Warschau	71
1. Die allgemeine Lage bei Übernahme durch die deut- sche Verwaltung	71
2. Aufbau der staatlichen Verwaltung im Distrikt War- schau	74
3. Aufbau der kommunalen Verwaltung	83
4. Aufbau der Verwaltung der Stadt Warschau	84
5. Der Kreishauptmann	87
6. Aus der Arbeit der Stadt- und Kreishauptleute . . .	95
III. Aufbau der Rechtspflege	121
1. Einführung der deutschen Gerichtsbarkeit	121
2. Die polnische Gerichtsbarkeit	123
IV. Die Volksgruppen im Distrikt Warschau	127
1. Die Behandlung der Volksgruppen früher und jetzt . .	127
2. Die Juden im Distrikt Warschau	132
V. Wirtschaftlicher Aufbau im Distrikt Warschau	145
1. Der Distrikt Warschau als Zentrum der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements	145
2. Die wirtschaftlichen Beziehungen Warschaus zu den Nachbargebieten und den Hansestädten	156
3. Die Bedeutung der Weichsel für das Warschauer Becken	162
4. Die Verwaltung des jüdischen Grundbesitzes	170
5. Preispolitik	178

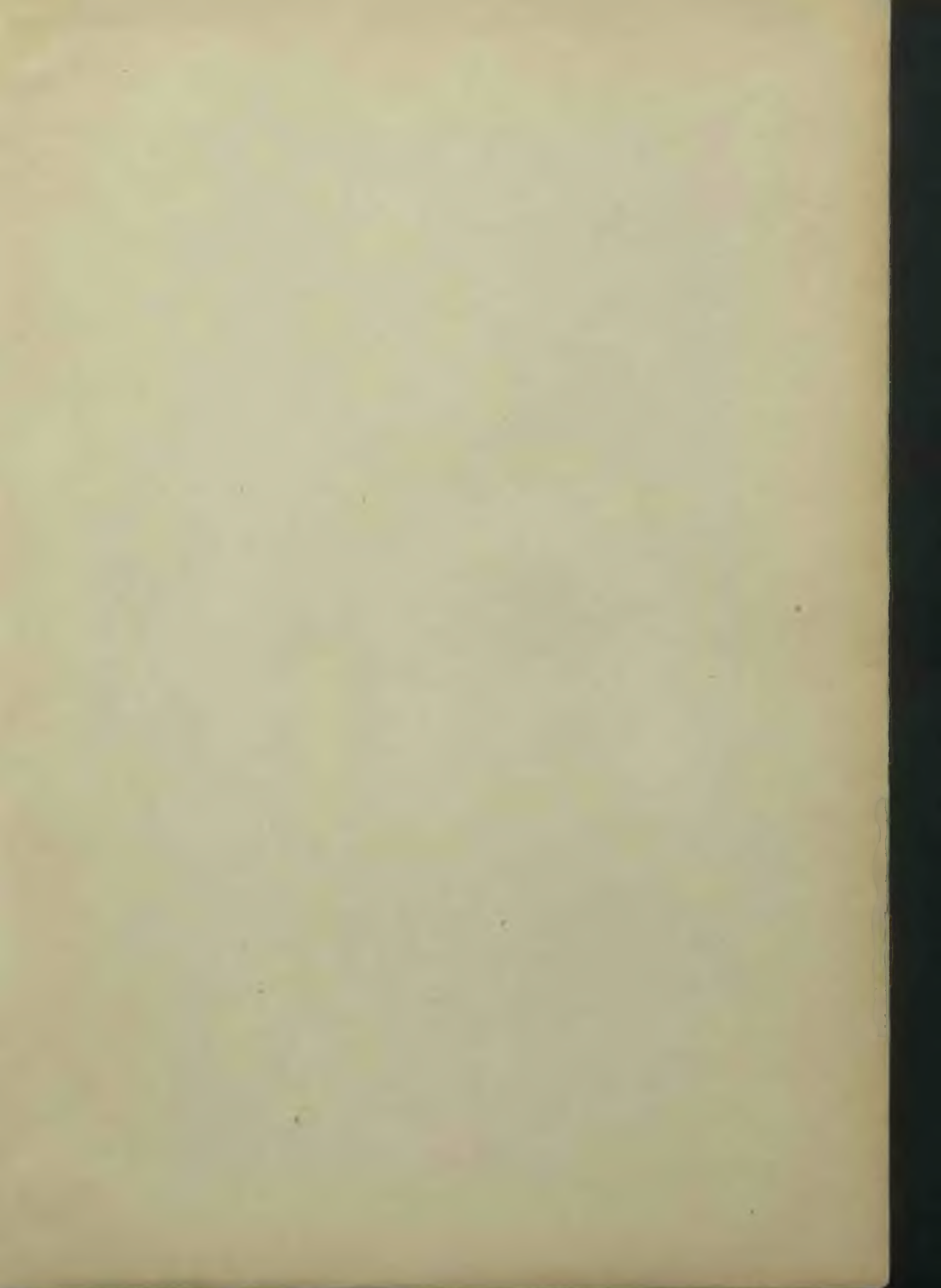
VI.	Ernährungspolitische Massnahmen im Distrikt Warschau	185
	1. Allgemeine Ernährungsprobleme	185
	2. Massnahmen zur Steigerung der Erzeugung	187
	3. Bodenordnung und Wasserwirtschaft	193
	4. Marktordnung und Lebensmittelbewirtschaftung	202
	5. Genossenschafts- und Kreditwesen	205
VII.	Holz- und Forstwirtschaft	208
	1. Allgemeiner Überblick über die Forstverhältnisse	208
	2. Der Wiederaufbau der Forst- und Holzwirtschaft	211
	3. Zukunftsaufgaben der deutschen Forstverwaltung	221
VIII.	Arbeitseinsatz	224
IX.	Der Wohnungs- und Siedlungsbau	229
X.	Gesundheitswesen	238
XI.	Schulwesen	246*
	1. Die Unterdrückung des deutschen Schulwesens durch die Republik Polen	246
	2. Der Aufbau des deutschen Schulwesens im Distrikt Warschau	248
	3. Das polnische Schulwesen und das Minderheitenschul- wesen	256
XII.	Gefolgschaftsbetreuung und Freizeitgestaltung	261
XIII.	Deutsches Kulturleben in Warschau	271
	1. Die Arbeit der deutschen Propaganda	271
	2. Deutsches Theaterleben in Warschau	281
XIV.	Die Arbeit der NSDAP.	289
	Schlusswort: Das Generalgouvernement als Brücke zum Osten	300

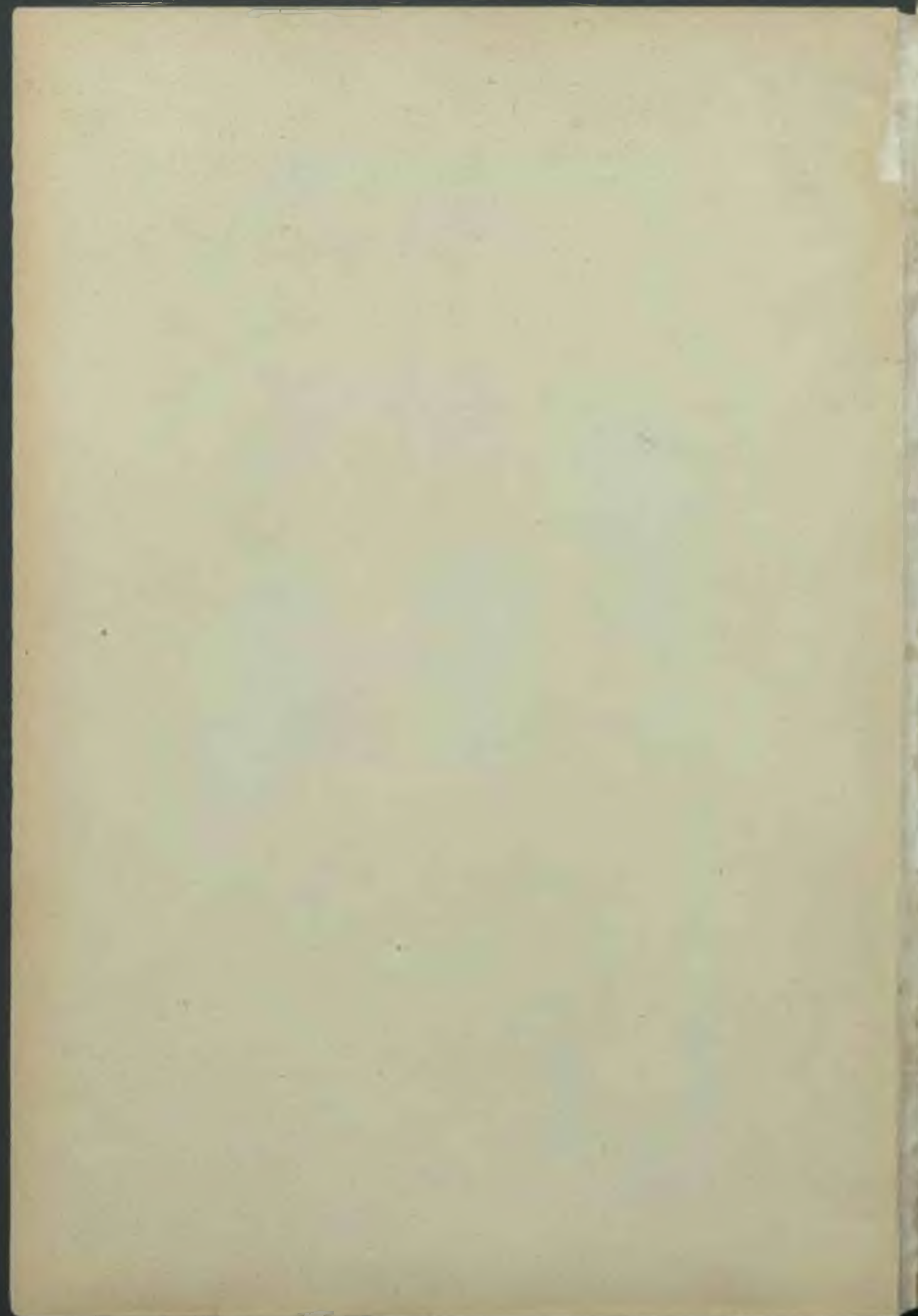
✱

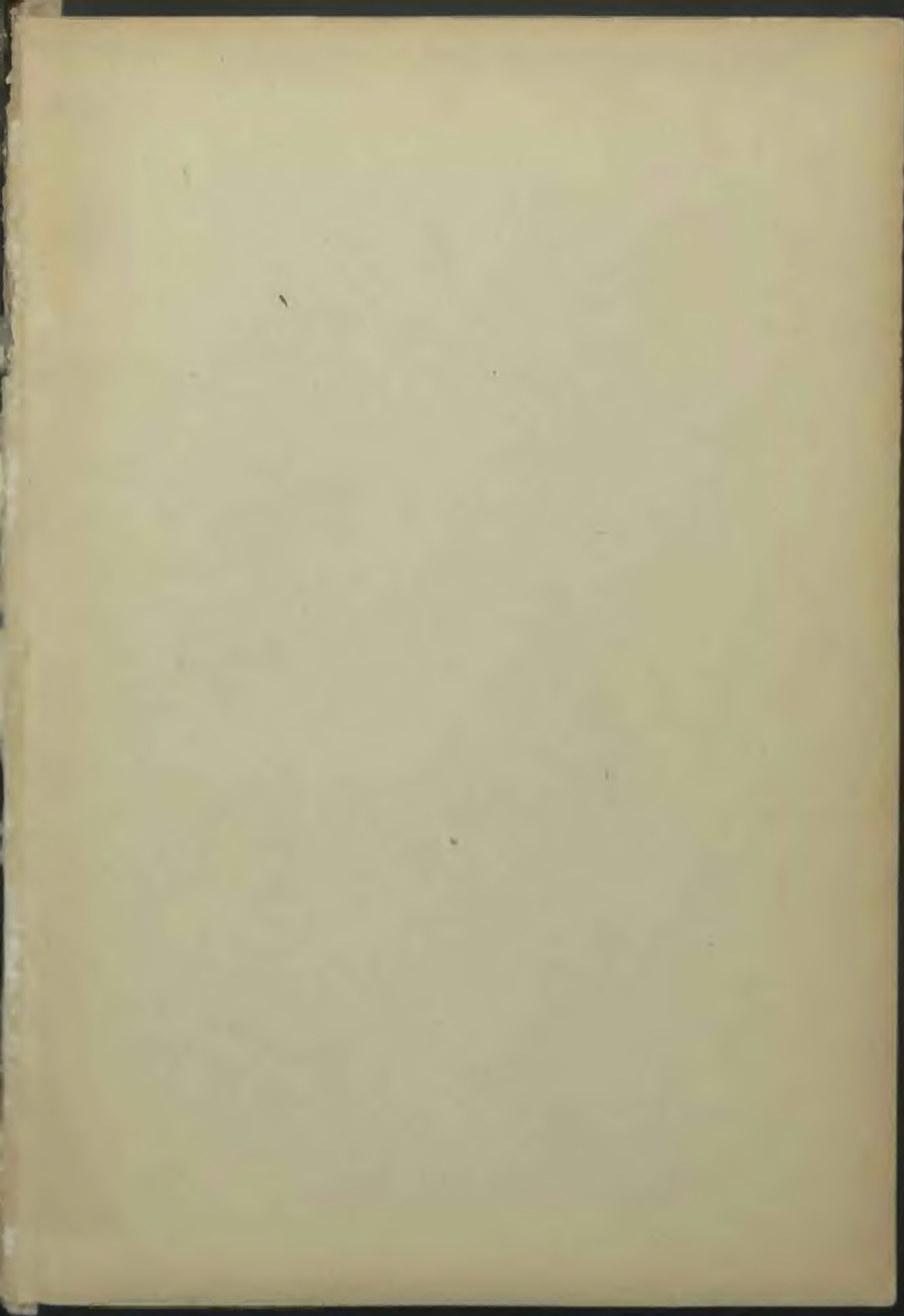
Aufnahmen:

Professor Heinrich Hoffmann, Reichsbildberichterstatler der NSDAP.,
Photo-Bil, Warschau

Amateur-Aufnahmen aus einem vom „Deutschen Kulturring Warschau e. V.“
ausgeschriebenen Fotowettbewerb
Distriktsbildstelle Warschau (Reimitz)







11. —



